






Sylvia Köchl, Radostina Patulova, Vina Yun (Hg.innen)

# **fields of TRANSFER**

## MigrantInnen in der Kulturarbeit



## IG Kultur Österreich

Die IG Kultur Österreich ist das Netzwerk und die Interessenvertretung der freien und autonomen Kulturarbeit in Österreich.

Für ihre Mitglieder leistet die IG Kultur Österreich **Rechtsberatung, Rechtsvertretung und Consulting:**

- in Fragen des Rechts und Steuerrechts
- in Subventions- und Förderungsbelangen und Hilfestellung bei Behördenkontakten
- in Versicherungs-, AKM- und anderen administrativen Angelegenheiten

Workshops und Seminarreihen schaffen die notwendige begleitende Weiterbildung für die Praxis der Kulturarbeit.

Vor allem auf Bundes- und Länderebene setzt sich die IG Kultur Österreich **für notwendige gesetzliche Verbesserungen** ein, die die **strukturelle Absicherung der Kulturinitiativen** und die **soziale Absicherung von KulturarbeiterInnen** verstärken.

Gumpendorfer Straße 63b  
A-1060 Wien  
Tel: +43 (1) 503 71 20, Fax: DW 15  
Mobil: +43 (664) 654 59 29  
[www.igkultur.at](http://www.igkultur.at)

IG Kultur Österreich

# Inhaltsverzeichnis

Radostina Patulova und Vina Yun	
Einleitung.....	8

## 01 inter, multi, trans, global

Nilbar Güreş	
Kumaş Kişi Storyboard.....	12
Mark Terkessidis	
Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft... 14	
Hito Steyerl	
Kultur: ein Begriff ohne Grenzen.....	21
Interview mit Belinda Kazeem und Sibel Öksüz	
Selbstbestimmte Bilder.....	24
Kulturverein Kanafani	
Don't panic, I'm islamic.....	27
Interview mit Branislav „Niki“ Nicolíć	
„Dann bin ich ein Erdling“.....	29

## 02 Super Märkte

Michail Michailov	
Wall of Fame.....	34
Rosa Reitsamer	
„Balkan Beat“ und „Vienna Sound“.....	36
Andrea Ellmeier	
„Ein Gespenst geht um“.....	43

## 03 Kapital schlagen

Andrea Mayer-Edloeyi	
Statt prekären Jobs: Politische Teilhabe!.....	48
Iris Aue	
Zeitausgleich.....	51
Attila Dinçer	
Kültür machen – aber wie?.....	52
Dejan Kaludžerović	
Welcome to Europoly.....	54
Luzenir Caixeta	
Jenseits eines simplen Verelendungsdiskurses....	56

## 04 Killtrolling

Ariane Sadjed und Sylvia Köchl	
Controlling? Killtrolling!.....	60

## 05 antirassistische Interventionen

Claudie A. Goutrié und Karin Schönplugg	
Antirassismus, lila getippt.....	64
Sedat Pero	
Die 3. Türkenbelagerung.....	66
Franz Kapfer	
Zur Errettung des Christentums.....	70
Patricia Latorre Pallares und Olga Zitzelsberger	
Selbstorganisationen von MigrantInnen.....	72
Songül Boyraz	
Ohne Titel.....	75
Ljubomir Bratić	
Ein Plädoyer für die Politik!.....	76

## 06 Orte des Wissens

Gespräch mit Araba Evelyn Johnston-Arthur, Ljubomir Bratić und Njideka Stephanie Iroh Let it be known.....	80
<b>Andreas Görg</b> Zu Spaltungen und Wissensvermittlung .....	85

## 07 mediale Öffentlichkeiten

<b>Vina Yun</b> MigrantInnen in den Freien Medien – Freie MigrantInnen-Medien.....	90
<b>MigraZine</b> Das Online-Magazin von und für Migrantinnen.....	92
<b>Belinda Kazeem und Claudia Unterweger</b> (Recherchegruppe zu Schwarzer österreichischer Geschichte und Gegenwart) Josefine Soliman.....	93
<b>Interview mit Simon Inou</b> Wir wollen keine isolierten Inseln darstellen.....	94
<b>Karim Duarte</b> Warum Freie Medien neu erfunden werden müssen.....	97
<b>Interview mit Ercan Yalçinkaya</b> Wir wollen eine Drehscheibe des Wissens sein.....	100

## 08 inside out

<b>Nilbar Güreş</b> Yabancı (der/die Fremde) .....	104
<b>Gerd Valchars</b> Weil Staaten keine Klubs sind.....	106
<b>Vlatka Frketić</b> „Migrantische“ Kulturarbeit: verqueeren?.....	109
<b>Recherchegruppe zu Schwarzer österreichischer Geschichte und Gegenwart</b> Angelo X.....	112
<b>Nora Sternfeld</b> Raus aus dem Mainstream! Rein in den Mainstream!.....	113

## 09 Universalismus 2.0

<b>Anonym</b> Viva la revolution!.....	116
<b>Interview mit María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan</b> Chancengleichheit: Hoffnung oder Geschwätz?.....	117
<b>Radostin Kaloianov</b> Politiken der Differenz.....	121
<b>Therese Kaufmann und Nora Sternfeld</b> Das Strategische am strategischen Universalismus.....	125
<b>Kien Nghi Ha</b> Politik in der ersten Person Plural .....	128
<b>SylK</b> Identical XL .....	132
<b>Gespräch mit Gülmihri Aytaç, Kamile Batur, Vlatka Frketić und Belinda Kazeem</b> Mobile Identitäten.....	133

## 10 antirassistische Arbeitsteilung

<b>Michail Michailov und Ekaterina Radeva</b> Die Arbeit.....	140
<b>Frank Hagen</b> Ein Spiegel der Gesellschaft?.....	142
<b>Beatrice Achaleke</b> Die Ära der Bemutterung ist vorbei.....	144

## 11 strategische Allianzen

<b>Anonym</b> Klo-Grüße.....	148
<b>SyK</b> Liebeserklärungen an die Einwanderungsgesellschaft.....	149
<b>Juliane Alton</b> Allianzen bilden .....	150
<b>Marty Huber</b> Realutopische Allianzströme.....	152
<b>KUPF – Kulturplattform OÖ</b> zuMUTungen.....	154
<b>Rubia Salgado und Stefan Haslinger</b> Über die Nutzung des Kapitals!.....	155

## 12 keep it un/real

<b>Mladen Penev</b> Illegal border crossing.....	158
<b>Vassilis Tsianos</b> Mapping Schengen.....	160
<b>Kim Carrington</b> Sprache als Werkzeug der Unterdrückten.....	163
<b>Rubia Salgado</b> Nicht nur die Rückseite der Realität .....	165
<b>Petja Dimitrova</b> Allianzt euch! .....	168
<b>Hito Steyerl</b> Das Missverständnis als Prinzip.....	171

## Anhang

English Project Description.....	174
Verzeichnis der AutorInnen, Organisationen und Medien.....	176

# Impressum

**Herausgeberinnen:** Sylvia Köchl, Radostina Patulova, Vina Yun  
IG Kultur Österreich/fields of TRANSFER,  
Gumpendorferstr. 63b, A-1060 Wien  
[www.igkultur.at/transfer](http://www.igkultur.at/transfer), [transfer@igkultur.at](mailto:transfer@igkultur.at)

**Übersetzung English Project Description:** Erika Doucette

**Grafische Gestaltung:** Lisa Max, Susi Schrott. Verwendete Fonts: Gentium, Futura, Rockwell

**Herstellerin:** Druckerei Fiona, Wien, [www.fiona.or.at](http://www.fiona.or.at)

© der einzelnen Textbeiträge bei den AutorInnen

# Einleitung

Die vorliegende Publikation bildet den Abschlusspunkt des zweijährigen Projekts „fields of TRANSFER – Kooperation durch Vernetzung. MigrantInnen in der Kulturarbeit“ der IG Kultur Österreich, das im Rahmen der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft „work in process (wip) – Migrantische Selbstorganisation und Arbeit“ umgesetzt wurde. „fields of TRANSFER“ wurde als antirassistisches Vernetzungsprojekt konzipiert, das sich an Initiativen von MigrantInnen und Mehrheitsangehörigen im autonomen Kulturbereich richtete.

Davon ausgehend, dass aktive Partizipation von MigrantInnen an kulturellen Prozessen auch gesellschaftliche Mitbestimmung bedeutet, war es unser Anliegen, den autonomen Kulturbereich mit seinen selbstorganisierten Strukturen als mögliches Handlungsfeld für Selbstorganisation, Selbstrepräsentation und (diskursive) Interventionen von MigrantInnen zu untersuchen. Ein Ziel unter anderen war, in der – im hiesigen österreichischen Kontext noch recht jungen – öffentlichen Diskussion über Kulturarbeit von MigrantInnen auf ihre (meist prekären) Bedingungen und (im wörtlichen Sinn) grenzüberschreitenden Formen hinzuweisen und zugleich die Wahrnehmung von MigrantInnen im Kulturbereich durch die Mehrheitsgesellschaft, die in erster Linie von Defiziten ausgeht bzw. folkloristischen, exotisierenden Darstellungen den Vorzug gibt, kritisch zu hinterfragen. Ebenso war es uns wichtig – in Fortführung der bisherigen Auseinandersetzungen der IG Kultur Österreich zu Antirassismus und Antidiskriminierung (siehe dazu auch das Antirassistische Positionspapier der IG) – die Prinzipien des politischen Antirassismus als integralen Bestandteil allgemeiner emanzipatorischer Kulturarbeit zu erklären und die Selbstvertretung von MigrantInnen als ein zentrales Moment antirassistischer (Kultur-)Arbeit im Diskurs der autonomen Kulturlandschaft zu verankern. Nicht zu-

letzt wurde die Frage nach den Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen im Kulturbereich auch unter dem Aspekt des Zugangs zu bezahlten Arbeitsplätze diskutiert und mögliche Strategien dazu erörtert.

Unter diesen Prämissen standen auch die Aktivitäten von „fields of TRANSFER“, die zwischen 2005 und 2007 stattfanden: Workshops in Wien, Oberösterreich und Vorarlberg nahmen Bezug auf aktuelle Entwicklungen, die das Feld der autonomen Kulturarbeit betreffen – konkret waren dies die Vorbereitungen auf Linz Kulturhauptstadt 2009, die gegenwärtigen Bedingungen Freier Medienarbeit sowie die aktuelle Praxis der Kulturförderung in den Regionen – und dienten als Möglichkeit des Kennenlernens und der Auseinandersetzung unter migrantischen und mehrheitsösterreichischen Kultur- und Medieninitiativen.

Die zweitägige Konferenz „Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft“ im November 2006 beschäftigte sich zum einen mit Perspektiven gegenwärtiger antirassistischer Praxen aus aktivistischer, kulturpolitischer und sozialwissenschaftlicher Sicht und rückte zum anderen unter dem Fokus der Entwicklung antirassistischer Interventionen und Strategien aktuelle Kulturprojekte von MigrantInnen in den Mittelpunkt.

Einen wesentlichen Teil der Projektaktivitäten bildeten die Kooperationen mit diversen Freien Medien (primär aus dem Printbereich), im Zuge dessen die Themen Kulturarbeit/Antirassismus/Migration aus unterschiedlichen Perspektiven bearbeitet und in verschiedene Teilöffentlichkeiten hineingetragen wurden. Wiederum war es hier im Sinne der Selbstrepräsentation bedeutsam, dass MigrantInnen selbst zu Wort kommen und sie als ExpertInnen in der Kulturarbeit auftreten, die, ihre eigene Praxis reflektierend, die strukturellen Ausschlüsse und Diskriminierungen im kulturellen Feld konkret benennen.



## Alles equal?

Generell wird die Praxis migrantischer Kulturarbeit von den Institutionen und Initiativen im Kulturbereich weiterhin nicht als gesamtgesellschaftlich relevanter kultureller Beitrag wahrgenommen und somit auch nicht gefördert. MigrantInnen sind als Publikum wie auch als kulturelle ProduzentInnen wenig sichtbar – auch über ihre diversen kulturellen Praxen existiert wenig Wissen, zumal sie in der Öffentlichkeit öfters als defizitär und problembehaftet dargestellt werden. Die Publikation „fields of TRANSFER. MigrantInnen in der Kulturarbeit“ verfolgt daher den Zweck, die Wahrnehmung von MigrantInnen in der Kulturarbeit zu erhöhen sowie die unterschiedliche Formen und Zugänge antirassistischen Handelns von Mehrheits- und migrantischen Kulturinitiativen vorzustellen.

In der Publikation sind die im Zuge der erwähnten Medienkooperationen entwickelten Beiträge sowie Vorträge und Inputs aus den Workshops und der Konferenz versammelt. Neben neuen Beiträgen finden sich außerdem Texte, die aus den Debatten im Umfeld der Projektpartnerschaft „wip“ entstanden sind und veröffentlicht wurden, sowie Artikel, die ursprünglich in anderen Publikationen erschienen sind. Der Kompilationscharakter wird durch die Heterogenität in Form (Interviews bzw. Gesprächsrunden, Selbstdarstellungen, Essays, wissenschaftliche Analysen, künstlerische Arbeiten) und Inhalt der Beiträge (von der Auseinandersetzung mit dem Kulturbegriff über den kulturellen Arbeitsmarkt und seinen prekären Bedingungen bis hin zu Debatten über antirassistische Repräsentationspolitiken) zusätzlich betont. Eine besonders wichtige Rolle kommt den Bildbeiträgen zu, die, jenseits vom üblichen „Galeriebetrieb“ in Printmedien, hier einen eigenständigen Platz einnehmen.

Wir möchten die Publikation als einen Ausschnitt der Querverbindungen zwischen kulturwissenschaftlichen Auseinandersetzungen, kulturpolitischen Perspektiven und antirassistischen Aktivismen verstehen, der die wichtigsten – und mitunter widersprüchlichen – Erkenntnisse und Er-

fahrungen im Projekt zusammenfasst.

Das erste Kapitel „inter, multi, trans, global“ beschäftigt sich mit der gesellschaftlichen Re-positionierung der kulturellen Praxis von MigrantInnen und den politischen Kämpfen um die Bedeutung von Kultur und setzt sich mit der Konstruktion von MigrantInnen als die „Anderen“ (bzw. „Aliens“) auseinander.

*Kapitel 2*, „Super Märkte“, stellt die Auswirkungen der Ökonomisierung des Kulturbetriebs anhand der fortschreitenden Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen im Kulturbereich dar. Angesprochen wird auch das Spannungsverhältnis zwischen gesellschaftlicher Anerkennung künstlerischer/kultureller Produktionen und ökonomischer Verwertung der Subjektpositionen von MigrantInnen.

In *Kapitel 3*, „Kapital schlagen“ werden der Zugang zu bezahlter Arbeit im kulturellen Feld im Hinblick auf herrschende patriarchale und rassistische Hierarchien untersucht und auf das widersprüchliche Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Anerkennung und Autonomie unter den Spielregeln der neoliberalen Arbeitswelten hingewiesen.

Mit dem Schlagwort „Killtrolling“ ist *Kapitel 4* betitelt, das die zunehmenden Kontrollmechanismen der Subventionsgeber im Kulturbereich exemplarisch darstellt.

In *Kapitel 5* werden Beispiele unterschiedlicher antirassistischer Interventionen vorgestellt: Von öffentlichen Aktionen, die gegen den rassistischen Konsens gerichtet sind, bis zum Einspruch gegen rassistische Bildtraditionen unterscheiden sie sich je nach SprecherInnenposition und Perspektive in Form und Inhalt. Hohe Relevanz erhält hier auch die Frage, welche Bedeutung bestimmten Organisationsformen beigemessen wird.

*Kapitel 6*, „Orte des Wissens“, beschäftigt sich zum einen mit den Bedingungen, unter denen Wissen und Know-how im Rahmen subventionierter Projektarbeit angeeignet und weitergegeben werden, zum anderen mit der Frage, wie Gegengeschichte aus migrantischer bzw. aus der Perspektive der Diaspora geschrieben werden und diese in die kulturelle Pro-

duktion einfließen kann.

Unter dem Titel „mediale Öffentlichkeiten“ stellt *Kapitel 7* autonome Medienprojekte von MigrantInnen vor, fragt nach deren Produktionsbedingungen und diskutiert die Möglichkeiten der Herstellung antirassistischer Öffentlichkeiten.

*Kapitel 8*, „inside out“, geht der paradoxen Gleichzeitigkeit von Aneignung und Widerstand, Inklusion und Exklusion nach, u.a. am Beispiel politischer Kulturarbeit von MigrantInnen jenseits heteronormativer und national definierter Räume oder der Rücknahme demokratischer Grundrechte durch die überholte Aufspaltung in eine Staatsbürger- und Wohnbürgerschaft.

„Universalimus 2.0“ heißt *Kapitel 9*, das die in jüngster Zeit wiederkehrenden Debatten zu universalistischen Identitätskonzepten nachzeichnet und die Entwicklung von Affirmative Action verfolgt.

*Kapitel 10* mit dem Titel „antirassistische Arbeitsteilung“ stellt die Rollenzuweisung an MigrantInnen durch Mehrheitsangehörige in der Antirassismus-Arbeit in Frage und thematisiert mögliche Zusammenschlüsse, die in *Kapitel 11*, „strategische Allianzen“, in Form von Überlegungen zum Nutzen politischer Bündnisarbeit und der Reflexion bereits bestehender Allianzen weitergeführt werden.

„Keep it un/real“ ist das zwölfte und letzte Kapitel und ortet Potenziale für Politiken der Repräsentation im Spannungsfeld zwischen Fiktionalität und Wahrheit.

## **Allianzen im Dissens:**

### **Politischer Antirassismus revisited**

Partizipation – im Sinne der Mitgestaltung und Mitentscheidung –, Zugang zu Wissen sowie öffentliche Anerkennung sind jene wesentliche Punkte, die den Ausschlüssen von MigrantInnen im Kulturbereich unterliegen. In Hinblick auf die Eingangs erwähnten „Beschäftigungsmöglichkeiten“ für MigrantInnen im Kulturbereich sollte nicht unerwähnt bleiben, dass gerade hier gesicherte Arbeitsplätze Mangelware sind, und das kulturelle Feld als das Role-Model für prekäre Arbeitsverhältnisse gilt. Zudem wird Kultur

als klassisches „weiches Feld“ ohnehin von schlecht bezahlter Frauenarbeit getragen. Kooperationen und Allianzen unter Kulturinitiativen von MigrantInnen und Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft sollten daher auch dazu dienen, eine allgemeine Verbesserung der Situation – durch stärkere Förderung und geregelte Finanzierung – autonomer und kritischer Kulturarbeit einzufordern.

Eine wichtige Einsicht aus den Erfahrungen in „fields of TRANSFER“ ist, dass die IG Kultur Österreich, die als Interessensvertretung autonomer Kulturinitiativen überwiegend Organisationen von MehrheitsösterreicherInnen vertritt, ihre bisherigen Angebote in Hinblick auf die Interessen von migrantischen Organisationen, überprüfen und neue Strategien entwickeln muss. Diese umfassen u.a. Überlegungen, wie spezifisches Wissen auf breiterer Ebene geteilt und vervielfacht werden kann (z.B. Know-how zu Projektarbeit). Vor allem aber zählt dazu die aktive Suche nach Kooperationsmöglichkeiten mit migrantischen Gruppen und Einzelpersonen, die eben nicht zwingend, sondern selbstverständlich in die Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse involviert sein sollten – erstens, um nicht in den für Mehrheitsangehörige verführerischen HelferInnen-Modus zu stolpern, der zudem die eigenen Privilegien verwischt, zweitens, weil erst durch die Anbindung an diskriminierte und marginalisierte Gruppen die Kritik am derzeitigen gesellschaftlichen Konsens, der Rassismus und Sexismus nur an seinen extremen Rändern anstatt in seiner Mitte wahrnimmt, die nötige Substanz erhält.

**Radostina Patulova und Vina Yun, April 2007**

[www.igkultur.at/transfer](http://www.igkultur.at/transfer)

[www.work-in-process.at](http://www.work-in-process.at)

# inter, multi, trans, global

Kumaş Kişi Storyboard

Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft

Kultur: ein Begriff ohne Grenzen

Selbstbestimmte Bilder

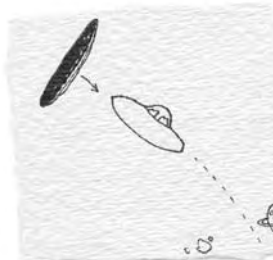
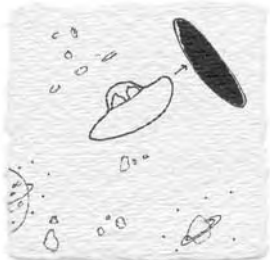
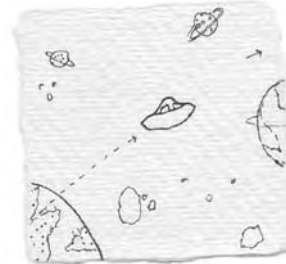
Don't panic, I'm islamic!

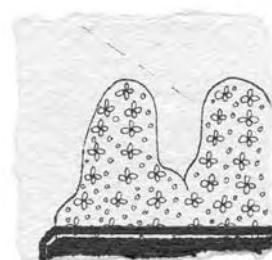
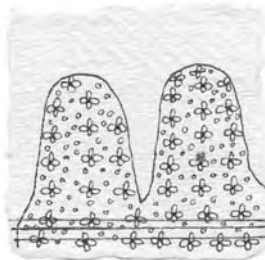
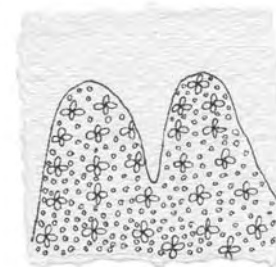
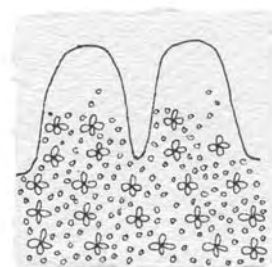
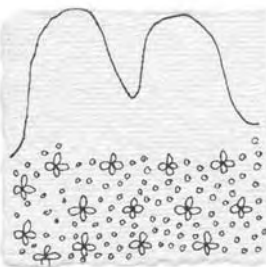
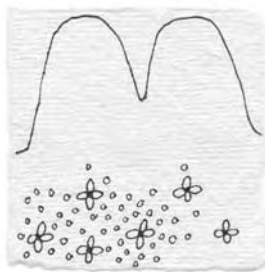
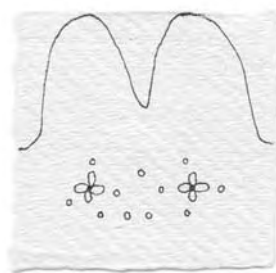
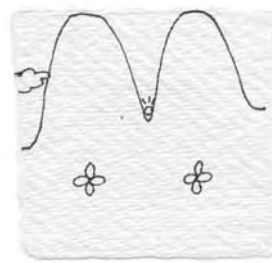
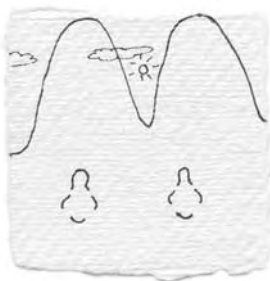
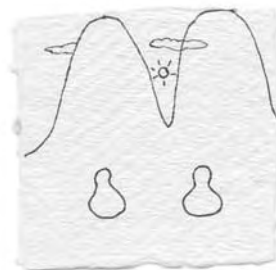
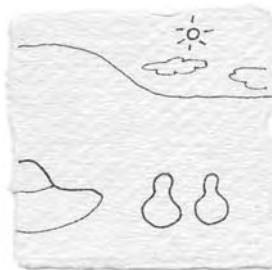
„Dann bin ich ein Erdling“

**Nilbar Güreş**

Kumaş Kişi Storyboard (Stoffperson Storyboard)

Zeichnung mit Tusche auf handgeschöpftem Papier, 2005

<http://nilbargures.com>



# Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft

Zur kulturellen Praxis von MigrantInnen. Von Mark Terkessidis

**Bis zum Antritt** der rot-grünen Regierung im Jahr 1998 hatte jede Kulturpolitik in Deutschland mit einer paradoxen Situation zu kämpfen. Denn auf der einen Seite war es kaum zu übersehen, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg eine Einwanderungsgesellschaft geworden war, auf der anderen Seite wurde diese Tatsache von den politischen Eliten nicht anerkannt: Das hat dazu geführt, dass MigrantInnen in der Kulturpolitik nicht als Subjekte, nicht als Teil der Gesellschaft verstanden wurden, sondern als Objekte, als eine zusätzliche, „fremde“ Bevölkerungsgruppe, die dennoch berücksichtigt werden musste. Die tatsächliche Vielfalt der Gesellschaft fand keinen Niederschlag im allgemeinen kulturpolitischen Feld, sondern die Kulturpolitik für MigrantInnen wurde diesem Feld stets nur hinzuaddiert. Als Beispiel lässt sich hier anführen, dass die Einbeziehung der MigrantInnen in die Kulturpolitik von staatlicher Seite, wenn sie überhaupt stattfindet, in zusätzlich geschaffenen „Referaten“ für „Interkulturelles“ untergebracht ist. Die Perspektive blieb stets die einer Mehrheitsgesellschaft, die die kulturelle Praxis der MigrantInnen „von oben“ verträglich gestalten wollte – entweder indem man diese Praxis als „Ghettobildung“ oder „Parallelgesellschaften“ problematisierte oder indem man diese Praxis als „Bereicherung“ für die Mehrheitsgesellschaft betrachtete. Die Perspektive der MigrantInnen wurde

zwar vor allem im Multikulturalismus immer wieder beschworen, doch oft genug blieb es in der Praxis bei einer schlichten Wertschätzung für „fremde“ Küche, Kunst und Musik, die aber durch ihre Einbindung in die multikulturelle These der Bereicherung weiter darauf verpflichtet blieb, etwas „Fremdes“ gegenüber der Mehrheitsgesellschaft zu repräsentieren.

Mit der offiziellen Anerkennung der Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, stellt sich das Problem der Kulturpolitik noch einmal neu. Diese Praxis kann nun nicht mehr als das Tun von „Ausländern“ in Reservate verwiesen werden, sondern muss als Bestandteil der kulturellen Praxis der Bundesrepublik betrachtet werden, während umgekehrt die Kulturpolitik im Sinne eines „Mainstreaming“ für MigrantInnen daraufhin befragt werden muss, ob sie in jedem Bereich der Vielfalt der Gesellschaft gerecht wird. In der im weitesten Sinne staatlichen Kulturpolitik der Bundesrepublik existiert weiterhin zumindest implizit die Auffassung, dass der Gegenstand der Kulturpolitik so etwas wie „deutsche Kultur“ oder zumindest „Kultur für Deutsche“ sei. Der Bereich „Interkulturelles“ spielt hier, wie schon erwähnt, oft genug etwa die Rolle des auf den Nachmittag abgeschobenen, zusätzlichen muttersprachlichen Unterrichts in der Schule. Alternative Kulturpolitik wiederum, wie etwa jene der sozio-

kulturellen Zentren, will dieser Fixierung entgehen, indem sie sich auf das Abstraktum Mensch beruft. So stellt sich Hermann Glaser in einem Aufsatz emphatisch hinter das Toleranzgebot der Aufklärung, wie es etwa in der „Ringparabel“ von G. E. Lessing zum Ausdruck komme. Nötig sei eine plurale Identität, „welche Verwurzelung in der Heimat – als Sprache, als geschichtliche und kulturelle, regionale und landsmannschaftliche Zugehörigkeit – mit einer ‚radikalen‘ Offenheit für den menschlichen Menschen jenseits aller Begrenzungen zu verbinden weiß“.

Freilich finden sich MigrantInnen in der Kluft zwischen dem „Deutschen“ und dem „menschlichen Menschen“ eingeklemmt: Die offizielle Kulturpolitik mit ihrem unausgesprochenen Bezug auf „deutsche Kultur“ oder „Kultur für Deutsche“ verweist sie in den Raum der „fremden“ Kultur, doch wenn eine emphatische Bezugnahme auf bestimmte Elemente der Kultur des Heimatlandes oder auf bestimmte Elemente der religiösen Tradition stattfindet, dann erscheint diese vor dem Ideal der Offenheit eines „menschlichen Menschen“ als partikularistisch und ungenügend.

### **Kulturarbeit und „citizenship education“**

Zwischen der Kategorie des „Deutschen“ und jener des „Menschen“ ist jedoch jene des/der StaatsbürgerIn angesiedelt, die einen Ausweg aus diesem Teufelskreis ermöglicht und der hierzulande zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Derweil bringen die BürgerInnen eines Staates ganz verschiedene Hintergründe mit, was aber für ihre kulturelle Einbeziehung keine Rolle spielen darf. Aus den vorangegangenen Überlegungen ergeben sich folgende Konsequenzen: Zum einen erscheint der Begriff „interkulturelle Kulturarbeit“ als kaum geklärt und daher auch wenig hilfreich. In der Praxis – und das verhält sich ähnlich beim Konzept der „interkulturellen Pädagogik“ – führt dieses Konzept mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit dazu, dass bestehende Unterschiede akzentuiert werden und dass die kulturelle Praxis von MigrantInnen weiterhin als additives Element zur

„deutschen Kultur“ im weitesten Sinne betrachtet wird. Daher ist es perspektivisch sinnvoller, entweder möglichst neutral von einer „Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft“ zu sprechen oder – im Sinne der jüngsten Vorschläge aus dem englischsprachigen Raum zu „citizenship education“ – von „bürgerschaftlicher Kulturarbeit“. Jedenfalls sollte diese Kulturarbeit dazu beitragen, die bestehende Trennung zwischen „uns“ und „ihnen“, zwischen „Deutschen“ und „Ausländern“ aufzuheben; und das kann nur sinnvoll geschehen, indem eine gemeinsame Grundlage der Zusammengehörigkeit vorausgesetzt wird: entweder das Zusammenleben in einer Einwanderungsgesellschaft oder der gemeinsame Status als StaatsbürgerInnen.

Eine „Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft“ geht also nicht vom provinziellen „Deutschen“ aus und auch nicht von irgendwelchen darunter oder daneben liegenden, ebenso provinziellen Wurzeln in der „Heimat“. Ebenso wenig dient eine abstrakte Idee vom offenen „menschlichen Menschen“ als Grundlage. Nein, das Fundament sollte die tatsächliche Praxis in einer Einwanderungsgesellschaft sein. Ein Blick auf diese Praxis zeigt, dass die so genannte Globalisierung längst im Alltag angekommen ist. Und ein solcher Blick zeigt auch, dass funktionierende Modelle aus diesem Alltag entwickelt werden müssen. Wie Erol Yildiz in einer Untersuchung über „Die multikulturelle Stadt“ gezeigt hat, passt das Zusammenleben in einer Einwanderungsgesellschaft überhaupt nicht ins Bild generalisierender Annahmen von allgemeiner Desintegration. Daher ist es notwendig, die Perspektive umzukehren und danach zu fragen, was von der Praxis der MigrantInnen in diesem Land verallgemeinerungsfähig ist, das heißt, was man in Bezug 1. auf die Bedeutung, 2. die Elemente, 3. den Begriff von Kultur sowie auf 4. die Konzeptionalisierung von Kulturpolitik lernen kann. Über diese Praxis wissen wir bis heute letztlich wenig. Zum einen konnten die MigrantInnen, da sie als „Ausländer“ institutionalisiert wurden, bislang nur ein schwaches kollektives Gedächtnis über ihre Situation ausbilden. Zum anderen hat die Forschung sich zum größten Teil mit den

„Problemen“ der „Ausländer“ befasst und weniger mit ihren Produktionen. Daher können im Folgenden nur Umrisse gezeichnet werden, die zunächst einmal eine ganze Reihe von Fragen für die Zukunft aufwerfen.

## **Bedeutung von Kultur in der kulturellen Praxis von MigrantInnen**

Der ganz überwiegende Teil der MigrantInnen-Selbstorganisation in der Bundesrepublik hat auf die eine oder andere Weise mit Kultur zu tun. Und das hat nicht zuletzt mit der extrem restriktiven Handhabung der Staatsangehörigkeit zu tun. Da es den EinwanderInnen fast grundsätzlich verwehrt blieb, deutsche BürgerInnen zu werden, war es ihnen auch nicht möglich, sich politisch auf Deutschland zu beziehen. Politische Aktivität in Exilorganisationen war aber auch nicht gerne gesehen. Durch diese Voraussetzungen wurde der performative Raum für die Aktivitäten der EinwanderInnen strukturell auf das Feld der Kultur verschoben – eine Kultur, die zumindest nominell mit dem „Heimatland“ verknüpft war. Dieser Heimatbezug wurde von den deutschen Behörden durchaus gefördert, denn schließlich ging man von der Rückkehr der MigrantInnen aus. Tatsächlich haben heute recht viele dieser Angebote mit Folkloregruppen zu tun. In der Gründungsphase dieser Vereine jedoch fanden sich unter dem Dach von Kultur eine ganze Reihe der verschiedensten Aktivitäten. Als Vorläufer der Griechischen Gemeinden in der Bundesrepublik etwa fungierten Informationsabende, bei denen StudentInnen, WissenschaftlerInnen und ArbeiterInnen zusammen kamen, um über die politische Situation in Griechenland und Zypern sowie über die Probleme der „Gastarbeiter“ mit Wohnen, der Sprache, der Bildung und dem Ausländerrecht zu sprechen. Was also zunächst wie eine heimatkulturell-religiös ausgerichtete Organisation wirkt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Praxis, die den Begriff von Kultur erweitert. Denn Kultur wird hier in einen größeren Kontext gestellt. Das stand und steht im Gegensatz zur herrschenden Auffassung in Deutschland, wonach der Kulturbegriff

traditionell eher idealistisch aufgeladen war. Zum einen wurde Kultur häufig auf das künstlerische Feld im weitesten Sinne eingeschränkt – auf ein quasi universelles Reich der hehren Gedanken des „menschlichen Menschen“. Zum anderen wurde Kultur mit Nationalität, „Rasse“ oder Ethnizität verkoppelt, wobei Kultur als unabhängige Variable betrachtet wurde und oft genug noch wird; als Variable, die Verhaltensweisen prägt und Konflikte zwischen Gruppen verursacht. In der Praxis etwa der Griechischen Gemeinden wurde Kultur jedoch eingebettet in einen Zusammenhang, der Alltag (Wohnen), Chancenverteilung (Bildung), Arbeit und Recht umfasst – und dabei selbstverständlich den Aspekt der Benachteiligung von MigrantInnen nicht unthematisiert ließ.

Die kulturelle Praxis der MigrantInnen beinhaltet also bereits eine wesentliche Weiterentwicklung des Begriffs Kultur in Richtung eines Kulturbegriffs, der Kultur als „gesamte Lebensweise“ (Raymond Williams) bzw. als „Landkarte von Bedeutungen“ (Stuart Hall) versteht. Darüber hinaus wird Kultur hier als eine Praxis verstanden, die Grenzen überschreitet. Durch den doppelten Bezug auf die politische Situation im Herkunftsland sowie auf die Probleme des „Gastarbeiter“-Lebens in Deutschland entstand de facto ein neuer Raum, denn letztlich waren die AktivistInnen von beiden Schauplätzen dezentriert: Als politische Subjekte befanden sie sich weder in Griechenland noch in Deutschland, sondern in einem „Zwischenreich“ (Salman Rushdie) beziehungsweise in einem „transstaatlichen Raum“, wie es in der jüngeren Forschung genannt wird. Zwar ist dieser Raum von Machtverhältnissen durchzogen und begrenzt, doch nichtsdestotrotz bietet er ein Potenzial für die Entfaltung von mannigfaltigen Aktivitäten. Während in der Bundesrepublik gerade die Situation der „zweiten Generation“ zumeist auf die Formel „zwischen zwei Kulturen“ gebracht wird, die letztendlich auf einen Zustand der Verzweiflung verweist, hat offenbar bereits die erste Generation neue Räume geöffnet.



## Die Gewichtung der Elemente in der Praxis der MigrantInnen

Die „Nagelprobe für die multikulturelle Gesellschaft“ sei, so geschrieben Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid in ihrem Klassiker „Heimat Babylon“, der „Umgang der Deutschen mit der moslemischen Minderheit“. Auf der Seite der BefürworterInnen des wieder aufgelegten Integrationskonzeptes, wie Otto Schily, klingt das ähnlich. Seit der ersten Einführung des Integrationskonzeptes in den mittleren siebziger Jahren wurden von Seiten der Politik und der Medien immer wieder Skalen kultureller Nähe zum als Norm betrachteten „Deutschen“ konstruiert, in denen die letztlich synonym verwendeten Begriffe „Türken“ und „Islam“ die größtmögliche Entfernung zu dieser Norm ausdrücken. In der Bundesrepublik wird „der Ausländer“ durch „den Türken“ verkörpert und konkretisiert, sodass die Skala auf eine bloße Dichotomie zwischen „uns“ und „ihnen“ zusammenschrumpft. Aus der Reduzierung ergibt sich wiederum eine spezifische Problemagenda, die nur wenige Punkte beinhaltet: Sprachdefizite, Parallelgesellschaften/ Ghattobildung, kulturelle Entwurzelung, Kopftücher, Machismüs.

Die Frage allerdings ist: Welche Rolle nehmen die MigrantInnen in dieser Problemagenda ein? Zum einen kommen sie darin offenbar nur als Abweichung und Störung vor, erscheinen gegenüber der für selbstverständlich gehaltenen Norm im besten Falle als defizitär und im schlechtesten Falle als bedrohlich. Zum anderen wird die Problemagenda der MigrantInnen mit der einheimischen Gesellschaft überhaupt nicht berücksichtigt. Doch für die etwa fünf Millionen „Ausländer“, die keine islamische Religionszugehörigkeit haben, ist der Islam wahrscheinlich nicht die „Nagelprobe“ der Einwanderungsgesellschaft. Für eine „Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft“ wird es also notwendig sein, die Problemagenda der MigrantInnen zu eruieren, um herauszufinden, welche Themen ihnen auf den Nägeln brennen und welche Elemente von Kultur von ihnen für die Kulturarbeit überhaupt als relevant gewertet werden.

Pauschale Abwertung führt absurderweise dazu,

dass MigrantInnen kulturelle Elemente verteidigen, die sie selbst ablehnen. Wie Encarnación Gutiérrez Rodríguez erläutert, macht diese Reaktion zunächst klar, unter welchen Bedingungen MigrantInnen in Deutschland überhaupt sichtbar werden können – die ständige kulturelle Abwertung zwingt sie offenbar zur Identifikation mit dem Herkunftsland und löst ein Bemühen aus, die Herkunftskultur aufzuwerten.

Die Konstruktion einer Trennung zwischen einer modernen „deutschen“ Kultur und einer letztlich vormodernen „türkischen“ Kultur schüttet die Vielfalt innerhalb der Gruppe der so genannten Ausländer und die Vielfalt der Strategien zu. Die Konzentration auf bestimmte, wiederkehrende Elemente irgendwo zwischen Machotum und Parallelgesellschaft führt auch dazu, dass die kulturelle Produktivität der MigrantInnen im Alltag aus dem Gesichtsfeld entschwindet. Dann ist oft genug das, was unter dem Stichwort Parallelgesellschaft problematisiert wurde, wie etwa „ethnisch ausgerichtete“ Diskotheken oder Sportvereine, eher eine höchst interessante Form der Selbsteingliederung in die Gesellschaft. Und dabei hat es auch keinen Sinn, vor Orten wie dem türkischen Männercafé zurückzuschrecken – schließlich hat der jüngere Autor Imran Ayata einmal festgehalten, dass er sich dorthin verzieht, weil er hier eben nicht ununterbrochen als „Türke“ identifiziert wird. So kann, was von außen nach der schlimmsten Homogenität aussieht, innen ein Raum der Individualisierung sein.

## Der implizite Kulturbegriff in den kulturellen Produktionen der MigrantInnen

Selbstverständlich bleiben die permanente kulturelle Abwertung und andere Artikulationsformen dessen, was ich in anderer Stelle „rassistisches Wissen“ genannt habe, nicht ohne Wirkung auf die kulturelle Produktivität der MigrantInnen. Meine eigenen Interviews mit MigrantInnen zweiter Generation über ihre Erfahrungen mit Rassismus haben gezeigt, dass erst ein Prozess der „Entfremdung“ dazu führt, dass die Differenz zu dem Mehrheitsdeutschen zunächst bemerkt, dann gewichtet und schließlich neu aufge-

baut wird.

„Ich hab mich nie als Ausländer gefühlt“, sagen die Befragten in meiner Untersuchung durchweg, und in den meisten Fällen sind es ganz konkrete Erlebnisse, die das Gefühl der Nicht-Zugehörigkeit erstmals etabliert haben. M., türkischer Herkunft, berichtet etwa davon, wie er als Schüler bei dem Wettbewerb „Sicher durch den Straßenverkehr“ einen Preis gewann und dann gefragt wurde, woher er denn komme. Als er wahrheitsgemäß antwortete „aus Bielefeld“, brach das Publikum in schallendes Gelächter aus. Erst in der Folge solcher Erlebnisse wird die eigene Differenz zum Thema, was auch Rückschlüsse zulässt über die Frage der kulturellen Differenz im Allgemeinen. Meine Resultate sprechen dafür, dass der britische Kulturwissenschaftler Homi Bhabha recht hat, wenn er betont, dass das Kulturelle keineswegs bereits vorab als Quelle eines Konfliktes betrachtet werden darf, „im Sinne differenter Kulturen“ –, sondern als „Ergebnis diskriminatorischer Praktiken – im Sinne einer Produktion kultureller Differenzierung als Zeichen von Autorität“.

Erst durch Ausgrenzung erhält die Differenz Bedeutung, wobei bestimmte Praktiken und Themenfelder im Austausch mit der Mehrheit an Relevanz gewinnen. Ein Beispiel sind etwa die Kopftücher, die in den letzten Jahren zunehmend von jungen und zumeist gebildeten muslimischen Frauen getragen werden und mit irgendeiner Tradition in der Türkei überhaupt nichts zu tun haben. Jede kulturelle Produktion von MigrantInnen ist also auch immer eine Reaktionsbildung auf das „rassistische Wissen“ oder den „hegemonialen Blick“ – die Mehrheit ist in jeder Ausdrucksform auf eine bestimmte Weise enthalten.

Wie zuvor erläutert, impliziert die Praxis der MigrantInnen einen Kulturbegriff, der kontextbezogen und grenzüberschreitend ist. Nun kommt als weiteres Element hinzu, dass jene Kultur, die sich einem/einer BetrachterIn ganz selbstverständlich als „ethnische Kultur“ präsentiert, eine Verdoppelung oder interne Differenz beinhaltet. Die Differenz verläuft also nicht „zwischen den Kulturen“, die miteinander in „Dialog“ treten sollen, sondern die Differenz verläuft insbe-

sondere in der Einwanderungsgesellschaft als Bruch innerhalb solcher angeblichen Entitäten wie dem „Türkischen“ oder dem „Griechischen“. Die MigrantInnen befinden sich als Subjekte nie da, wo sie ein hegemonialer Blick auf der Suche nach den immer gleichen Klischees verortet.

Nur wenn man diesen Punkt versteht und wenn Kulturarbeit an diesem Punkt ansetzt, kann sie auch als eine Kulturarbeit verstanden werden, die Kultur als Motor der Veränderung einsetzt. Subjektivierung, schreibt der französische Philosoph Jacques Rancière, sei immer eine „Ent-Identifizierung“. Indem „Proletarier“ oder „Frau“ zu einer Kategorie der politischen Mobilisierung wurden, erhielten diese Begriffe eine völlig neue Bedeutung. Die Verwendung drückte eben keine Identifikation aus, sondern „das Losreißen von einem natürlichen Platz“ – einem Platz, der Unrecht und Ungleichheit bedeutete. Wenn man in der Einwanderungsgesellschaft den ethnischen Kategorien der MigrantInnen begegnet, so sind diese häufig eben keine Zeichen der Identität, sondern in der stolzen Betonung des „Türkisch-Seins“ etwa drückt sich auch ein Widerstand gegen die abwertenden Zuschreibungen aus, die mit dem „natürlichen Platz“ einhergehen, den die Mehrheitsgesellschaft „den Türken“ zuweist. Subjektivierung und Identifizierung sind also Gegensätze, und die Kulturarbeit muss hier ansetzen. Wenn Kulturarbeit auf Identität abhebt, dann konserviert sie lediglich die Verhältnisse von Ungerechtigkeit und Ungleichheit zwischen den Einheimischen und den MigrantInnen. Sollte sie das nicht wollen, dann muss ihr Kulturbegriff den gesellschaftlichen Kontext – Wirtschaft, Recht, Wohnen, Bildung etc. – berücksichtigen, die permanente Überschreitung von Grenzen aktiv unterstützen sowie das dynamische Potenzial der Nicht-Identität ausschöpfen. Sie muss ein ständiges Werden befördern.

## Die Konzeptionalisierung von Kulturpolitik

In diesem Text ist bereits mehrfach darauf hingewiesen worden, dass die Konzepte für eine „Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft“ unmöglich am

grünen Tisch einheimischer Bürokratie und Forschung gewonnen werden können, sondern lediglich durch das Lernen von der kulturellen Praxis der MigrantInnen und auch durch das Lernen von praktischen, alltäglichen Formen des Zusammenlebens. Was die Großkonzepte wie Integration und Multikulturalismus betrifft, so ist der Schaden zumeist größer als der Nutzen. Dazu lässt sich auch ein Beispiel aus der populären Kultur anführen. Die ersten HipHop-Produktionen in Deutschland stammten von MigrantInnenjugendlichen – damals eingebettet in eine ganze Kultur aus Breakdance, Graffiti und Rap. Angesichts der Begeisterung für Multikulturalismus Ende der achtziger Jahre entzündete sich daran das Interesse von Sozialarbeitern und Medien:

Bald galten die Kids als Aushängeschild eines „friedlichen Miteinanders verschiedener Kulturen“. Die Rapper selbst wie etwa Tachi von Fresh Familiee oder Adegoke Odukoya von Exponential Enjoyment und Weep Not Child (später hat er antirassistische Projekte von afrodeutschen MusikerInnen ins Leben gerufen: „Brother’s“ beziehungsweise „Sister’s Keepers“) erzählen in dem Buch „20 Jahre HipHop in Deutschland“, dass sie damals keineswegs bewusst unter dem Banner des Multikulturalismus aufgetreten sind. Sie haben die „Schublade“ (Odukoya) freilich angenommen, weil sie der Idee durchaus sympathisierend gegenüber standen. Tatsächlich brachte die ungewollte Förderung durch deutsche Institutionen teilweise eine weitgehende Verwicklung der Einheimischen in die Ausdrucksformen der jungen MigrantInnen mit sich – Ayşe Çaglar betonte nicht zu Unrecht anlässlich einer Analyse der Geschichte der HipHop-Posse Islamic Force in Berlin, dass es sich um eine Art „verordnete Rebellion“ gehandelt habe. Der Weg zu einer eigenen Szenestruktur wurde 1992 schließlich durch zwei Ereignisse nachhaltig gestört. Zum einen zeigte sich an den Anschlägen von Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen sowie an den Reaktionen der einheimischen HipHop-Szene, dass es weder mit der Multikulti-Idylle noch mit der Solidarität weit her war. Zudem brachte der Erfolg der mittelständisch-einheimischen Formation „Die Fan-

tastischen Vier“ eine Redefinition der HipHop-Kultur als „deutscher Rap“ mit sich.

Rap mutierte durch den Erfolg der „Fantastischen Vier“ zu „deutschem Rap“ und diese Bezeichnung schloss im Gegensatz zu „Rap aus Deutschland“ die MigrantInnen aus. Vom Erfolg des „deutschen Rap“ konnten die „multikulturellen“ Poses daher nicht profitieren. Linguist von den Rap-Pionieren Advanced Chemistry betrachtet das auch als Ergebnis einer mangelnden Einbindung in die Gesellschaft und ihre Netzwerke: „Mit so einem Selbstbewusstsein fühlt man sich als ein Teil der Gesellschaft und hat Vertrauen darauf, dass die Sachen laufen werden. Die Fantastischen Vier hatten ja auch die Hartnäckigkeit, sich in diesen normalen und formellen Strukturen, von denen wir nie Teil waren, durchzusetzen. Die wussten sich im Wirtschaftsleben einzubringen und die Sachen so zu planen, wie es schon der Vater mit seinem Betrieb gemacht hat. Das ist ein völlig anderer Hintergrund.“ Konsequenterweise sprechen Sascha Verlan und Hannes Loh angesichts des Misserfolgs und der Verdrängung der allochthonen MusikerInnen von der „Multikulti-Falle“. Tatsächlich setzte als direkte Reaktion zum Teil ein Rückzug auf die „eigene“ Sprache oder das Englische als logische Konsequenz ein: Man wollte erstmal nicht mehr verstanden werden. Heute betont etwa der Rapper Boulevard Bou, der im Rahmen von Multikulti-Veranstaltungen gerne vorgezeigt wurde, auf einem Stück für das politische Netzwerk „Kanak Attak“ ausdrücklich: „Ich bin kein multikulti-irgendwas.“ Obwohl heute in den Charts schwarze HipHop-Musiker wie Afrob oder auch das antirassistische Projekt „Brother’s Keepers“ durchaus vertreten sind, hat sich auf der Ebene der Basis die Szene auseinander entwickelt. In den Jugendheimen und anderen Treffpunkten rappen die Jugendlichen mit den unterschiedlichsten Migrationshintergründen, während die teuren Konzerte der einheimischen HipHopper schiere Konsumspektakel sind, die fast ausschließlich von einem mittelständisch-kaufkräftigen und zudem eben einheimischen Publikum besucht werden.

Am Beispiel HipHop zeigt sich eben, wie das

Einfügen der kulturellen Artikulationen von Migrantinnen in ausschließlich von den Einheimischen bestimmte Wahrnehmungsschemata und Großkonzepte am Ende bloß eine stärkere Separierung produziert. Daher sollte auf solche abstrakten Großkonzepte verzichtet werden. Der Weg zur Erarbeitung von Konzepten für eine „Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft“ muss, auch wenn das zunächst schwierig und aufwändig erscheint, umgekehrt gegangen werden – vom Lernen von der kulturellen Praxis zur Konzeption.

*Dieser gekürzte Beitrag erschien erstmals in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hg.), Jahrbuch für Kulturpolitik 3/2002, Band 3, Thema: Interkultur, Bonn 2003*

#### Verwendete Literatur:

Homi Bhabha, Die Verortung der Kultur, Tübingen: Stauffenburg 2000

W.-D. Bukow, C. Nikodem, E. Schulze, E. Yildiz, Die multikulturelle Stadt. Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag. Opladen: Leske & Budrich 2001

Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e. V. (Hg.), [www.soziokultur.de/20](http://www.soziokultur.de/20). Bundeskongress soziokultureller Zentren – Dokumentation, Potsdam 2000

Daniel Cohn-Bendit, Thomas Schmid, Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Gesellschaft, Hamburg: Hoffmann und Campe 1992

Thomas Faist (Hg.), Transstaatliche Räume. Politik, Wirtschaft und Kultur in und zwischen Deutschland und der Türkei. Bielefeld: transcript 2000

Encarnación Gutiérrez Rodríguez, Intellektuelle Migrantinnen – Subjektivitäten im Zeitalter von Globalisierung. Opladen: Leske & Budrich 1999

Heiner Bielefeldt, Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Politisierte Religion. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1998

Ruth Mayer, Mark Terkessidis (Hg.), Globalkolorit. Multikulturalismus und Populärkultur, St. Andrä-Wörden: Hannibal 1998

Jacques Rancière, Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2002

Mark Terkessidis, Psychologie des Rassismus, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998

Sascha Verlan, Hannes Loh, 20 Jahre HipHop in Deutschland. Höfen: Hannibal 2000

# Kultur: ein Begriff ohne Grenzen

Alltag und Verbrechen. Von Hito Steyerl

**Kultur als** Begriff verweigert sich einer klaren Definition. Denn jede Definition stellt eine Eingrenzung dar. Der Kulturbegriff ist jedoch fast grenzenlos. Kultur bedeutet nichts weniger als „die Gesamtheit der menschlichen Leistungen“. Die ganze Bandbreite dieses Begriffs hat Johann Wolfgang Goethe dargestellt: Für ihn fallen Kleidung, Ess- und Trinkgewohnheiten, Geschichte, Philosophie, Kunst, Wissenschaft, Kinderspiele, Sprichwörter, Klima, Landschaftsformen, Wirtschaft, Literatur, das Politische und das Private hinein. Sogar die „Schäden durch Abholzung der Berge“ werden unter Kultur verbucht.

Damit, dass Kultur fast alles sein soll, ist aber noch nicht gesagt, dass darüber Einigkeit herrscht, was Kultur eigentlich bedeutet. Alfred Kroeber und Clyde Kluckhohn haben 1952 über 200 verschiedene Definitionen in ihrem Buch „Culture: A Critical Review of Concepts and Definitions“ versammelt. Kultur wird je nachdem symbolisch oder materiell, als Habitus oder als Zivilisation, als Regelwerk oder als Alltagswelt, als partikular oder universell beschrieben. Wir können daher sagen, dass jeder und jede irgendwie Teil von Kultur ist, aber nicht genau auf welche Weise.

Auch historisch hat der Begriff seine Bedeutung immer wieder gewandelt. In der westlichen Aufklärung im 18. und frühen 19. Jahrhundert wurde er vor allem verwendet, um eine Abgrenzung zur Natur herzustellen. Kultur war gleichbedeutend mit Zivilisation und Bildung. Dies bedeutete, dass nicht-westliche Regionen meist als weniger kulturell hoch stehend oder zivilisiert als der Westen eingestuft wurden. Während

der Romantik wurde Kultur im deutschen Raum zum nationalen Kampfbegriff. Johann Gottfried Herder zufolge ist der „Volksgeist“ eine Weltanschauung, die sich in jeder ethnischen Gruppe anders ausprägt und die Taten und Anschauungen dieser Gruppe beeinflusst. Der Kulturbegriff war in diesem Kontext eng mit den nationalistischen Bestrebungen des Bürgertums verknüpft.

Allein diese wenigen Beispiele, die nur einen winzigen Bruchteil historischer Kulturkonzepte widerspiegeln, zeigen, dass Kultur schon immer ein hochpolitischer, gleichermaßen umkämpfter und verwaschener Begriff war, mit dem verschiedene Gruppen versuchten, ihre Interessen durchzusetzen.

Ab den 1960er Jahren versuchten Sozialwissenschaftler eben jene Kämpfe um Kultur durch das Projekt der Cultural Studies zu erfassen. In diesem Feld wurden Alltags- und Populärkultur zu wichtigen Forschungsgegenständen, die Auskunft über Machtverhältnisse und Formen der Subjektivierung geben sollten. Die Kultur begann in dieser Phase allerdings auch, den Begriff der Politik sukzessive zu ersetzen.

## Der Hype des Kulturellen

Es ist exakt die Unschärfe des Kultur-Begriffs, die seine Inflationierung seit den 1980er Jahren ermöglicht. Gegenwärtig ist Kultur zum Erklärungsmuster für alle nur denkbaren politischen, ökonomischen oder sozialen Fragestellungen geworden. Kultur ist auch die Antwort auf Fragen, die eigentlich gar keine sind. Wir reden ebenso problemlos von bestimmten ethnisch

definierten Kulturen wie von Unternehmens- oder Esskulturen, von einer Leit- oder gar Schwimmkultur. Nicht genug damit, dass alle Bereiche der menschlichen Existenz kulturalisiert sind: In Österreich gibt es sogar, so der Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, eine „Kulturkultur“.<sup>1</sup>

Die Popularität eines solchen, extrem erweiterten Kulturbegriffs stimmt ziemlich exakt mit der Diskreditierung des Begriffs der Klasse nach dem Niedergang des Sozialismus überein. Der Begriff der Kultur verweist nicht mehr auf den Kapitalismus, sondern auf ein verschwommen Allgemeinmenschliches, dem aufgrund dieser Diffusität kaum widersprochen werden kann.

Aber ist diese allgegenwärtige Kultur nicht selbst eine neue Form der Ideologie? Da im Kulturbegriff Symbolisierung, Lebensstil und Ethnizität verschwimmen, wird Kultur zum „perfekten Paradigma der Ausschließung“, schreibt Mark Terkessidis. Wie Stefan Nowotny und Michael Staudigl bemerken, hat sich die Rede von „Kulturen“, „kultureller Identität“ oder „kulturellen Konflikten“ in politischen Diskursen durchgesetzt. Egal ob in migrations- oder europapolitischen Debatten: Kultur ist das Feld, auf dem die Auseinandersetzung ausgetragen wird.

Kultur als Mittel des Ausschlusses richtet sich vor allem immer wieder auch gegen Migranten und Migrantinnen in Europa, deren „Kultur“ sie als Problem erscheinen lässt. Vor allem die Rede einer zurückgebliebenen islamischen Kultur ist dabei oft Vorwand für eine repressive Einwanderungspolitik. Die Debatte um Kultur ist sehr ambivalent, da mit dem Kulturbegriff oft real existierende politische und soziale Unterdrückungsverhältnisse sowohl in der Einwanderungsgesellschaft als auch innerhalb von Migrantengruppen selbst unsichtbar gemacht werden.

## Multikulturalismus als Ideologie

Die Ausschlüsse auf kultureller Ebene werden dadurch noch verschärft, dass Kultur ohnehin das wichtigste Paradigma von Migrationspolitik darstellt. In den

1980er Jahren wurden Migrationsangelegenheiten häufig unter dem Begriff Multikulturalismus verhandelt. Multikulturalismus bedeutet das Prinzip des Zusammenlebens verschiedener Kulturen, von denen jede ihre Eigenständigkeit bewahren soll. MultikulturalistInnen befürworten die Beibehaltung kultureller Unterschiede und fordern dies auch vom Staat ein. In der gesellschaftlichen Praxis sah dies so aus, dass Folkloredarbietungen und Küche bestimmter Minderheitengruppen toleriert und unter Umständen sogar gefördert wurden, wobei die weiterhin fortexistierende soziale Ungleichheit zwischen verschiedenen Gruppen aus dem Blick geriet. Dieses – Migration auf Kulturangelegenheiten reduzierende – Konzept geriet in den letzten Jahren allerdings von mehreren Seiten aus unter Beschuss.

In seinem Buch „Europa ohne Identität“ schrieb Bassam Tibi, dass eine Leitkultur unabdingbar sei, um einen Grundkonsens aller Kulturen in Bezug auf Demokratie, Moderne und Menschenrechte zu erhalten. Deshalb müsse sich etwa die islamische Kultur in einen Euro-Islam transformieren. Wurden Tibis Thesen vor allem von Konservativen durch die Forderung nach einer deutschen „Leitkultur“ aufgegriffen und verstärkt, existiert auch eine Multikulturalismuskritik von Seiten der Linken. Denn es ist nicht zu leugnen, dass der Multikulturalismus Ähnlichkeiten mit bestimmten ethnopluralistischen Vorstellungen der Neuen Rechten aufweist. Sie gehen davon aus, dass Kulturen zwar gleichwertig, aber von „Verunreinigung“ durch Mischung gefährdet sind. In diesen Konzepten nimmt Kultur unverhohlen die Stelle des diskreditierten Begriffs der „Rasse“ ein. Ebenso wie früher die so genannten „Rassen“ sollen Kulturen einander fern bleiben. Die Forderung nach der Anerkennung und der Eigenständigkeit bestimmter Kulturen überschneidet sich mit bestimmten Begrifflichkeiten des Multikulturalismus. In eine ähnliche Richtung zielt auch Samuel P. Huntingtons Schlagwort vom „Kampf der Kulturen“. In seinem gleichnamigen Buch behauptete Huntington, dass im 21. Jahrhundert Auseinandersetzungen politischer, ideologischer oder wirtschaftlicher Natur durch Konflikte zwischen ver-

schiedenen Kulturkreisen ersetzt würden.

## Kultur als Verbrechen

Die Kulturalisierung sozialer Konflikte, ebenso wie drassistische Ideologie unter dem Deckmantel des Multikulturalismus, sind jedoch nicht die einzigen Kritikpunkte von Seiten der Linken. So ist Slavoj Žižek der Meinung, dass der Multikulturalismus mit seiner Kommerzialisierung von Differenzen die Verwandlung von politischen Positionen in kulturelle befördere. Er verkörpere die Ideologie des globalen Kapitalismus, in der fast jede Differenz in eine genießbare Ware verwandelt werden könne. Der Multikulturalismus sei eine Form der Post-Politik und überdies rassistisch, weil die übertriebene „Toleranz“ auch gegenüber extremen Menschenrechtsverletzungen nicht nur zynisch, sondern auch überheblich sei. Etliche feministische Theoretikerinnen schließen sich dieser Kritik des Multikulturalismus insofern an, als sie Kultur als ritualisierte Form der Gewalt gegen Frauen beschreiben. Genitale Verstümmelung, Witwenverbrennung, sog. „Ehrenmorde“ oder häusliche Gewalt werden oft als kulturelles Phänomen verharmlost und relativiert. So gibt es auch westliche Theoretikerinnen, die genitale Verstümmelung dadurch verharmlosen, dass Körper generell kulturell konstruiert seien und es daher keine „authentischen“ Körper gebe. In diesem Fall ist Kultur ein Vorwand zur Aufrechterhaltung patriarchaler Gewaltverhältnisse. Da Kultur von MultikulturalistInnen an sich als wertvoll angesehen wird, ist vielen von ihnen auch relativ egal, welche Werte sie letztlich vertritt.

Aber nicht nur der Multikulturalismus, auch seine berechtigte Kritik wird oft von der Rechten angeeignet und für ihre Zwecke umgebogen. Wie sich an der deutschen Diskussion um „Ehrenmorde“ zeigt, können feministische Argumente Forderungen nach noch restriktiverer Migrationspolitik Vorschub leisten. Die kümmert sich nicht um die Verbesserung der Situation von Frauen oder sexuellen Minderheiten, die Abstellung von Gewalt gegen sie oder um ihre aktive gesellschaftliche Förderung – alles dringliche An-

liegen! – sondern richtet sich durch Zuzugsbeschränkungen, wie etwa in Dänemark, schlicht und einfach gegen alle EinwandererInnen, egal ob männlich oder weiblich, straight oder queer, alt oder jung.

Diese Beispiele aus jüngeren Debatten zeigen: Kultur ist die Brille, durch die die Gegenwart als Realität erscheint. Was jedoch sagen uns diese Beispiele? Brauchen wir mehr Kultur oder weniger? Kultur mag zwar die Antwort auf jede mögliche Frage der Gegenwart darstellen. Sie ist jedoch offensichtlich keine Lösung ihrer Probleme, sondern eher die Form des Problems selbst. Es kann also nicht darum gehen, Kulturen zu bewahren oder neue zu erfinden, zumal klar ist, dass Kultur allzu oft bloß ein Synonym für Verbrechen ist. Es geht vielmehr darum, das Gemeinsame unter Menschen jenseits von Kulturbegriffen zu definieren; nicht in der Vergangenheit, sondern in der Zukunft.

<sup>1</sup> Siehe [www.uibk.ac.at/voeb/btsp.html](http://www.uibk.ac.at/voeb/btsp.html)

### Verwendete Literatur:

Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York: Simon & Schuster 1998

Hito Steyerl, „Culture and Crime“, auf: <http://eipcp.net/transveral/0101/steyerl/de>

Stefan Nowotny, Michael Staudigl (Hg.), *Grenzen des Kulturkonzepts. Meta-Genealogien*. Wien: Turia + Kant 2003

Mark Terkessidis, *Kulturkampf – Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte*. Köln: Kiepenheuer & Witsch 1995

Bassam Tibi, *Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft*. München: Bertelsmann 1998

Slavoj Žižek, *Plädoyer für die Intoleranz*. Wien: Passagen 2003

# Selbstbestimmte Bilder

Ein Interview mit Belinda Kazeem, Mitarbeiterin bei der Schwarzen Frauen Community (SFC), und Sibel Öksüz, Initiatorin des neu gegründeten Vereins KULTimPORT.

**Mit welchem Begriff von „Kultur“ arbeitet ihr und warum ist es für euch interessant, euch insbesondere im Kulturbereich zu engagieren?**

*Sibel Öksüz:* Kultur in Österreich zu definieren ist schwierig, gerade in diesem Jahr bedeutet „österreichische Kultur“ die Bewahrung von Hochkultur – Mozart & Co. kann ich schon nicht mehr hören. Wir wollen von dieser Opferrolle der MigrantInnen weggehen und auch davon abkommen, dass sich sehr viele abkapseln und nur in der eigenen Community bleiben – das gilt aber ebenso für „Einheimische“. Uns ist es wichtig zu zeigen, dass es selbstverständlich ist, dass sich in einem Land wie Österreich die Kulturen oder Nationen vermischen. Unser Name ist ein Wortspiel: KULT-im-PORT, wie der Hafen – wir sehen uns als

einen Hafen, wo die Kulturen und Projekte andocken.

*Belinda Kazeem:* Mein Begriff von Kultur ist ein ziemlich breiter und weiter, für mich sind es alle Formen des Ausdrucks. Es gab ein Projekt von SFC mit Klub Zwei, wo entlang der Straßenbahnlinie D großformatige Plakate mit politischen Forderungen hätten angebracht werden sollen, aber was den Verantwortlichen dann doch zu politisch war. Ein anderes Projekt, in das SFC involviert ist, ist die Schwarze Recherchegruppe, die sich für das Projekt „Verborgene Geschichte/n – remapping Mozart“ gegründet hat und bei der es darum geht, schwarz-österreichische Geschichte zu schreiben und uns selbst zu Expertinnen zu machen. Wir wollen unsere Geschichten erzählen und damit

auch unsere Bilder präsentieren – eben nicht fremd-, sondern selbstbestimmt, weg von Exotismus und der Stellvertreterpolitik. Da liegt für mich auch die Wichtigkeit oder das Interessante an der Kulturproduktion, dass man die Möglichkeit hat, sich selbst zu präsentieren, um seinen Standpunkt zu zeigen, was gerade jetzt in der Zeit vor dem Wahlkampf, in der wir als Gruppe der „MigrantInnen“ instrumentalisiert werden, besonders wichtig ist.

**Welche Vorteile bietet diese Strategie, politische Forderungen über Kunst- und Kulturprojekte zu transportieren?**

*B. Kazeem:* Es ist eine Sache, eine Demo oder eine Pressekonferenz oder eine Podiumsdiskussion zu organisieren, wo ich immer wieder einen kleinen Ausschnitt der Gesellschaft erreiche, meistens die, die's eh schon interessiert – so gut und absolut notwendig das auch ist, aber ich glaube, dass man durch Plakataktionen, wie z.B. die Zusammenarbeit von SFC mit Klub Zwei „Arbeiten gegen Rassismen“, wiederum ein anderes Publikum erreicht. Mir gefällt die Vorstellung, dass jemand, der Vorbehalte gegen MigrantInnen als Gruppe und gegen Einwande-



rung hat, für ein paar Minuten bei einer Straßenbahnhaltestelle steht und ein Plakat anschauen muss mit expliziten politischen Forderungen von Schwarzen Frauen. Es ist eine Möglichkeit, andere Leute zu erreichen, mit anderen Mitteln, dieses Belehrende, Erklärende funktioniert auch nicht immer. Ich glaube, man kann sich da gegenseitig gut ergänzen.

**Sind jetzt kurz vor dem Wahlkampf die Chancen, Geld für eure Projekte zu bekommen, größer?**

*S. Öksüz:* Es ist leider eine Tatsache, dass PolitikerInnen vor Wahlen ein größeres Gehör haben. Da gibt's dann halt auch die Sondermittel. Und man hat eher die Chance, Projekte zu verwirklichen. Das wissen sehr viele Institutionen und setzen bewusst die Signale stärker.

*B. Kazeem:* Auch wenn mein Fokus nicht ganz derselbe ist, gebe ich dir da absolut Recht. Für mich ist es absolut wichtig ist, die Gegenstimmen zu hören. In den Nachrichten wird einem Heinz-Christian Strache oder Peter Westenthaler eine Plattform geboten, um ihre hetzerischen Sprüche loszulassen, aber du siehst nicht die Leute, die dagegen arbeiten, du siehst nicht die Betroffenen, über die gesprochen wird. Deshalb ist es für mich gerade in so einer Zeit besonders wichtig, an die Öffentlichkeit zu gehen. Ich wundere mich auch, wie man dasselbe

Rezept immer wieder anwenden kann und es funktioniert: Finde einen Buhmann – jetzt sind's Moslems, vor ein paar Jahren waren es Afrikaner. Das finde ich auch ganz interessant, dass anscheinend jeder für jeden einsetzbar ist.

**Was erwartet ihr euch von einem Regierungswechsel?**

*S. Öksüz:* Nach dieser Regierungsbildung hat sich ja sehr viel verändert, in der Kulturlandschaft, was die Finanzen angeht. Es ist vieles schlimmer geworden, zum Beispiel durch den Integrationsvertrag. Dass sich da ganz schnell was ändern sollte, ist klar. Ob dann das, was an Gesetzen eingeführt wurde, auch wieder reduziert wird, oder ob dann nicht wieder alles beim Alten bleibt ...

*B. Kazeem:* Ich frage mich auch, was sich dann wirklich verändert. Wir haben gesehen, dass auch die SPÖ bereit ist, Gesetze zu unterschreiben, die absolut restriktiv sind. Das ist eine Frage, die bleibt für mich offen. Egal, wie sich diese Regierung dann zusammenstellt, unsere Stimme ist absolut wichtig, weil wir mit dem leben müssen, was bei den Wahlen rauskommt. Ich glaube, dass die Politik von z.B. Rot-Grün sehr viel ändern würde, aber ich weiß nicht, ob man der österreichischen Bevölkerung sagt, Zuwanderung ist okay, wenn man weiß, dass die Mehrheit der Bevölkerung das nicht mit trägt. Man will ja schließlich wieder

gewählt werden.

**Wie wichtig war für euch das Jahr 2000? in der mehrheitsösterreichischen Linken hat sich damals sehr viel getan, es war eine Art Aufbruch, eine Zäsur ...**

*B. Kazeem:* Ich kann mich gut an die Demos erinnern, weil es für mich persönlich die ersten Demos waren, wo ich auf die Straße gegangen bin und ich mir gedacht habe, jetzt ist es genug. Von diesem anfänglichen Widerspruch, glaub ich, ist nur eine sehr kleine Stimme zurückgeblieben, was aber nicht nur damit zusammenhängt, dass Leute eingeschüchtert sind, sondern es ist eine Politik entwickelt worden, die dafür sorgt, dass diese Gruppen gespalten werden. Wenn nur der einen Gruppe Fördergelder gegeben werden, kann man sich abputzen und sagen, wir machen eh was. Die anderen bekommen keine Förderung, die Selbstorganisationen zum Beispiel, weil es dem Staat lieber ist, dass er mit seinen eigenen Organisationen arbeitet, wie der Caritas. Insofern glaube ich, dass es eine „gute“ Strategie der Regierung war, Gruppen zu teilen, die sich eigentlich schon solidarisiert haben.

*S. Öksüz:* Da ja MigrantInnen auch keine homogene Masse sind, haben sich bestimmte Gruppierungen sehr stark gemacht. Ich sage mal, regierungsnahe migrantische Organisationen sind, seit es diese Regierung gibt, viel stärker und präsenter geworden. D.h. man

sieht dann schon, wohin die Gelder fließen, wohin die Unterstützung dann geht. Es tut mir leid, dass auch ich solche Ausdrücke verwenden muss, aber das sind für mich die Quoten-Alis, die machen den anderen die Schulter frei, weil eh etwas getan wird, und wo dann die Probleme der MigrantInnen liegen, darin vertiefen sie sich gar nicht so. Hauptsache Migranten, das ist ja für sie anscheinend alles das gleiche. Aber unter den MigrantInnen selber gibt es viele Spaltungen, es ist ja nicht so, dass alle MigrantInnen eher links oder neutral sind, es gibt leider auch in Österreich sehr viele Organisationen, die schon im Herkunftsland in die rechte Richtung gehen und das hier weiterführen. Das finde ich halt traurig, dass man da nicht unterscheiden kann oder versucht, ein Gleichgewicht herzustellen.

Es gibt Organisationen, vor allem aus der Türkei, wo ich merke, dass sie in den letzten Jahren stärker geworden sind, und das ganz sicherlich mit Unterstützung der Regierung. Und auch bei den Gemeinderatswahlen KandidatInnen zu sehen, auch bei der FPÖ einen türkischstämmigen Kandidaten zu sehen, hat mich umgeworfen.

*B. Kazeem:* Ja, es gibt auch unter MigrantInnen Hierarchien, es gibt sichtbare Minderheiten, es gibt die Forderung nach Schutz und Respekt für sichtbare Minderheiten. Es ist nämlich ein Unterschied, ob ich in der allgemeinen Mehrheits-

gesellschaft untertauchen kann oder ob ich so sichtbar bin wie eine schwarze Frau oder eine Frau mit Kopftuch, und das wird auch so gegeneinander ausgespielt. In den 60ern und 70ern wurden TürkInnen und JugoslawInnen eingeladen herzukommen und zu arbeiten und waren – nicht als Personen, aber als Arbeitskraft – willkommen, deshalb denken manche, wir haben viel mehr Recht darauf, da zu sein als die, die letztes Jahr gekommen sind und schwarz sind. Und das finde ich besonders schlimm, denn der gemeinsame Gegner sollte eigentlich klar sein.

**Der Kulturbereich gilt ja als „Frauenbereich“, etwa hinsichtlich der dort herrschenden Arbeitsverhältnisse. Wie sehen da eure eigenen Erfahrungen aus?**

*S. Öksüz:* Es stimmt, es sind vor allem Frauen im Kultursektor tätig, und es sind Frauen, die sich bemühen und arbeiten und schlecht bezahlt werden. Deshalb wird einer unserer Schwerpunkte ab Herbst sein, Frauen im Kunst- und Kultursektor zu unterstützen, vor allem Frauen mit Kindern. Das ist ein kleiner Rahmen, aber ein generelles Problem in der Kulturlandschaft.

*B. Kazeem:* Als unser Verein gegründet wurde, gab und gibt es immer noch Herrschaften, die über den Namen und Sinn dieses Vereins pikiert sind. Die denken, wozu brauchen wir extra einen

Verein für Schwarze Frauen, es gibt ja eine Schwarze Community. Ich glaube einfach, dass man als migrantische Frau, speziell als Schwarze Frau, eine andere Ausgangssituation hat, weil es eben nicht nur Rassismus, sondern auch Sexismus gibt. Ich glaube, dass man hierfür spezifische Werkzeuge und Herangehensweisen fördern muss und das innerhalb der verschiedenen Communities auch von den Männern einfordern und erwarten kann. Es kann nicht sein, dass der Emanzipationsprozess auf Frauen beschränkt ist.

**Interview:**

**Vina Yun und Sylvia Köchl**

[www.schwarzefrauen.net](http://www.schwarzefrauen.net)

[www.kultimport.com](http://www.kultimport.com)

[www.remappingmozart.mur.at](http://www.remappingmozart.mur.at)

*In zwei verschiedenen Versionen erstmals erschienen in: MOMENT – Gazette für Menschenrechte von SOS Mitmensch, #4, Ausgabe 2/2006 sowie in: Kulturpolitik – Diskurs – Vernetzung, Zeitung des Kulturrats Österreich anlässlich der Nationalratswahlen 2006*

# Don't panic, I'm islamic!

Selbstdarstellung des Kulturvereins Kanafani. Von Tuba Danis, Asuman Mert und Baruch Wolski

**Der Kulturverein Kanafani** ist ein antirassistisches Kultur- und Kommunikationsprojekt mit Sitz in Wien. Namenspatron ist der palästinensische Schriftsteller, Dichter und antikoloniale Aktivist Ghasan Kanafani (1936-1972). Kanafani ist eine der wenigen Initiativen im deutschsprachigen Raum, in dem MuslimInnen und Nicht-MuslimInnen zusammenarbeiten. Es gab zwei Auslöser für unsere Organisation: der 11. September und der Tod von Seibane Wague.

Wir treten an gegen den allseits proklamierten „Kampf der Kulturen“ und wollen die Antithese dazu propagieren und leben, wobei ein konsequenter Antirassismus und Antikolonialismus unsere gemeinsame Basis bilden. Wir achten darauf, dass das mit Respekt und auf gleicher Augenhöhe passiert. Einen besonderen Fokus richten wir auf eine Variante des kulturellen Rassismus, die immer mehr zu erstarken droht – den Antiislamismus. Unsere erste Veranstaltung „the rest against the west“ zählte trotz geringster Werbung unglaubliche 600 BesucherInnen und zeigte, dass das Thema virulent ist.

Kanafani ist eine Basisinitiative und versteht sich als offene Plattform. Alle Arbeit ist ehrenamtlich. Wir machen keine Sozialarbeit, sondern Hilfe zur Selbsthilfe. Wir veranstalten u.a. Filmvorführungen, Ausstellungen, Konzerte, Lesungen, Feste und Diskussionen. Da bei uns vorwiegend StudentInnen aktiv sind, organisieren wir auch recht viel an der Uni. Unser oberstes Ziel ist es, eine Brücke zwischen den verschiedenen Kulturen aufzubauen. Wir wollen

antirassistische Kulturarbeit fördern und Vorurteile aufklären, Leute zusammenführen, die ansonsten eher weniger Kontakt haben.

Als die Kanafani-Frauen 2002 das erste Kanafani-Frauentanzfest veranstalteten, geschah das eher für sie selbst und ihre Freundinnen. Im Laufe der Zeit konnten wir feststellen, dass das Frauentanzfest ein weit größerer Beitrag gegen stereotype und rassistische Zuschreibungen ist als alle Dialogveranstaltungen, die wir kennen oder selbst auch organisiert haben: Gekommen sind Feministinnen vom FZ (Autonomes Frauenzentrum), Musliminnen, Hausfrauen, Flüchtlinge. Da sich hier die unterschiedlichsten Frauen kennen lernen und vernetzen, leistet das Frauentanzfest einen erheblichen politischen Beitrag in Sachen Emanzipation und Antirassismus.

Alle sind dazu eingeladen, im Rahmen des Vereins auf die eine oder andere Weise aktiv zu werden, unabhängig davon, ob Rassismen sie zum „Anderen“ und „Fremden“ erklärt haben oder nicht. Es gibt keine Mitgliedschaft, sondern nur gute Ideen, die darauf warten, gemeinsam verwirklicht zu werden. Die „Kanafanis“ sprechen bis dato Türkisch, Kurdisch, Arabisch, Persisch, Bosnisch, Spanisch und Deutsch. Wir treten ein für einen kämpferischen Antirassismus, dafür, dass die Objekte des Rassismus zu ihren eigenen Subjekten werden, dass sie zu einem stärkeren Selbstbewusstsein finden und sich selbst einbringen können. Für viele bei uns ist es wichtig, selbstbewusster als Muslime aufzutreten im Gegensatz zur

hiesigen Glaubensgemeinschaft, die sehr vorsichtig agiert. Wir lehnen Bevormundung ab und wollen nicht paternalistisch über die Köpfe der Beteiligten hinweg handeln, wie es leider so oft der Fall ist. Uns sind daher migrantische Selbstorganisationen und Allianzen mit diesen ein besonderes Anliegen.

Antirassismus bedeutet für uns: Eintreten gegen den institutionellen und strukturellen Rassismus und keine Verschleierung der herrschenden Zustände mittels „integrativer Projekte“. Wir versuchen Stimmen aus dem Trikont Gehör zu verschaffen und junge und/oder nicht-etablierte Kunstschaffende nach Möglichkeit zu unterstützen, also vor allem diejenigen, die von einer ökonomischen Zensur betroffen sind. Wir möchten Bezugspunkt bzw. eine Schnittstelle sein für verschiedene Menschen, da wir sehr unterschiedliche Sachen anbieten – vom Vortrag von Etienne Balibar über den Workshop mit Kanak Attak bis zum mystischen Abend nach dem Ramadan.

## **der.wisch – zeitschrift für viel.seitige**

Seit 2003 gibt Kanafani den der.wisch heraus, der als offenes Forum fungieren soll und ein work in progress ist. Es gibt eine redaktionelle Instanz, aber prinzipiell sind alle Beiträge willkommen. Kontroverielle Artikel sind nicht nur erlaubt, sondern auch erwünscht. Der.wisch ist im Grunde genommen kein migrantisches Medium, sondern ein um MigrantInnen bemühtes Medium. Das heißt, es wird viel Zeit darin investiert, Sprachbarrieren aufzuheben und „migrantische“ Themen jenseits des Mainstreams zu Wort kommen zu lassen.

Der Untertitel „zeitschrift für viel.seitige“ ist eine Anspielung auf die Hybridität des Projekts. Der.wisch ist weder Zeitschrift noch Buch, weder islamisch noch nicht-islamisch, weder Literatur und Kunst noch Politik – sondern von allem ein wenig. Der.wisch richtet sich an ein deutschsprachiges Publikum, an die muslimischen Communities und weit darüber hinaus. Für die Zeitschrift gilt das, was für den Gesamtverein gilt: Antirassismus ist der gemeinsame Nenner.

Wir sind sowohl innerhalb der islamischen Community als auch in der Linken vernetzt, u.a. ist Kanafani Mitglied bei ENAR (European Network Against Racism).

Antirassismus braucht weniger den Dialog und die Aufklärung als den politischen Kampf. Im Verein existieren verschiedene Identitäten, die sich im Verein auch nicht aufgelöst haben – und das ist gut. Identitäten sind nicht statisch und nicht essenziell, Identitätspolitik birgt Fallen, kann aber auch sinnvoll sein, um politisch zu arbeiten. Islamfeindlichkeit und Antisemitismus müssen immer wieder als Rassismen erklärt werden, und in weiten Teilen der Gesellschaft herrschen biologistische Vorstellungen.

Unser größtes Problem im Verein ist die Finanzierung, da wir alles gratis anbieten wollen. Das ist vor allem für die migrantischen StudentInnen, die kein Arbeitsrecht haben und schwarz zu Hungerlöhnen arbeiten, eine schwierige Situation. Da es uns immer wieder am nötigen Geld fehlte, konnte auch der der.wisch nur unregelmäßig erscheinen. Gleichzeitig fragen wir uns, welche politischen Ansprüche die SubventionsgeberInnen haben, also: Wenn wir was kriegen, ist das ein gutes oder schlechtes Zeichen – sind wir schon zu angepasst?

Zentral ist das Selbstbewusstsein von MigrantInnen: In Österreich sind die meisten dankbar für Arbeit und soziale Sicherheit, hingegen wird z.B. in England antikoloniales Denken sehr selbstbewusst vorgetragen. Wir fordern aber kein Mitleid, sondern Rechte – denn jede Art von Herrschaft und Unterdrückung wird rassistisch legitimiert.

[www.kanafani.at](http://www.kanafani.at)

# „Dann bin ich ein Erdling“

Gipsy-Radio ist ein Kosmos im Internet.

Ein Interview mit Branislav „Niki“ Nicolić

## Wie und warum ist Gipsy-Radio entstanden?

Im Jahr 2000 habe ich einige „Zigeunerlieder“ als mp3 bekommen und war fasziniert, dass diese Lieder in diesem Format existieren und im Internet kursieren. Da dachte ich, es wäre doch interessant, wenn sie wirklich freigegeben werden, damit alle sie downloaden können. Ich habe als Computertechniker gearbeitet und hatte das Wissen so etwas umzusetzen. Damals hab ich mich auch noch als Jugo betrachtet und habe deshalb die Domain yumusica.com registrieren lassen, wo ich die Lieder zur Verfügung gestellt habe. Nach einer Woche habe ich nachgeschaut, da waren ca. zehn Leute dort, ohne dass ich Werbung gemacht hätte. Ich habe mich gefragt: Warum haben diese Jugoslawen Interesse an Roma-Musik? Daraufhin habe ich eine Umfrage gemacht: Seid ihr Jugos, Österreicher, Deutsche, Franzosen oder seid ihr Roma? Und siehe da:

über 80% waren Roma!

In dieser Zeit ist mein Vater gestorben und beim Begräbnis habe ich viele Roma kennen gelernt. Da ist mir etwas aufgefallen, was mich früher nie interessiert hat: Die meisten waren auf der Suche nach ihrer Identität, waren irgendwie verloren und haben dasselbe Problem, dass sie sich schwer in die Mehrheitsgesellschaft integrieren. Das habe ich persönlich nicht gekannt. Das naheliegendste für mich war dann, etwas im Internet zu machen. Mir selbst geht es nicht schlecht, meine Familie ist gut versorgt, ich lebe in einem relativ freien Land, in dem man relativ frei seine Meinung äußern kann, aber ich habe auch gesehen, wie es Leuten in anderen Ländern geht. Also habe ich beschlossen, auf der Stelle mit der Lohnarbeit aufzuhören, und begonnen, gemeinsam mit meinem Sohn Petar und meinem Freund Wolfgang das Projekt „Gipsy Info“ zu kreieren.

Wir wollten nun mehr als

nur Musik zur Verfügung stellen – wir wollten Programm machen. Wir haben einen Server aufgestellt und Streaming-Programme getestet – und ca. zwei Jahre gebraucht, um dann Live-Radio machen zu können. Am Anfang hatten wir drei oder vier Zuhörer und waren begeistert und haben gesagt: Jetzt ist noch einer da! Dann hatten wir zehn Zuhörer und die Leitung war überlastet ... Also haben wir eine stärkere Leitung gemietet – und irgendwann waren es 100 Zuhörer am Tag, die uns auch Mails geschrieben haben. Da haben wir bemerkt, dass sie nicht alle aus Österreich oder Jugoslawien waren, sondern aus Kanada, Australien, Dänemark usw.

Im September 2002 sind wir zum ersten Mal mit Bild und Ton auf Sendung gegangen. Wir haben bei dieser Erstsending gleich eine wichtige Diskussion angezettelt, nämlich „Was sollten wir von unseren Traditionen bewahren, was sollten wir davon nicht mehr nutzen?“ Wir haben einige Fragen vorgegeben, z.B. soll man nach der Hochzeitsnacht weiterhin das Leintuch der Schwiegertochter zeigen als Beweis der Jungfräulichkeit? Oder Bezahlung fordern für die Heirat der Tochter? Diese Diskussion war auf Romanes und

läuft im Chat bis heute! Das große Interesse daran hat uns nachdenklich gemacht, was den Zugang betrifft: Wie können alle, die mitreden wollen, das auch tun?

**Ist Romanes die gemeinsame Sprache aller, die euch zuhören?**

Wir senden auf Romanes, Serbisch, Deutsch usw. – wir stellen uns darauf ein, wer gerade zuhört. Romanes ist eine sehr alte Sprache, die aus dem Sanskrit kommt – die Sprache der Götter in Indien! Aber die Sprache hat sich durch die Jahrhunderte verändert, abhängig von den Regionen, in denen Roma leben. Auf der anderen Seite ist Romanes eine Sprache, die teilweise in Vergessenheit geraten ist, und es gibt vor allem sehr viele Roma-Jugendliche, die die Sprache nicht mehr sprechen. Romanes zu „vergessen“ war aber in bestimmten Gebieten auch eine Schutzmaßnahme gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, um zu überleben. Viele dieser Jugendlichen wollen heute die Sprache wieder lernen, bei uns im Chat gibt es seit Anfang Februar – von uns unabhängig! – eine Romanes-Stunde, in der sich die Zuhörer gegenseitig Romanes beibringen. Das ist super.

**Und im Chat unterhalten sich die Leute in allen möglichen Sprachen?**

Ja. Da kommt einer rein und sagt z.B. „schtjuro monjeschtsche?“ Und wenn ein anderer das schtjut,

dann schtjut er, dann unterhalten sie sich. Und der nächste fragt, spricht hier jemand Deutsch? Und wenn jemand da ist, unterhalten sie sich und wenn nicht, dann eben nicht. Bei uns sind alle gleich. Auf der Website steht absichtlich „Jugoslawisch“ und nicht Serbisch, Kroatisch usw. Wer damit nicht einverstanden ist, soll es halt bleiben lassen.

**Gibt es unter den Roma viele Staatenlose?**

Das Problem haben ja nicht nur die Roma, dass die Behörden sagen, du hast keine Papiere, was bist du denn? Staatenlos – dann vergiss es. Wenn man sich zu einem Staat zugehörig fühlt, muss man einen Antrag stellen, denn niemand kommt und sagt: Du bekommst jetzt die österreichische Staatsbürgerschaft. Ich habe übrigens keine österreichische Staatsbürgerschaft. Ich habe gehört, sie wird verliehen und ich will nichts Geliehenes: Wann muss ich sie zurückgeben? Ich würde sie ja nehmen, wenn ich dafür wenigstens nichts bezahlen müsste. Woher soll ich das Geld nehmen? Ich brauche eigentlich nur einen Ausweis, der besagt, wer ich bin, und ich bin ein Bürger dieser Erde. Denn ein Alien bin ich nicht. Es ist schade, dass die Menschen immer diese Unterschiede machen müssen und sich nicht als Einheit betrachten. Deshalb hoffe ich, dass irgendwann Außerirdische kommen, damit die Menschen zu-

sammenfinden, denn dann haben wir ein gemeinsames Feindbild – die Menschen sind ja so blöd, die brauchen immer ein Feindbild. Stellt euch das einmal vor: Wenn wirklich Außerirdische kommen würden, dann wäre das kein Thema mehr, dann bin ich kein „Zigeuner“ mehr, dann bin ich ein Erdling, dann gehöre ich dazu!

**Das Internet als Raum, der an sich keine nationalen Grenzen kennt, scheint uns ein sehr passender Ort für die Roma ist, die eigentlich auch keine Grenzen kennen ... Wie siehst du das?**

Ja, wir nennen uns ja die Cybernomaden. Wir sind früher von Ort zu Ort gewandert und jetzt surfen wir eben. Dabei könnten wir noch einiges mehr über's Internet machen, denn wir würden sehr gerne viel mehr Leuten Internet und Computer zur Verfügung stellen, um dann von ihnen Informationen und Nachrichten aus erster Hand zu bekommen und zu veröffentlichen. Die Grenzenlosigkeit ist eine Sache, der Zugang eine andere.

**Und wie habt ihr dieses Problem gelöst, dass nicht alle Zugang haben?**

Wir haben Mails bekommen von Menschen, die erzählen, dass Leute aus einem anderen Dorf bei ihnen waren, Gipsy-Radio gehört haben und das auch gern selber hören würden, aber ein Computer ist für sie unerschwinglich. Wir hier bekommen Computer oft sogar gratis und richten sie selbst

her, installieren die Programme, stecken den Computer in ein Paket und versenden ihn. Ja, was sollen wir auch sonst tun? Oder es ruft uns ein Rom aus Kroatien an und sagt, ich kann zwar in den Chat und das ist sehr lustig, aber ich höre das Radio nicht. Da hab ich ihm per E-Mail ein kleines Programm geschickt, damit ich auf seinen Computer zugreifen kann und habe dann von hier aus bei ihm alles so eingestellt, dass er nun das Radio hören kann. Und der war natürlich begeistert!

Das Internet ist eine feine Sache, aber es sollte nicht so werden wie überall, nämlich dass nur die dabei sein können, die auch dafür bezahlen können. Es ist auch nicht die ursprüngliche Idee vom Internet, dass es kommerziell genutzt wird. Vielleicht sollten wir Sponsoren suchen – aber um etwas zu suchen, muss man es erst verlieren, und wir haben nie welche gehabt. Besser wäre ansprechen: Also hiermit spreche ich sämtliche Sponsoren an – sponsert uns!

#### **Am Anfang habt ihr das Projekt selbst finanziert – wie sieht es mit Subventionen aus?**

Wir haben uns zunächst einmal entschlossen, uns als Verein zu registrieren, was für uns als Analphabeten und Menschen, die mit all dieser Bürokratie wenig anfangen können, nicht so leicht war. Aber dadurch hat die Mehrheitsgesellschaft bemerkt, dass es

uns gibt.

Ursprünglich haben wir uns aus meinen Ersparnissen finanziert, die mittlerweile aufgebraucht sind, und derzeit gibt uns meine Mutter ihre Pension. Wir wissen, dass es eigentlich auch Förderungen für unsere Arbeit gibt. Wir haben beim Bundeskanzleramt drei Jahre hintereinander angesucht und bekamen jedes Mal die Antwort, der Beirat habe uns nicht empfohlen. In diesem Beirat sitzen einige Vertreter von Roma-Organisationen, die selber gefördert werden möchten und die von dieser Torte kein Stück mehr abgeben wollen. Da haben wir aufgehört einzureichen.

Wir wurden bisher zweimal von der MA7 gefördert, einmal bei unserer Veranstaltung zum Jahrzehnt der Roma. Da haben wir gesagt, es wird Musik geben, und sie haben gesagt: Ah, Musik! Na, wenn die Zigeuner barfuß tanzen und spielen für uns, dann fördern wir das! Die Stellen, die an uns Förderungen vergeben, tun das nur, wenn wir Klischees verbreiten. Informations-, Kommunikations- oder Vernetzungsarbeit oder Bildungsarbeit wird nicht gefördert bzw. wissen wir nicht, wo wir ansuchen könnten.

Wir aber haben Erfahrung in Vernetzung – uns hören Leute in 86 Ländern der Welt zu! Und doch müssen wir alles ehrenamtlich machen. Wir tun es gern, wir haben uns dieser Sache gewidmet, aber es bedeutet auch, dass wir in unserer Freizeit, auch am Wochen-

ende, nichts anderes machen.

#### **Gibt es Spenden aus der Community?**

Na ja, es gibt sehr viele Roma, die wohlhabend sind, aber die kenne ich leider nicht. Und unsere Zuhörer selbst – ich habe versucht, sie darauf anzusprechen, aber bis jetzt ist da kein Geld gekommen. Unser Ziel ist es ja, all das unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und zwar denen, die den Zugang zu den Informationen und Diskussionen brauchen. Das sind aber auch diejenigen, die nicht genug Geld haben. Es gibt ein Grundbedürfnis und ein Recht auf Nachrichten und Informationen – das haben die Roma nicht und niemand kümmert sich darum.

2005 wurde von der Weltbank, der Soros-Foundation und der EU das Jahrzehnt der Roma ausgerufen. Seither sind zwar sehr viele Roma-Vereine gegründet worden, aber nicht von Roma selbst, sondern von Gadge, also Nicht-Roma. Und jeder von denen hat sich einen „Zigeuner“ genommen, der weder schreiben noch lesen kann oder der Geld oder Papiere braucht und hat gesagt, „So, das ist unser Zigeuner“, aber alles andere wird von den Gadge geleitet und dafür gibt's Förderungen von der EU, vom Bund, den Ländern. Denn diese Leute wissen, wie das geht. Dafür gäbe es noch viele Beispiele. Da entstehen dann schöne Sachen zum Vorzeigen, aber keine nachhaltigen Veränderungen. Und ich sage dann auch unseren

Leuten: Wenn ihr es besser wisst, dann macht es auch selber. Und da geht schon einiges weiter.

Ich selbst bin Analphabet und müsste ich mich jetzt hinsetzen – als vierfacher Großvater mit weißem Bart – und lernen, wie man Projekte schreibt. Wobei ich eines schon weiß: In Projektanträge schreibt man das hinein, was die hören wollen. Und das kann ich nicht ... Da verzichte ich lieber auf das Geld und schlafe dafür wie ein Baby, ohne dass in der Nacht die europäischen Geister kommen und sagen: Ich hab dir Geld gegeben!

**Gipsy-Radio besteht aus den unterschiedlichsten Teilen: Politik, Information, Diskussion, aber auch Hochzeiten und andere Feste. Ist diese Mischung entstanden, weil die ZuhörerInnen das so wollen?**

Ja, praktisch alles, was Gipsy-Radio und Gipsy-TV macht, sind Wünsche und Bedürfnisse der Zuhörer und Seher. Das ist nicht unser Radio, sondern „unser“ Radio global gesehen.

Die Zuhörer haben uns immer öfter Musik- und Programmwünsche geschickt und uns Fragen gestellt, wie z.B. „Kennt jemand den und den Menschen aus diesem und jenem Ort und weiß, wo der jetzt lebt?“ D.h. die Roma-Community hat begonnen, über uns Verwandte zu suchen – wobei wir in sehr vielen Fällen helfen konnten. Das betraf vor allem Flüchtlinge aus Jugoslawien, die

sich im Krieg und auf der Flucht verloren hatten. Diese Arbeit war wirklich wunderbar. Und sie hat dazu geführt, dass wir begonnen haben, Live-Telefonate von Zuhörern zu ermöglichen, damit sich die Familienmitglieder grüßen und einander hören können.

Was wir aber gerne hätten, wäre mehr Austausch mit anderen Medien, damit wir Informationen bekommen, die wir an unsere Zuhörer weiterleiten können. Denn hier gibt es einen großen Bedarf an allen Themen, die Roma betreffen: Politik, Kunst, Wirtschaft, Gesetzesänderungen usw. Dafür reichen unsere Kapazitäten nicht aus.

Schon unser altes Büro hat auch als Treffpunkt gedient – auf wenigen Quadratmetern sind oft 30, 35 Leute von 5 Uhr abends bis am nächsten Tag um 10 Uhr vormittags gesessen und haben heiß diskutiert. Wir konnten in den neuen Räumen auch Veranstaltungen machen, über Schulbildung aufklären. Wir haben für die Kinder auch prominente Roma vorgestellt als positive Identifikationsmöglichkeiten, wie etwa Yul Brynner oder Greta Garbo.

**Das klingt so, als hätten diese Diskussionen bei euch viel verändert?**

Ja, denn wir greifen Themen auf, die in der Community kontrovers diskutiert werden, aber auch Themen, die uns stören. Z.B. haben wir voriges Jahr im Porgy & Bess eine Roma-Woche

mit verschiedenen Musikern gemacht und dazu ein Rahmenprogramm gestaltet. Wir haben ein Spitalsbett und das Zubehör für Bluttransfusionen mitgebracht und gesagt: „Es heißt, die Zigeuner haben die Musik im Blut. Wenn also die Zigeuner Musik im Blut haben, dann spenden wir Zigeuner euch Nicht-Zigeunern Blut, und dann geht ihr auf die Bühne und singt! Denn bedeutet es, wenn die Zigeuner Musik im Blut haben, dass sie nicht mühsam lernen und üben müssen, sondern dass es ihnen einfach so in den Schoß fällt? Brauchen sie deshalb also keine Anerkennung für ihre Leistungen? Wenn das so ist, bitte, dann kommt her, da habt ihr unser Blut ...“ Wir haben das dann auch wirklich gemacht, natürlich mit rotem Saft, aber im Ärztekittel. Und heuer wollen wir wahrsagen... also mit den Klischees spielen und sie abbauen.

[www.gipsy-info.com](http://www.gipsy-info.com)

**Interview:**  
**Sylvia Köchl und Radostina Patulova**  
**Langfassung auf**  
[www.igkultur.at/transfer](http://www.igkultur.at/transfer)

**+++ Letzte Meldung:**

Gipsy-Radio stellt seinen Sendebetrieb aus finanziellen Gründen vorübergehend ein und überträgt ab 1. April 2007 das Programm von RomskiRadio „AsunenRomalen“ Zrenjanin / Srbia / Europa +++  
Spendenkonto: Gipsy-Info, P.S.K.  
Kontonummer: 92 15 16 99  
BLZ: 60.000



# Super Märkte

Wall of Fame

„Balkan Beat“ und „Vienna Sound“

„Ein Gespenst geht um“



**Michail Michailov**

Wall of Fame

Fotodokumentation, 2006



lieber michail michailov,  
 ihre künstlerische intervention hat uns sehr „amüsiert“!  
 dennoch müssen wir ihren namen von der „wall of fame“ entfernen :)  
 vlg  
 D.B

Marketing  
 MUMOK  
 Museum Moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien  
 Museumsplatz 1  
 A-1070 Wien  
 www.mumok.at

# „Balkan Beat“ und „Vienna Sound“

Eine Interview-Collage mit Fatih Aydogdu,  
Vlatka Frketic und Cay Taylan über populäre  
Musik und ihre „ethnische“ Vermarktung  
Von Rosa Reitsamer

**Wie sind türkische Musik und Musik aus Ex-Jugoslawien nach Österreich bzw. Wien gekommen? Welche Rolle spielten die „GastarbeiterInnen“, die nach Wien gekommen sind, bei diesem Transfer?**

*Vlatka Frketic:* Die Regierung der SFRJ (Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien) förderte bis 1989 die Gründung von jugoslawischen Kulturvereinen in Wien. Musik spielte in diesen Kulturvereinen eine wesentliche Rolle und es wurden Konzerte mit Bands und EinzelinterpretInnen aus der Heimat organisiert. Diese Konzerte finden auch heute noch statt, allerdings werden sie nicht mehr staatlich reglementiert. Die so genannte „Balkan-Musikszene“ hat sich in Österreich aber auch abseits dieser MusikerInnen entwickelt wie z.B. mit der

Tschuschenkapelle von Slavko Ninić, die es bald seit zwanzig Jahren gibt. Darüber hinaus flüchteten während des Krieges in Jugoslawien viele MusikerInnen nach Österreich, die vor allem an den Wiener und Grazer Musikhochschulen ihr Studium fortsetzten und abschlossen. Sie komponieren und spielen so genannte „Ethnomusik“, d.h. sie mischen Musiken aus ihrer Heimat mit anderen Stilrichtungen wie Jazz.

*Fatih Aydogdu:* Für den Transport der türkischen Musik nach Österreich sind zwei Entwicklungen zentral: Die erste Entwicklung beginnt in den 1970er Jahren in der Türkei als die Landflucht einsetzte und viele Menschen sich in größeren Städten wie Istanbul ansiedelten. In den Metropo-

len litten die Neankömmlinge an Geldmangel und sie hatten Schwierigkeiten sich an das urbane Leben anzupassen. Diese Lebensbedingungen führten zur Entstehung einer neuen Kultur mit einer eigenen musikalischen Stilrichtung, die Arabesk heißt und als Musik des Leidens gilt. Arabesk ist eine Verschmelzung aus türkischer Volksmusik und Musik des mittleren Ostens. Sie wurde von der ersten Generation der „GastarbeiterInnen“ gehört, weil diese Musik ihre Lebenssituation in Österreich widerspiegelte. Die zweite Entwicklung bezieht sich auf Musik im Sinne von westlicher Popmusik. Sie wurde erst mit der ökonomischen und gesellschaftlichen Liberalisierung der Türkei am Anfang der 1990er Jahre populär und dominiert seit damals die Popularkultur in der Türkei. Ihre steigende Beliebtheit brachte einige international erfolgreiche MusikerInnen hervor. Erst als Kinder und Jugendliche der zweiten und dritten Generation mit der Popindustrie, der Party-Kultur und MTV in Berührung kamen, haben sie begonnen eigene Clubbings zu veranstalten und so genannter „Türk-Pop“ ist in Europa zu einem Markenzeichen geworden.

### **Spielt die Musik aus dem Herkunftsland deiner Eltern eine Rolle in deiner Musikproduktion?**

*Cay Tayan:* Ja, weil ich eigentlich durch die Kassettensammlung meines Vaters zur Musik gekommen bin. Er hat sehr viel anatolische Musik gehört und Saz, die Langhalslaute, bei Familienzusammenkünften gespielt. In meiner Kindheit hat mich das mehr irritiert als es mir gefallen hat, aber dadurch, dass Musik immer präsent war, kam es zu einer starken Verbindung, die bis heute besteht. Daneben hörte ich in meiner Kindheit und Jugend auch westliche Popmusik. Mit ca. zwölf Jahren habe ich dann gemeinsam mit einem Freund die erste Band gegründet, bei der er am Keyboard Melodien gespielt hat und ich eher die Rhythmusfraktion vertreten habe. Parallel dazu waren wir auch bei alevitischen Bands und haben die Saz-Gruppen mit westlichen Melodien und Rhythmen untermalt. Als ich dann mit HipHop in Berührung kam, habe ich aus meinen Lieblingsstücken Fragmente herausgeschnitten und sie mit orientalischen und arabischen Elementen verbunden. Mein erstes Musikstück ist 1998 entstanden und heißt „Wasser“, weil ich im Urlaub das Meer aufgenommen und den Sound dann am Computer bearbeitet habe. Es ist ein sehr chilliges Stück geworden. Mein erstes Album trägt den gleichen Titel, aber auf Türkisch „Su“, und

ist 2004 bei Couch Records erschienen. Es ist durchdacht und anders aufgenommen, aber der Ansatz ist derselbe: experimentelle Musik, die sehr konsumier- und teilweise auch tanzbar ist.

**Anfangs, als die Musiken nach Wien kamen, wurden sie kaum außerhalb der MigrantInnen-Szenen rezipiert. Mittlerweile sind eigene Clubszenen entstanden und die Musik hat auch in nicht-migrantischen Szenen einen gewissen Hipness-Faktor erlangt. Könnt ihr bitte diese Entwicklung kurz beschreiben?**

*F. Aydogdu:* Ich glaube, dass die erste Generation von MigrantInnen aus der Türkei nur eine kleine, sehr beschränkte Musikszene hatte. Ihr Musikkonsum beschränkte sich darauf, die mitgebrachten Kassetten zu hören und in Freizeit- und Bildungseinrichtungen gemeinsam zu singen und zu tanzen. Sie waren mit der Arbeit beschäftigt, hatten wenig Freizeit und wollten kein Geld für die Unterhaltungsindustrie ausgeben. Es hat damals einzelne Musikgruppen gegeben, die von Studierenden oder politischen Flüchtlingen gegründet wurden. Sie traten auf Alternativbühnen auf, wurden teilweise als „exotische Quotenfüller“ funktionalisiert oder es wurde ihnen der „World-Music“-Stempel aufgedruckt, unter dem sie auch bekannt wurden.

Die Transferprozesse der „World Music“ verliefen in eine Richtung, nämlich von einer territorial und ethnisch festge-

schriebenen und scheinbar authentischen „Dritte-Welt-Kultur“ hin zu westlichen Metropolen, wo immer Interesse an neuen und fremden Phänomenen besteht. Dass der Transfer von „World Music“ von tatsächlichen Migrationbewegungen begleitet war, und dass die Quellen der Weltmusik meist selbst von Überlagerungen, Aneignungen und Übersetzungen geprägt waren und sind, wurde völlig ausgeblendet. Erst seitdem MigrantInnen der zweiten und dritten Generation von der Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen werden, sind diese Prozesse sichtbar. Dass die türkische und die Balkan-Popmusik gerade jetzt in Österreich und Deutschland außerhalb der MigrantInnen-Szenen populär werden, deutet darauf hin, dass sie durch den temporären Zulauf des Publikums größeres wirtschaftliches Interesse erwecken als vor 30 oder 40 Jahren. Ich glaube aber auch, dass die Entwicklung dieser Szenen in Wien nur möglich wurde, weil in Berlin Ende der 1990er Jahre homosexuelle türkische Jugendliche Partys organisierten, die ziemlich hip wurden.

*V. Frketic:* In Wien existiert eine eigene Clubszene, u.a. auch, weil migrantischen Jugendlichen der Zugang zu einigen mehrheitsbesetzten Clubs verwehrt wurde und wird. Durch die „Aufwertung“ von so genannter „Jugo-Musik“ mit Filmen von Emir Kusturica oder der Musik/den Konzerten in Ös-

terreich von Goran Bregović kam es auch zu einer Selbstaufwertung von migrantischen Jugendlichen, d.h. zu einer Aufwertung der eigenen Herkunft, Sprache und Kultur. Filme wie die von Kusturica haben auf jeden Fall zur Popularität der Musik beigetragen, aber auch zur Idealisierung vom Romaleben. Das weckt Sehnsüchte bei dem einen oder der anderen. Auch die filmische Bearbeitung des Kommunismus trägt zur Popularisierung der Musik bei, aber die Filme bewirken gleichzeitig auch eine Exotisierung.

**Wie schätzt ihr den Einfluss von türkischer Musik und Musik aus Ex-Jugoslawien auf Wiener Musikszenen ein?**

*F. Aydogdu:* Außer, dass gegenwärtig Istanbul als Kulturmetropole in Europa zunehmend mehr Interesse erweckt, weiß ich nicht, ob wir überhaupt von einem Einfluss sprechen können. Es gibt in Wien eine Reihe von Clubbings, MusikproduzentInnen und Plattenlabels, die mit orientalischen und Balkanklängen operieren wie Couch Records oder die Band deladap. Sie arbeiten mit Produzentinnen migrantischer Herkunft. Davon abgesehen ziehen Clubs wie Bodrum, jour-fix, Club Ost oder Homoriental sowie couch nights viele BesucherInnen an.

*V. Frketic:* Vom Hörensagen weiß ich, dass es ziemlich viele Clubs in Wien gibt, vor allem im 16. Bezirk. Immer häufiger finden

in Wien Balkan-Clubbings in der ganzen Stadt verteilt statt und werden auch sichtbar mit Plakaten und Flyern angekündigt und beworben. Auch Angehörige der Mehrheitsgesellschaft, viele Lesben, Schwule und Transgender besuchen den Club Homoriental. In letzter Zeit werden auch Partys für Schwule mit so genannter „Jugo-Musik“ veranstaltet, bei denen „Jugos“ und Türken keinen Eintritt bezahlen.

**Bei den Begriffen „Türk-“ und „Jugo-Pop“ steht die Nation stark im Vordergrund. Wie beurteilt ihr diese nationalen Labels?**

*F. Aydogdu:* Mit der Popmusik hat sich seit den 1960er Jahren eine Kulturform herausgebildet, die nicht mehr an enge traditionelle Bezugfelder gebunden ist, sondern länder- und kulturübergreifend alle Kontinente erfasst. Plötzlich können ehemalige Peripherien wie Buenos Aires, Belgrad oder Istanbul auf der Poplandkarte auftauchen, weil den dort ansässigen Szenen eine Anbindung an die als Zentren definierten Knotenpunkte gelungen ist. Der Sound und die Stadt werden in Form von „The Sound of ...“ als globales Markenzeichen in Umlauf gebracht. Diese Vermarktung erweckt im ersten Moment den Anschein, nicht hierarchisierend zu wirken, da die Massenmedien und das Internet die nationale Identität als eine unter vielen möglichen Identitäten erscheinen lässt. Im

Endeffekt operiert diese Vermarktungsstrategie aber mit der Idee von Lokalisierung. Einzelne Szenen und ihre Musiken lassen sich besser verkaufen, wenn ihnen ein Flair von geografischer, soundmäßiger und visueller Unverwechselbarkeit anhaftet. Dieser popkulturelle Nationalismus lässt sich auch bei „Türk-“ und „Jugo-Pop“ feststellen: Labels werden von der Kulturindustrie konstruiert, um lukrative Geschäfte zu betreiben. Bei diesen Nationalisierungsprozessen ist auffällig, dass sich auch MusikerInnen aus linken oder zumindest alternativen Kontexten ohne Zögern für Quoten einsetzen, um nationale Musik zu promoten. Sie versuchen die Begriffe „Subkultur“ und „Subversion“ zu revitalisieren, indem sie explizit einen Bezug zum „Anderen“ herstellen, auf das „bessere“ Land verweisen oder ein vermeintlich subkulturell tragfähiges Modell von nationaler Identität konstruieren.

*V. Frketic:* In Ex-Jugoslawien unterliegt die Popkultur starken nationalistischen Tendenzen. Das wird beispielsweise daran ersichtlich, dass viele neu komponierte Folksongs, also Volkslieder, die mit Disco-Rhythmen unterlegt werden, nationalistische Texte haben. Aber das Publikum hört in der Regel kaum auf die Texte – die Hauptsache ist, dass zur Musik getanzt werden kann. Zu den Begriffen „Jugo-“ und „Türk-Pop“ möchte ich noch ergänzen, dass es immer auch von

der gesellschaftlichen Position der Person abhängt, die diese Labels in Anspruch nimmt. Jugendliche aus dem ehemaligen Jugoslawien haben sich negativ konnotierte Bezeichnungen wie z.B. „Tschusch“ oder „Jugo“ angeeignet, um durch Selbstmarkierung zu Selfempowerment zu gelangen. Wenn aber jemand in Wien aus dem Fenster ruft: „Stellt diese Tschuschen-Musik ab!“, dann ist es ein rassistischer Angriff. Anhand dieser zwei Beispiele wird deutlich, dass es beim Begriff „Jugo-Pop“ sehr stark im Fremd- und Selbstzuschreibungen geht, wobei nicht zwangsläufig jede Fremdzuschreibung rassistisch sein muss.

**Wie sind deine Platten in den Medien besprochen worden? Ich habe den Eindruck, dass in vielen Kritiken auf deine Herkunft verwiesen wurde. Wie beurteilst du das?**

*C. Taylan:* Als mein erstes Album „Su“ erschienen ist, gab es die große Explosion um die Wiener Musikszene mit dem viel zitierten „Wiener Downbeat“. Viele JournalistInnen und Plattenladenbesitzer haben dann fast jede Musik, die aus Wien gekommen ist, unter diesem Label abgestempelt. So war dann auch meine erste Single von diesem Album, die eigentlich eine House-Platte war, in den Plattenläden im „Downbeat“-Fach eingeordnet. Mit dieser Verkaufspolitik kannst du das Publikum, das du ansprechen möchtest, nicht erreichen. Das ist eine Seite. Eine

andere Seite ist, dass ich ein orientalisches Stück auf dem Album habe, und es dann in manchen Zeitschriften hieß: „Die orientalische Platte von dem Türken aus Wien.“ Als ich das gelesen habe, dachte ich nur kopfschüttelnd: Es gibt viele Engländer, die mehr orientalische Einflüsse in ihrer Musik haben als ich wie z.B. sehr viele aktuelle R'n'B-Produktionen. Es war meine Absicht, orientalische Sounds in meine Musik einzubauen, aber es kommen auch kubanische und afrikanische Einflüsse vor. Das wurde allerdings nicht besprochen.

Abgesehen davon gibt es dann immer wieder Interviewfragen, die dich als Vertreter der zweiten Generation stilisieren. Du darfst keine andere Position einnehmen und sollst die Musik der zweiten Generation machen, in der sich die Musik deiner Eltern widerspiegelt – nicht mehr und nicht weniger. Natürlich bin ich von der Musik meiner Eltern beeinflusst, aber ich laufe nicht den ganzen Tag herum und überlege mir, wie ich die zweite Generation musikalisch umsetzen könnte. Die JournalistInnen wollen wahrscheinlich zeigen, was die zweite Generation fähig ist zu leisten, aber der Punkt ist, dass du nicht immer dafür herhalten willst. Es gibt auch das Bedürfnis, einfach nur als Musiker aus dem zweiten Wiener Bezirk anerkannt zu werden.

**Wir beobachten derzeit zwei sehr gegenläufige Prozesse: Einerseits werden**

**MigrantInnen auf rechtlicher, politischer und medialer Ebene massiv ausgegrenzt und stereotypisiert, andererseits wird migrantische Musik in die globale Popindustrie eingespeist.**

*F. Aydogdu:* Ich glaube, dass sich diese zwei auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinenden Prozesse in der offiziellen Politik ganz gut ergänzen. Das Bild des „Fremden“ dient definitiv dazu, das eigene Ich zu definieren. Bezogen auf die Musik bedeutet das, dass der Sound der „Fremden“, also die „orientalische“ Musik einerseits mit Sehnsucht, Schönheit, Intensität und Verführungskraft identifiziert wird, andererseits aber etwas Beunruhigendes, Zweideutiges oder gar Perverses ausstrahlt.

Ich möchte zwei Aspekte erwähnen, die diesen Dualismus näher beschreiben. Zum ersten Aspekt: Seit dem Beginn der Migration von Menschen aus nicht-westlichen Ländern in westliche Zentren sind soziale Beziehungen und Identitäten einer permanenten kulturellen Infragestellung und Neuformulierung ausgesetzt, die sich nicht zuletzt über musikalische Hörgewohnheiten, Vorlieben und entsprechende kulturelle Produktionen ausgetragen werden. Der zweite Aspekt bezieht sich darauf, dass Popmusik immer unrein war und das Neue, das Bedrohliche, das Modische, das Endzeitliche und den Spaß als Bestandselemente beinhaltet – deshalb hat auch die Provokation durch das

Verweisen auf den „Abfall“, den diese Gesellschaft erzeugt, in der Popgeste einen Spielcharakter erhalten. Die Vermarktung von „Türk-“ und „Jugo-Pop“ und die Platzierung dieser Labels im internationalen Pop-Business hat keinerlei Einfluss auf die Diskussionen über den EU-Betritt der Türkei oder von Kroatien, und sie tragen auch kaum dazu bei, dass Konflikte mit Minderheiten distanzierter und demokratischer ausgetragen werden.

*C. Taylan:* In den österreichischen Zeitungen bist du halt nur dann der Türke, wenn du eine Bank überfallen hast. Dann liest du „Der Türke Hassan B.“ und siehst ein Bild von einem stark behaarten Mann mit einem schwarzen Balken über den Augen. Er repräsentiert das Bild von türkischen Männern schlechthin. Hätte ich aber für Österreich einen großen musikalischen Erfolg, dann würde in den Zeitschriften stehen „Der Österreicher Cay Taylan ...“ oder vielleicht sogar „Der Wiener Cay Taylan ...“. Sie würden möglicherweise gar meine Wohnadresse angeben und ja nicht erwähnen, dass meine Eltern aus der Türkei kommen. Man wird schnell vereinbart und wie ich vorher schon sagte, von allen Seiten in das Bild der zweiten Generation, die Musik macht, gedrängt. Aus diesen Gründen überlege ich mir auch, bei meiner Musikbiografie nicht mehr auf meine Herkunft zu verweisen. Zum Beispiel habe ich bei meiner

ersten Platte, eben weil es einfach meine Frisur war, einen Afro getragen, und da war dann immer die Zeile über meinem Namen „der sympathische Afro-Träger aus der Türkei, in Wien lebend“. Es ist eh nicht böse gemeint, aber nach dem 15. Interview, nach der 40. Frage willst du einfach nicht mehr damit konfrontiert werden.

*V. Frketic:* Zu diesen beschriebenen Prozessen kommt hinzu, dass die Inklusion von MigrantInnen im Bereich der Popkultur eine Fortsetzung der Zuweisung von Kompetenzfeldern an Migrantinnen ist. – „Solange ihr tanzt und singt in euren Trachten – oder auch ohne, ist es gut. Nur keine Politik machen!“ Die Vermarktung von „Jugo-Pop“ erfolgt in der österreichischen Öffentlichkeit immer noch im kleinen Rahmen: Brass-Musik aus Serbien, Makedonien und Rumänien, die Musik von Goran Bregović und einigen wenigen anderen MusikerInnen werden in „österreichischen“ Shops vertrieben. Aber der Großteil von „Jugo-Pop“ wird in jugoslawischen Videotheken und speziellen Shops verkauft bzw. aus dem Internet heruntergeladen.

**Welche In- und Exklusionsmechanismen gibt es gegenüber MigrantInnen der ersten und zweiten Generation in den Wiener Musikszenen, die vor allem durch MehrheitsösterreicherInnen dominiert sind?**

*V. Frketic:* Das Publikum will einen

Sound hören, der den westlichen Ohren angepasst ist. Ich habe einmal „origin folk music“ aufgelegt. Da kam jemand mit der Frage: „Wann kommt denn endlich die Jugo-Musik?“ Durch die Globalisierung und den Neoliberalismus verschwimmen die Musikrichtungen. Es gibt auch sehr viel „Jugo-Pop“, der in Jugoslawien gespielt wird und der „westlichen“ Musik in Rhythmus, Text und Performance sehr ähnlich ist, aber es gibt eben auch Musik aus Ex-Jugoslawien, die anders ist, wie die oben erwähnte „origin folk music“.

*C. Taylan:* Ich habe als Musiker in der Wiener Musikszene bislang keine rassistischen Erfahrungen gemacht, aber als jugendlicher Clubgeher bist du öfters nicht in den Club gekommen, weil du eben wie ein Orientale aussiehst. Ich glaube, dass die Leute der Wiener Musikszene offener sind für andere Kulturen, weil Österreich viel zu klein ist, um nur mit österreichischen MusikerInnen auszukommen. Da kenne ich eigentlich keine/n. (*lacht*) Viele der musikalischen Vorbilder kommen eben nicht aus Österreich. Aber wenn ich bösartig bin, dann könnte man schon sagen, dass die Wiener Musiker eine eigene Partie sind, die gemeinsam Musik macht und sich gegenseitig unterstützt. Wenn du da nicht dazu gehörst, dann hast du es als Vorarlberger wahrscheinlich genauso schwer wie als Türke, der in Wien lebt. Was das Auflegen betrifft, gibt es



möglicherweise gewisse Erwartungshaltungen oder Vorurteile, aber ich könnte auch einen ganzen Abend Elektro aus Deutschland ohne ein migrantisches Musikstück spielen. Es gibt ein paar Lokale in Wien, die mich als DJ nicht einladen, weil sie glauben, dass ich dann den ganzen Abend Tarkan spiele. Das hängt möglicherweise auch mit dem Couch Records-Label zusammen, weil wir viele Stücke mit arabischen, orientalischen und türkischen Einflüssen produziert haben, die sehr gut angekommen sind. Ich bin musikalisch sehr offen und spiele daher auch sehr unterschiedliche Musik. Beispielsweise habe ich 2006 das Popkomm-Festival in Berlin eröffnet und mein sechsstündiges DJ-Set bestand aus brasilianischer Musik.

*F. Aydogdu:* Ganz grundsätzlich denke ich, dass Migration immer einer der Motoren der Popkultur war und bis heute ist. Wir brauchen nur an die Entstehung von Blues, Jazz oder Soul denken oder an Großbritannien, wo die EinwanderInnen aus der Karibik die Musikszene enorm beeinflusst haben oder an Frankreich, wo MigrantInnen mit ihren Musiken den Mainstream eroberten. In Deutschland oder Österreich spielten die MigrantInnen in der Musikszene lange Zeit keine große Rolle. Bestenfalls im deutschen Schlager, wo einige InterpretInnen wie Costa Cordalis, Nana Mouscouri, Nino de Angelo oder Rober-

to Blanco als „Exoten“ galten. Inzwischen hat sich das Bild aber auch hier etwas verändert: In der deutschen HipHop-Szene setzen RapperInnen wie Cartel, Fuat, Kool Savas oder Eko Fresh die (etwas derberen) Akzente. Österreich scheint auch hier wieder einmal die Insel der Seligen zu sein: Obwohl die Wiener Musikszene internationales Ansehen genießt und auch MusikerInnen und KünstlerInnen mit migrantischem Hintergrund internationale Erfolge feiern, bleibt das Publikum unbeirrt bei der klassischen Rezeption und seiner Erwartungshaltung: Es wird genau das hineinprojiziert, was darin gesehen oder gehört werden will.

**Wie sieht das Geschlechterverhältnis im „Türk-Pop“ und „Jugo-Pop“ aus? Und welche Rolle spielen Ethnizität und Gender in den „Türk-Pop“- und „Jugo-Pop“-Szenen?**

*V. Frketic:* Der Trend der letzten Jahren geht in die Richtung, dass die Musik wichtiger ist als die Ethnizität, obwohl auch immer noch nationalistische Popmusik gehört wird. In den Lyrics spielt Gender im Sinne von weiblichen und männlichen Geschlechterrollen eine große Rolle. Die meisten Texte behandeln die Themen Liebe, Heimat, Berge und Meer. Frauen haben auf der Ebene der Vermittlung, also als Sängerinnen, große Partizipationsmöglichkeiten, allerdings stammen die Texte und Arrangements vorwie-

gend von Männern. Das typische Zweigeschlechtersystem mit all seinen Stereotypen wird in den Texten reproduziert und somit auch aufrechterhalten. ER – der große starke Mann, ist aktiv, hilft der Frau, zeigt ihr was die „richtige“ Liebe ist, lässt sie warten etc. SIE – wartet auf ihn und ist passiv. In den Herkunftsländern des Jugo-Pop gibt es Interpreten und Interpretinnen, die Ethnizität und Gender kontextualisiert und kritisch betrachten. Auf diese gehe ich jedoch hier nicht ein, weil sie meines Wissens nach für die Jugo-Pop-Szene in Wien immer noch nicht relevant geworden sind. Das vorhandene widerständige Potenzial in den Herkunftsländern würde sich in Wien auch in seinen Bedeutungszuschreibungen verändern – es wäre eine De-Kontextualisierung und damit würde es zu einer Bedeutungsverschiebung besagter Inhalte kommen.

*F. Aydogdu:* Um Durchblick in der türkischen Pop-Szene zu kriegen, müsste man zuerst die komplexen Zusammenhänge der gesellschaftlichen Schichten, Strukturen und Geschichten begreifen. Das würde hier zu weit führen, daher greife ich zwei Aspekte heraus, die der allgemeinen europäischen Meinung über die Türkei widersprechen. Ich behaupte, dass Frauen seit der Gründung der Republik aktiv in das öffentliche Leben involviert sind. Sie waren und sind als Künstlerinnen, egal ob sie klassisch-höfische Musik, Volks-

musik oder Popmusik machen, sehr begehrt. In der jüngeren Pop-Geschichte gibt es einige Stars und Diven wie Sezen Aksu, Sertab Erener, Nilüfer, Nühket Duru, Sebnem Ferah, Özlem Tekin, Ajda Pekkan oder Yildiz Tilbe, die durch ihr selbstbewusstes Auftreten, durch ihre Texte und ihre Musik einen emanzipatorischen Einfluss auf die Gesellschaft haben. Auch homosexuelle Popstars wie Zeki Müren und Bülent Ersoy sind sehr beliebt und werden akzeptiert.

Es muss aber auch gesagt werden, dass popkulturelle Praxen erlebnisorientierte Selbstinszenierungen sind und als Distinktionsrituale und Konformismus des Andersseins eingesetzt werden. Daher bleibt es fraglich, ob diese Praxen unter den Bedingungen des Differenzkapitalismus als Subversionen gelesen werden können.

*C. Taylan:* Ich bin jetzt nicht der Experte für Geschlechterverhältnisse in der türkischen Popmusik, aber ich glaube, dass es Frauen ein wenig einfacher haben als in Österreich, weil es sehr viele private Musiksender gibt, die auch Sängerinnen und Instrumentalistinnen präsentieren. Es gibt zum Beispiel den Bereich der türkischen Volksmusik, der jetzt nicht mit dem „Musikantenstadl“ verwechselt werden darf, sondern es ist eher ein Bereich, der sich auf dem Niveau eines Hubert von Goisern bewegt. Dort gibt es sehr viele Sängerinnen, die zwei- bis dreihundert Jahre alte

Texte interpretieren. Sie haben durchwegs eine Gesangsausbildung, sehr gute Stimmen und können einen großen Bekanntheitsgrad erlangen. Einige dieser Sängerinnen arbeiten auch mit Elektronik-Leuten zusammen und veröffentlichen Alben. Allerdings ist die Frage nach der Teilhabe von Frauen an der Musik immer auch mit der Geschichte eines Landes verbunden. In der Türkei sind Frauen bei Festivitäten und Musikzusammenkünften sehr stark eingebunden, indem sie singen, tanzen und musizieren. Die Musik ist ein integraler Teil des gesellschaftlichen Lebens und dadurch gibt es wahrscheinlich auch ein anderes Bewusstsein.

*Teile dieses Interviews, geführt von Rosa Reitsamer und Rupert Weinzierl, erschienen in: „Female Consequences. Feminismus, Antirassismus, Popmusik“, herausgegeben von Reitsamer/Weinzierl, Wien: Löcker 2006*

# „Ein Gespenst geht um“

Prekarisierung am Beispiel des kulturellen Arbeitsmarktes.<sup>1</sup> Von Andrea Ellmeier

**Seit den 1980er** Jahren ist eine stete Aufwertung des Vokabels „Kultur“ in wirtschaftlichen Zusammenhängen zu beobachten. Lange hatte Wirtschaftspolitik mit „Kultur“ wenig im Sinn, wurde jedoch durch Globalisierung, Wandel der Dienstleistungsgesellschaft und verstärkte Nachfrage nach symbolischen und kulturellen (immateriellen) Waren deutlich häufiger mit „Kultur“ konfrontiert. Dass sich „Kultur“ in den letzten Jahren viel stärker in einem technologischen Kontext etablieren konnte, hat mit der gestiegenen Nachfrage nach Content-Produktionen für deregulierte Audio/Video-Märkte einerseits und ab Mitte der 1990er Jahre mit den neuen virtuellen Netzen (Internet) andererseits zu tun. Hinzu kommt die Digitalisierung der (papierenen) Wissensbestände. Die auf all diesen Ebenen von Politik und Teilökonomien zu beobachtende Bedeutungssteigerung von „Kultur“ für die europäische Politik und Wirtschaft spiegelt den in den 1990er Jahren in den westlichen Industriestaaten sichtbar werdenden Prozess einer „Kulturalisierung der Ökonomie“ und „Ökonomisierung von Kultur“ wider.

Integraler Bestandteil dieses Ökonomisierungsprozesses ist die steigende Aufmerksamkeit für all das, was als „Creative Industries“ die Fantasien von Kultur- und WirtschaftspolitikernInnen stimuliert und zu neuen Kooperationen zwischen Kultur und Wirtschaft angeregt hat. Großbritannien erlebte bereits in den 1980ern unter Margaret Thatcher eine neoliberale Wende und so verwundert es nicht, dass die Ökonomisierung von Kultur dort früher augenscheinlich wurde als am europäischen Kontinent. Der

erste „Creative Industries Report“ erschien im Jahr 1998 und enthielt alle Marker und Größen, um die es fortan in sämtlichen nationalen Creative Industries-Reports gehen sollte: Umsatz, Arbeitsplätze, Entwicklungsprognose, Innovation und Exportaufkommen. Creative Industries Cluster sollen dazu beitragen, dass die Wirtschafts- und Beschäftigungspotenziale der kleinteiligen Kultur- und Medien-, IT- und Softwarebranchen besser genutzt werden. In Österreich habe – so der erste österreichische Kreativwirtschaftsbericht im Jahr 2003 – „die Kreativwirtschaft – mit Ausnahme des Beschäftigungseffekts – sogar eine höhere wirtschaftliche Bedeutung als der Tourismus, und dies obwohl Österreich ein klassisches Tourismusland ist.“

## ArbeitnehmerInnen als UnternehmerInnen

Im postfordistischen Zeitalter haben sich parallel zu einem rasanten Anstieg der Bedeutung der Finanzkapitalmärkte und der Zunahme von immaterieller und kultureller Arbeit auch die Arbeits- und Lebensverhältnisse massiv verändert – in den „Erste Welt“-Ländern anders als in „Dritte Welt“-Ländern. In den europäischen „Erste Welt“-Staaten ist eine strukturelle Rückbildung des nach 1945 durchgesetzten geglaubten europäischen Wohlfahrtsstaates im Gange. So sind wir derzeit ZeugInnen einer schleichenden Monetarisierung von – in der wohlfahrtsstaatlichen Tradition offen zugänglichen – gesellschaftlichen Bereichen wie Kultur, Bildung und Gesundheit. Dabei werden Staatsbürger immer mehr als Politik-, „Konsumenten“ und „Kunden“ von öffentlichen Services

adressiert. In diesem Prozess der Reorganisierung von Kapital und Arbeit(sprozessen) kommt es zu einem deutlichen Rückgang der sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildeten Arbeitnehmer-Gesellschaft hin zu einer (Arbeitskraft-)Unternehmer- bzw. Selbständigen-Gesellschaft.

Interessant ist für unsere Fragestellung, dass in der letzten Dekade das gesamte Ensemble von Kunst, Kultur und Kreativbranchen als prosperierender Arbeitsmarkt aufgetaucht sind. Die EU und die österreichische Ratspräsidentschaft machten „Beschäftigung im Kulturbereich“ bereits 1998 zu einem europäischen Thema. Was hat der Kulturbereich, was andere nicht haben?

Künstler und Künstlerinnen waren schon immer mehrheitlich selbständig tätig – kreatives, künstlerisches Arbeiten erfordert „freies“, nicht abhängiges, nicht angeleitetes Arbeiten. Vor allem in der bildenden Kunst, Musik und Literatur sind überdurchschnittlich viele „selbständig“ erwerbstätig, in den darstellenden Künsten trifft man häufiger auf Anstellungsverhältnisse. Seit Entstehung eines industriellen Arbeitsmarktes gab es historisch gesehen keine Phase, in der Kunst und Kultur für die allgemeine Arbeitsmarktpolitik relevant gewesen wäre. Plötzlich wurden aber (erfolgreiche) KünstlerInnen und Kreative him-/herself als positive Beispiele für ein „kreatives“ Handling der zu Beginn des 21. Jahrhunderts anfallenden spezifischen Arbeitsmarkt-Anforderungen adressiert – sind sie doch gut ausgebildet, hoch motiviert, die Einkommensansprüche sind (meist) bescheiden und der Tatendrang trotzdem groß – damit sind KünstlerInnen, Kreative und WissensarbeiterInnen erstmals für den ganz „normalen“ Erwerbsarbeitsmarkt (des Postfordismus) sichtbar geworden und konnten so zu Role-Models eines entgrenzten, mobilen, gleichwohl aber in ihren arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüchen bescheidenen Arbeitskräftepools werden. Die (schon immer) unsteten Karriereverläufe von „Kreativen“ und „Freien“ sind für den „normalen“ Arbeitsmarkt interessant geworden, weil sie als Vorbild für den ganz „normalen Arbeitsmarkt“ dienen können/sollen, weil es in einem neoliberalen Arbeitsmarkt

„normaler“ werden soll, sich an unstete Erwerbsauftragsverhältnisse zu gewöhnen und flexibler auf die „Bedürfnisse“ der Wirtschaft zu reagieren.

Zu einem „kreativen“ Handling gehöre mehr als „nur“ einen Beruf auszuüben, angesprochen ist da auch die Vermarktung seiner/ihrer selbst, was wohl seit jeher eine unausgesprochene Voraussetzung für den KünstlerInnen-Beruf gewesen sein mag. Die Anforderungen an die Selbst-Vermarktung werden in Zeiten der Ich-AGs noch einmal weiter gesteigert. In diesem Prozess der Verallgemeinerung solcher Ansprüche werden KünstlerInnen zu „Proto“-Typen für in neoliberalen Zeiten ideologisch forcierte ArbeitskraftunternehmerInnen.

Argumentiert wird damit, dass die hohen „intrinsischen Qualitäten“ (von künstlerisch-kultureller Arbeit) jene Ebene darstellten, die der herkömmlichen Industrie- und Dienstleistungs-ArbeiterInnen-schaft so vielfach fehle: eine bedingungslos positive Identifizierung mit dem Job. Der Begriff „intrinsisch“ stammt aus der Kulturökonomie und bedeutet „von innen her kommend“. Dies kommt auch den beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU-Kommission, die „Entrepreneurship“ (Unternehmertum) und „Employability“ (Beschäftigungsfähigkeit) als zentrale Leitlinien des zukünftigen europäischen Arbeitsmarktes formulierten, entgegen.

## „Negative Avantgarde“

Politisch brisant wird die Kultur-Wirtschafts-Frage, wenn die meist (sehr) guten Kulturwirtschaftsprognosen mit den schlechten, unsteten Einkommensverhältnissen eines Teils der in den Kunstsparten und in den Creative Industries erwerbstätigen Personen („cultural workers“, „cultural entrepreneurs“) konfrontiert und gegengelesen werden.

KünstlerInnen, Kultur- und MedienarbeiterInnen, JournalistInnen und „freie“ WissenschaftlerInnen stehen selten in einem geregelten „Normal“-arbeitsverhältnis, fixe Arbeitsverhältnisse scheinen den so genannten „Kern“-belegschaften von Kultur-, Kulturwirtschafts-/Kreativwirtschaftsunternehmen

und Universitäten vorbehalten. Parallel dazu haben sich sog. „Flex“belegschaften heraus gebildet, die von Tag zu Tag größer werden. Kennzeichnend für die Arbeitssituation dieser „Flex“belegschaften von kulturindustriellen und kulturellen Organisationen und (Aus-)Bildungsinstitutionen ist es, von Projektarbeit, befristeten Lehraufträgen, Stipendien und anderen zeitlich begrenzten Aufträgen zu leben (leben zu müssen). Sie erzielen damit unregelmäßige Einkommen, was zu einer deutlich schlechteren sozialen Absicherung als die ihrer KollegInnen – die oft eine sehr ähnliche Arbeit, aber eben „in“ den Organisationen machen – führt. Das erworbene symbolische Kapital kann vielfach nicht mehr in ökonomisches übersetzt werden, die in den Karriereaufbau investierten Energien und Kosten können nicht mehr in ein sicheres Einkommen, das der Ausbildungshöhe annäherungsweise entsprechen würde, umgewandelt werden – das sind dann prekäre Arbeitsverhältnisse.

Die an einem „Starprinzip“ orientierte, stark ungleiche Entlohnung im kulturellen Sektor vergrößert die soziale Ungleichheit zusätzlich. Waren im Kunst- und Kulturbereich wie auch in den kreativen Teilen der Kulturindustrie seit jeher nicht etwa traditionelle fordistische Arbeitszeit - und Absicherungsregelungen (9 to 5-Regelung, volle sozialrechtliche Absicherung) üblich und dominierend, so hat sich dieser Trend in Zeiten der New Economy deutlich verschärft. Über positives oder negatives Erleben der Freiheiten des postfordistischen Arbeitsmarktes entscheidet allein eines: Erfolg bzw. Misserfolg.

### **Schwache traditionelle Solidargemeinschaften**

Die im Kunst- und Kulturbereich häufig auftretenden Erwerbsarbeitsformen sind also oft das genaue Gegenteil von dem, was ein klassisch strukturiertes „Normal“-Arbeitsverhältnis genannt wird. Zudem bilden KünstlerInnen, Kreativ- und MedienarbeiterInnen und (freie) WissenschaftlerInnen spezifische, gewerkschaftsfern strukturierte Arbeitsmärkte (Ausnahme: JournalistInnengewerkschaft). Das heißt, viele im

Kunst-, Kultur- und Wissenschaftsbereich erwerbstätige Personen sind nicht in einer ArbeitnehmerInnen- bzw. Selbständigenvertretung organisiert und fallen aus den traditionellen Solidargemeinschaften heraus. Sie erfüllen oft die Grundvoraussetzung von „klassischer“ Gewerkschaftspolitik nicht, weil sie nicht in „Normalarbeitsverhältnissen“ arbeiten und daher auch nicht den mit einer Vollzeitbeschäftigung verbunden umfassenden arbeitnehmerrechtlichen Schutz in Anspruch nehmen können. Diese einst gewerkschaftlich hart erkämpften „Normal“-Arbeitsverhältnisse (oder auch Standardbeschäftigung) sind nunmehr eine am Arbeitsmarkt des „flexiblen Kapitalismus“ zunehmend rascher schrumpfende Kategorie. Eine AK-Studie weist darauf hin, dass „flexible und unbeständige Beschäftigungsformen sich nicht auf Atypische, wie geringfügig Beschäftigte oder freie DienstnehmerInnen beschränken, „sondern immer weiter in den Bereich der Standardbeschäftigung hinein(reichen).“ So ist auch die in der Öffentlichkeit gerne positiv hervorgehobene – aber selten näher hinterfragte – allgemeine Beschäftigungszunahme fast ausschließlich im Bereich der instabilen Beschäftigung erfolgt.

Die (historische) Referenzfigur für dieses von der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften favorisierte „Normalarbeitsverhältnis“ war eine Person, die folgendermaßen beschrieben werden kann: männlich, weiß, um die 30. In dieser Normal-Arbeits-Konstruktion war gleich mehrerlei nicht enthalten: Arbeitsrealitäten von (erwerbstätigen) Frauen und anderen benachteiligten bzw. untypisch erwerbstätigen Gruppen am Arbeitsmarkt wie z.B. MigrantInnen etc.

Zudem funktioniert die Integration von Personen mit migrantischem Hintergrund in den kulturellen Arbeitsmarkt auffallend schlecht, nicht zuletzt deswegen, weil Gleichbehandlungsmaßnahmen im künstlerisch-kulturellen Feld aufgrund eines noch immer da und dort aufblitzenden „Genie“-Begriffs von vornherein diskreditiert sind. So möchten viele Künstlerinnen erst gar nicht in die Ecke „Kunst von Frauen“ gedrängt werden, wie auch KünstlerInnen mit migrantischem Hintergrund nicht gerne als „Eth-

no-KünstlerInnen“ wahrgenommen werden wollen. Eine positive Diskriminierung wäre gleichwohl für beide im künstlerischen Markt minoritären Gruppen notwendig, um ihrer nach wie vor schlechteren Positionierung am Kunstmarkt etwas Konkretes entgegen zu setzen. Großbritannien ist da in seiner Cultural-Diversity-Politik etwas weiter: Vor allem Kulturinstitutionen, die von der öffentlichen Hand (ko-)finanziert werden, sollen mit gutem Beispiel vorangehen und BewerberInnen mit einem Minderheiten-Background bei gleicher Qualifikation (bevorzugt) engagieren. Teil der Gleichbehandlungspolitik des Arts Council of England ist, dass Statistiken geführt werden sollen, die nach weißen, schwarzen, Asian usw. KünstlerInnen und KulturarbeiterInnen differenzieren – ein Umstand, der in (den postfaschistischen Gesellschaften) Österreich und Deutschland kontrovers diskutiert wird. Viele sprechen sich gegen eine solche „Kennzeichnung“ nach ethnischer Herkunft aus, weil dies MigrantInnen wiederum als die „Anderen“ konstruiert und festschreibt.

## Vernetzt kämpfen

So ist es nicht allzu verwunderlich, dass sich erst sehr spät (2001) in Österreich – vor allem aufgrund der stark gestiegenen Anzahl an LeiharbeiterInnen und TeleworkerInnen – mit „Flexwork“ eine Teilgewerkschaft der GPA (Gewerkschaft der Privatangestellten) bildete, die die Anliegen von prekär Beschäftigten in die gewerkschaftliche Arbeit zu integrieren versucht, was in neoliberalen Zeiten einer Sisypus-Arbeit gleichkommt: vor Augen die kontinuierliche Rücknahme von klassischen (wohlfahrtsstaatlichen) ArbeitnehmerInnenrechten, das schwierige, für alle Betroffenen unerfreuliche und oft auch hilflose Handling von ArbeitnehmerInnen 2. Klasse (Freie DienstnehmerInnen – keine Arbeitslosenversicherung!) und ein rapider Anstieg an Selbständigen, die als Schein- bzw. unselbständige Selbständige bzw. abhängige Selbständige den Arbeitsmarkt strukturell veränderten.

Der globale Postfordismus verschluckt gewissermaßen die Figur des voll versicherten (männlichen)

Arbeitnehmers (der europäischen Wohlfahrtsstaaten nach 1945) und wird sukzessive abgelöst von einer ungebunden-flexibel, (schein)selbständig agierenden und zu allem bereiten, arbeitnehmerähnlichen, unternehmerischen Superwoman/Einzelkämpferin (um im Gender-Bild zu bleiben). In einer aufschlussreichen Studie über die Zukunft des Arbeitsmarktes von KünstlerInnen und PublizistInnen betonen die Berliner ArbeitsmarktforscherInnen Sabine Haak und Siegfried Schmidt, dass insbesondere die Selbständigen – neben dem Freiwilligen-Sektor und dem Niedriglohnsektor – eine immer wichtigere Gruppe am Arbeitsmarkt darstellen werden. Je nach Interessenlage und Ideologie der jeweils Sprechenden können diese gänzlich unterschiedliche Beschreibungen erhalten: So werden diese Selbständigen für die einen zu heroischen „Mikrounternehmern“ und zu „Unternehmern in das eigene Humankapital“ (Europäische Kommission), andere aber sprechen von „Job-Sklaven“, „Tagelöhnern und WanderarbeiterInnen“ und „Scheinselbständigen“.

Der (Euro)Mayday ([www.euromayday.at](http://www.euromayday.at)) bietet die nächste Gelegenheit, wo Prekarisierte und alle an besseren Erwerbsarbeitsverhältnissen Interessierte ein politisches Statement gegen die Unsicherheits-Zumutungen des postfordistischen Arbeitsmarktes abgeben können. Sinn der Euromayday-Parade ist nicht nur, „durch lustvolle Selbstorganisation auf diesen bedrohlichen Prozess (der Prekarisierung) hinzuweisen“ – der Mayday ist auch eine Einladung, „nicht fragmentiert, für sich alleine, sondern vernetzt mit anderen zu kämpfen!“

*Langfassung mit Literaturangaben auf [www.igkultur.at/transfer](http://www.igkultur.at/transfer)*

<sup>1</sup> Vgl. Andrea Ellmeier, „Kreativer Arbeitsmarkt – prekäre Arbeit. KulturarbeiterInnen, KünstlerInnen und freie Intellektuelle im Postfordismus“, in: Flexart. Reader zu Ausstellung u. Symposium, Kunstuniversität Linz 2006. Dies., „Prekäre Aussichten. Freie WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen: Avantgarde (Vanguard) des flexibilisierten Arbeitsmarktes“, in: Kulturrisse – Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik, 2/2005

# Kapital schlagen

Statt prekären Jobs: Politische Teilhabe!

Zeitausgleich

Kültür machen – aber wie?

Welcome to Europoly

Jenseits eines simplen Verelendungsdiskurses

# Statt prekären Jobs: Politische Teilhabe!

Die freie Kunst- und Kulturszene als Arbeitsmarkt für MigrantInnen

Von Andrea Mayer-Edoloeyi

**Immer wenn** man mich nach den Berufsperspektiven im Kunst- und Kulturbereich fragt, werde ich etwas unsicher. Ich schwanke zwischen „Nur nicht! Such dir lieber einen Job, von dem du auch leben kannst!“ und der Beschreibung der Kunst- und Kulturszene als Arbeitsfeld mit weiten Gestaltungsspielräumen und einer großen gesellschaftlichen Relevanz. Diese Gestaltungsspielräume für Individuen würde ich aber in letzter Konsequenz – absehend von den Wenigen, die es in der Repräsentationskultur „geschafft“ haben – vor allem in der freien Kulturszene verorten. Darum möchte ich mich in meinem Beitrag auf diesen Ausschnitt des Kulturbereichs beschränken.

Fragt mich ein/e MigrantIn nach den Berufschancen in der freien Kunst- und Kulturszene, kann ich ihm/ihr auch nur das Gleiche wie allen anderen antworten. Und doch ist dazuzusagen: Trotz aller Schönwetterreden wirken rassistische Ausschlüsse natürlich auch in der freien Szene. Eine Insel ist sie nicht.

Unterscheiden möchte ich in der Debatte um Kunst und Kultur als Arbeitsmarkt zwischen der Analyse der derzeitigen Zugangsmöglichkeiten sowie der Forderung nach Verbesserung der Bedingungen für jene Menschen, die bereits im Kunst- und Kulturbereich arbeiten, und der Propaganda, die Kunst und Kultur als Hoffnungsmarkt und Role-Model für

neue Arbeitsformen beschreibt. Erstere ist dringend notwendig, Zweitere muss als neoliberale Zurichtung bezeichnet werden – und ist das Gegenteil davon, was Kulturarbeit im eigentlich Sinn ist: Politische Teilhabe an der konkreten Gestaltung unserer Gesellschaft.

## **Kunst und Kultur als arbeitsmarktpolitisches Role-Model**

Im Kunst- und Kulturbereich gab es kaum jemals ein so genanntes „Normalarbeitsverhältnis“: künstlerische Arbeit und die projektbezogene Struktur dieses Sektors bedingen andere Formen des Arbeitens. Heute ist der Kunst- und Kulturbereich in den Augen vieler ein Role-Model zeitgenössischer Arbeitsformen – gerade in Hinblick auf die persönliche Identifikation mit der eigenen Arbeit und der Vermischung von Arbeits- und Privatzeit. Marie Luise Angerer beschreibt den/die „cultural worker“ in der tendenziellen Entwicklung als „eine durchschnittlich 25-30-jährige Person, multiskilled, flexibel, psychisch stark im Nehmen, unabhängig, allein stehend, ortsungebunden, die zugreift, wo es im Bereich der Kunst, der Musik, der Medien etwas gibt“. Damit verbunden ist die Zunahme von Self-Employment, hohe Arbeitslosigkeit und hohe Minderbeschäftigung, neue „gepatchworkte Lebensentwürfe selbst für Hochqualifizierte“. Wer



dem Druck nicht standhalten kann, ist draußen. Das hat aber nicht etwa zur Folge, dass die bestehenden Modelle sozialer Absicherung adaptiert und neu entwickelt auf diesen Bereich angewandt werden, sondern dass die allzeit bereiten, allzeit willigen und flexiblen Kulturschaffenden dafür herhalten, soziale Sicherungsmodelle auch in anderen Bereichen der Gesellschaft auszuhebeln. Im Kulturbereich dominieren Werkverträge und freie Dienstverträge. Viele Kulturschaffende kommen mit einem Job nicht aus, viele arbeiten weit unter ihrer Qualifikation. Vor allem Künstlerinnen können nicht oder nur schlecht von der eigenen Arbeit leben und wählen eine Tätigkeit im Kulturbereich z.B. in der Kunstvermittlung. Eine sozialversicherte Teilzeitanstellung wird seitens der Betroffenen zumeist als großer Schritt in Richtung soziale Sicherheit wahrgenommen. Überdurchschnittlich viele Frauen sind betroffen von prekären Lebensbedingungen, da die wenigen besser dotierten Jobs im Kulturbereich von Männern besetzt sind, die noch lange nicht in Pension gehen, auch für die wenigen neu zu besetzenden Arbeitsstellen werden noch immer meistens Männer eingestellt. Vom Kulturbereich kann – wie z.B. auch vom Pflegebereich – als feminisiertem Bereich gesprochen werden: überdurchschnittlich viele Frauen (z.B. sind Frauen die Mehrheit der Kunststudierenden) – schlechte Rahmenbedingungen. Zwar gibt es massive Unterschiede zwischen den verschiedenen Arbeitsbereichen und Kunstsparten, doch eine Regel gilt: Je mehr Ehre, desto weniger Frauen – je mehr Geld, desto weniger Frauen.

### **Die freie Kulturszene: anders und doch gleich?**

Die freie Kunst- und Kulturszene ist kein Ausweg für Kulturschaffende, die an den oftmals verkrusteten Strukturen in der Repräsentationskultur scheitern – unabhängig von der Qualität ihrer Arbeit. Sinkende Kulturförderungen (insbesondere Strukturfinanzierungen) für diesen Bereich, die Intransparenz der meisten Fördervergaben und die steigende Bürokratisierung tun ihr übriges. Kulturinitiativen sind

Modelle aktiver gesellschaftspolitischer Partizipation und selbstbestimmte Räume – problematisch wird es, wenn Fördergelder fehlen und so Arbeiten, die eigentlich bezahlterweise erledigt werden sollten, ehrenamtlich gemacht werden müssen. Am Ende eines Tages können die meisten AktivistInnen in der freien Szene nicht mehr sagen, wie viele Stunden sie nun bezahlt und wie viele sie ehrenamtlich gearbeitet haben. Im Ehrenamt wirken wiederum geschlechtsspezifische Stereotype: Meist sind es Frauen, die kostenlos nach einer Veranstaltung putzen, die Buchhaltung erledigen oder für die gute Zusammenarbeit im Team sorgen.

Allerdings ist auch zu beobachten, dass die freie Kulturszene durchaus Möglichkeiten für Frauen bietet. Es fehlen dazu entsprechende aktuelle Statistiken (wie im Übrigen zu den anderen in diesem Beitrag angesprochenen Themen auch). Im Ausschnitt der Szene, den ich recht gut überblicken kann (Oberösterreich, insbesondere Linz), habe ich den Eindruck, dass immer mehr Frauen auch Leitungs- und Führungsfunktionen in der freien Kulturszene übernehmen. Sie bekommen oft wenig bezahlt und arbeiten viel ehrenamtlich, aber zumindest gibt es Tendenzen, dass in der freien Szene eine Verschiebung vom unbezahlten Ehrenamt zum schlecht bezahlten (Teilzeit-)Job möglich ist, sobald der Verein groß genug ist, um sich überhaupt Angestellte zu leisten. Ohne Zweifel können die Gestaltungsspielräume, die der Kunst- und Kulturbereich bietet, für MigrantInnen attraktiv sein. In diesem Feld ist es möglich, antirassistische Aktivitäten und Projekte zu entwickeln und produktive Formen der Zusammenarbeit, gerade in der freien Szene, zu finden. Dass MigrantInnen tendenziell noch immer als Objekte von Kunstprojekten und nicht als ProtagonistInnen ihrer eigenen Anliegen wahrgenommen werden, sei unbestritten. Aber selbst wenn es gelingt, Aktivitäten zu entwickeln, wo eine Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb einer Projektstruktur möglich ist, bleibt die Problematik der prekären Arbeitsverhältnisse bestehen. Soziale Sicherheit gibt es in der freien Kunst- und Kulturszene immer nur temporär – was geschieht mit den Kulturschaffenden,

wenn ein Projekt endet und das nächste noch nicht in Sicht ist oder es immense unbezahlte Vorarbeit erfordert, um die Finanzierung einer bezahlten Arbeitsstelle überhaupt erst zu ermöglichen? Sich auf solche unsicheren Bedingungen einzulassen, ist für MigrantInnen grundsätzlich mit größeren Hürden verbunden als für MehrheitsösterreicherInnen. Das Wissen um die eigenen Rahmenbedingungen und die Kenntnis über sozial- und arbeitsrechtliche Regelungen für atypische Beschäftigte wird umso wichtiger je prekärer die Lebenssituation ist. Faktum ist, dass die herrschenden gesetzlichen Bestimmungen MigrantInnen stark in atypische Beschäftigungsverhältnisse drängen, in denen es dann an grundlegenden Absicherungen von Existenzrisiken fehlt.

### **Für eine gleichberechtigte Teilhabe aller an Kunst und Kultur!**

Ich denke, dass für die Möglichkeiten bezahlter Kulturarbeit von MigrantInnen eine Verschiebung der öffentlichen Förderungen essenziell ist. Tatsache ist, dass kulturelle und künstlerische Aktivitäten, bei denen MigrantInnen als ProtagonistInnen auftreten, vor allem in der freien Kulturszene angesiedelt sind, denn dort gibt es selbstorganisierte Strukturen, die Einmischung und Gestaltung ermöglichen. Doch nur selten rechnen sich antirassistische Aktivitäten am freien Markt, sie brauchen wie viele andere Bereiche von Kunst und Kultur öffentliche Förderung. Notwendig wäre daher eine förderpolitische Bevorzugung von Kulturarbeit von MigrantInnen. Nur wenn ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen, können künstlerische und kulturelle Projekte von MigrantInnen inhaltlich qualitativ entwickelt werden – ohne auf der Selbstausschöpfung der Einzelnen zu beruhen. Gleichzeitig braucht es aber auch einen Abbau der rechtlichen Schranken, die MigrantInnen oftmals den Zugang zu einem legalen Arbeitsmarkt verunmöglichen. Lediglich der legale Arbeitsmarkt bietet bei entsprechender Beschäftigungsform auch die nötigen Absicherungen, z.B. bei Krankheit oder

Arbeitslosigkeit. Beides muss berücksichtigt werden, nur so könnte von gleichberechtigten Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen in Kunst und Kultur gesprochen werden. Neben solchen grundlegenden strukturellen Veränderungen ist es entscheidend, nicht zu übersehen, dass Kulturschaffende auch (über)leben können müssen, während sie – auch mittels künstlerischer Projekte – an der Veränderung unserer Gesellschaft arbeiten. Politische Teilhabemöglichkeiten setzen voraus, dass die Einzelnen nicht Monat für Monat in Sorge leben müssen, wie sie ihre Miete finanzieren. Politische Teilhaberechte sind auch so zu verstehen, dass Menschen anhand ihrer Qualifikationen beruflich tätig sein können und Chancen haben, sich weiterzuentwickeln. Darum meine ich, dass neben der (diskurs-)politischen Arbeit eine wesentliche Aufgabe von Netzwerken und Interessensvertretungen in Kunst und Kultur darin besteht, Kulturschaffenden praktische Informationen u.ä. zur Verfügung zu stellen, wie ein „Überleben im Dschungel“ möglich ist. Ob die bestehenden Netzwerke und Interessensvertretungen das auch für MigrantInnen in dem Maße leisten, wie es notwendig wäre, ist immer wieder zu hinterfragen und bestehende Ansätze sind weiterzuentwickeln. Politisches Handeln und praktisches Empowerment der Einzelnen bedingen einander und müssen daher Hand in Hand gehen.

#### Verwendete Literatur:

Österreichische Kulturdokumentation et al. (Hg.),  
cultural competence. Kultur als Kompetenz, Wien:  
Österreichische Kulturdokumentation 1999

Danielle Cliche, Ritva Mitchell, Andreas Jos Wiesand (Hg.),  
Pyramide oder Fundament. Enthüllungen zur Lage der Frauen in  
Kultur- und Medienberufen Europas, Bonn: ARcCult-Media 2000

Elisabeth Vera Rathenböck et al., Frauen – Kultur/Frauen.  
Bausteine und Beispiele zur weiblichen Teilnahme am  
Kulturbetrieb, Linz: KUPF 1997

## Iris Aue

zeitausgleich

entstanden im Rahmen

des Projekts „gender housing“, 2006

Erwerbsarbeit findet im öffentlichen Raum statt und wird finanziell anerkannt. Hausarbeit wird im privaten Raum und unentgeltlich verrichtet. Dieses Selbstverständnis verdrängt auch das Bewusstsein für jene Menge an Stunden und Arbeitsaufwand, die täglich investiert wird. Diese Anzahl an unbezahlten Überstunden wird mit „zeitausgleich“ abgegolten. Umgesetzt wird dies in Form von Plastiktragetaschen, die auf der einen Seite z.B. eine saubere Abwasch zeigen, während sich auf der anderen Seite die schmutzigen Teller stapeln. Ist die Tasche leer, ergeben die beiden Motive eine mit Geschirr übervolle Abwasch. Diese beiden Realitäten werden jedoch getrennt, sobald die Tasche gefüllt wird, z.B. bei einem Bummel durch die Stadt – beim Zeitausgleich eben.



# Kültür machen – aber wie?

Kulturarbeit von MigrantInnen in Vorarlberg. Von Attila Dinçer

**Migration existiert** auf der ganzen Welt und seit Jahrtausenden. Gerade die Migration der letzten 40 Jahre wirkte sich jedoch entscheidend auf Europa aus, da innerhalb kurzer Zeit viele Menschen aus unterschiedlichen „fremden“ Nationen und Kulturen als GastarbeiterInnen eingewanderten.

Erst in den letzten zehn bis 15 Jahren aber, recht verspätet also, setzte sich allmählich die Einsicht durch, dass diese Menschen hier auch bleiben würden. Dieser Umstand wurde seitens der Mehrheitsgesellschaft mit Konzepten wie „Integration“ und „Leben mit der Vielfalt“ begegnet; „Interkulturalität“ meinte zumeist eine einseitige und marginalisierte Kulturarbeit, eine Einbahnstraße der auf das Minimum beschränkten Klischees: TürkInnen der Döner und die Folklore, der Community aus Ex-Jugoslawien die Cevapcici und Yugo-Musik.

Längst wäre es an der Zeit, die Menschen, die – aus welchem Grund auch immer – hergekommen sind, samt ihren Kulturen, Religionen, Lebensweisen kennen zu lernen. An dieser Stelle gewinnt qualitativ hochwertige Kulturarbeit an Bedeutung. Diese ist aber hier in Österreich und in Vorarlberg von den EntscheidungsträgerInnen der Mehrheitsgesellschaft bereits vordefiniert. Nur nach diesen Richtlinien gibt es dann auch Förderungen. So wurden und werden zum Teil immer noch bei „Integrationsfesten“ oder für ein „Fest der Kulturen“ die Planung und Durchführung von einheimischen Kulturschaffenden oder angestellten Zuständigen getätigt. Lediglich zu den vorgesehenen Programmpunkten lädt man dann die MigrantInnengruppen ein, auf dass sie ihre Kultur vorführen

mögen. Das Rezept: Man nehme fünf Stände, eine Bühne, zehn Kisten Getränke, eine Musikanlage und zwei migrantische Gruppen, die auftreten, und mache so Kulturarbeit. Davor noch einen Förderantrag stellen und die eigene Arbeit bezahlt bekommen, wenn man nicht ohnehin ein/e bezahlte/r Kulturschaffende/r ist. Die MigrantInnen, froh sich präsentieren zu dürfen, holen sich von türkischen Firmen das Folklore-Outfit und treten natürlich gratis auf.

Die anderen, qualitativ höher bewerteten Veranstaltungen wie Theater, Oper, Festspielkultur usw. wurden jedoch als eine Angelegenheit der erlesenen Mehrheitsbevölkerung gesehen.

## Initiativgruppe MigrantInnenkultur

Natürlich muss man gerade in Vorarlberg die 1990er Jahre erwähnen, in denen das interkulturelle Komitee von Herrn Hans Kallinger entstanden ist, der erstmals landesweit (regional gab es auch andere engagierte Kulturschaffende, die MigrantInnen bereits bei der Planung einzubeziehen wussten) nahezu alle MigrantInnenorganisationen von Anfang an zu einer Gruppe vereinte und diese Kulturarbeit mitgestalten, lernen, schaffen, schnuppern ließ. Ich sah dort MigrantInnen mit Herz und Seele monatelang an einem Projekt (ehrenamtlich) arbeiten, und sie waren zufrieden.

Nun ist auch eine Initiative eines MigrantIn zu erwähnen: Yener Polat hat eine Theatergruppe aufgebaut und macht seit Jahren hochinteressante Theaterprojekte mit Stars aus der Türkei, auf Türkisch und für TürkInnen. Ihm ist auch eine entscheidende Quali-

tätssteigerung in der MigrantInnen-Kulturarbeit zu verdanken. Ein wichtiger Wendepunkt, könnte man meinen, spricht doch eine solche Herangehensweise die MigrantInnen selber an und macht sie zu ZuschauerInnen und nicht zu „Zugeschauten“. Doch wurde seine Arbeit nicht anerkannt, da die Projekte eben nicht den Vorgaben entsprachen und für TürkInnen bzw. auf Türkisch gespielt wurde.

Aus diesen Erfahrungen und in Allianz mit anderen Kulturvereinen wurde die Initiative „MigrantInnenkultur“, in der auch MigrantInnen vertreten sind, gegründet und auch ein Budget über 25.000 Euro für das erste Jahr bewilligt. Nun glaubten wir endlich selber (mit) zu bestimmen und dieses kleine, aber doch ansehnliche Budget an die jahrzehntelang ehrenamtlich arbeitenden Vereine verteilen zu können. Nach zwei Jahren kam die Ernüchterung: Es wurden zwar insgesamt 60.000 Euro ausbezahlt, doch an wen gingen die Unterstützungen?

Wenn man sich die Ausgaben genauer ansieht (sehr genau konnten wir das nicht machen, da wir bis heute keine schriftliche Auflistung der Anträge und Vergaben bekommen haben), erkennt man, dass ein Drittel der Summe an österreichische Einrichtungen und Firmen (!) ergangen ist und der Großteil des Rests an zwei migrantische Vereine, die je einen einheimischen Manager oder Fürsprecher hatten. Die anderen Vereine gingen nahezu leer aus.

### **MigrantInnen in die Kultureinrichtungen!**

Nun zeigt uns dies das wahre Problem in der Kulturarbeit: Es nutzt herzlich wenig, den MigrantInnen ein paar Euro zu geben und von ihnen zu verlangen, per Knopfdruck „richtige“ Anträge zu stellen und Planung bzw. Durchführung von Kulturprojekten ab sofort professionell abwickeln zu können. Vielen migrantischen Vereinen fehlt es an Wissen und Know-how im Umgang mit Förderungen. MigrantInnen müssen daher gezielt gefördert werden, ihr Zugang zu Kultureinrichtungen, in denen sie als Angestellte – z.B. über Implacmentstiftungen, eventuell auch als PraktikantInnen oder Umzuschulende – den Kulturbetrieb

kennen lernen können, gesichert werden.

Kürzlich wollte der ORF Vorarlberg MigrantInnen für ein Jahr einstellen, allerdings waren die formellen Anforderungen schon so hoch gehalten, dass die Interessierten nicht einmal das Hearing schafften. Hier könnte man, bei ehrlicher Absicht und wirklichem Interesse seitens der Institutionen, andere Maßnahmen wie z.B. „positive Diskriminierung“ ins Auge fassen oder zumindest über vorbereitende Maßnahmen und Angebote für die InteressentInnen aus den migrantischen Communities nachdenken.

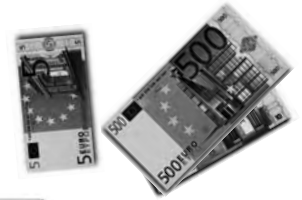
Man muss, wenn die Zukunft interkulturell und die Kulturarbeit vielfältig sein soll, die einheimischen und hoch geförderten Kultureinrichtungen auffordern (wenn nötig mit „Quotenvorgaben bei den Förder- und Budgetgesprächen“), auch MigrantInnen einzustellen. Und man muss den ArbeitslosenberaterInnen klar machen, die von ihnen zu coachenden MigrantInnen nicht bloß in türkische Dönerbuden und Hotelküchen zu schicken, sondern auch zu genannten Sozial-, Jugend- und Kultureinrichtungen, wenn nötig auch mit den Mitteln aus Stiftungen (siehe FAB-Stiftungen). Wenn hier MigrantInnen-Einrichtungen keine Einheimischen und MigrantInnen keine Einheimischen-Einrichtungen zugewiesen bekommen, bleiben ihnen wirklich nur noch die McJobs. Dann werden wir weitere 45 Jahre MigrantInnen bei „Multi-Kulti-Festen“ beschauen können, wie sie Folklore tanzen und dafür mit ihren eigenen Döner-Gutscheinen honoriert werden.

Gleiche Rechte für alle Kulturschaffenden und die Freigabe der Mittel auch für die migrantischen Kulturinitiativen im Land kann zu einer tatsächlichen Partizipation von MigrantInnen in der Kulturarbeit beitragen und die Vielfalt der Migration in den Vordergrund stellen.

## EUROPOLY

### IN ORDER TO OBTAIN EUROPOLY CITIZENSHIP YOU NEED:

1. **Permanent Address Certificate** / you can buy this in Office for Permanent Address Certificate
2. **Insurance Certificate** / you can buy this in Insurance Bureau
3. **Profession Card - Working Contract** / is provided directly by buying any Profession (except PROSTITUTE and DRUG-PUSHER)
4. **Professions of one color group at least**
5. **Qualification Card - Language Certificate** / you can buy this in Qualification office for Language Certificate
6. **Qualification Certificate: Bachelor Degree, Master Degree, PhD** / all of them you can buy at specified Qualification offices
7. **One Designer Bag for each profession of the color group**
8. **€500**



Your neighbors have reported you for contracting a fraudulent marriage for money

Pay JANITOR €100 to testify in your trial

## EU COMMUNITY CHEST

Imagine where you would like to have been born

Go back 3 spaces

Even Fashion and Sport world are sensitive to Immigrants rights. Therefore they are organizing a charity action

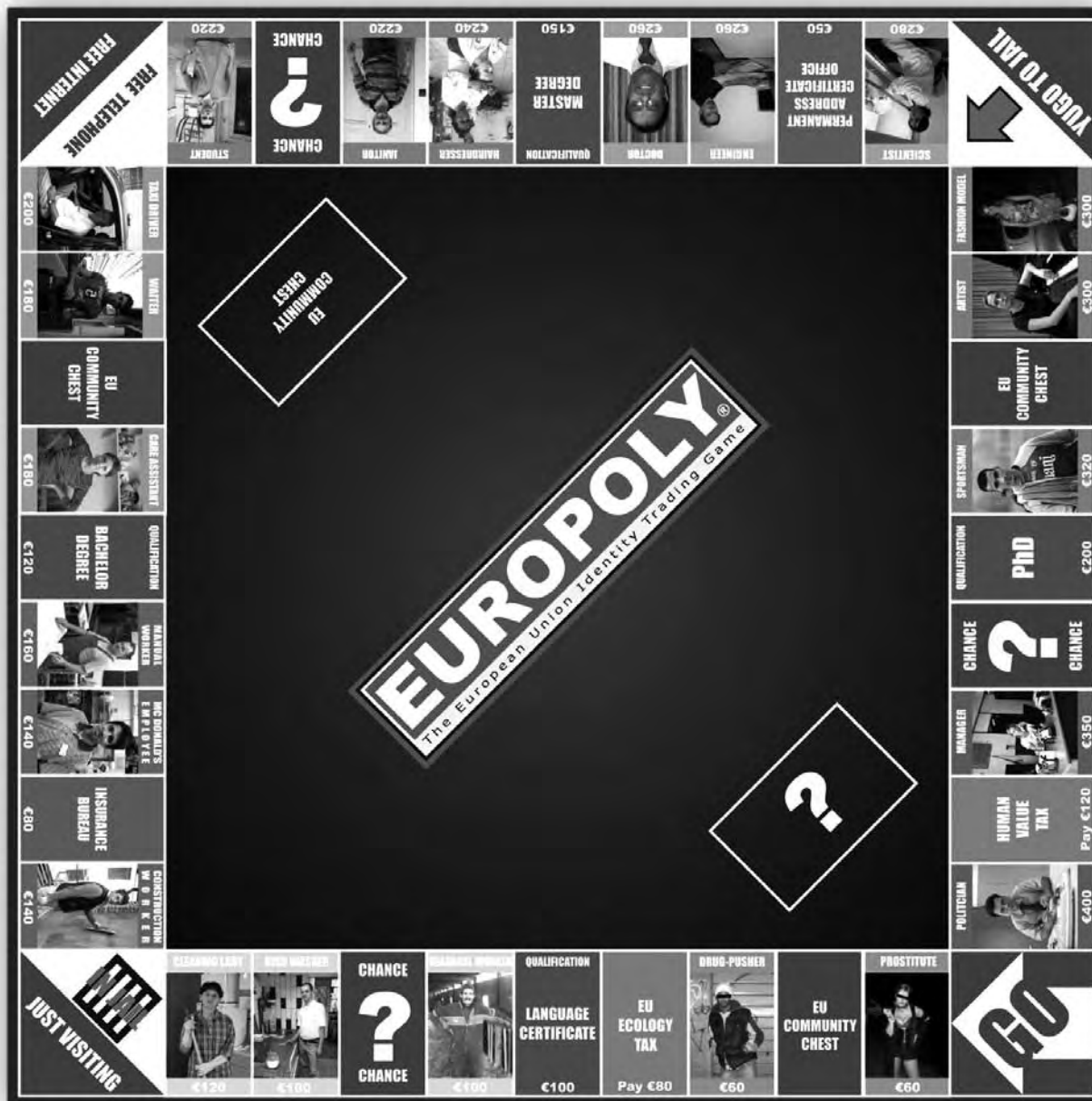
Collect €40 from FASHION MODEL and SPORTSMAN

You get beaten up for speaking in your mother tongue

Pay DOCTOR €80

# ?





Dejan Kaludjerović

WELCOME TO EUROPOLY –  
The European Union Identity Trading Game  
Installation, Belgrad 2004  
[www.europoly.org](http://www.europoly.org)

# Jenseits eines simplen Verelendungsdiskurses

Die widersprüchliche Verknüpfung von verstärkter Unterwerfung und erweiterter Autonomie. Von Luzenir Caixeta

**Bezahlte Dienstleistungen** von Migrantinnen sind vom aktuellen Kontext der Globalisierung von (prekären) Arbeitsverhältnissen stark beeinflusst und großteils Ergebnis der vielfältigen Umgestaltung des Produktionsprozesses in postfordistischen Gesellschaften: De-Industrialisierung, immaterielle Produktion, Feminisierung der Arbeit, transnationale Migration und die Mobilität von Kapitalinvestitionen.

Mit der Vielfalt prekärer Existenzen nehmen auch Rolle und Anzahl von Migrantinnen in diesem Bereich rasant zu. Bestehende Arbeitsverhältnisse sind dabei überwiegend im Kontinuum „Sex-Fürsorge-Pflegearbeit“ angesiedelt. Prekäre Dienstleistungssektoren wie die Sexindustrie oder der Reinigungsbereich, in denen Migrantinnen besonders stark vertreten sind, dürfen deshalb nicht isoliert betrachtet, sondern müssen im Zusammenhang mit einer Reihe weiterer prekarisierter Arbeitsbereiche im informellen Sektor gesehen werden, wie z.B. mit bezahlter Hausarbeit, Kranken- und Altenpflege, Kinderbetreuung, Mini-Jobs im Supermarkt oder in Hotels, Beschäftigung in Call Centern etc. So unterschiedlich diese neuen Arbeitswelt-Identitäten auch sein mögen, der Ausschluss aus dem System der Arbeitsrechte und damit aus deren Schutz ist allen gemeinsam.

Prekarisierung ist mehr als rechtliche, soziale und finanzielle Unsicherheit. Gefordert ist auch die

Fähigkeit, sich selbst kreativ zu entwerfen und neue flexible Formen von Kollektivität zu entwickeln. Immer stärker ist dabei die individuelle Lebensqualität vom persönlichen Erfolg am freien Markt abhängig.

## Autonomie der Migration

Eine besondere Herausforderung stellen die vorhandenen Widersprüche im Prozess der Prekarisierung dar. Die Unterwerfung unter hyperausbeuterische Verhältnisse befreit nämlich die Betroffenen paradoxerweise aus den rigiden Vorstellungen patriarchal-fordistischer Normalität und eröffnet den prekär Beschäftigten aus Sicht migrantischer und feministischer Theorie und Praxis auch verbesserte Lebensperspektiven.

In der Prekarisierung von Migrantinnen wird dabei deutlich, was als „Autonomie der Migration“ bezeichnet werden kann, einer Art Prekarisierung „von unten“, in die die Wünsche der Einzelnen nach besseren Lebensperspektiven einfließen. So bietet die Unterwerfung unter die vielfältigen prekarisierenden Zwangsverhältnisse zugleich erweiterte Handlungsspielräume. Bereits das Ausbrechen aus elenden ökonomischen Verhältnissen und patriarchalen Strukturen im Herkunftsland und der Schritt in die Lohnarbeit im Ausland kann eine erste Erfahrung von Selbstermächtigung sein. Selbst in Ausbeutungsstruk-



turen finden sich dabei Momente, die zum Ausgangspunkt von Widerständigkeit werden können. Ob und wie wir beschreiben, wie sich Betroffene beim Verkauf von sexuellen Dienstleistungen in der Sexindustrie, beim Putzen für Reinigungsfirmen oder in Privathaushalten etc. ein Lebensverhältnis schaffen konnten, das auch ihren eigenen Interessen entspricht, und welche „sexuelle oder putzende Mehrarbeit“ diese beständig aufwenden müssen, um sich den üblichen Zuschreibungen zu widersetzen, ist demnach auch eine Frage der politischen Strategie.

Entscheidend für diese Strategie sind dabei Antworten auf die Frage, wie die bestehenden und zu entdeckenden Widersprüchlichkeiten jenseits eines simplen Verelendungsdiskurses begriffen werden können, der die Subjektivität und Eigenaktivität der Einzelnen in der Prekarisierung unsichtbar werden lässt. Die flexible Gestaltung der alltäglichen Reproduktion etwa ist dabei nicht nur als Folge neuer ökonomischer Zwänge zu bewerten. Entscheidend ist jedoch, inwiefern das Aufbegehren gegen patriarchal-fordistische Normalitäten und die Suche nach alternativen Lebensweisen eine Bedingung für die Durchsetzung neuer Arbeits- und Produktionsverhältnisse darstellen und wie sie in kollektive Strategien überführt werden können. Hinterfragt und reorganisiert werden müssen auch neue Formen der Arbeit und Arbeitsteilung, die die Grundlagen für transnationale Verteilung und dabei auch neue Spaltungen schaffen.

Ein Blick auf die konkreten Tätigkeiten illustriert die Tendenzen widersprüchlicher Verknüpfung von einerseits verstärkter Unterwerfung und andererseits erweiterter Autonomie: So werden die einzelnen Beschäftigten oder Teams im Reinigungsgewerbe z.B. die Säuberung ganzer Objekte überantwortet, die Arbeit wird eigenverantwortlich organisiert, der Chef ist meist nicht vor Ort. Ganz ähnlich sind Arbeitsverhältnisse in Privathaushalten geregelt, die meist (wenn auch nicht immer) in Zeiten gereinigt werden, in denen die AuftraggeberInnen außer Haus sind. In der Sexbranche verdienen Migrantinnen das meiste Geld, können ihre Tätigkeit als Nebenjob ausüben, müssen

meist keine Ausbildung vorweisen, haben keine vertragliche Bindung und die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen, eine Fremdsprache zu üben usw., dennoch ist der sozialer Status von Sexarbeit ein Faktor, der ihre Prekarisierung im Besonderen fördert. Sexarbeit ist in den meisten Gesellschaften ein stigmatisierter Bereich. Migrantinnen (in Österreich ca. 90% der Sexarbeiterinnen) werden mehrfach, als Ausländerinnen und als Prostituierte, ausgegrenzt und stigmatisiert. Nichtsdestotrotz bleibt der Kampf um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von migrierten Sex- und Hausarbeiterinnen – wie auch für Migrantinnen in anderen prekären Dienstleistungsverhältnissen – notwendig. Dabei gilt es vor allem einer Anti-Prostitutions- und Anti-Migrationspolitik entgegenzutreten, die vor allem auf die Rechte von in der Sexarbeit tätigen Migrantinnen negative Auswirkungen hat. Die meist moralistisch begründete Verweigerung der Anerkennung von Sex- und Hausarbeit als mit Rechten ausgestatteter, stark ethnisierte Arbeit verringert die Zahl der MigrantInnen in diesem Sektor nicht, sie ignoriert lediglich die Realität vieler Frauen (und Männer). Repressive politische Regelungen in Bezug auf Migration, öffentliche Ordnung und Moral führen zu einer verstärkten Verwundbarkeit der DienstleisterInnen und zu negativen Konsequenzen für deren Gesundheit und Sicherheit.

Um nicht in partikularen Lösungen stecken zu bleiben, bedarf es also der Entwicklung übergreifender politisch-ethischer Positionen, die als Grundlage für jene Kämpfe dienen können, die die hegemoniale gesellschaftliche Ordnung in Frage stellen und dekonstruieren. Die (Selbst-)Organisation der Betroffenen ist dabei unverzichtbar.

### **maiz: Erfahrungen einer Migrantinnen-(Selbst-)Organisation**

Seit über zehn Jahren ist maiz als Selbstorganisation von und für Migrantinnen aktiv. Migrantinnen, die sich an maiz wenden, arbeiten als Reinigungskräfte für Leasingfirmen, als Putz- und Pflegekräfte in Privathaushalten, als Pflegehelferinnen im Gesundheitsbereich und/oder sind in der Sexindustrie tätig.

Ihre konkrete Situation ist nicht nur durch rechtliche Regulierungen bestimmt. Vielmehr sind auch diskursive und wirtschaftliche Faktoren für ihre konkreten Lebensverhältnisse entscheidend.

maiz zeichnet sich dadurch aus, dass wir als Migrantinnen-Selbstorganisation versuchen, auf all diesen Ebenen in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einzugreifen. So gehören neben Beratungs- und Bildungsarbeit auch politische Kulturarbeit und künstlerische Projekte zu unseren Tätigkeitsfeldern, in denen sich Migrantinnen zunächst über ihre jeweiligen Lebenssituationen und Einschränkungen ihrer Handlungsfähigkeit austauschen, um dann in einem kollektiven Prozess zu erarbeiten, wie man diese Erfahrungen der österreichischen Mehrheitsbevölkerung präsentieren bzw. diese damit konfrontieren kann. Auf diese Weise sollen Migrantinnen Möglichkeiten erhalten, aus ihrem Status als Objekt, über das politisch verhandelt wird, herauszutreten und eigene Artikulationsformen zu entwickeln, um in hegemoniale Diskurse einzugreifen und diese zu verschieben.

Im Sinne des Sichtbarwerdens will maiz auch provozieren, mit den tradierten Repräsentationsstrukturen brechen und eine „Störung der Harmonie“ bewirken, z.B. nach dem Motto: „Austria we love you! Wir werden dich nie verlassen!“

Auf dem Weg zur kollektiven Organisierung im Sinne einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation von Migrantinnen treten dabei erneut Widersprüche auf, diesmal zwischen den Interessen der einzelnen Migrantinnen und der allgemeinen Zielsetzung, bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. So kommen Migrantinnen im Regelfall nach Österreich, um – egal mit welcher Tätigkeit – möglichst schnell viel Geld zu verdienen. Konsequenterweise haben sie deshalb zunächst kein Interesse sich kollektiv zu organisieren. Da sie sich mit ihrer Tätigkeit etwa als Haus- oder als Sexarbeiterin nicht identifizieren, sondern diese als vorübergehenden Zustand betrachten, lohnt es sich nicht, für kollektive Verbesserungen zu streiten. Hier gilt es deshalb, Zusammenhänge zwischen der individuellen Situation, in der Migrantinnen ihre jeweiligen Träume nicht verwirklichen können, und

der Regulierung bestimmter Arbeitsbereiche deutlich zu machen.

Zu den wichtigen Tätigkeitsfeldern von maiz gehört deshalb auch die Auseinandersetzung mit und unter Migrantinnen selbst, etwa wenn diejenigen, die bereits in Österreich leben, sich gegen die Einwanderung von anderen wenden, weil dies verstärkte Konkurrenz bedeutet.

Im Spannungsfeld aller vorhandenen Widersprüche bemüht sich maiz, Raum für eine kollektive Organisation verschiedener Migrantinnengruppen und deren Interessen nach innen zu fördern (hier werden die Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen prekären Arbeits- und Lebensbedingungen hervorgehoben und nicht das Gegenteil) und nach außen zu fordern.

**[www.maiz.at](http://www.maiz.at)**

*Erstmals erschienen in: Kulturrisse - Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik, 4/2006*

Verwendete Literatur:

Encarnación Gutiérrez Rodríguez u.a., Haushalt, Caretaking, Grenzen ... Rechte von Migrantinnen und Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Transnationaler Forschungsbericht, Linz: maiz 2004

Luzenir Caixeta, „Precarius labor et stuprum corporis. Prekarität und die bezahlte sexuelle Dienstleistung“, in: Kulturrisse - Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik, 2/2005

# Killtrolling

Controlling? Killtrolling!

# Controlling? Killtrolling!

Selbstorganisationen von MigrantInnen im Kulturbereich und ihr Umgang mit den Kontrollgelüsten der SubventionsgeberInnen. Von Ariane Sadjed und Sylvia Köchl

**Selbstorganisation ist** eine zentrale Strategie für MigrantInnen, die eine bezahlte Arbeit und ihren Ausbildungen entsprechende Tätigkeiten ausüben und sich im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung wirkungsvoll selbst vertreten wollen. Der Kulturbereich bietet Selbstorganisationen von MigrantInnen (SOMs) die Möglichkeit, ihre Themen und Inhalte durch verschiedenste Medien und in unterschiedlichsten Formen zu vermitteln, und die Chance, größere Öffentlichkeiten zu erreichen und sich mit einer vielfältigen kulturpolitischen Szene zu vernetzen. Um aber für alle Beteiligten, MitarbeiterInnen von SOMs wie auch die AktivistInnen, die von solchen Organisationen unterstützt werden, nachhaltige Strukturen schaffen zu können, sind Basis- und Projektgelder von Seiten der öffentlichen Hand nötig und sollten auch selbstverständlich sein.

Ebenso selbstverständlich unterliegt die Vergabe von öffentlichen Geldern gewissen Regeln: Mit den Steuergeldern muss verantwortlich umgegangen werden – was im Großen, z.B. bei den Regierungsausgaben, oft kaum so wirkt und was im Kleinen, z.B. bei Projektfinanzierungen, oft übertrieben genau kontrolliert zu werden scheint. Wer eine Subvention erhält und annimmt, verpflichtet sich zwar zu Einhaltung bestimmter Kriterien und muss sich auch

bewusst sein, dass die den Förderrichtlinien entsprechende Abrechnung noch Jahre später kontrolliert werden kann, aber in der Realität wirken viele solcher Kontrollen weder angemessen noch zufällig.

Jene Stellen, die Subventionen vergeben, werden selbst kontrolliert, ob sie auf die Einhaltung der Förderrichtlinien achten und bei Abrechnungen kein Auge zudrücken. Viele von ihnen geben diesen Druck nach unten weiter und benutzen ihn als Rechtfertigung für Verschärfungen in der Abwicklung von Projekten. Auf lange Sicht sind sie deshalb auch daran interessiert, die Organisationen über die Subventionen zu lenken und zu beeinflussen.

EU-Programme wie EQUAL richten sich zwar gegen Diskriminierungen von MigrantInnen im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt, die Vergabe der Projekte ist allerdings an detaillierte Vorgaben gebunden, die strukturelle und inhaltliche Eingriffe in Selbstorganisationen nach sich ziehen und immer wieder zu einer Entpolitisierung der Vereine und Hierarchisierung der Strukturen führen.

## Immer unter Verdacht

Die Aktivistin V.W. von einer antirassistischen und feministischen SOM erklärt dazu, dass es zwischen den

SOMs und den BeamtInnen eine „enorme Distanz“ gibt: „Es ist eine realitätsferne Praxis, sie kennen unsere Realität nicht, haben nie ein Projekt durchgeführt und sind dressiert in strengen Verwaltungsabläufen innerhalb enger bürokratischer Abläufe. Wenn sie uns anhand dieser Vorschriften kontrollieren können, fühlen sie sich sicher. Ihre große Sorge ist, ob das Geld effizient eingesetzt wird, aber die Anwendung von formellen Abläufen auf Bereiche, wofür sie nicht gemacht worden sind, wird nicht hinterfragt.“ Auch X.Y., Aktivistin einer weiteren SOM betont, dass die Kriterien, die angewendet werden, mit der Realität nicht kompatibel sind: „Diese betriebswirtschaftlichen Qualitätskriterien passen nicht in kulturpolitische Organisationen. Wir machen sehr viel ehrenamtliche Arbeit, sehr viel Basisarbeit, das kann man nicht alles mit Statistiken erfassen.“

Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, wie sich Organisationen unter dem an betriebswirtschaftlichen und Effizienzkriterien orientierten Druck, den Subventionsgeber ausüben, zu ihrem Nachteil verändert bzw. die ursprünglichen Ziele aus den Augen verloren haben.

Herausgegriffen seien hier die Wiener Frauenhäuser, die 1978 von einer Initiativgruppe gegründet wurden. Die Hilfe für Frauen war an feministische Inhalte und auch an eine feministische Vorstellung einer Organisationsstruktur geknüpft. Bald schon tauchten einige Probleme auf, weil sich die anti-hierarchische Idee „alle machen alles“ in der Praxis als nicht tauglich erwies und Arbeitsteilungen nötig wurden. In den 90er Jahren wurde eine Geschäftsführerin installiert, die allerdings kein inhaltliches Mitspracherecht hatte. Da die Organisation aber immer weiter wuchs und mehr Subventionen nötig waren, erhöhte sich der betriebswirtschaftliche Druck in den 2000er Jahren beträchtlich. Daraus resultierten eine stärkere Hierarchisierung und eine neue Rolle der Geschäftsführung. Es sei mehr Budget von der Stadt Wien gekommen, erzählt eine Mitarbeiterin, und „je mehr Budget da war, umso mehr hat sich die Stadt Wien eingemischt“ in strukturelle Angelegenheiten. Die neue Produktfinanzierung sieht vor, dass alle

Leistungen von der Beratung bis zur Unterkunft in Produkte aufgegliedert werden, für die es dann einen Finanzschlüssel gibt, z.B. darf das Produkt Beratung ein gewisses Stundenausmaß nicht überschreiten. Am Ende des Jahres wird schließlich gemessen, wie viele Frauen im Frauenhaus durchgeschleust wurden – ohne nach der Qualität zu fragen.

Die Wiener Frauenhäuser mussten aufgrund ihrer Größe die BeamtInnen über die Geschäftsführung und den Vorstand sozusagen direkt in ihre Organisation hereinlassen. Bei kleineren Organisationen werden aber durchaus ähnliche Effekte über Kontrolle und Förderbedingungen erzielt.

Diese Beobachtungen und Erfahrungen aus dem Sozialbereich können ebenso für den Kulturbereich herangezogen werden. Denn dieser Eingriff auf die Strukturen der SOMs, der durch die Konfrontation mit Subventionsstellen verübt wird, kann die SOMs zu Veränderungen zwingen, die nie gewollt wurden und die den eigenen politischen Ansprüchen oft diametral entgegenstehen. Die finanzielle Unsicherheit, die ständig im Raum stehende Möglichkeit, einmal einen Fehler zu machen oder aus anderen nicht transparenten Gründen nächstes Jahr plötzlich ohne Subvention dazustehen, erzeugt Stress und hält von der eigentlichen Arbeit ab, erklärt X.Y.: „Die Bürokratie stört die Arbeitsabläufe ungemein. Man will sich an die Arbeit setzen und dann kommt ein Mail, dass eine Prüfung ins Haus steht. (...) Und nächstes Jahr ist es das Gleiche, du kannst nicht aussteigen. Der Mechanismus ist so, dass sie dir Brötchen geben und du machst mit.“ V.W. meint, dass zudem ständig die eigene Glaubwürdigkeit auf dem Spiel steht: „Sie stellen uns immer unter Verdacht – das ist keine Basis für Zusammenarbeit. Wenn eine Seite so mächtig und misstrauisch dasteht, wird es kompliziert.“

Dabei ist es für MigrantInnen oft besonders schwierig, sich Kompetenz und Glaubwürdigkeit im Förderwesen zu erarbeiten, da sie oftmals auf rassistisch motiviertes Misstrauen stoßen und ihnen deshalb die Entwicklung und Abwicklung von Projekten nicht zugetraut wird. Und das „Juristendeutsch“ (nie „Juristentürkisch“ usw.) der Förderverträge und

-richtlinien zu verstehen, ist an sich schon nicht einfach und für AnfängerInnen immer schwierig.

Das Problem beginnt aber bereits bei den nicht gerade offenen Informationsflüssen von etablierten Kulturorganisationen an die Newcomer, denn im Kultur- und Antirassismusbereich herrscht vielfach Konkurrenz statt Solidarität (vgl. dazu den Reader „Migrantische Selbstorganisation als politische Handlung“, [www.work-in-process.at](http://www.work-in-process.at)).

## Gegenstrategien

Für viele AktivistInnen sind es keine Zufälle, wer wie oft kontrolliert wird. „Wenn man sich das neue Fremdenrecht anschaut“, so X.Y., „und was die Regierung für Aussagen von sich gibt, dann kann das kein Zufall sein, dass Vereine auf diese Art schikaniert werden. Das ist nicht etwas, das einfach so passiert. Ich weiß nicht, ob sie die Selbstorganisationen schwächen wollen oder ob sie sie überhaupt aussterben lassen wollen.“ Auch V.W. glaubt nicht, dass alle subventionierten Organisationen in der Frage der Kontrolle gleich behandelt werden: „Der politische Aspekt dabei ist: Welche Organisation wird geprüft, wem vertrauen sie, wo glauben sie, dass mehr Kontrolle notwendig ist? Wir sind nicht die Erwünschten, kein Verein, den sie kreiern haben, den sie bei der Entstehung unterstützt haben wie einige große NGOs ...“

Einige Organisationen haben sich aufgrund dieser Probleme zur „Killtrolling-Arbeitsgruppe“ zusammengeschlossen und stellen sich dort u.a. diese Fragen: „Wie können sich kleine Initiativen und Selbstorganisationen dieser Tendenz strategisch entgegensetzen? Wie sollten sie strategisch handeln, wenn Kontrollinstanzen (seitens SubventionsgeberInnen) mittels Subventionskürzungen und Androhung von ‚tieferen Wirtschaftsprüfungen‘ effizientere Managementabläufe (als Bedingung für weitere Finanzierungen) aufzwingen?“ (KUPF-Zeitung Nr. 117/03/06).

Die Arbeitsgruppe ist sicher schon Teil der Lösung dieser Probleme, denn die FördergeberInnen haben nur dann leichtes Spiel, wenn alle aus Angst

vor Kontrollen zittern, anstatt sich mit anderen darüber auszutauschen.

X.Y. betont allerdings, dass SOMs nicht blindlings Allianzen mit Mehrheitsangehörigen eingehen sollen: „Die SOMs haben die Lobby nicht und deswegen ist es wichtig, dass sie schon vorher eine eigene Strategie festlegen, damit sie sich nicht einfach ausliefern. Kleine Vereine und migrantische Organisationen sollten gegenseitig ihre Positionen kennen lernen und einen Block bilden. Dann erst können sie Allianzen auf mehreren Ebenen eingehen. Es wäre nämlich falsch zu glauben, dass alle dasselbe Problem haben. Dann steht man plötzlich wieder alleine da und die anderen machen einen politischen Schulterchluss.“

V.W., die gemeinsame Strategien ebenfalls als besonders wichtig erachtet, erzählt, dass ihre SOM sich momentan auch nach alternativen Organisationsformen umsieht, um von der öffentlichen Hand unabhängiger zu werden, wie z.B. einer Genossenschaft oder GmbH: „Wir treffen einen Verein, der so was ausprobiert hat. Wenn wir eine Firma gründen, die Gewinne machen kann, könnten wir dadurch einiges im Verein finanzieren.“

*In gekürzter Form erstmals erschienen in: Bildpunkt. Zeitschrift der IG Bildende Kunst, Herbst 2006*

# antirassistische Interventionen

Antirassismus, lila getippt

Die 3. Türkenbelagerung

Zur Errettung des Christentums

Selbstorganisationen von MigrantInnen

Ohne Titel

Ein Plädoyer für die Politik!

# Antirassismus, lila getippt

Interventionen der Lesbenberatung Lila Tipp. Von Claudie A. Goutrié und Karin Schönplugg

**Die Lesbenberatung** Lila Tipp in der gegenwärtigen Form hat sich 1997 als eine der beiden Sektionen der bislang gemischtgeschlechtlich arbeitenden Beratungsstelle für Lesben und Schwule – Rosa Lila Tipp – konstituiert. Die Lesbenberatung besteht gegenwärtig aus sieben Mitarbeiterinnen und etlichen Unterstützerinnen, die in diversen Teilbereichen mithelfen. Wir arbeiten alle unbezahlt, üben folglich ein „Ehrenamt“ aus, was den Vorteil einer sehr geringen Fremdbestimmtheit, aber den Nachteil einer sehr hohen ökonomischen Mehrfachbelastung mit sich bringt. Entscheidungen werden in der Lesbenberatung konsensual getroffen, wobei wir gerne von „Erfahrungshierarchien“ sprechen: Wer schon lange dabei ist, mag nicht nur die meisten Erfahrungen gesammelt haben, sondern auch die größte Durchsetzungskraft besitzen. Besonders wichtig ist uns dabei das gleichzeitige Bestehen-Können von unterschiedlichen persönlichen Definitionen, politisch-historischen Kontexten und immer wieder neu zu findenden Gemeinsamkeiten, was das Lesbisch-Leben und auch das Nicht-Lesbisch-Leben betrifft.

Die Ursprünge der Ort-Schaffung der Lesbenberatung liegen in der Wiener Hausbesetzungsgeschichte der 1970er und -80er Jahre. Im Zuge der legalen Instandbesetzungswelle wurde auch die Rosa Lila Villa als Wohn-, Kultur-, Kommunikations- und Beratungsprojekt gegründet. Mit diesem Hintergrund zog das Gebäude, das als Ort „für die Bewegung“ geschaffen wurde, mit seiner in den Anfängen etwas abgeschabten, handbeschrifteten Fassade sicherlich nicht alle Teile der lesbisch-schwulen Community

gleichermaßen an. Die konservativeren Teile der Szene fühlten sich vermutlich weniger mitgemeint als die junge Avantgarde. Heute ist die Rosa Lila Villa zwar auffällig bunt und eindeutig als „Lesben- und Schwulenhäuser“ gekennzeichnet, jedoch erkennt kaum jemand noch das ehemalige Besetzungsflair. Hingegen sind die Strukturen sowie die Beratungsinhalte und -konzepte nach wie vor an der Selbstbestimmung bei der Gestaltung von Räumen und (Gruppen)Identitäten orientiert: Die Lesbenberatung arbeitet mit emanzipatorischen Konzepten der Bestärkung anstelle von Viktimisierung, z.B. in Bezug auf die positive Bewertung nicht-traditioneller Weiblichkeitsentwürfe (siehe dazu das Projekt „Lesbolieb“) statt der Konzentration auf „defizitäre“ Bereiche.

Das Haus ist für uns ein Zeichen der kraftvollen, selbstbewussten Sichtbarkeit für alternative Lebensformen neben den zweigeschlechtlich ausgerichteten, hetero-patriarchalen Wirtschafts- und Versorgungseinheiten innerhalb der Mehrheitsgesellschaft. Uns ist aber bewusst, dass unser anti-konservatives Konzept auch als ausschließend erlebt werden kann, nämlich dort, wo das Betreten des Hauses den Ausschluss aus einer anderen minoritären und identitätsstiftenden Community impliziert. Wir, als mehrheitsweiße Lesben des Lila Tipp, arbeiten vordergründig an den bestehenden Vorurteilen in der Gesellschaft: Homophobie, Sexismus, Transphobie, Rassismus und AusländerInnenfeindlichkeit sowie andere schichtspezifische Unterdrückungskategorien. In unserer langjährigen Beschäftigung mit Vorurteilen und Unterdrückung (und wieder grüßt das Murmeltier!) haben



wir insbesondere durch das Miteinbeziehen eines antirassistischen Ansatzes verstehen gelernt, wie die Indifferenz der Pseudoliberalität als die erste Stufe der Gewalt gesehen werden muss.

Gordon W. Allport beschreibt Gewalt als Abfolge von vier Schritten, bei der auf jede Stufe die nächste folgt, wenn nicht eingegriffen wird. Wir beobachten heute in fast jeder Talkshow die erste Stufe der Indifferenz – „leben und leben lassen“ –, die oft mit Liberalität verwechselt wird. Die zweite Stufe ist öffentliche Aus- und Abgrenzung; die dritte Stufe öffentliche Abwertung und Verächtlichmachung; schließlich ist die vierte Stufe die Tolerierung von Gewalttaten und aktive Verfolgung. Die Unterdrückungskategorien können nebeneinander stehen, aber auch ineinander verschränkt ausgespielt werden. Eine antirassistische Grundhaltung gibt uns die Möglichkeit, als Lesben mit Mehrheits-/EU-Hintergrund die herrschende Ausschlussgesellschaft mit deren Gewaltmechanismen zu analysieren: Gewalt verläuft entlang einer kolonialistischen Logik über die Entsolidarisierung von Gruppen mit minoritärem Status und das Belohnen von wenigen. Im neoliberalen Diversity Management werden beispielsweise nur jene Facetten der als fremd und anders benannten Identitäten akzeptiert, die zu einer Stützung und Förderung kapitalistischer Profitmaximierung dienen.

## Welcome to Transjosefsland

Mit ihren Forderungen nach „Asyl für Lesben und Schwule“ und „Anerkennung, Aufenthalt und Absicherung auch außerhalb der Ehe“, die als Transparent entlang der Fassade ausgerollt wurden, standen die Lesbenberatung und der Rosa Lila Tipp insgesamt relativ isoliert in der österreichischen Gay, Lesbian, Bisexual, Transgender, Intersexual & Queer Community da. Die Mehrheitsbewegung organisierte sich stattdessen im Kampf um die Homoehe oder sonst wie eingetragene PartnerInnenschaften – dass die Ehe mittlerweile nicht einmal mehr heterosexuelle Paare vor der Ausweisung eines/einer nicht-EU-BürgerIn schützt, wird kaum thematisiert. Auf der

Regenbogenparade heißt es dann recht unkritisch „Gleiche Rechte für alle Österreicher“, bis rosa-lila gekleidete Guerillas das betreffende Transparent in physischem Gerangel abmontieren konnten. In einer Aktion beim zweiten Wiener Dyke March setzte sich der Lila Tipp performativ mit den Themen Kolonialismus und Transgression auseinander: Symbolisch für die Absurdität der (österreichischen) Kolonialgeschichte und die eiskalten Grausamkeiten der Kolonialisierung wurde ein Eisberg – das „Transjosefsland“ – durch Wiens Straßen geschoben, der zugleich als vereinigendes Element einer antinationalen Lesben- und Transgenderbewegung fungieren sollte und auf dem utopische Wünsche verschriftlicht deponiert werden konnten. Eine weiterführende Auseinandersetzung über die Rollen, die die verschiedenen Frauen-/Lesben-/Queer-Bewegungen gegenwärtig in neokolonialen Diskursen und Zusammenhängen spielen, und Diskussion darüber, wie wir uns als weiße Euro-Österreicherinnen hier positionieren können, ist für uns ein spannendes, bislang wenig beforschtes Arbeitsthema. In der Basisarbeit bietet die Lesbenberatung punktuell auch Beratung für AsylwerberInnen, die aufgrund des neu geschaffenen Fremdenrechts hauptsächlich ein frustrierender, fast chancenloser Kampf für verfolgte Lesben und Schwule aus Ländern außerhalb der EU ist.

Wir versuchen in unserer Arbeit die Unterschiede und auch die Gemeinsamkeiten, die wir einerseits als Minderheit innerhalb der Mehrheit und andererseits mit unseren Mehrheitsanteilen innerhalb der Minderheit haben, offen zu legen und politisch zu besetzen. Aufbauend auf unserer Analyse erachten wir als wichtigsten Punkt die Notwendigkeit, sich nicht entsolidarisieren zu lassen und nicht auf versprochene Belohnungen, die auf Kosten anderer erfolgen, einzusteuern.

[www.villa.at/lilatip](http://www.villa.at/lilatip)

# Die dritte Türkenbelagerung

Idee und Buch: Sedat Pero, Schnitt: Ewa Stern, Kamera und Regie: Markus Scholze

© 2006 gesendet auf OKTO TV

## Gespräch unter Müttern



Mein Sohn ist ein sehr, sehr großer Business-Mann.  
Jetzt ist er ein Tierschützer in der Türkei.

*Ein Tierschützer?!?*

Für Europäer sind Tierschützer gut, oder?

Es gibt viele Tierschützer in Europa.

*Ja?*

Er organisiert Visa für die Hunde nach Deutschland.

*Visa?!? Für Hunde?!?*

Das ist sehr einfach. Er bringt die Straßenhunde an den Strand, quält sie vor den deutschen Touristen und deutsche Touristen kaufen diese Hunde von ihm ab, lassen beim Tierarzt ein Gutachten erstellen, dann bringen sie die Hunde nach Deutschland. Der Hund fliegt.

*Clever!*

Der Hund ist glücklich. Mein Sohn ist glücklich.

Die Deutschen sind glücklich.

*Alle sind glücklich!*

Der Hund hat in Deutschland das beste Futter, Friseure, wird mit Autos herumgeführt, wird mit Mercedes herumgeführt, der Hund.

*Mit Mercedes?*

Das ist sehr angesehen.



Folge Nr. 2/2006

## Gespräch unter Freundinnen

*Freundin 1:* Dein Mann soll so gut sein. Sag mal, kann ich meinen Mann zu deinem Mann schicken, damit er ein paar Techniken lernt?

*Freundin 2:* Erzähl doch mal, was dein Mann hat und unsere Männer nicht!

*Freundin 3:* Ich erzähle sehr gerne. Nach dem Abendessen zünden wir die Kerzen an, machen eine Flasche Rotwein auf und schalten alle Lichter aus. Es wird sehr romantisch.

*Freundin 1:* Ja, sehr romantisch!

*Freundin 3:* Dann geht es los! Ich lege mich auf den Boden und er beginnt dann, mich zu schlagen! Ja, stundenlang! Ich laufe, er fängt mich, zwei-, dreimal schlagen! Überall in der Wohnung, überall! Stundenlang schlagen!

*Freundin 1:* Mir wird ganz warm!

*Freundin 3:* Dabei werde ich so geil. Es geht mir so gut. Das ist so schön.

*Freundin 1:* Das glaube ich ...

*Freundin 2:* Mein Mann schlägt mich am liebsten, wenn wir Publikum haben.

*Freundin 3:* Publikum, interessant ...

*Freundin 2:* Beim Schlagen, wenn wir Publikum haben, dann bekommt er Feedback.

*Freundin 1:* Ah! Applaus!

*Freundin 2:* Sonst kann er sich nicht konzentrieren!

*Freundin 1:* Wieso? Hat dein Mann „Konzentrationschwierigkeiten“?

*Freundin 2:* Ja, und wie! Ganz schlimm.

*Freundin 1:* Ich lache, aber ich bin auch nicht mehr glücklich mit meinem Mann. Mein Mann tut auch nicht gut schlagen, nicht richtig schlagen. Er hat mich seit der Hochzeit nur ein paar Mal geschlagen und seitdem nicht mehr. Und ich bin nicht mehr glücklich. Mein Mustafa kann nicht schlagen. Ach! Das ist nicht gut für meinen Körper.

*Freundin 2:* Ja, natürlich ...

*Freundin 1:* Ich habe überlegt, ob ich meinen Mustafa zur Psychotherapie schicken soll.

*Freundin 3:* Schatzi, du brauchst ihn nicht zur Psychotherapie schicken. Er soll einfach mal mit meinem Mann fortgehen und alle Techniken lernen. Dann hat er eine Psychotherapie hinter sich! Dann lernt er von ihm Schlagtechniken.

*Freundin 1:* Sehr gut! Gute Idee!

*Freundin 2:* Kann ich meinen Mann auch mitschicken?

*Freundin 3:* Sehr gerne! Dann sollen sie zu dritt ausgehen und von einander lernen.

*Freundin 2:* Ja, hoffentlich lernt er endlich etwas!

*Alle 3:* Inshallah! Inshallah!



## Sik Freud erklärt die Suche nach Bestätigung

Heute möchte ich auf das Verhalten der Türken in den Ämtern näher eingehen. Wenn es so schöne Museen, Theater, Kinos und Kaffeehäuser gibt, warum versammeln sich die Türken dann am liebsten auf den Ämtern?

Die Antwort ist so einfach wie nahe liegend: Sie suchen dort, was wir alle dringend brauchen – Bestätigung. Selbstbestätigung. Ohne Selbstbestätigung würden wir alle von Angst und Minderwertigkeitskomplexen geplagt ...

Aus dem Konflikt zwischen Erfüllung und Abwehr des Triebes und der Überkompensation des Minderwertigkeitskomplexes entsteht die Suche oder in extremen Fällen die Sucht nach Bestätigung.

Der Beginn kann in der Kindheit liegen oder auch in der Mitte des Lebens, wo neue, im Fall von Türken manchmal auch ganz alte Lebensziele, wie die Belagerung von Wien, zu Konflikten führen.

Man kann also die Belagerung unserer Ämter als eine Identitätssuche der Türken oder als zielgehemmten Ersatz für Sex interpretieren. Vielleicht auch als zielgehemmten Ersatz für die Belagerung von ganz Wien. Sie kommen immer mit einer Horde, Kinderwagen, Kinder plus Familienangehörige. Das hat zweierlei Gründe. Erstens: Die Kinder werden schon im frühkindlichen Alter auf eine Belagerung konditioniert. Zweitens ist die Suche nach Bestätigung auf den Ämtern ein wichtiger Schritt im Individuationsprozess.

Ohne in rassistische Gefühle abgleiten zu wollen, erlaube ich mir die Anmerkung, dass die Fixierung unserer türkischen Mitbürger auf Bestätigung durch die österreichischen Behörden natürlich einen Fall der Überidentifikation mit der österreichischen Bürokratie darstellt. Auf dessen unbewusste Wurzeln in der Verdrängung der historischen Niederlage kann und will ich nicht näher eingehen. Nur so viel: Meine Fallstudien sagen mir, die meisten unserer türkischen Mitbürger haben es doch geschafft oder sind nahe daran, ihre Identität zu finden. Und zwar wo? Auf den Meldeämtern.

Damit verabschiede ich mich für heute.



## Kara Mustafa Pascha therapiert Sik Freud

Herr Frau Österreicher, heute drehen wir den Spieß einmal rundherum und reden über die Komplexe der Österreicher. (...) Diese Österreicher leiden unter identitärer Platzangst. Aber wir wollen ja nicht viel. Ist etwa jedes dritte Geschäft ein Kebabstand? Nein, nur jedes vierte. Haben wir etwa in jeder Straße eine Moschee? Nein, nur in jeder zweiten. Haben wir uns nicht angepasst? Doch! Schauen Sie sich um, Herr Frau Österreicher! Wir bleiben immer untereinander, lernen nix Deutsch, damit wir Herr Frau Österreicher nicht die guten Jobs wegnehmen. Wir machen viele Kinder, damit Herr Frau Österreicher eine Pension bekommt. Wir leben sogar alle in bestimmten Bezirken, damit Herr Frau Österreicher Platz für sich haben.

Also meiner Meinung nach brauchen Sie eine spezielle Kebab- und Konfrontationstherapie. Sie werden jeden Tag im türkischen Kaffeehaus Fußball schauen und Karten spielen. Zusätzlich werden sie einen Crashkurs in Türkischen-Schnauzbar-wachsen-Lassen bekommen. Und wenn sie danach einen Kebabstand aufmachen wollen, dann kommen Sie zu mir. Ich habe einen Kollega, der kann dir einen Standplatz organisieren, er hat gute Kontakte.

Also, was sagst du, Kollega Freud?

Folge Nr. 5/2006

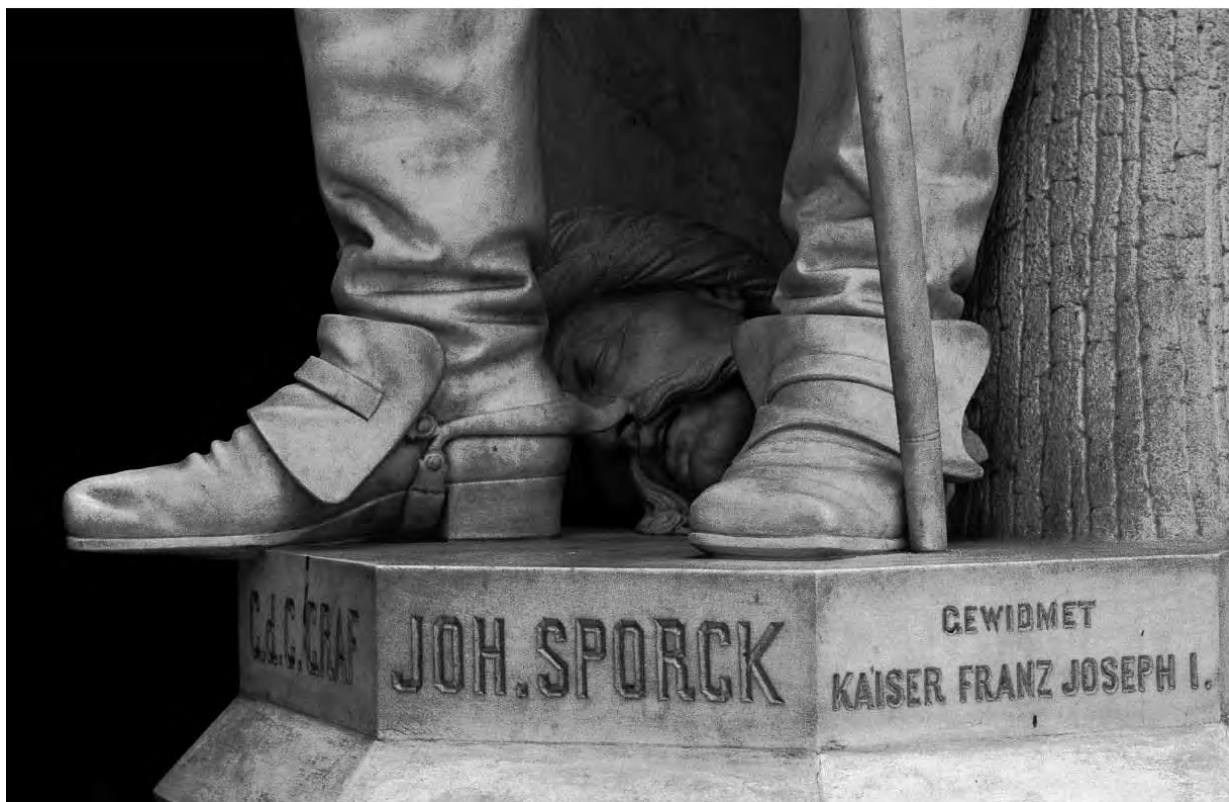
*Die Sendungsausschnitte sind eine subjektive Auswahl von Vina Yun, Radostina Patulova und Sylvia Köchl und sollen nur einen Vorgeschmack geben, denn „Die dritte Türkenbelagerung“ sollte man/frau GESEHEN haben!*





**Franz Kapfer**

zur Errettung des Christentums  
Feldherrenhalle, Farbfotos 2005



**Franz Kapfer**  
zur Errettung des Christentums  
Feldherrenhalle, Farbfotos 2005

# Selbstorganisationen von MigrantInnen

Eine paradoxe Intervention in Dominanzverhältnisse? Von Patricia Latorre Pallares und Olga Zitzelsberger

**Zur Normalität** jedes Einwanderungsprozesses gehört die Bildung von MigrantInnen-Communities und ihrer Selbstorganisationen (MSOs). Im Kontext der aktuellen Diskussion um die Integration von MigrantInnen in der Einwanderungsgesellschaft bzw. deren Ausschluss aus den zentralen gesellschaftlichen Bereichen wie Bildung und Arbeit aufgrund von Geschlecht, Ethnizität und sozialer Herkunft ist daher genauer zu fragen, welchen Beitrag Selbstorganisationen von MigrantInnen – insbesondere jene von Frauen – zu einer gleichberechtigten Partizipation in verschiedenen Bereichen der Einwanderungsgesellschaft und zur Überwindung struktureller Benachteiligung leisten können.

MigrantInnen-Communities sind – auch wenn sie von der Mehrheitsgesellschaft meist als homogene Einheiten wahrgenommen werden – heterogen und differenzieren sich sowohl nach Migrationsursache, Herkunft, Schicht, Glauben und Generation als auch in ihren Selbstdefinitionen und Aktivitätsschwerpunkten. Trotz dieser Unterschiedlichkeit übernehmen sie alle Kommunikations-, Informations-, Orientierungs-, Beratungs- und Schutzfunktionen gegenüber der Mehrheitsgesellschaft. Die Bedeutung von MSOs liegt in ihrer Multifunktionalität, denn sie unterstützen neu Eingewanderte ebenso wie bereits länger Eingewanderte, indem sie die mit dem Prozess der Einwanderung verbundenen Schwierigkeiten

bewältigen helfen und damit den Anpassungsdruck vermindern. Darüber hinaus artikulieren und vertreten sie die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber der Mehrheitsgesellschaft. Sie sind Anlaufstelle für diejenigen, die Exklusionsmechanismen und Diskriminierungen ausgesetzt sind. Obwohl diese MSOs zum Teil seit Jahrzehnten aktiv sind, wurden von staatlicher Seite die Wohlfahrtsverbände mit der Beratung und Integration von MigrantInnen beauftragt. Diese Parallelstruktur wird inzwischen zum Teil massiv kritisiert. Den Wohlfahrtsverbänden wird vorgeworfen, dass sie ein Beratungsmonopol für Menschen mit Migrationshintergrund innehalten und die MigrantInnen als entmündigte KlientInnen kategorisieren. MigrantInnen selbst haben wenig Partizipations- und Aufstiegschancen innerhalb der Wohlfahrtsverbände, auch werden sie durch die „HelferInnen“ fürsorglich vereinnahmt und damit entmündigt. Die MSOs selbst sind immer noch häufig von staatlicher Unterstützung ausgeschlossen.

## Selbstorganisationen von Migrantinnen

Die größte Gruppe der migrantischen Selbstorganisationen sind die Kulturvereine und -zentren: Hier sind zunächst die seit den 1960er Jahren bestehenden Vereine der ArbeitsmigrantInnen aus den ehemaligen Anwerbeländern und der Vertragsarbeitneh-



merInnen zu nennen. In den letzten Jahren nehmen indes Gründungen eigenständiger Frauengruppen und -vereine zu. Migrantinnen, die Dominanzstrukturen ausgesetzt sind, schaffen sich damit strukturelle Möglichkeiten zur Partizipation und Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen. Der Aufbau eigener Fraueneinrichtungen muss als Abgrenzung gegenüber den geschlechtlich gemischten MSOs ebenso wie gegenüber den Fraueneinrichtungen der Mehrheitsgesellschaft begriffen werden. Migrantinnen sehen ihre Belange in den Vereinen nicht ausreichend vertreten und „spalten“ sich daher von den gemischten Vereinen ab. Die Rückwirkungen sind vielfältig, wie etwa die Aufweichung der Dominanzverhältnisse und der Geschlechterdichotomie sowohl in den eigenen Communities als auch in der Einwanderungsgesellschaft.

In der Migrationsforschung wird noch über die integrative bzw. segregative Wirkung von Selbstorganisationen gestritten. Ein kritischer Punkt hierbei besteht in der Konzentration auf die nationale Zugehörigkeit, wodurch andere, Exklusionsmechanismen begründende Dimensionen wie soziale Schicht und Gender überdeckt werden. Während der Aspekt der Schichtzugehörigkeit zumindest teilweise in Analysen von Migrant\*innenvereinen berücksichtigt wird, findet der Gender-Aspekt bislang nahezu keinen Eingang. Durch die Setzung von „Geschlecht“ als Auswahlkriterium für die Teilhabe an Gruppen werden Frauen Freiräume eröffnet, die es ihnen ermöglichen, ihre Themen, Interessen, Vorlieben und Strategien zuzulassen und einzufordern. Frauengruppen ermöglichen eine Selbstverortung innerhalb gesellschaftlicher Organisationsstrukturen ohne Rücksicht auf die Einbindung in geschlechtskonforme Rollenerwartungen und Ordnungssysteme. Daraus resultierten Ambitionen bezüglich gleichberechtigter Partizipation und Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen und Entfaltungsmöglichkeiten. Solange in der Gesellschaft Machtverhältnisse herrschen, in denen Geschlecht als Platzanweiser fungiert, erscheint es folgerichtig, einen Ort zu institutionalisieren, an dem diese Verhältnisse in ihrer Wirkmächtigkeit abgemildert sind. Frauengruppen und -vereine waren und sind ein

solcher möglicher Ort.

Denn die neu gewonnene Wertschätzung, die gegenseitige Unterstützung durch die Gemeinschaft der Frauen, die Erkenntnis, dass sie nicht als einzige Ausgrenzung und Benachteiligung ausgesetzt sind und dass sie ihre Isolation nicht selbst zu verantworten haben, führt dazu, dass die Frauen Selbstsicherheit entwickeln sowie ihre Unsicherheit und Angst im Umgang mit der Mehrheitsgesellschaft überwinden. Die durch Bildung und Gemeinschaft gewonnene Selbstsicherheit kann zur Auflösung der häuslichen Isolation, zur Überwindung von Exklusion, zum Zugang zu Ressourcen der Mehrheitsgesellschaft und insofern zum Durchbruch mehrheitsgesellschaftlicher Dominanzverhältnisse führen.

## Kooperationen und Freiräume

Kooperationen mit den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft sind nicht spannungsfrei. Viele Frauen mit Migrationshintergrund und insbesondere sozial benachteiligte Frauen blicken auf eine leidvolle Geschichte der Ausgrenzung und der paternalistischen Bevormundung sowohl von Frauen- als auch gemischten Institutionen der Mehrheitsgesellschaft.

Frauen-MSOs machen jetzt zum Teil Erfahrungen, die in den Frauenorganisationen der Mehrheitsgesellschaft ab den 1970er Jahren gemacht wurden. Hier könnte man voneinander lernen, gleichwohl würde dies Selbstreflexionsprozesse der Frauenorganisationen der Mehrheitsgesellschaft bezüglich ihrer Dominanzkultur voraussetzen. Finden hier keine Öffnungsprozesse statt, finden wir in wenigen Jahren eine parallele Organisationsstruktur von Frauen-MSOs und Fraueninstitutionen der Mehrheitsgesellschaft vor. Strukturell spiegelt sich hier wider, was auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen geschieht. Integration setzt die Anerkennung der Zugewanderten als gleichberechtigte MitbürgerInnen mit berechtigten Ansprüchen und Bedürfnissen voraus. Solange diese Anerkennung nicht stattfindet, sondern nur eine Integration zu den eigenen institutionellen Bedingungen gewünscht wird, werden sich Menschen

mit Migrationshintergrund eigene Freiräume und Institutionen schaffen. Zahlreiche Fraueneinrichtungen der Mehrheitsgesellschaft können heute auf eine jahrzehntelange Geschichte zurückblicken. Jedoch fanden Migrantinnen keinen bzw. wenig Zugang zu diesen Einrichtungen. Selbstkritisch ist hierbei zu konstatieren, dass es meist Einrichtungen deutscher Mittelschichtsfrauen für deutsche Mittelschichtsfrauen sind. Als heimliches Kriterium für den Zugang zu Gruppen, Räumen und Ressourcen wird weithin die deutsche Nationalität und Kultur angenommen bzw. erlebt. Ein Bezug zur Arbeits- und Lebenssituation von Frauen aus unteren sozialen Schichten sowie zu Migrantinnen wurde nicht bzw. unzureichend hergestellt. Migrantinnen bevorzugten daher lange Zeit in der deutschen Mehrheitsgesellschaft die geschlechtlich-gemischten Vereinigungen der MigrantInnen-Communities. Zögerlich und nur unzureichend wird die Separierung der Migrantinnen in die feministische Theoriebildung aufgenommen. Ethnie, Nationalität, Rassismus und Hautfarbe finden nur allmählich Aufnahme in die Differenzbestimmungen von Gender. Lernprozesse können und müssen von beiden Seiten ausgehen. Auf der Seite der Mehrheitsgesellschaft könnten folgende Aspekte Berücksichtigung finden: In sozialen Einrichtungen sollten verstärkt Frauen mit Migrationshintergrund eingestellt werden, um eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe zu ermöglichen. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Einrichtungen sind dahingehend zu überprüfen, ob Bedürfnisse und Wünsche von Menschen mit Migrationshintergrund hinreichend berücksichtigt werden. Durch eine verstärkte Kooperation mit Frauen-MSOs kann eine gegenseitige Unterstützung stattfinden.

## Perspektivenwechsel

In Theorie und Konzeption interkultureller Pädagogik ist es in den letzten Jahren zu selbstkritischen Wendungen gekommen, wobei die eigenen Prämissen unter Kritik gestellt wurden, insbesondere die Verwendung des Kulturbegriffs, die Prozesse der Kulturalisierung und Ethnisierung. Fragwürdig wurde dabei,

wie in Theorie und Praxis interkultureller Pädagogik Migrantinnen und Migranten als Problemgruppe konstituiert worden sind. Es zeichnet sich ein Perspektivenwechsel ab, der den Kontext der Migration, die gesellschaftlichen Bedingungen von Integration und Desintegration in den Blick nimmt. Zu fragen ist nach der Beschaffenheit der Einwanderungsgesellschaft selbst, ihren Prämissen, Integrations- und Ausgrenzungsstrategien. Wesentliche Voraussetzung ist hierfür, die hegemoniale Position der Mehrheitsgesellschaft zu problematisieren. Wir alle sind aufgefordert, unsere Vorstellungen von Zugehörigkeiten zu hinterfragen. Welchen Beitrag leisten die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft, damit Migrantinnen und ihre Organisationen einen gleichberechtigten Zugang zu staatlichen Ressourcen erhalten? Hierbei spielt der kulturelle Habitus von einzelnen oder Gruppen eine untergeordnete Rolle. Es geht vielmehr – in Anlehnung an Gender Mainstreaming – um ein „Mainstreaming der Migration“: „heimisch werden“ können und Anerkennung als gleichberechtigte MitbürgerInnen erlangen. Gesellschaftliche Ressourcen (Finanzen, Bildung, Versorgung) sind so zu verteilen, dass dem Faktum der Einwanderungsgesellschaft Rechnung getragen wird. Somit gilt die Notwendigkeit der Professionalisierung der Selbstorganisationen von Zugewanderten umso mehr als die Migrantinnen gesellschaftlichen Exklusionsmechanismen aufgrund ethnischer Zugehörigkeit und Geschlechtszuweisungen besonders ausgesetzt sind. Insofern stellen die Selbstorganisationen Versuche dar, diese Strukturen zu durchbrechen und Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen zu gewinnen sowie die Durchsetzung und die Artikulation „migrantinnenspezifischer“ Interessen voranzutreiben.

*Langfassung mit Literaturangaben auf [www.igkultur.at/transfer](http://www.igkultur.at/transfer)*



**Songül Boyraz**

Ohne Titel

Plakatentwurf, 2005, Collage

# Ein Plädoyer für die Politik!

Zwischen NGOs, Selbstorganisationen der MigrantInnen und frei flottierenden Kunst- und KulturproduzentInnen. Von Ljubomir Bratić

**Es geht** mir im Folgenden darum, auf die Bedingungen und noch mehr auf die Schwierigkeiten eines Projekts im kulturellen Feld hinzuweisen, wobei sich meine Überlegungen nur sekundär auf real handelnde Individuen beziehen. Die Position, die ich dabei einnehme, ist die des teilnehmenden Beobachters. Und die Partei, die ich ergreife, ist die für die MigrantInnen. Ziel dieses Textes ist die Objektivierung bestimmter Verläufe in diesem Bereich. Alle Aussagen sind dabei dem Wunsch entsprungen, eine Klärung, eine Analyse der Normalitäten zu liefern. Um sie zu verändern und nicht um sie festzustellen.

In dem Projekt ging es um ein Theaterstück. Die Finanzierung dafür war als Teil des EU-Projekts EQUAL gesichert und die Bedingungen für die Arbeit viel besser als üblicherweise in der freien Theaterszene. Die Aufführung des Stückes an einem Mainstream-Ort war sehr erfolgreich. Wo lagen also die Schwierigkeiten?

## Eine gemeinsame Sprache?

Die Schwierigkeiten bei der Organisation begannen schon damit, dass es in doppelter Hinsicht keine gemeinsame Sprache gab. Die deutsche Sprache spielte die Rolle der lingua franca. Damit wurden aber bestimmte sprachliche Positionen marginalisiert, die eine Verdolmetschung und Übersetzung brauchten.

Das machte eine Vermittlungsposition notwendig. Andererseits waren die Diskurssprachen und die Diskurse aller Positionen unterschiedlich. Das führte dazu, dass oft nebeneinander geredet wurde, ohne dass es die Bereitschaft gab, auf die Position der anderen einzugehen, indem von der eigenen Diskursposition abstrahiert wird. Diese Bereitschaft hätte unter anderem auch eine gewisse Distanzierung von – und auch eine Relativierung – der eigenen Machtposition bedeutet.

Diese doppelte „sprachliche“ Schwierigkeit begleitete das Projekt der Theaterproduktion bis zum Ende. Und gerade diese Schwierigkeit spielte eine nicht unwesentliche Rolle bei der Entscheidung, auf der Bühne selbst die Hegemonieposition der deutschen Sprache zu brechen. Aber eben nur dort, wo es sich nicht um die vorherrschenden soziopolitischen Realitäten handelt, sondern um das künstlerische Werk. Auf die Position der DolmetscherInnen und ÜbersetzerInnen, sowohl der Sprachen als auch der Diskurse, möchte ich nicht weiter eingehen. Diese Position ist jedoch in allen partizipationsorientierten Kunst- und Kulturprojekten nicht unwesentlich. Und es empfiehlt sich für jedes Projekt, bei der Entwicklung der Techniken zur Überwindung dieser Schwierigkeiten nicht zu sparen – weil genau da am meisten gespart wird.

Gespart wird auch im Vorfeld des Projekts, wenn

es darum geht, diese Schwierigkeiten zu artikulieren – wohl weil es sich hauptsächlich um die Schwierigkeit der sprachlichen Artikulation der MigrantInnen handelt, die normalerweise am wenigstens in den Prozess der Entstehung und Beantragung eines Projekts involviert sind. In unserem Fall waren MigrantInnen in alle Antragsphasen involviert. Aber wir hatten einfach kein Bewusstsein davon und dachten, dass das Dolmetschen und Übersetzen neben vielen anderen Dingen leicht zu erledigen sein würde.

### Die Frage der Machtverteilung

Es gab mehrere AkteurInnenpositionen, die bei der Vorantreibung des Projekts maßgeblich waren. Ich nenne sie hier: erstens NGOs, zweitens Selbstorganisationen der MigrantInnen (SOMs) und drittens frei flottierende Kunst- und KulturproduzentInnen. Die Positionen von NGOs sind anders als die der SOMs. Der Hauptunterschied ist der, dass die NGOs professioneller mit Finanzen und Verwaltung umgehen können. Also sind sie imstande, Projekte zu lukrieren, durchzuführen und in ihrem Auftreten eine gewisse Glaubwürdigkeit gegenüber den Geldgebenden zu vermitteln. Die Glaubwürdigkeit in Geldfragen ist wahrscheinlich die wichtigste Eigenschaft für eine auf Subventionen der öffentlichen Hand angewiesene Organisation.

Die Stärke der SOMs ist aber die, dass sie im Unterschied zu NGOs einen Zugang zu Individuen und Gruppen haben. Sie kennen die Szenen, sie sind ein Teil davon und haben kein Problem damit, Menschen zu mobilisieren. Man könnte glauben, dass es sich hier um eine ideale Ergänzung von zwei Organisationstypen handelt. Aber es ist nicht einfach, diese in sich festgefahrenen Systeme, deren Funktionsweisen auf die Selbsterhaltung gerichtet sind, wirklich aufeinander einzustimmen. Es bleibt die rassistische Dysfunktionalität, dass es eben manche gibt, die immer verantwortlich sind für die Moneten und manche, die immer die Laufburschenarbeit erledigen müssen.

Innerhalb des Theaterprojekts gab es andauernd Versuche, diese Hierarchie zu brechen. Gelungen ist

uns das nicht. Wobei das keineswegs eine einseitige Schuldzuweisung beinhalten soll. Zu groß sind die Unterschiede, zu groß die Erwartungen und zu spezifisch das vorhandene Wissen, als dass es tatsächlich zur Angleichung der Positionen innerhalb eines einzigen Kooperationsprozesses in einem Projekt kommen kann. Es sind große Fragen der Machtverteilung, die andauernd im Raum stehen. Und es ist keineswegs von Anfang an gesichert, ob eine Kooperation wirklich zu Ende geführt werden kann oder nicht.

Die Situation wird noch komplexer, wenn in diesem Spiel die freien Kunst- und KulturproduzentInnen dazu kommen. Sie sind im heutzutage herrschenden Kunst- und Kulturbetrieb einem nicht zu unterschätzenden Druck ausgeliefert und wenn sie darin überleben wollen, müssen sie versuchen, diesen Druck weiter zu geben – egal ob in ideeller oder in materieller Hinsicht.

Die NGOs sind wiederum in den letzten Jahren durch die Streichung von Basisfinanzierungen unter einen enormen Existenzdruck geraten. Sie müssen versuchen, Projekte am laufenden Band zu produzieren, um so das aus besseren Zeiten angesammelte kulturelle Kapital ununterbrochen zu verwerten. Und die SOM, die kulturell bis jetzt kaum eine Rolle in der Öffentlichkeit gespielt hat, kann diese Öffentlichkeit aus materiellen, ideellen, politischen oder einfach edukativen Gründen nur auf dem Umweg über die prekären KulturproduzentInnen und NGOs zu erreichen versuchen. Der Obmann eines Romavereines kommentierte das so: „Es ist eine Tatsache, dass wir Roma uns allein nicht genügen können.“<sup>1</sup>

### Geniale AutorInnen?

Nach meinen bisherigen Erfahrungen mit Kulturprojekten gibt es bezüglich der Bemühungen um die Öffentlichkeit einen zusätzlichen Aspekt. In der beschriebenen Konstellation erreichen in den meisten Fällen weder NGOs noch SOMs die Öffentlichkeit, sondern allein die KulturproduzentInnen. Nachdem das Produkt da war, fragte die Öffentlichkeit in Gestalt von diversen MedienvertreterInnen nach der Auto-

rInnenschaft des Ganzen. Und diese war plötzlich nur in einer oder mehreren einzelnen Händen zu finden. Diese paar Hände sind dann diejenigen, die Interviews geben, denen der Erfolg des Stückes zugeschrieben wird und die möglicherweise dadurch in Zukunft andere Projekte für sich lukrieren können.

Wir machten immer wieder die Erfahrung, dass sich der Glaube an das Schöpferische der Künstlerinnen mit dem liberalen Individualisierungsprinzip des Kapitalismus koppelte. Und plötzlich gibt es einen oder zwei erfolgreiche Individuen in der Öffentlichkeit und das Kollektiv und dessen Bestrebungen, die NGOs und SOMs bleiben dort, wo sie sind ... Heute wie im 18. oder 19. Jahrhundert steht der Gedanke des „Genies“, des Auserwählt-Seins, im Vordergrund, nicht die dahinter stehenden kollektiven Anstrengungen aller am Projekt beteiligten Menschen. Und es scheint nicht möglich, sehr viel dagegen zu machen.

Das führt mich zur grundsätzlichen Frage, ob eine Arbeit mit solchen individualistischen (oft radikal linken) KulturproduzentInnen für NGOs und SOMs einen politischen Sinn ergibt. Zurzeit neige ich dazu, diese Frage zu verneinen. Nicht aus Bosheit, sondern aus systematischen Zwängen kommt in einer solchen Kooperation die bürgerliche Öffentlichkeit nur dem bürgerlichen Individuum zu. Nur dieses erlebt einen Zuwachs an eigenem kulturellem Kapital. Politisches Kapital ist daraus aber nicht zu schlagen, da die anti-rassistische wie jedwede Politik nicht im kulturellen Feld gemacht wird. Auch deswegen nicht, weil die Politik, die diesen Namen verdient, gegen die staatlichen Normalisierungsmechanismen gerichtet ist und somit auch den Regulator der Kulturarbeit, den Staat, in seiner real existierenden Form des Nationalstaats, radikal in Frage stellt. Die Ebenen des Staates und diejenige der Öffentlichkeit bedienen sich gegenseitig und es ist die große Frage, wie auf die Öffentlichkeit politisch setzen und gleichzeitig sich Bemühungen hingeben, den Staat zu verändern.

## Gibt es Auswege?

Solange das Prinzip des Individualismus in Vorder-

grund steht, ist es, denke ich, müßig, von Auswegen aus dieser Situation zu reden. Erst bei einer gewissen Bereitschaft, sich davon zu verabschieden, sich wieder an die Gedanken des Kollektivs einerseits und andererseits an das große emanzipatorische Projekt der Veränderung der Gesellschaft für *Alle* anzunähern, können wir von einem möglichen Ausweg reden. Das würde aber wohl heißen, dass unsere gesamte heutzutage geltende Struktur überdacht und verändert werden muss. Vielleicht müssen wir uns von den NGOs und von SOMs genauso verabschieden, wie wir uns von frei flottierenden KulturproduzentInnen verabschieden. Diese Organisationsstrukturen tendieren zu Partikularismus. Und Partikularismus ist nichts anderes als der Name für den Bürgerkrieg im Kulturfeld. Nicht ein Bürgerkrieg der Untertanen gegen die Herrschenden, sondern einer unter den Untertanen selbst, während die Herrschenden sich als FriedensstifterInnen (als SubventionsgeberInnen) gebärden, die einmal da und einmal dort ein Zugeständnis machen (oder halt Subventionen verteilen).

Im Kunst- und Kulturbereich geht es darum, sich wieder auf die alte Marxsche Maxime zu besinnen, dass es nach der Revolution nur Individuen geben wird, die unter anderem auch Kunst und Kultur produzieren. Marx muss weiter gedacht werden. Nach der Revolution kann nur vor der Revolution sein. Falls es zur Revolution kommen soll.

<sup>1</sup> Die Frage, die sich hier stellt, ist die, warum die Angehörigen der Mehrheit sich allein genügen können und diejenigen der Minderheiten nicht. Die Antwort darauf lautet: struktureller Rassismus.

*Erstmals erschienen in: Kulturrisse – Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik, 1/2007*

# Orte des Wissens

Let it be known

Zu Spaltungen und Wissensvermittlung

# Let it be known

Die eigene Geschichte selbst schreiben:

Gespräch zwischen Araba Evelyn Johnston-Arthur, Ljubomir Bratić und Njideka Stephanie Iroh über das Projekt „Verborgene Geschichte/n – remapping Mozart“

*Araba Evelyn Johnston-Arthur (A.E.J.-A.):* Das Ziel von „Verborgene Geschichte/n – remapping Mozart“ ist es, im pompösen nationalen Jubel-Mozartjahr Gegengeschichten zu schreiben und sichtbar zu machen und strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die das möglich machen. Das bedeutete Grundlagenarbeit, um dieses kritische Bewusstsein zu schaffen, denn es war zunächst unvorstellbar, dass wir einmal Schwarze österreichische Geschichte selber schreiben und dass es eine solche überhaupt gibt. Wir können ja nicht auf eine Tradition emanzipatorischer Schwarzer Geschichtsschreibung zurückgreifen.

Schwierig war z.B. die Entscheidung, ob es sinnvoll ist, das in einem Mainstream-Projekt zu machen. Am Ende war es eine interessante Herausforderung, unsere Positionen in den Haupt-

kanal zu stellen und erträumte Strukturen herstellen zu können. Natürlich ist das immer tricky, ist immer ein Spagat. Interessant wird sein, was danach sein wird: Werden wir weiterarbeiten? Sind wir am Ende verschluckt worden oder nicht? So wie wir die Arbeit gemacht haben, sind wir nicht bestellt worden, denn wir sollten die Multikulti-Benetton-Truppe darstellen, die sich zur Mozart-Musik vereint, und obwohl wir so aussehen, haben wir radikale und kritische Positionen eingebracht. Die Frage ist, was passiert mit diesen Positionen in einem solchen Projekt ...?

*Ljubomir Bratić (L.B.):* Gemeinsam mit Luisa Ziaja bin ich Kurator der Konfiguration IV „Es ist kein Traum!“ im Projekt „remapping Mozart“ – und es ist wirklich kein Traum, dass gesellschaftliche Ver-

änderungen möglich sind, obwohl die Grenzen klar sein müssen: Politik macht man nicht mit Kultur, sondern in politischen Kämpfen und auf der Straße und eben mit Subjektstärkung. Kulturarbeit zu bestimmten Themen kann aber die Referenz bilden für politisch aktive Menschen. Deshalb müssen wir die Grenze zwischen Kultur und Politik scharf ziehen, um die Kulturalisierung nicht noch voranzutreiben.

Die eigene Geschichtsschreibung hat eine jahrhundertalte Tradition in den sozialen Kämpfen der Arbeiterklasse, der Frauenbewegung usw. Das stärkt das Subjekt, denn man ist nicht allein und besinnt sich auf bestimmte Traditionen, auf die man/frau aufbauen kann und die immer wieder verschüttet werden, da der Mainstream kein Interesse an dieser Geschichte der Unruhe, der Subversion, der Kämpfe hat. Der Mainstream will eine Geschichte des Konsens und des Dialogs, und wir sagen: Wir leben in einer Gesellschaft, in der Dissens und Streit herrschen und wo die Positionen besetzt sind. D.h. wenn man eine Stimme haben will, muss man jemanden aus einer Position verdrängen. Stimme heißt, dass das Begehren um Gleichheit im Vordergrund steht. Es war auch wichtig, dass sich die Ausstellung „Gastarbajteri“ im Mainstream



abgespielt hat und im Wien Museum am Karlsplatz war, nicht in der Vorstadt, also im Herzen der Geschichte der Stadt Wien, im historischen Museum der Stadt, und dass dort dieser Diskurs um Migrationsgeschichte präsent wurde.

Das Mozartprojekt geht noch weiter zurück: Bilder, die im 18. Jahrhundert geherrscht haben, in der Aufklärung. Aber es ist strategisch interessant, was man aus Mozart machen konnte und dass man Gelder lukrieren konnte, um Vorstellungen, die nicht Teil des Mainstream sind, dort hinein zu bringen.

*Njideka Stephanie Iroh (N.S.I.):*

An der Uni, wo ich Kultur- und Sozialanthropologie studiere, gab es immer wieder Situationen, in denen ich das Gefühl hatte, da stimmt etwas nicht. Die Schwarze Recherchegruppe zu österreichischer Geschichte und Gegenwart innerhalb von „remapping Mozart“ gibt mir da ein Backup. Zu wissen, es gibt eine Geschichte, auf die ich mich beziehen kann, bestärkt mich, damit ich auch in der universitären Situation etwas sagen kann, denn ich kann mich auf Quellen beziehen. Die Darstellung von AfrikanerInnen und die Sicht auf ihre Situation in Österreich sind wichtige Themen. Sehr bedeutend ist dabei der Perspektivenwechsel: Wer erzählt Schwarze Geschichte? An der Uni, wo Schwarze Menschen sehr vereinzelt sind, ergibt sich immer wieder die Situation, dass jemand über

eine Gruppe spricht, eine Art Stellvertreterpolitik entsteht. Es wird sogar behauptet, dass es nicht gut ist, wenn „Betroffene“ ihre eigene Geschichte selbst erzählen und sich selbst definieren. Wir haben durch die Recherchegruppe die Möglichkeit gehabt, in Berlin an der Black European Studies-Konferenz teilzunehmen und unser Projekt zu präsentieren, das war ein weiterer Schritt, um in akademischen Kreisen wahrgenommen zu werden und wir haben sehr gutes Feedback bekommen. Es ist eine Reise, ein Prozess, und es kommen immer wieder neue Kapitel hinzu, die wir aufschlagen.

*A.E.J.-A.:* Zunächst einmal musste das Wissen der diversen Leute geteilt werden, das sehr unterschiedlich war. Z.B. hat Beate schon zu den Habsburgern geforscht, also konservative Geschichte, und wollte in der Recherchegruppe von Anfang an über Schwarze Komponisten forschen. Oder Dominic, der ein Social Concious MC ist und die Frage der möglichen Formen von Wissensvermittlung eingebracht hat. Wir wollten keine Clique von Wissenden schaffen, die dann irgendwelche Bücher publizieren, sondern Wege finden, das Wissen zu ent-hierarchisieren. Und im Sinne von Oral History war es dann klar, dass wir auch einen Song daraus machen. Jude und Dominic haben eingebracht, dass Wissen über HipHop als Tool von Empowerment verbreitet werden kann.

Alle von uns besitzen Wissen und können es einbringen. Damit haben wir Ende Mai 2005 begonnen und Wissen immer geteilt, manchmal auch mühsam präsentiert und diskutiert. Wir wollten immer Wissen schaffen, das bedeutungsvoll und ermächtigend ist für die Gegenwart. Zum Beispiel die Begriffsgeschichte, das „N“-Wort, aber auch Darstellungsformen ...

*N.S.I.:* Und emanzipatorische Gegenbilder dazu, Widerstandsformen...

*A.E.J.-A.:* Natürlich war die Sehnsucht sehr groß, eine Widerstandsgeschichte zu finden, mit schönen Aufständen usw. Da haben wir den Begriff von Eigen-Sinn geprägt: Die Schwarze österreichische Geschichte ist genauso wie die Gegenwart stark an Isolation gebunden, so auch im 18. Jahrhundert. Z.B. die Geschichte der Josefine Soliman – es ist nicht so, dass sie auf die Straße gegangen ist oder eine Demo organisiert hat, aber sie hat Eigen-Sinn bewiesen. Es war ein Knackpunkt zu lernen, nicht enttäuscht zu sein, wenn wir unsere Sehnsüchte in der Geschichte nicht verwirklicht finden.

*N.S.I.:* Josefine Soliman ist eine wichtige Frau für uns, für die Schwarze Frauengeschichte, die Tochter von Angelo Soliman. Sie hat nach seinem Tod, als er ausgestopft und ausgestellt worden ist, einen Beschwerdebrief geschrieben für ein würdiges Begräbnis.

Das hat zwar nicht geklappt, aber es geht dabei sehr wohl auch darum, nachzudenken über unsere heutige Situation als Schwarze Frauen und wie das damals war. Wie war der Kontakt damals von Schwarzen Menschen untereinander und welche Strategien hatten sie? Diese Bezüge sind auch emotional sehr bedeutend.

*A.E.J.-A.:* Es ist auch wichtig zu wissen, dass hier vor über 200 Jahren eine Schwester gelebt und Eigen-Sinn bewiesen und Widerstand geleistet hat, als einzelne Frau, und das ist eben auch Subjektstärkung. Es gibt schon eine Geschichtsschreibung, z.B. über Angelo Soliman, die stark exotisierend ist – es gibt ein Buch „Angelo Soliman. Ein exotisches Kapitel Alt-Wiens“, wo er sozusagen der Toleranzpokal der Gesellschaft im 18. Jahrhundert ist. Wir gehen von einer anderen Perspektive aus, nämlich von der heutigen Frage, wie sich Schwarze Menschen angesichts von tödlichem Rassismus behaupten und fragen dann, wie haben sich Schwarze Menschen behauptet in einer Zeit, als AfrikanerInnen als missing link zwischen Tier und Mensch konstruiert worden sind? Wir wollen auch offen legen, dass einiges verschüttet ist und nicht mehr erforscht werden kann, dass offene Fragen bleiben werden.

*L.B.:* Parteilichkeit ist hier ein zentrales Moment. Man kann das nicht neutral machen bzw. ist

die behauptete Neutralität eine Machtposition. In diesem Zusammenhang sind Strategien wie Eigen-Sinn hilfreich, denn es gab Versuche, etwas zu ändern. Stimmen, die vielleicht nicht gehört wurden, die es aber gab.

**Vina Yun: Kritische, differente Positionen erfahren oft eine Nivellierung, sobald sie im Mainstream rezipiert werden.**

**Wie geht ihr mit dem Problem um, wenn dann etwa über DIE Geschichte der MigrantInnen gesprochen wird?**

*A.E.J.-A.:* Es war eine Hauptangst von uns, diese Benetton-Truppe zu werden und wir haben uns viel überlegt, wie wir dem entgegen können. Wir wollen uns nicht minorisieren lassen, wir schreiben nicht die Geschichte der kleinen Würmchen, die nicht zu Wort gekommen sind, wir schreiben Gegengeschichte zum herrschenden Geschichtsbild – wir sind ja nicht unbescheiden. Unsere Themen waren Nationalsozialismus, Exil, Republik, Queer, Schwarze Geschichte. Und auch da war wichtig, dass Schwarze österreichische Geschichte nicht ein Minithema in der Minderheitenecke werden sollte. Wir schreiben gegen herrschende Geschichtsbilder, denn Geschichte wird von Herrschenden geschrieben, es geht also um Machtthemen.

*L.B.:* Im Rahmen des Projekts waren wir eingeladen, sozusagen alle 150 Kulturen von Wien ins Mozartjahr rein zu bringen. Da

war ganz schnell klar, dass wir das nicht machen werden, denn wir haben schon ihren Begriff von Kultur abgelehnt. Die Erwartungen an uns gingen in die Richtung, dass wir einen Dichter aus der Slowakei und einen aus Nigeria holen, die dann Gedichte vortragen und das Ganze bei einem türkischen Buffet. Wir haben deren Wünsche nicht erfüllt.

Außerdem geht es heute und damals um sehr verschiedene politische Subjekte und soziopolitische Umstände, die nicht einfach vergleichbar sind. Es gibt aber eine andere Ebene, die Ebene des Begehrens nach Gleichheit und danach, eine Stimme zu haben. Dieses Begehren ist da, das gibt es heute wie damals, das Begehren, den herrschenden Konsens zu durchbrechen. Und auf dieses Begehren können wir heute sehr wohl aufbauen. Aber es gibt immer auch Differenzen in den Bewegungen, was man sehr gut an der Geschichte der Frauenbewegung sieht, wo es im 18. Jahrhundert z.B. Olympe de Gouges gibt, eine bürgerliche Frau, und gleichzeitig die Sansculotten und Claire Lacombe, die die Hinrichtung der Königin fordert. D.h. einerseits gibt es Brüche innerhalb der Bewegungen, andererseits auch innerhalb der politischen Subjekte selbst. Mit all diesen Ebenen muss man sich auseinandersetzen, trotzdem bleibt diese Ebene des Begehrens, dieser Wunsch nach etwas anderem, zentral.

*N.S.I.:* Während der ersten Konfiguration gab es eine Firma, die im Augsburger Zoo ein African Village gemacht hat, und da gab es in Deutschland von der Schwarzen Community sehr heftige Proteste dagegen. Das haben wir auch als Teil der Geschichte der Darstellung von AfrikanerInnen aufgenommen, die Geschichte dieser „Völkerschauen“, die Zurschaustellung von Menschen und warum ein Zoo als der passende Ort dafür angesehen wurde. Und heuer wurden auf der Donauinsel wieder die „Afrika-Tage“ veranstaltet, und zwar von derselben Firma. Afrikanet hat sich geweigert, dafür Werbung zu machen. Wir haben dort am letzten Tag eine spontane Aktion gemacht, sind hingegangen, haben Flugblätter verteilt mit dem Hinweis, dass das dieselbe Firma ist, und wollten mit den VeranstalterInnen sprechen. Zuerst wurden wir herumgeschoben, dann gab's die Konfrontation ... aber egal, wir haben gezeigt, dass wir vernetzt sind, dass es nicht nur in Deutschland ein paar Leute gibt, dass wir uns das genauso nicht gefallen lassen.

*A.E.J.-A.:* Es war uns auch klar, dass das ein Ausnahmezustand ist, nämlich gehört zu werden und sichtbar zu sein im Mozartjahr, dass das etwas sein wird, was sonst nicht so ist. Es musste sich ausgeben, dass wir in dieser relativ kurzen Zeit sozusagen ein Floß bauen, um auch danach noch aufs Meer hinausfahren zu können.

Strukturell wäre es für mich persönlich undenkbar gewesen, um Grace Latigo zu zitieren, als Praline in einer Gruppe zu sitzen und die Schwarze Position einzubringen. Es war zentral, eine Struktur zu schaffen, in der das nicht so ist und die z.B. auch ermöglicht, die Recherchegruppe für Schwarze österreichische Geschichte ins Leben zu rufen. Das schafft auch eine Gegenstrategie zu diesem einmaligen akzeptierten flippigen Kick oder auch – wie nennt das Hikmet Kayahan? – einer „Tschuschenelite“, das sind dann die flotten Käfer, immer dieselben Leute, die eingeladen werden.

**Vina Yun: Ihr habt erwähnt, dass ihr auch einen HipHop-Song gemacht habt. Worum geht es da genau?**

*N.S.I.:* Das Lied „Let it be known“ bildet den Rahmen unserer gesamten Ausstellung. Item 7 ist dabei coordinating MC und weitere KünstlerInnen sind Gloria, Rameez, Topoke und Sentongo. Auch für die Recherche selbst war das Lied sehr wichtig, weil es das Ganze umschließt, es ist für uns ein roter Faden. Es stellt immer Verknüpfungen zwischen der Vergangenheit und unserer jetzigen Situation her. Zum Beispiel zur Schulsituation – Rameez beginnt den Rap damit, dass er sagt: „Teachers don't wanna teach what we wanna be taught.“ Und das ist typisch für unsere Schulsituation, also was wir da erleben, wie Schwarze Menschen dargestellt

werden und wie Afrika dargestellt wird. Visuell wollten wir mit dem Rap-Video weg vom Mainstream-HipHop/Rap und positive Schwarze Frauenbilder herstellen.

*A.E.J.-A.:* Das war sehr spannend, nicht nur ideologische Bilderwelten auseinander zu nehmen, die unterdrückend wirken, sondern sich auch zu überlegen, was könnten denn ermächtigende und de-kolonisierende Bilder sein? Da können wir uns auch auf keine lange Tradition beziehen im österreichischen Kontext, deshalb haben wir uns schon immer wieder auf Black Power in den USA bezogen und uns visuell Dinge ausgeborgt. Es war wichtig, nicht nur die Bilder auszutauschen und umzukehren, also z.B. wenn Schwarze Frauen immer stark sexualisiert dargestellt werden, jetzt zu sagen, nein, nein, wir sind ganz brav, und damit aber in dieser Logik zu bleiben. Sondern zu fragen: Was wären denn starke Schwarze Frauenbilder? Was wären denn positive Bilder? Und das ist ein Anfang, ein Prozess, der weiter geht und auf vielen Ebenen weiter stattfindet. Aber die Schiene ist gelegt.

*L.B.:* Ein letzter Punkt, den wir ansprechen wollen, ist die Geschichte der Arisierung. Wir haben ja gesagt, dass das Heute bei unserer Recherche wichtig ist, insofern haben auch die Orte eine Rolle gespielt, also wo etwas stattfindet. In der Beschäftigung damit

stießen wir dann auf arisierte Orte – fast automatisch. Und da müssen wir auch weiter fragen: Was heißt es, migrantische Geschichte zu schreiben in einer Stadt, in der fast 70.000 Wohnungen arisiert wurden?

*A.E.J.-A.:* Das hat uns gezwungen, dazu Position zu beziehen, denn das ist keine theoretische Diskussion.

*N.S.I.:* Der Umgang damit ist auch eine Form des Verbergens. Wir erzählen ja „verborgene Geschichte/n“ und hier ist es so, dass die Nazizeit ständig umschrieben wird, wenn z.B. in der Alltagssprache vom „Zweiten Weltkrieg“ gesprochen wird.

**Organisation und Aufzeichnung des Gesprächs: Sylvia Köchl und Vina Yun**

*In kürzerer Form erstmals erschienen in:  
Kulturrisse – Zeitschrift für  
radikaldemokratische Kulturpolitik 3/2006*

# Zu Spaltungen und Wissensvermittlung

... in der Kooperation zwischen NGOs und Selbstorganisationen. Von Andreas Görg

**Die linke** Hand des Staates infiltriert und kolonisiert die Gesellschaft(en). Der Staat unterhält ein stehendes Heer von Sozial-ArbeiterInnen. Diese bezahlt er entweder direkt durch Anstellung in staatlichen Institutionen, wie z.B. Sozialämtern, Schulen etc., oder indirekt durch Anstellung in ausgelagerten Organisationseinheiten, den so genannten Non Governmental Organisations (NGOs). Die NGOs unterscheiden sich von den Institutionen: Sie sind nicht mit Zwangsmitteln ausgestattet und auch der Staat bestreitet jegliche Verantwortung für das Handeln der NGOs von vornherein, obwohl er die NGOs mittels zeitlich begrenzten Projektgeldern finanziert und die Einhaltung der Projektpläne genau kontrolliert.

## An der Geldleine des Staates

In Österreich hängen die NGOs mangels günstiger Alternativen an der Geldleine des Staates. Nichtsdestotrotz geben sich die NGOs gerne der Illusion hin, politisch unabhängig zu sein. Dabei ist eher das Gegenteil der Fall. Die meisten NGOs sind ökonomisch vollkommen abhängig von den Subventionsgebender. So werden NGOs entweder gezwungen, innovative Spendenaktionen (zu organisieren, oder sie werden tendenziell zu AgentInnen jener Fraktion, die im

subventionsgebenden Ressort gerade das Sagen hat. Abgeschwächt wird diese Tendenz durch den bisweilen nicht minder problematischen Umstand, dass einzelne BeamtInnen NGOs gleichsam adoptieren und für eine Weiterfinanzierung sorgen. Mit der politischen Unabhängigkeit der NGOs ist es also nicht weit her, zumal eine NGO meist mehrere subventionsgebende Instanzen zu ihrer Finanzierung versammeln muss. Dementsprechend sinkt der Spielraum für Kritik an den Regierenden. Bevorzugtes politisches Gegenüber der NGOs werden aus dieser Logik heraus die Parteien rechtsaußen. Kritik an staatlichen Institutionen wird wesentlich weniger gerne gesehen, wobei auch hier zu unterscheiden ist: Öffentliche Kritik an der rechten Hand des Staates (insbesondere Polizei, Justiz, Militär) ist eher zulässig als Kritik an den Grundfesten des hegemonialen Arrangements (Nationalstaat, Eigentumsordnung).

Ihre Aufträge geben sich die NGOs scheinbar selbst, indem sie Projekte einreichen. Allerdings können sie nur dort Gelder lukrieren, wo es auch Subventionstöpfe gibt. NGOs werden somit in einem besonderen Feld platziert. Sie agieren zu marginalisierten Themen, an den Widersprüchen des Systems. Diskriminierung, Umweltzerstörung, Tier- und Menschenrechtsverletzungen, Armut, Krankheit,

all das sind Probleme, die in einem kapitalistischen System hausgemacht und daher im hegemonialen Arrangement inkludiert sind. Diese Probleme werden von den zentralen EntscheidungsträgerInnen in Kauf genommen. Die linke Hand des Staates hat jedoch die Aufgabe, diese Probleme zu bearbeiten zumindest soweit, dass sie das Funktionieren des Systems nicht gefährden. Die Auslagerung dieser Problembearbeitungen an formell unabhängige kleine flexible Organisationen mit mehr Commitment und Motivation und einer höheren Bereitschaft zur Selbstausschöpfung ist mithin nicht nur aus Kostengründen funktional. Diese Probleme wären in den Institutionen selbst gar nicht bearbeitbar. Zu groß wären die internen Widerstände.

### **Konkurrenz oder Kooperation?**

Im Gegensatz zu den NGOs stehen die politischen Initiativen und Selbstorganisationen der diskriminierten Gruppen. Zumeist gehen NGOs historisch aus solchen Gruppen hervor. Die Verfolgung politischer Anliegen erfordert ökonomische Ressourcen. Daraus ergeben sich starke Tendenzen in Richtung der Bereitstellung solcher Ressourcen. Es liegt nahe, um Subventionen anzusuchen, insbesondere im österreichischen Kontext, wo das Spendenwesen für parteiunabhängige politische Aktivitäten sehr unterentwickelt ist. Durch die mit den Subventionsansuchen einhergehende notwendige Professionalisierung werden aus politisch unabhängigen Gruppen NGOs. Mit der NGOisierung der Gruppen verschieben sich die Funktionen und die Machtverhältnisse in der Organisation. Es kommt zum Aufbau von internen Verwaltungs- und Managementstrukturen, die über die ökonomischen Ressourcen bestimmen, denn 20 – 30 % der Mittel wird für deren die ordnungsgemäße Verwaltung benötigt.

Dennoch drängen viele politische Initiativen und Selbstorganisationen in Richtung Subventionen und damit in Richtung NGOisierung. In Zeiten, in denen die Subventionstöpfe gekürzt werden, treten sie damit in Konkurrenz zu den etablierten NGOs. Die institutionalisierte Teil der linken Hand des Staates neigt aus pragmatischen Erwägungen dazu, den

etablierten Organisationen in Konkurrenzsituationen den Vorzug zu geben: Das wesentlichste Kriterium besteht wohl darin, dass die Etablierten schon bewiesen haben, dass sie eine brauchbare Abrechnung für die Projektgelder abliefern können. Neo-NGOs haben es daher besonders schwer, einen Fuß in die Tür der Subventionsgebenden zu bekommen.

Dass dies dennoch hie und da gelingt, hängt mit der geringen Halbwertszeit von NGOs, mit unterschiedlichen Konjunkturen der Subventionstöpfe, die sich an den Konjunkturen der aktuellen gesellschaftlichen Problemstellungen orientieren, und mit dem Innovationsdruck, dem NGOs ausgesetzt sind, zusammen. Je mehr eine NGO nach Institutionalisierung (z.B. des Betreuungs- und Beratungsbereiches) strebt, desto mehr ist sie der Kürzung von Subventionen ausgesetzt. Es liegt in der Natur des Subventionswesens, dass die BeamtInnen ihre zu vergebenden Ressourcen nicht gerne an Weiterfinanzierungen binden lassen. Der institutionalisierte Teil der linken Hand des Staates muss jedes Jahr seine Mittel verbrauchen, sonst werden diese Mittel gekürzt. Aber er muss auch auf aktuelle Problemstellungen reagieren, die von den laufenden Projekten nicht abgedeckt werden. Mithin ergibt sich immer wieder ein gewisser Spielraum zur Förderung von Neo-NGOs.

Es sind in erster Linie die politischen Initiativen und Selbstorganisationen der diskriminierten Gruppen, die eine gesellschaftliche Problemstellung aktuell machen, indem sie sich rund um entsprechende Konflikte organisieren, diese verbreitungswirksam positionieren und entsprechende Diskurse lancieren. Ob ihnen vom institutionalisierten Teil der linken Hand des Staates die Kompetenz zugeschrieben wird, die Probleme in Projektform zu bearbeiten, hängt einerseits daran, dass die politischen Initiativen und Selbstorganisationen nicht zu radikal auftreten, sondern an das Vokabular des hegemonialen Arrangements angelehnte Seriosität an den Tag legen. Andererseits spielt, wie schon erwähnt, das Vertrauen in die Abrechnungskompetenz der Neo-NGO eine große Rolle. Diese beiden Kriterien (Seriosität und Abrechnungskompetenz) sind absolute Ausschlusskriterien.

Wenn sie nicht gegeben erscheinen, dann ist eine Subventionierung, die über den Bereich von minimalen Beträgen (z.B. für die Organisation eines Festes) hinausgeht, garantiert unmöglich, außer der Subventionsstopp wurde außertourlich eingerichtet, um z.B. in der Vorwahlzeit Geschenke zu vergeben und gute Stimmung für die Regierung zu machen. (So hat z.B. das Programm Newstart vor der Nationalratswahl 1999 die initiale Förderung der „Bunten Zeitung“ mit ca. 100.000.- EUR ermöglicht.)

Bei den großen Förderungsprogrammen haben die politischen Initiativen und Selbstorganisationen der diskriminierten Gruppen allein keine Chance, an die Gelder heranzukommen. Zu hoch sind die selbst zu finanzierenden Anlaufkosten, zu viel Projekt-Know-how ist erforderlich, das etablierte NGOs den politischen Initiativen und Selbstorganisationen der diskriminierten Gruppen voraushaben. Bei den großen Förderungsprogrammen müssen sie daher Allianzen mit etablierten NGOs bilden. Die meisten etablierten NGOs sind jedoch für solche Allianzen nicht zu haben. Denn für sie sind die Neo-NGOs, denen so viel Wissen weitergegeben werden muss, in der Gegenwart ein Klotz am Bein und in der Zukunft eine ernstzunehmende Konkurrenz. Allein der Legitimationsdruck, nicht stellvertretend für Diskriminierte zu sprechen, und der Innovationsdruck, d.h. die Notwendigkeit zur Erschließung neuer Themen, führt die etablierten NGOs zunächst dazu, einzelne Personen aus den politischen Initiativen und Selbstorganisationen der diskriminierten Gruppen an- bzw. abzuwerben, um sich solchermaßen Legitimität und Kompetenz einzuverleiben. Zumeist inkludiert diese Aneignung keinerlei gezielte Weitergabe von subventionsrelevantem Wissen, da die Abgeworbenen nicht in den Management-Positionen, sondern in den Positionen von BildnerInnen und BeraterInnen eingestellt werden. Solchermaßen werden die Selbstorganisationen geschwächt.

### **Ausnahme Allianzenbildung ...**

Die Bildung von Allianzen zwischen etablierten NGOs,

Selbstorganisationen und/oder politischen Initiativen dürfte hingegen die große Ausnahme sein. Die EU-weite Suche unserer EQUAL-Entwicklungspartnerschaft „work in process“ (wip) nach transnationalen Partnerorganisationen, in denen Selbstorganisationen von diskriminierten Gruppen eine wesentliche Rolle spielen, hat im Frühjahr 2005 zu dem ernüchternden Ergebnis geführt, dass es im Rahmen der zweiten EQUAL-Antragsrunde EU-weit – selbst bei sehr weiter Auslegung des Begriffs „Selbstorganisation“ – keine zehn solche Allianzen gibt, die eine EQUAL-Förderung bekommen. Wohlgemerkt war unsere Suche nicht auf den Antirassismus-Schwerpunkt beschränkt. Insgesamt gibt es über 1.900 Projekte in den 24 anderen EU-Ländern.

Umso bemerkenswerter ist das Allianz-Modell von „work in process“. Diese Allianz war nicht unumstritten. Nach wenigen Wochen der Kooperation in der allerersten Antragsphase wurde die Frage laut, wer diesen und jenen Verein eigentlich zur Mitarbeit eingeladen hat. Der Allianzenbildung ist keine Diskussion der schon in der ersten EQUAL-Antragsrunde (Entwicklungspartnerschaft „open up“) kooperierenden Organisationen vorausgegangen. Vielmehr haben sich die neuen Partnerorganisationen hineingedrängt. Sie wollten bei EQUAL mitmachen und haben sich mehr oder weniger selbst zu den Treffen eingeladen. Sie haben die ideologische Prädisposition der Offenheit der in open up mitarbeitenden Organisationen im entscheidenden Augenblick genutzt. Sobald sie sich in die Arbeitsgruppe zur Antragsvorbereitung eingebracht hatten, war es für die etablierten Organisationen nicht mehr möglich, die Neuen loszuwerden.

Aber statt sich zu lähmen oder zu zerstreuen, haben alle Partnerorganisationen das Beste aus der Situation gemacht und die Selbstorganisation von MigrantInnen (SOM) zum Kernanliegen der neuen Entwicklungspartnerschaft erklärt. Den Möglichkeiten, die sich aus der Kooperation zwischen NGOs und Selbstorganisationen ergeben, konnte sich auch das EQUAL-Büro nicht verschließen. V.a. wegen den Punkten zu Empowerment und Nachhaltigkeit (Selbstorganisationen als Wissensspeicher) ging „work in

process“ aus der Konkurrenz um die EQUAL-Förderung als mit Abstand bestbewertete Entwicklungspartnerschaft im Antirassismus-Bereich hervor. Aus dem Umstand, dass die Mehrheit der anderen Entwicklungspartnerschaften im Antirassismus-Bereich, die bereits in der ersten Antragsrunde dabei waren, nicht zum Zug gekommen ist, lässt sich ermessen, dass die Allianz und der Fokus auf die Selbstorganisationen im Wettstreit um die Subvention hervorragende Schachzüge waren.

Bereits in der Antragsphase wurde über die Mailinglist und die für alle Partnerorganisationen offenen Plena sehr viel antragsrelevantes Wissen von den EQUAL-erfahrenen MitarbeiterInnen an die MitarbeiterInnen aus den neu hinzugekommenen Selbstorganisationen vermittelt. Je aktiver sich die KollegInnen aus den Selbstorganisationen an der Antragserstellung beteiligt haben, desto mehr konnten sie im Sinne eines ge-coachten Learning by doing profitieren. Besonders zu erwähnen sind hier die Ausarbeitung der Antragsformulare inklusive der Finanzplanung und das Lobbying zur Gewinnung der erforderlichen strategischen Partnerorganisationen.

### ... mit möglichen Nebenwirkungen

Problematisch an dieser Entwicklung ist, dass mit dem Coaching auch die Kolonisierung der Selbstorganisationen durch die linke Hand des Staates betrieben wird. Im selben Maße, wie die Selbstorganisationen sich Subventionen erobern, dringt die linke Hand des Staates mit ihren ökonomischen Mitteln in die Selbstorganisationen ein und macht sie genauso abhängig wie die NGOs. Die notwendige Professionalisierung bindet und zähmt die Kräfte. Gleichzeitig ist aber auch eine Ausweichbewegung zu beobachten. Neben den alten und neuen NGOs formieren sich oder bestehen weiterhin auch politische Initiativen und Selbstorganisationen von diskriminierten Gruppen, die nicht am Subventionszirkus teilnehmen. Und dort finden sich unter anderem Organisationsnamen teilweise dieselben handelnden Personen, die in den NGOs ihrer subventionierten Arbeit nachgehen. Solchermaßen

entziehen sich die AktivistInnen im Antirassismus-Bereich wiederum der Infiltration und Kolonisierung durch die linke Hand des Staates, die sie im professionalisierten Kontext selbst (und gegen sich selbst) mit betreiben.

Die Anbindung der Selbstorganisationen an das hegemoniale Arrangement sorgt möglicherweise für eine Veränderung der Wahrnehmung der strukturell produzierten Probleme. Die Diskriminierten bringen ihre Sichtweisen in die Diskurse und Gremien ein und sorgen dort für eine Verschiebung der Definitionsmacht. Sie können den Vorteil der Authentizität nutzen, die ihnen als den „Betroffenen“ von den anderen Sozial-ArbeiterInnen gemeinhin zugeschrieben wird. Damit steigt in erster Linie der Druck auf etablierte NGOs, die sich der Kooperation mit Selbstorganisationen nicht weiter verschließen können, wenn sie nicht als veraltet gelten wollen. Das bedeutet auf längere Sicht mehr Arbeitsplätze für Personen aus diskriminierten Gruppen im NGO-Bereich, bessere Chancen für die Herausbildung von organischen Intellektuellen aus den diskriminierten Gruppen, denn Arbeitsplätze im NGO-Bereich sind auch ein Lernfeld für politische Praxen und Aktivismus.

Darüber hinaus sind aus dieser Entwicklung unmittelbar keine relevanten Veränderungen zu erwarten. Die Stabilität des Systems wird durch die beschriebene Inklusion von VertreterInnen der diskriminierten Gruppen eher gestärkt. Beim institutionellen Teil der linken Hand des Staates werden die neuen Diskurse im Sinne neuer Lösungsansätze an den marginalisierten Rand, d.h. in den NGO-Bereich zurückgespielt, aber kaum weiter ins Innere des hegemonialen Arrangements getragen, weil die Widersprüche und Unlösbarkeiten dadurch nur größer werden.

[www.work-in-process.at](http://www.work-in-process.at)

*Erstmals erschienen in: „Migrantische Selbstorganisation als politische Handlung“, Reader 1 der EQUAL-Projektpartnerschaft „work in process“ (wip), Februar 2006*



# mediale Öffentlichkeiten

MigrantInnen in den Freien Medien – Freie MigrantInnen-Medien

MigraZine. Das Online-Magazin von und für Migrantinnen

Josefine Soliman

Wir wollen keine isolierten Inseln darstellen

Warum Freie Medien neu erfunden werden müssen

Wir wollen eine Drehscheibe des Wissens sein

# MigrantInnen in den Freien Medien – Freie MigrantInnen-Medien

Überlegungen zu den Zugangs- und Produktionsbedingungen  
für MigrantInnen in der Freien Medienarbeit. Von Vina Yun

**Die** partizipative Herstellung und Gestaltung von Öffentlichkeiten stellen ein zentrales Moment im Selbstverständnis der Freien Medien dar. In diesem Sinne präsentieren sich linke Freie Medien zumeist als Plattform für jene Stimmen, die von den bürgerlichen und kommerziellen Medien ungehört und ausgeschlossen bleiben: sich selbst repräsentieren, selbst sprechen, selbst in die Bild- und Bedeutungsproduktion eingreifen und diese mitgestalten. Allerdings geht das Beteiligungsinteresse nicht bloß in eine Richtung: Freie Medien sind wesentlich auf die Beteiligung von etwa MigrantInnen und Frauen angewiesen, um ihre Politik als „Alternativmedien“ überhaupt einlösen zu können. Je höher der MigrantInnen- und Frauenanteil innerhalb des Printmediums oder des Radio- oder Fernsehprogramms, desto glaubwürdiger kann das Freie Medium seine pluralistischen Grundsätze und seinen offenen Zugang nach außen hin vertreten. Oder anders und simpel formuliert: Freie Medien erreichen erst durch die Einbindung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen – wie eben MigrantInnen – Legitimität. Gerade in Zeiten, in denen die laufende Absicherung Freier Medien- und Kulturarbeit nicht mehr durch Basis-/Strukturförderungen, sondern zunehmend durch Finanzierung aus zeitlich begrenzten Projekten gesichert wird, die sich verstärkt Themen

wie Migration, Minderheiten und Mehrsprachigkeit widmen (siehe diverse EU-Projekte), kein unwesentlicher Aspekt.

Auffallend ist, dass sich das antirassistische Selbstverständnis der linken Freien Medien, wie es auch nach außen getragen wird, nur wenig in ihrer „inneren“ Organisation widerspiegelt. Während zahlreiche MedienaktivistInnen mit Migrationshintergrund als Programm- und SendungsmacherInnen und AutorInnen ehrenamtliche Arbeit leisten, sind die wenigen bezahlten Stellen, die den Freien Medien zur Verfügung stehen, meistens von österreichischen Weißbrotgesichtern besetzt. Es mag also einer inhärenten Logik folgen, wenn etwa die europaweit vernetzten Freien Radios, die – zumindest bislang – ihre MigrantInnen-„Quoten“ vor allem mit mehrsprachigen Angeboten zu sichern meinten, bei ihren Zusammenkünften untereinander schon mal gerne „mit ihren ‚Minderheiten‘ - Anteilen protzen“ (Frank Hagen, Radio ORANGE 94.0).

## Gemeinsame Interessen?

Mit welchem Begriff von „Community“ seitens der Freien Medien gearbeitet wird, darüber wird etwa bei Radio ORANGE 94.0 seit kurzem umfassender

diskutiert – beispielsweise anhand der Frage, migrantische (Selbst)Repräsentation vor allem über den Aspekt der Mehrsprachigkeit zu fördern, dabei allerdings Vorstellungen ethnisch abgeschlossener Gemeinschaften unhinterfragt zu lassen.

Das Programmschema bei z.B. Radio ORANGE 94.0 belegt, wie viele MigrantInnen aktiv in der Freien Medienarbeit tätig sind – nichtsdestotrotz bleibt die generelle Erwartungshaltung, dass sich migrantische MedienarbeiterInnen nur zu „migrantischen“ Themen und Fragestellungen äußern sollen – oder maximal vom aktuellen Geschehen aus ihren „Heimatländern“ berichten dürfen – weitgehend unangetastet. Eine Erfahrung, wie sie AutorInnen und Programm-MacherInnen sowohl bei Mainstream-Medien als auch innerhalb den Freien Medien immer wieder machen – und ein Umstand, der für die Gründung eigener Medien durch MigrantInnen nicht unwesentlich ist, schließlich ist es hier tatsächlich möglich, sich uneingeschränkt zu ALLEN gesellschaftlichen Bereichen zu äußern und Position zu beziehen. Die Kategorisierung als „MigrantInnen-Medium“ bewegt sich indes weiterhin in einem Spannungsverhältnis zwischen strategischer Identitätspolitik und auferlegtem Repräsentationszwang.

Die hohe Dichte an migrantischen Medien in Österreich – wie etwa die der türkischsprachigen Printmedien, die zahlenmäßig jene in Deutschland übertrifft – zeigt den Grad an Ausdifferenziertheit an, die ebenso hohe Fluktuation hingegen verweist auf die prekären Arbeits- und Produktionsbedingungen, mit denen sich autonome migrantische Medien konfrontiert sehen.

An diesem Punkt könnte ein gemeinsames Interesse unter den etablierten Freien Medien und den MigrantInnen-Medien Artikulation finden: das Eintreten für eine allgemeine Verbesserung der Situation unabhängiger und freier Medienarbeit – etwa durch eine langfristige Existenzsicherung – sowie die Forderung nach einer emanzipatorischen Medien- und Kulturpolitik.

# MigraZine

Das Online-Magazin von und für Migrantinnen

**MigraZine ist** ein Online-Magazin, das von und für Migrantinnen im Kulturbereich kreiert wurde. Das Magazin ist ein Projekt von maiz, dem Autonomen Zentrum von & für Migrantinnen in Linz. MigraZine beschäftigt sich vor allem mit der Schaffung von Rahmenbedingungen, die einen Beitrag zur Partizipation und Artikulation von Migrantinnen als Protagonistinnen und Akteurinnen in den Medien bewirken soll.

Die Begründungen für das Projekt sind vielfältig:

Wir weigern uns, in der Position der Opfer oder Täterinnen wahrgenommen zu werden. Wir sind Schaffende, Protagonistinnen und wir können und wollen selber über und für uns sprechen.

Die Migrantinnen haben in den österreichischen Medien bis auf wenige Ausnahmen keinen Weg der Partizipation als Produzentinnen. Dieses Projekt ist eine Möglichkeit für die Migrantinnen, alle Prozesse, die auf die Gestaltung und Präsentation eines Online-Magazins einwirken, zu entwickeln, d.h. am gesamten Prozess – von der Idee, Ressource, Form des Magazins bis zur Veröffentlichung – teilzunehmen.

Die mangelnde Partizipation von Migrantinnen in den Medien erfolgt in mehrfacher Hinsicht, wegen mangelnden technischen Wissens, mangelnder Ressourcen, unzureichender Beherrschung der dominanten Sprachen (Englisch, Deutsch).

Die günstige Kost eines Online-Magazins ist auch ein Kriterium für die Auswahl unserer Arbeit.

Das Projekt ist zeitlich begrenzt, aber wir verstehen es als einen ersten Schritt der Realisierung eines partizipativen Weges von Migrantinnen für Migrantinnen in Online-Medien, deswegen glauben wir an die Kontinuität des Projekts.

MigraZine ist eine feministische und antirassistische Publikation.

Das Online-MigraZine ist ein geöffneter Raum für Migrantinnen in Österreich, die dazu etwas mit Texten und Informationen in Bezug auf Frauenmigration und Kulturarbeit durch die migrantische Perspektive beitragen wollen. Es werden sowohl theoretische Reflexionen und Kritiken geschrieben als auch Informationen über Gestaltung eines kulturellen Projekts, Muster, Förderungsmöglichkeiten und andere Formalitäten von kulturellen Projekten etc präsentiert.

Im Magazin wird ein Diskussionsforum durchgeführt, das als Raum für Reflexionen über Erfahrungen der Migrantinnen im österreichischen Kulturbereich, Austausch von Informationen über realisierte Projekte und auch für Ideen für neue Projekte zur Verfügung steht. Auch Informationen über Aufenthaltstitel, Studium, Arbeit und Gesundheit werden weitergegeben.

Die Artikel und Informationen werden von den Mitarbeiterinnen in ihrer entsprechenden Muttersprache geschrieben. Einige Texte sollen auf Deutsch zusammengefasst werden.

[www.migrazine.at](http://www.migrazine.at)

*MigraZine sind: Kim Carrington, Jasminka Husic, Nancy Maldonado Morales, Danielli Karla Zickermann-Cavalcanti, Monique Muhayiyama und Cristiane Tasinato (Projektkoordination)*

Belinda Kazeem und Claudia Unterweger  
 (Recherchegruppe zu Schwarzer österreichischer Geschichte und Gegenwart)

a street name is not only a streetname  
 Bilder aus der Installation „Josefine Soliman“, 2006, 5 Min.



# Wir wollen keine isolierten Inseln darstellen

Eigene Medien: Österreich aus migrantischen Perspektiven. Interview mit Simon Inou

**Warum ist es notwendig und wichtig für MigrantInnen, eigene Medien zu machen und damit eigene Öffentlichkeiten zu schaffen? An welche Öffentlichkeiten richtet sich Afrikanet.info?**

MigrantInnen sollten eigene Medien machen, um ihre eigenen Perspektiven der Wirklichkeit zu entwickeln und zu vermitteln. Die Entstehung dieser Medien ist sehr oft eine Reaktion gegenüber dem Establishment der Mainstream-Medien, die MigrantInnen immer als Problem (Kriminalität) betrachten und nicht als Bereicherung für Österreich. Fast jeden Tag ist es für Mainstream-Medien normaler, über internationale Ereignisse zu berichten als über die internationale Bevölkerung,

die innerhalb ihrer eigenen Grenzen wohnt, arbeitet und Steuern bezahlt.

Afrikanet richtet sich an das deutschsprachige Publikum, das Interesse an Afrika und seiner Diaspora hat. Diese Teilöffentlichkeit soll von den gängigen Klischees über Afrika befreit werden und ermutigt werden, selbst etwas zu bewegen.

**Unsere These: Medienarbeit ist Teil von migrantischer Kulturarbeit. Siehst du das auch so? Und was ist für dich migrantische Kulturarbeit?**

MigrantInnen, die in Österreich leben, pflegen ihre eigenen Kulturen v.a. durch verschiedene Veranstaltungen. Gleichzeitig adoptieren sie

Teile der Kultur dieses Landes und schaffen dabei auch neue Bewegungen. Ich sehe in der Medienarbeit von MigrantInnen mehr als nur eine Kulturarbeit. Natürlich lernen Medienschaffende aus migrantischen Kulturkreisen in Österreich mehrere Kulturen des Medienmachens. Die Produktion sowie der Vertrieb von Medienprodukten in Österreich stellen eine andere Realität dar als zuhause. Gleichzeitig versuchen diese MigrantInnen, Österreich auch sozial, politisch und wirtschaftlich aus ihren Perspektiven widerzuspiegeln. Kulturarbeit bedeutet für mich, mitzumischen und starre Horizonte sowie Strukturen aus der Wahrnehmung der MigrantInnen zu reflektieren.

**Antirassistische Strategien in der Medienarbeit: Wie können migrantische Medien gegen Rassismus intervenieren?**

Migrantische Medien können gegen Rassismus intervenieren indem sie:  
- den Rassismus thematisieren.  
Sie können antirassistische NGOs unterstützen oder auch auf ras

-sistische Strukturen, die in manchen Teilen der Gesellschaft wirksam sind, aufmerksam machen. Da Rassismus auch innerhalb der eigenen Reihen existiert, sollen sie auch darüber informieren.

- Antirassismus-Aktionen planen und durchführen. Viele werden jetzt sagen: Was ist mit der Objektivität des Mediums? Im Journalismus wie im richtigen Leben gibt es keine Objektivität. Die Berichterstattung soll auch dazu dienen, Teile der Gesellschaft langfristig zu verändern. Engagement ist gefragt und eine klare Positionierung.

- Ständig die Gesellschaft beobachten, riechen, hören, fühlen und aufzeigen, wo es weh tut.

- JournalistInnen oder Institutionen sowie Medien für eine gute Arbeit gegen Rassismen loben und ermutigen.

- Eigene Strukturen kritisieren: „Weiß“-EuropäerInnen haben nicht das Monopol auf Rassismus.

**Unter welchen Bedingungen wird Afrikanet.info produziert und welche Forderungen hast du an die Politik, damit sich diese Bedingungen verbessern? Wie sollten migrantische Medien gefördert werden? Könnten hier sogar Arbeitsplätze entstehen?**

Afrikanet ist ein Projekt von M-media – Verein für Interkulturelle Medienarbeit und derzeit in einer Pilotphase. Das Projekt ist stark online-orientiert und wir versuchen, delokalisierend zu arbeiten. Die Arbeit findet im

Internet sowie live am Feld statt. Die Finanzen kommen von Menschen afrikanischer Herkunft, die in Österreich leben und arbeiten. Diese Gruppe von Menschen will derzeit mit Forderungen nichts zu tun haben.

Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass migrantische Medien finanzielle Mittel brauchen. Viele migrantische Medien (mehr als 90% in Wien) funktionieren nach dem Selbstausbeutungsprinzip. Ein Redaktionsteam recherchiert, sammelt und vertreibt die Zeitung bzw. die Zeitschrift. Das geschieht unentgeltlich.

Migrantische Medien sollen gefördert werden. Wie? 1. nach Erscheinungsperiode, 2. nach der Professionalität der Arbeit, 3. nach qualitativen Kriterien, die wir mit den Institutionen selbst definiert haben. Aber auch aus dem Presseförderungsstopp ... Tageszeitungen, die schon solid strukturiert sind, erhalten die Presseförderung. Schwache Strukturen, wie die migrantischen Medien, werden nicht gefördert. Warum? Manche österreichische EntscheidungsträgerInnen vermuten, es sei nicht nötig, migrantische Medien zu unterstützen. Na ja, die sind keine ÖsterreicherInnen und sprechen kaum Deutsch, wird dann gesagt. Es wird vermutet, dass sehr wenige ÖsterreicherInnen diese migrantischen Zeitungen lesen. Wir werden als Medienschaffende und MedienmacherInnen nicht wahrgenommen. Weil wir politisch betrachtet einfach nichts

repräsentieren. Das ist einfach falsch, weil wir Teil der österreichischen Realität sind ... Aber es ist immer einfacher, Beispiele aus Kanada, Großbritannien oder den USA zu erwähnen.

Wenn sie gefördert werden, könnten auch Arbeitsplätze geschaffen werden. Aus eigener Erfahrung mit anderen Medien bemerke ich, dass die Politik stumm bleibt, wenn es um die Förderung dieser Medien geht. JournalistInnen, die in diesen Medien arbeiten, werden nicht als JournalistInnen wahrgenommen. Es ist einfach schade, dass die Medienabteilungen mehrerer Bundesländer in Österreich nicht geplant haben, migrantische Medien zu unterstützen.

**Wären Vernetzungen und Allianzen zwischen migrantischen und nicht-migrantischen Medien und ein Informationsaustausch und Wissenstransfer wichtig, um sich gegenseitig zu stärken? Und: Wie ist das Verhältnis von migrantischen zu nicht-migrantischen Medien?**

Ein migrantisches Medium berichtet nicht nur über die MigrantInnen, die hier leben, sondern berichtet über die Region, in der es entsteht, aus der Perspektive der migrantischen Gruppe. Nicht nur Informationsaustausch und Wissenstransfer sind wichtig, sondern auch die direkte Konfrontation mit MigrantInnen in den verschiedenen Redaktionen dieses Landes.

Wir haben die Initiative

M-media ins Leben gerufen, um genau diese Punkte zu behandeln. Warum sehen wir in keiner Redaktion dieses Landes migrantische Gesichter? Warum werden wir immer gettoisiert, indem wir nur über bestimmte Themen reden, schreiben und berichten sollen? Warum werden wir von Mainstream-JournalistInnen immer nur kontaktiert, wenn es um die Community geht und nicht, wenn es auch um Österreich geht? Beide Seiten sollten bereit sein, sich konstruktiv zu treffen, um Austausch zu ermöglichen.

Das Verhältnis zwischen migrantischen und nicht-migrantischen Medien hat sich in den letzten Jahren stark verbessert. Zum Beispiel werden Berichte von Afrikanet oft von Mainstream-JournalistInnen aufgegriffen oder wiedergegeben. Und auch wir suchen Kontakte zu den nicht-migrantischen JournalistInnen, weil wir keine isolierten Inseln darstellen wollen, sondern Teil des österreichischen Puzzles sind.

[www.afrikanet.info](http://www.afrikanet.info)

**E-Mail-Interview: Sylvia Köchl**

*Erstmals erschienen in: Kulturrisse – Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik, 3/2006*



# Warum Freie Medien neu erfunden werden müssen

World Media Insights (wmi) und die Philosophie dahinter. Von Karim Duarte

**Seit 2004** ist World Media Insights offiziell ein Verein, aber unsere Aktivitäten haben schon vor sieben Jahren begonnen. Wir, das sind Hirut Kiesel und Karim Duarte. Am Anfang engagierten wir uns in migrantischen Organisationen, im Speziellen in afrikanischen. Über diese Schiene sind wir auf die Zivilgesellschaft gekommen und arbeiten seitdem als MenschenrechtsaktivistInnen. In diesem Zusammenhang machten wir unsere erste Erfahrung mit Medienarbeit, als wir für einen Verein eine Radiosendung gründeten.

Diese politische Arbeit hat sich im Jahr 2000 intensiviert, in einer Zeit einer starken neuen Politisierung der Gesellschaft in Österreich. Irgendwann wurde uns klar, dass wir nicht in allen Bereichen in einem Zustand des Dauerengagements tätig sein können – es kam die Notwendigkeit einer Selbstdefinition und Neuorientierung auf. Aufgrund unserer Erfahrung mit dem Medium Radio entschieden wir uns, eine eigene Sendung zu starten, was dann im Juni 2000 auch geschah. So haben wir Radio BiG (Best in Globe) ins Leben gerufen und senden seitdem jeden Mittwoch von 20 bis 21 Uhr auf Orange 94.0, dem Freien Radio in Wien.

Die Entscheidung für Freie Medien wurde stark von unseren Beobachtungen und der Analyse der Rolle und Macht der Medien in politischen Prozessen sowie der aus unserer Sicht sehr defizitären Medienlandschaft in Österreich geprägt, vor allem was gesellschaftspolitische Themen anbelangt. Von Anfang an war uns klar, dass wir nur bei den Freien Medien

arbeiten wollten und konnten. Die absolute Freiheit bei der Gestaltung unserer Arbeit war und ist für uns das Kriterium Nummer 1. Und das konnten wir nur in diesem Segment der Medienlandschaft verwirklichen.

## „Migrantentum“ abschaffen

Der Widerspruch, das „Migrantentum“ einerseits beenden zu wollen und sich andererseits als solches definieren zu müssen, um Subjekt, um politischer Akteur sein zu dürfen – dieser Widerspruch ist nicht neu, aber er wurde bis jetzt selten bis gar nicht thematisiert. Unser Anspruch ist es, am Ende des Weges kein „Migrantentum“ mehr zu haben, aber so wie die Gesellschaft noch strukturiert ist, muss man sich als solches definieren, um die selbstverständlichen Diskriminierungen sichtbar zu machen und sie zu bekämpfen – erst dann kann man das „Migrantentum“ abschaffen.

Die Strategie ist, von Anfang an die Teilnahme an der Gesellschaft als gleichwertiges Mitglied zu fordern. Und sich gleichzeitig vom Diktat der Leitkultur zu befreien. Diese „toleriert“ nämlich nur die Tätigkeit in den folgenden drei Bereichen:

1. Migrations- und Integrationsthemen: „MigrantInnen“ dürfen sich Gedanken machen über Migrations- und Integrationsthemen, sie dürfen diesen Bereich aber nicht bestimmen, weil das die Aufgabe der Politik ist (und dort sind keine „MigrantInnen“).

2. Rassismus bzw. Antirassismus ist der zweite Bereich, in dem es „MigrantInnen“ erlaubt ist, sich

darin zu bewegen. Sie dürfen sich über ihn beklagen und sind damit in einem Dauerzustand des Opfers, was verheerende psychologische Folgen für die Betroffenen hat. Oder sie dürfen sich bis zu einem gewissen Grad antirassistisch betätigen, was sie ebenfalls in ein negatives Gefängnis sperrt.

3. Der dritte Punkt, der „MigrantInnen“ in der Kategorie der „AusländerInnen“ festnagelt, ist die erlaubte Bekanntmachung und/oder das Sichtbarmachen des Herkunftslandes. Man ist auch nach 30 Jahren in Österreich nur „AfrikanerIn“, „LateinamerikanerIn“ oder „AsiatIn“. Man darf sich als Exote/Exotin zeigen, den „ÖsterreicherInnen“ erklären, wie es in der Heimat so ist. Selbstverständlich passt diese Haltung zu den am meisten gestellten Fragen an „MigrantInnen“: „Wie lange sind Sie schon in Österreich?“ und „Wann haben Sie vor zurückzukehren?“

Wir können unsere Themen in allen Bereichen selbst bestimmen und wir tun es auch. Als JournalistInnen fühlen wir uns frei, unsere eigenen Agenden festzulegen. Das kann ein anderer Blick auf schon aufgegriffene Themen sein oder ganz andere Themen als die, die von den Mainstream-Agenturen vorgegeben werden.

Aber auch formelle Kriterien müssen von uns in Frage gestellt werden – in diesem Zusammenhang sind wir oft mit Aussagen wie „nicht professionell genug“ und „entspricht nicht dem vorgegebenen Qualitätsanspruch“ konfrontiert. Nur weil wir bestimmten formellen Kriterien, die in einem kulturellen Kontext gewachsen sind, nicht entsprechen wollen. Außerdem dient diese Schiene oft dem strukturellen Rassismus als Rechtfertigung.

## Die 4 Projekte von World Media Insights

*Radio BiG (Best in Globe):* Die einstündige Live-Sendung hat normalerweise ein bis drei Gäste, meistens Menschen mit „migrantischem Hintergrund“, wie man heutzutage sagt. Alle Themen werden angesprochen. Und dies in verschiedenen Sprachen. Wie der Name schon verrät, verfolgt die Sendung ein globales Gefühl, aber das einer Globalisierung, in der der Mensch

im Mittelpunkt steht.

*Advanced Films:* Dieses Projekt wurde ebenfalls Ende 2000 gestartet. Ziel ist es, Videodokumentarfilme mit einem „anderen Blickwinkel“ zu produzieren und so Dinge sichtbar zu machen, die normalerweise hinter einem unsichtbaren Mantel versteckt werden.

*Focus Advert:* Das ist das von wmi am wenigsten entwickelte Projekt. Die Idee ist, Werbespots zu drehen mit einer anderen sozio-politischen Selbstverständlichkeit.

*Discover TV:* Fernsehen zu machen in einem freien Medium ist ein lang gehegter Traum von uns. Nach vielen Jahren des Hin und Her mit dem Projekt „Community-TV für Wien“ ist endlich etwas Konkretes entstanden. Im Januar 2006 war es soweit: Wir haben OKTO zwei verschiedene Formate angeboten, die sofort akzeptiert wurden. Interessant war zu merken, dass man uns offensichtlich – wie immer – diese Herausforderung nicht zugetraut hat. Scheinbar haben die Publikumsreaktionen uns aber Recht gegeben.

„Every-1 News“ und „Newstalks“ ist ein weltweit einzigartiges Nachrichtenformat und stellt die erste Sendung bei OKTO dar. Hirut Kiesel und Karim Duarte plus zwei andere Journalisten, die sich abwechseln, präsentieren fünf Minuten lang Nachrichten in vier verschiedenen Sprachen aus aller Welt. Danach wird bei Newstalks auf Deutsch über die Inhalte der Nachrichten unter den vier diskutiert. Die Recherche für die vier JournalistInnen ist frei, sowohl thematisch als auch geografisch. Die Sendung dauert ca. eine Stunde.

Das zweite Format „Every-1 Means“ ist eine ebenfalls ca. einstündige Diskussionssendung, die sich aber von den üblichen durch die Themenwahl und die Gäste unterscheidet. Normalerweise wird die Sendung auf Deutsch gestaltet, sollten aber Gäste aus anderen Teilen der Welt in Wien sein, die kein Deutsch sprechen, wird die Sendung selbstverständlich in der besten gemeinsamen Sprache erfolgen. Die Idee ist, wie der Name schon verrät, jede/n zu Wort kommen zu lassen. Es gibt in unserer Stadt leider sehr viele Menschen, die medial nur als Objekte existieren. Wir machen aus ihnen mediale und gesellschaftliche

Subjekte!

### „Erlaubte Spielräume“

Die Frage der Finanzierung ist immer eine sehr heikle, vor allem dann, wenn es um mediale Projekte geht. Wenn aber dieses Projekt bei den Freien Medien existiert, dann wird die Geschichte fast unlösbar. Wenn die JournalistInnen noch dazu „MigrantInnen“ sind, fühlt sich keine/r angesprochen oder verantwortlich. Die Finanzierung ist auch der Bereich, über den am besten oder am leichtesten Druck auszuüben ist: Hier zeigt sich, was „die Gesellschaft“ duldet und was nicht. Hier findet man den idealen Mechanismus, um „erlaubte“ Spielräume zu schaffen. Und wer frei arbeiten will, wird als „unerhört frech“ bezeichnet.

Eine der Säulen der Freien Medien ist die Ehrenamtlichkeit. Das System funktioniert so, dass ein kleiner Verwaltungskern plus die Infrastruktur vom guten Willen der Politik für die Finanzierung abhängig ist. Dieser Kern muss manchmal Jahre lang kämpfen, um diese auch zu bekommen. Aber all jene, die Sendungen machen, ohne die es gar kein Medium gibt, müssen ehrenamtlich arbeiten. Das verlangt das Gesetz. Diese Entwicklung kommt aus der Geschichte der Freien Medien und muss aus unserer Sicht aber schnellstens revidiert werden.

Es gibt drei Kategorien von Radio- und FernsehmacherInnen:

1. Die VertreterInnen von Institutionen, die sich der Freien Medien bedienen, um ihre Arbeit bekannt zu machen. Diese Leute werden von den jeweiligen Institutionen dafür bezahlt, diese Arbeit zu leisten, ohne dass sie eine weitere Finanzierung brauchen.

2. Die Menschen, die diese Aktivität als Hobby oder Freizeitgestaltung sehen. Sie haben einen honorierten Job und nebenbei gehen sie ihrem Hobby nach. Zum Beispiel Leute, die eine Musikart lieben und wollen, dass andere den Spaß an dieser Musik mit ihnen teilen. Solche Leute denken von Anfang an nicht an die Finanzierung. Ihre Arbeitsbedingungen sind die, die sie sich vorgestellt haben.

3. Leute wie wir, die eine ernst zu nehmende journalistische Tätigkeit ausüben und davon leben wollen. Sie sind bei den Freien Medien aus Überzeugung und nicht, weil sie woanders nicht Fuß fassen können. Sie gehören aber keiner Institution an und haben somit auch keine Finanzierungsquelle. Was sollen solche Leute mit Ehrenamtlichkeit anfangen? Dazu kommt, dass sie diejenigen sind, die die Qualität der genannten Medien garantieren.

Eine andere Säule der Freien Medien ist die Tatsache, dass sie vom Gesetz her keine Werbung bringen dürfen. Dabei ist Werbung weltweit die Hauptfinanzierungsquelle jedes Mediums. Sagen wir einmal, dass wir die Gründe des Gesetzgebers verstehen. Man kann aber doch nicht eine Kategorie von Medien kreieren, mit dieser finanziellen Begrenzung, ohne ihr eine Finanzierungsmöglichkeit zu garantieren. Genau das ist es aber, was unser Gesetzgeber getan hat. Man kann nicht davon ausgehen, dass diese Entscheidung ein Lapsus war. Viel mehr bekommen wir den Eindruck, dass diese Entscheidung bedacht war. Es geht darum, diese „anarchischen“ JournalistInnen in eine Lage zu versetzen, in der sie abhängig sind vom guten Willen der Politik. Somit kann man immer die Rahmenbedingungen aufmachen oder schließen, je nachdem wie brav sie sich benehmen.

Dabei gäbe es durchaus Ansätze, die Situation zu lösen: Das Gesetz könnte z.B. 80% der Kosten durch die Finanzierung des Staates (Bund, Land und Gemeinde) garantieren. Das wäre fair. 20% können sich die jeweiligen Medien anderswo suchen. Und wenn man fragt, wo könnte der Staat diese 80% finden? Beim GIS! Privatmedien sind privat und brauchen keine öffentliche Finanzierung. Und sie haben die Werbung. Sogar der ORF darf Werbung machen und kommt seiner Pflicht, ein öffentlich-rechtliches Medium zu sein, immer weniger nach.

<http://okto.tv>, <http://discovertv.at>

Erstmals erschienen in: MALMOE 32/Juni 2006

# Wir wollen eine Drehscheibe des Wissens sein

Ercan Yalçinkaya von der Zeitung Öneri im Gespräch

## Wie positioniert sich Öneri innerhalb der türkischsprachigen Medien in Österreich?

In Wien gibt es mindestens acht oder neun türkische Zeitungen, die alle konservativ bis rechtsreligiös sind. Öneri ist die einzige linke, oder besser gesagt, demokratische und solidarische Zeitung, die der linken Ideologie nahe steht.

Bei Öneri arbeiten TürkInnen und KurdInnen und ÖsterreicherInnen mit, weniger Frauen als Männer, wobei sich dieses Verhältnis je nach Themenschwerpunkt auch manchmal umkehrt. Alle arbeiten ehrenamtlich, was teilweise dazu führt, dass die Motivation abnimmt, weil es schwierig ist, neben den Jobs zu

recherchieren, Termine zu haben, zu schreiben – noch dazu auf Türkisch mit deutscher Tastatur, das ist ziemlich mühsam, aber das nur nebenbei. Wir haben einen Büroangestellten, der vom waff (Anm. Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds) zur Hälfte gefördert wird.

## Wen wollt ihr mit Öneri ansprechen?

Zielgruppe sind natürlich Leute, die Türkisch lesen können, denn wir haben nur wenige deutschsprachige Artikel – alles zu übersetzen wäre zuviel. Es geht also um türkischsprachige MigrantInnen in Wien und auch anderen Teilen Österreichs, in Niederösterreich und Burgenland

– wobei das mit zufälligen Kontakten zu TürkInnen und KurdInnen dort zusammenhängt. Inhaltlich sprechen wir natürlich Leute an, die so denken wie wir. Wir haben aber ein komplexes Verteilsystem in Lokalen und Geschäften, in Kaffeehäusern und auf Märkten, wo uns alle lesen können – also erreichen wir auch Leute, die nicht links sind. Was wir so wissen, sind unsere LeserInnen eher jüngere Leute bis ca. 45 Jahre. Wir haben eine Printauflage von 5.000 Stück und eine Website, auf der die Printausgabe komplett nachgelesen werden kann.

Wir sind eine politische Zeitung, aber Thema ist Europa und Österreich, nicht die Türkei, denn wir wollen unseren Beitrag in Wien leisten. Wir schreiben viel über die MigrantInnen in Wien, ihre Probleme, z.B. bei neuen Gesetzen usw.

Als Verein haben wir früher auch Deutschkurse für Frauen angeboten, und obwohl solche Kurse gefördert werden, haben wir irgendwann kein Geld mehr bekommen. Da ist der Kurs in die VHS „gewandert“. Migrantische Ideen übernehmen, vereinnahmen

oder aushungern kommt ja öfter vor ...

### **Wie ist Öneri entstanden?**

Begonnen hat es mit Hüseyin Şimşek – er ist Mutter und Vater der Zeitung. Er hat schon in der Türkei Zeitung gemacht und dann hier gesehen, dass es nichts gibt. Er hat vor etwa sieben Jahren zunächst mit einer 4-seitigen Zeitung begonnen, musste dann aber aus finanziellen Gründen wieder aufhören. 2004 gab es die Neugründung in der heutigen Form. D.h. es gibt als Herausgeber den „Vorgarten Kulturverein“, wir erscheinen monatlich im A4-Format und mit 32 Seiten.

### **Wie bist du zu Öneri gekommen?**

Ich selbst hab das lange beobachtet und gedacht, ich hab eh genug zu tun. Dann gab es vor einem Jahr diese Sonderausgabe, eine Kooperation mit „Stimme“ und „Falter“ zur Wahl, wo Senol Akkilic das Bindeglied war, da bin ich eingestiegen. Ich bin seit 2000 Kammerat der Arbeiterkammer Wien und wir versuchen dort immer, was zu ändern, schreiben Anträge usw. Wir wollen Leute erreichen mit unseren Ideen und da ist eine Zeitung eben eine gute Bühne. Ich schreibe vor allem, wenn ich unbedingt was loswerden will.

### **Gibt es diese Kooperation mit „Stimme“ und „Falter“ noch?**

Nein, im Moment nicht. Es gibt aber viel Austausch mit den türkischen Medien. Es ist ja eine enorme Entwicklung, diese acht, neun Zeitungen sind erst in den letzten Jahren entstanden. Da sag ich schon, Respekt vor dieser Leistung, denn die erfüllen auch eine Aufklärungsfunktion, auch wenn sie politisch woanders stehen. Und Hakan Gürses von der „Stimme“ schreibt regelmäßig seine Kolumne in Öneri.

### **Warum ist da gerade in der letzten Zeit so viel passiert? In der hiesigen linken freien Medienlandschaft hat sich ja rund um den Regierungswechsel im Jahr 2000 einiges getan, siehst du da einen Zusammenhang?**

Ich glaube eher nicht, dass das damit zusammenhängt. Die Leute sind seit 40 Jahren da und irgendwann will man eine eigene Zeitung. Wenn ich mich nicht irre, war Öneri sogar die erste und hat damit Beispielwirkung gehabt. Was alle gemeinsam haben, sind die Kritik an der Migrationspolitik und bestimmte Forderungen, z.B. dass MigrantInnen nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte haben – da sind sich die Zeitungen wohl einig.

### **Gibt es eine weitere Vernetzung mit mehrheitsösterreichischen Medien?**

Aktuell nicht, es wäre aber gut, wenn es da mehr gäbe. Die Arbeiterkammer-Zeitung hat eine Kooperation mit uns, nur spielt

sich das so ab, dass wir Texte von ihnen übernehmen, sie aber nicht von uns.

### **Wie sehen eure Produktions- und Arbeitsbedingungen aus? Was sind die größten Probleme?**

Es ist schwierig, eine Zeitung in dieser Auflage zu finanzieren, auch wenn wir die Kosten in letzter Zeit etwas reduziert haben. Die ehrenamtliche Arbeit ist schön, aber es geht auf Dauer an die Substanz, vor allem Geld aufzustellen, Inserate zu keilen. Wir haben es einige Zeit auch ohne Geld gemacht und uns dabei verschuldet, was natürlich ganz schlecht ist.

Migrantische Medien werden als solche ja gar nicht gefördert, es kommt auf die Kontakte an. Bei uns ist es so, dass wer Zeit hat, macht, was nötig ist. Alle arbeiten 40 Stunden, haben noch andere Aktivitäten oder Familie. Es ist wichtig, dass es die Zeitung gibt, die Inhalte sind gut, werden immer besser – aber wie lange geht es so noch? Wir müssen die Qualität sichern und dauernd neue Leute kriegen. Was wir gern hätten, wäre die Sicherung der Druckkosten, damit wir nur noch schreiben müssen.

Inserate kommen von türkischen Geschäften, manchmal von Parteien, aber bisher haben wir keine Förderung. Wir haben heuer erstmals um Presseförderung angesucht und hoffen, dass wir sie bekommen.

## Wie sieht es mit der Stadt Wien als mögliche Förderungsgeberin aus?

Öneri gehört ja einem Verein, der auch andere Sachen von Veranstaltungen bis zu Deutschkursen macht. Da sind wir immer in Verhandlung mit der Stadt. Wir wollen ein Wiener Verein sein, wollen eine Drehscheibe sein, wo die Leute Bildung und Wissen bekommen. Da kam die Antwort der Stadt, sie wolle keine Eliten fördern. Wir wollten gar nicht unbedingt direkt Geld, wir hätten auch einfach Inserate genommen. Man muss der Stadt politisch gesehen sehr nahe sein, um was zu kriegen. Ich sehe mich als Interessensvertreter der MigrantInnen, vor allem der Jugendlichen, aber eben nicht parteipolitisch.

Wir bräuchten eine grundlegende Änderung des Verständnisses seitens der Stadt, dass sie uns nicht als irgendwelche Linke abstempeln, sondern sehen, dass wir eine Aufgabe wahrnehmen, die wichtig ist. Ich bin auch sicher, dass ihnen die Zeitung gefällt. Aber das reicht uns nicht. Wir wollen Öneri noch länger als nur ein Jahr machen, es sollte gesichert sein, dass Öneri jeden Monat herauskommt. Das erwarten wir uns vor allem von der Stadt. Vom Bund erwarte ich gar nichts, damit hab ich mich abgefunden. Aber wir brauchen einfach Geld, da muss ich auch pragmatisch denken.

Zuletzt haben wir die Kampagne „Öneri-Freiwillige“ gemacht: Wir haben Leute gesucht,

die uns einmalig unterstützen. Das hat schlecht geklappt. Die, die eh schon mitarbeiten, haben auch noch Geld hergegeben.

## Was sind eure Pläne für die Zukunft?

Was uns noch nicht gelungen ist, ist eine Plattform zu schaffen. Zu Beginn haben wir nämlich diskutiert: Wollen wir Zeitung machen, um damit Geld zu verdienen, oder wollen wir eine Plattform schaffen? Natürlich wollten wir die Plattform, aber wie können wir das machen? Können wir den Anspruch stellen, die Plattform für linke MigrantInnen zu sein? Wenn ich da sehe, was in den USA bei den Protesten für die Legalisierung und Rechte von MigrantInnen läuft: Millionen Menschen in einem funktionierenden Netzwerk! Bei uns gibt's nur kleine Netzwerke und wenig Einigkeit über die Forderungen. Wer hat die Zeit und die Ressourcen, um auch hier politisch was zu bewegen? Wir hätten es gern, schaffen es aber nicht.

Aber aktuell arbeiten wir an einem Schwerpunkt über Gewalt gegen Frauen, aus Anlass des Frauenmords in Deutschland. Die Gewalt, die sich gegen das Leben der Frauen richtet, das müsste ständiges Thema sein, wir wollen es jedenfalls in Zukunft zu einem ständigen Thema in Öneri machen. Wenn ich weiß, dass es Männer gibt, die aus „Ehregründen“ Frauen töten wollen, muss ich dagegen aufstehen. Wobei Gewalt

gegen Frauen kein migrantisches Thema ist, das ist keine Frage der Kultur. Wenn eine österreichische Frau ihren österreichischen Ehemann verlassen will und er sie deshalb tötet, war der auch in seiner „Ehre“ gekränkt. Weder Kultur noch Gewohnheiten noch Religion noch feudale Strukturen – für viele ist das ja Teil der Propaganda gegen Moslems – sind eine Entschuldigung. Es ist die Männermacht, die daran Schuld ist.

[www.oeneri.at](http://www.oeneri.at)

## Interview: Vina Yun und Sylvia Köchl

*Erstmals erschienen in: MALMOE 32/Juni 2006*

# inside out

Yabanci (der/die Fremde)

Weil Staaten keine Klubs sind

„Migrantische“ Kulturarbeit: verqueeren?

Angelo X

Raus aus dem Mainstream! Rein in den Mainstream!

**Nilbar Güreş**

Yabancı (der/die Fremde)

Videoinstallation, 2005, Filmstill

<http://nilbargures.com>







Die Videoinstallation „Yabancı“ thematisiert die Wahrnehmung des/der Fremden als Objekt. Die Performance – ein Selbstexperiment im öffentlichen Raum – versucht, die eigene Reaktion auf den rassistisch-zuschreibenden Blick im Bild zu übersetzen.

# Weil Staaten keine Klubs sind

Über die Allokation von Mitgliedschaft und politischen Beteiligungsrechten  
Von Gerd Valchars

**Wenn es** um die Frage von Zugehörigkeit und Mitgliedschaft im Gemeinwesen geht, kommt man bald auf den Begriff der Staatsangehörigkeit. Mit Hilfe dieses Rechtsinstituts sollten alle Menschen weltweit eindeutig einem Staat zugeordnet werden. „[E]very person should have a nationality and should have one nationality only“, hielt schon die Präambel der Haager Konvention aus dem Jahr 1930 fest, das erste internationale Abkommen, das die zwischenstaatlichen Fragen der Staatsangehörigkeit berührte. Uneindeutige Zugehörigkeiten, so die Überlegungen aus der damaligen Zeit, schaffen Probleme, und so wurden die mehrfache Staatsangehörigkeit und die Staatenlosigkeit gleichermaßen als „Übel“ bezeichnet, das es zu verhindern galt. Neben diesem gemeinsamen Ziel der Staatengemeinschaft war in dem Abkommen ein weiterer Grundsatz an prominenter Stelle festgehalten worden. Artikel 1 der Konvention definierte unmissverständlich, wem das Recht zufiel, die Regeln über den Erwerb und Verlust von Staatsangehörigkeit zu gestalten: „It is for each State to determine under its own law who are its nationals“ – es sei das souveräne Recht eines jeden Staates, selbst darüber zu entscheiden, wer als Bürgerin und Bürger anerkannt wird. So uneingeschränkt, wie es vielleicht klingen mag, hat dieses Recht aber eigentlich schon bei seiner erstmaligen Formulierung nicht gegolten, denn eine willkürliche Ausdehnung der Staatsangehörigkeit eines Staates auf die BürgerInnen eines anderen etwa

galt ebenso als Verstoß gegen das Völkergewohnheitsrecht wie der willkürliche Entzug der Staatsangehörigkeit. Heutzutage ist beispielsweise auch die staatsangehörigkeitsrechtliche Gleichstellung der Geschlechter – etwa in Bezug auf die erleichterte Einbürgerung bei Eheschließungen und bei der Weitergabe der Staatsangehörigkeit von den Eltern an ihre Kinder – völkerrechtlich abgesichert.<sup>1</sup>

Von diesen nicht unwesentlichen Einschränkungen abgesehen, überlässt es das Völkerrecht jedoch tatsächlich den Staaten selbst, die konkreten und detaillierten Regelungen über Zugehörigkeit und Mitgliedschaft zu ihrem Gemeinwesen zu treffen. Wahrscheinlich stößt man gerade deshalb in der Diskussion um notwendige und legitime Anforderungen und Voraussetzungen für eine Verleihung der Staatsangehörigkeit so rasch auf die viel beschworene Klub-Analogie. Ein souveräner Staat dürfe eben selbst entscheiden, wer bei ihm Mitglied wird, so wie auch Vereinen und Klubs keine Vorschriften gemacht werden könne, wen sie in ihren Kreis aufnehmen sollen und wie ein Aufnahme- und Auswahlverfahren auszuweisen habe. Mit diesem Argument werden scheinbar alle Fragen über die Legitimität von Einbürgerungsvoraussetzungen, seien es Wartezeiten, Gebühren, Sprach- und Wissenstests oder Loyalitätsgarantien, im Keim erstickt. Legitim ist demnach alles, was durch demokratischen Mehrheitsentscheid beschlossen wurde.

## Defizitäre Demokratie?

Der Vergleich von Staaten mit Klubs scheitert jedoch schon daran, dass die große Mehrheit der „Mitglieder“ eines Staates diesem nicht beitrifft, sondern in diesen hineingeboren wird (was auf Klubs wohl eindeutig nicht zutrifft). Aber auch die Frage der Vergabe der Staatsangehörigkeit an jene, die sie nicht von Geburt an besitzen, ist keine Mitgliedschaftsentscheidung, da die AntragstellerInnen bereits Mitglieder (der Gesellschaft) und schon lange keine Außenstehenden mehr sind; aus diesem Grund können Staaten in dieser Frage auch nicht wie exklusive Klubs über einen Antrag von außen entscheiden. Die Einreise und Niederlassung bzw. die Geburt im Land müssen als Initialrecht gesehen werden, in dem bereits der zukünftige Status als StaatsbürgerIn grundgelegt ist; die (legale) Einbürgerung ist lediglich eine Zweitzulassung, deren garantiertes Erreichen Erstzugelassenen nicht mehr verweigert werden darf.<sup>2</sup>

Staatsbürgerschaft, von jeglicher quasi- und zivilreligiöser Konnotation entkleidet, bedeutet schließlich nichts anderes als das uneingeschränkte Recht auf politische Mitbestimmung, unwiderrufliche Aufenthaltssicherheit sowie Schutz vor rechtlicher Diskriminierung. Wer den Erwerb der Staatsbürgerschaft von bestimmten Erfordernissen, Fähigkeiten und Kenntnissen abhängig macht, unterwirft auch den Zugang zu den mit der Staatsbürgerschaft verknüpften Rechten – allen voran dem Recht auf politische Mitsprache – diesen Voraussetzungen. In der modernen Demokratie muss jedoch jede Bedingung, an die das aktive und passive Wahlrecht knüpft, gut begründet werden können, denn Wahlen sind nicht Selbstzweck, sondern haben bestimmte Funktionen zu erfüllen.

Demokratie baut auf zwei Grundprinzipien auf, die den getroffenen politischen Entscheidungen ihren hohen Grad an Legitimität und Akzeptanz verleihen und damit das Wesen der Demokratie selbst bestimmen – dem Betroffenenprinzip und dem Prinzip der Selbstunterwerfung<sup>3</sup>: Wer von einer Entscheidung betroffen ist, muss an dieser (direkt oder indirekt) auch mitwirken können. Und auch politische Ämter

und Funktionen dürfen nicht einer bestimmten privilegierten Gruppe vorbehalten sein, sondern müssen prinzipiell allen Betroffenen offen stehen.<sup>4</sup> „Quod omnes tangit ab omnibus approbetur“ – was alle betrifft, soll von allen gebilligt werden, so der entsprechende römische Rechtsgrundsatz, oder in den Worten Hans Kelsens: „Demokratie bedeutet Identität [...] von Subjekt und Objekt der Herrschaft, bedeutet Herrschaft des Volkes über das Volk.“<sup>5</sup>

Der Anwendung dieser beiden Prinzipien ist es zu verdanken, dass die in Demokratien zustande gekommenen Entscheidungen durch die „Rechtsunterworfenen“ als ihre Entscheidungen wahrgenommen werden und das politische Personal nicht nur als von ihnen gewählt, sondern auch aus ihrer Mitte ausgewählt betrachtet wird. Damit wird das theoretische Ideal der Identität von „Herrschern“ und „Beherrschten“ auf zweifache Weise erfüllt und die Konstruktion eines souveränen, sich selbst regelnden Personenverbandes entsteht.

Wer aber gilt nun als von einer Sache betroffen? Die Frage der Betroffenheit kann nicht für jede Person individuell und von (Abstimmungs-)Fall zu (Abstimmungs-)Fall neu entschieden werden; es gilt vielmehr, eine Betroffenheitsvermutung aufzustellen, die sozusagen lediglich statistisch gilt und als Annahme der gesamten Wohnbevölkerung eines Rechtsraumes unterstellt werden muss.<sup>6</sup> In aller Regel ist es aber zumeist die Staatsangehörigkeit, über die versucht wird, die Frage der Betroffenheit zu beantworten und die Teilhabe am politischen Entscheidungsfindungsprozess zu regeln. Doch während es zu Beginn des 20. Jahrhunderts durchaus Sinn machte, die ständisch unbelastete Staatsbürgerschaft für die Zuerkennung des Wahlrechts heranzuziehen, hat diese im Zeitalter von Migration und europäischer Integration als Betroffenheitskriterium zunehmend an Glaubwürdigkeit verloren. Der Anteil jener Menschen, die nicht die Staatsbürgerschaft jenes Landes besitzen, in dem sie leben, nimmt stetig zu – die Teilmengen WohnbürgerInnen und StaatsbürgerInnen verlieren ihre Deckungsgleichheit und driften zusehends auseinander. Die so entstandene zunehmende Inkongruenz von

Wohn- und Wahlbevölkerung bedeutet eine Abnahme des Inklusivitätsgrades des politischen Systems und mit ihm auch der Qualität der Demokratie, für die dieser als Maßstab angesehen werden kann.

## Die Perspektive einer inklusiven Demokratie

Zur Beseitigung dieses wachsenden strukturellen Defizits bieten sich zwei Lösungen an, die an dieser Stelle nur mehr kurz angeführt werden sollen: eine rasche und unkomplizierte Einbürgerung samt Rechtsanspruch und der Möglichkeit einer Doppelstaatsbürgerschaft oder eine Ausweitung des Wahlrechts auf Nicht-StaatsbürgerInnen. Beide Wege können, konsequent angewendet, für sich alleine einen hohen Grad an Inklusivität erreichen. Die beiden Ansätze können aber auch miteinander zu einem zweistufigen Modell einer inklusiven Demokratie kombiniert werden, das dauerhaft niedergelassenen Nicht-StaatsbürgerInnen in einem ersten Schritt politische Beteiligungsrechte in Form eines allgemeinen AusländerInnenwahlrechts verleiht und in einem zweiten Schritt einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung einräumt.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass eine Reihe von europäischen Staaten ihre Staatsbürgerschaftsregeln durch Senkung der Wartefristen und Gewährung von Doppelstaatsbürgerschaften an die veränderte Situation angepasst haben. Was die Einführung des Wahlrechts für Nicht-StaatsbürgerInnen betrifft, sind die Staaten deutlich zurückhaltender: Weltweit sind es gerade einmal vier Länder, die ansässigen MigrantInnen ohne Staatsangehörigkeit ein Wahlrecht bei nationalen Parlamentswahlen einräumen.<sup>7</sup> Die Erfahrungen mit der Doppelstaatsbürgerschaft, die heute in vielen Staaten als akzeptiert oder zumindest geduldet gilt, haben jedoch gezeigt, dass auch Staaten lernfähig sein können und selbst ein einstmals von der internationalen Staatengemeinschaft ausgemachtes „Übel“ durchaus gängige Praxis werden kann.

<sup>1</sup> Vgl. dazu die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau 1979, [Ö] BGBl. 443/1982 und das Übereinkommen über die Staatsbürgerschaft der verheirateten Frau 1957, [Ö] BGBl. 238/1968.

<sup>2</sup> Michael Walzer, *Sphären der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main: Fischer 1998

<sup>3</sup> Gerd Valchars, *Defizitäre Demokratie. Staatsbürgerschaft und Wahlrecht im Einwanderungsland Österreich*. Wien: Braumüller 2006

<sup>4</sup> Robert A. Dahl, *Democracy and its Critics*. New Haven/London: Yale University Press 1989; M. Walzer

<sup>5</sup> Hans Kelsen, *Vom Wesen und Wert der Demokratie*. Neudruck der 2. Auflage. Aalen: Scientia Verlag 1963

<sup>6</sup> Rainer Bauböck, „Wessen Stimme zählt? Thesen über demokratische Beteiligung in der Einwanderungsgesellschaft“, in: *Wiener Hefte. Migration und Integration in Theorie und Praxis*, Nr. 1/2003, S. 26–44

<sup>7</sup> Diese vier Staaten sind Neuseeland, Malawi, Chile und Uruguay; in insgesamt 45 Demokratien sind zumindest eingeschränkte AusländerInnenwahlrechtsregelungen (lediglich für MigrantInnen aus bestimmten Herkunftsländern und/oder auf bestimmten Ebenen) in Kraft.

# „Migrantische“ Kulturarbeit: verqueeren?

Politische Kulturarbeit von Migrantinnen abseits national festgelegter Räume.

Von Vlatka Frketic

**Der Begriff** „migrantische Kulturarbeit“ gewährt an sich noch keine Enthüllung der Konzepte „migrantisch“ oder „Kultur“. „Kultur“ wird von John Fiske als soziale Zirkulation von Bedeutungen definiert, von Pierre Bourdieu als ein Kampf um Bedeutungen, und für Niklas Luhmann ist „Kultur“ ein System der Unterscheidungen von Bedeutungen. Das Wissen aber über die unterschiedlichen Kulturkonzepte und daraus folgenden Strategien unter den selbstorganisierten MigrantInnen ist immer noch sehr lückenhaft vorhanden. Über den attributiven Gebrauch von migrantisch wird migrantische Kulturarbeit markiert und klassifizierbar. Trotz Reduktion und Funktionalisierung, die aus dieser Markierung entstehen, liegt in diesem „Angesprochen werden“ auch eine Anerkennung der Existenz und damit auch die Möglichkeit der Entwicklung von Strategien für eventuelle Handlungs- und Rezeption(spiel)räume, die dieser Reduktion bzw. Funktionalisierung entgegenwirken können.

Wenn ich den Begriff „migrantische Kulturarbeit“ als klassifikatorischen Irrtum ansehe, als regulierendes und kontrollierendes Paradigma, dann könnte sich die Frage stellen: Für wen wurde dieser Begriff geschaffen? Andererseits könnte dieser Begriff auch als Ansatzpunkt für das Fassen widersprüchlicher Alltagshandlungen dienen; für die Entwicklung und Repräsentation eigener Haltungen, Einstellungen und Auffassungen, abseits einer Unterordnung unter

vorgegebene Konzeptualisierungen – als die Möglichkeit des Kampfes, des Widerstands und der Veränderung. Es geht also nicht um das bloße „für“ und „wider“ von Begrifflichkeiten, sondern um die Frage, warum und aufgrund welcher Konzeptualisierungen Kategorien, die an sich fragwürdig sind, zusammen gedacht und ausgesprochen werden. Ebenfalls geht es nicht um die Diskussion, ob die attributive Verwendung der phraseologischen „Kulturarbeit von MigrantInnen“ zu bevorzugen ist. In beiden Fällen ist weder die Kontextualisierung der Kulturschaffenden noch die der Kulturarbeit transparent. Diese Transparenz erscheint aber im Titel der Tagung, die die Herausgeberin dieser Publikation im November 2006 veranstaltet hat: Kulturarbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Diese metonymische Benennung des Kontextes impliziert auch die politischen Bedingungen von Kulturarbeit. Mögliche Inhalte, Umgänge und Formen werden angedacht, ohne diese im Voraus festzulegen. Im unausgesprochen, unsichtbar gemachten Subjekt liegt die Deutungsmöglichkeit des Tagungstitels und gerade das ermöglicht ein politisches Handeln abseits zementierter Zuschreibungen.

## Antirassismus und Kulturarbeit

Zwar werden im Rahmen verschiedenster Kulturarbeiten häufig rassistische Mechanismen und Wir-

kungsweisen produziert, jedoch werden diese gerne gelehnet. Sie werden anhand herrschender Stereotypen und Klischees mittels (bildlich) umgesetzter Topoi, Metaphern und ausgewählter Stilmittel erzeugt. Eine der möglichen Aufgaben im (migrantisch-)antirassistischen Zugang zu bereits bestehenden Kulturarbeiten ist es, nicht offensichtliche, visuelle und für Rassismen konstitutive Beziehungen aufzuzeigen und ihnen im Sinne einer Selbstermächtigung entgegenzuwirken. Unterschiedliche Machtstrukturen bedingen in der Kulturarbeit auch unterschiedliche Artikulationsmöglichkeiten und Wahrnehmungen – sowohl auf der Seite der Dargestellten als auch der ProduzentInnen und Rezipierenden.

Auf der Homepage der IG Kultur Österreich ([www.igkultur.at](http://www.igkultur.at)) ist ein Antirassistisches Positionspapier zu finden, in dem politische Kulturarbeit konzeptualisiert und die Etablierung des Politischen Antirassismus als integraler Bestandteil der Kulturarbeit formuliert wird. Und damit auch eine unverwechselbare Fachidentität, die sich von anderen Formen der Kulturarbeit abgrenzt. Mit diesem Positionspapier wird implizit konkretisiert, welche Bereiche migrantischer Kulturarbeit aus der Kulturarbeit im Sinne einer politischen Kulturarbeit ausgeschlossen werden – so ist etwa Folklore tabu.

Auch in der politischen Kulturarbeit besteht eine Grundkonstruktion an Gruppenzuweisungen – die Definition der Eigengruppe, von der in den Alltagsdiskursen die Identifikation der Anderen ausgeht. Das gilt für die Mehrheitsgesellschaft wie auch für die so genannten Minderheiten. Entscheidend ist eine Ordnung, die es ermöglicht, auch Herrschaft auszuüben. Diese Ordnung wird von jenen vorgegeben, die für sich in Anspruch nehmen, die wahren VertreterInnen für das Kollektiv zu sein. Die Autorisierung ihrer Vertreterschaft und ihrer Repräsentation ist dadurch gegeben, dass die Angehörigen der Minderheit das Ordnungs- bzw. Deutungsmuster der sog. politischen Elite fraglos akzeptieren. Merkmale, die u.a. auch politische Kulturarbeit konstituieren, werden immer exklusiver und komplexer. Damit wird auch der Prozess, mit dem Aussagen der (politischen) Kul-

turarbeit über die (politische) Kulturarbeit gemacht werden, für Selbstorganisationen von MigrantInnen (SOMs) immer schwerer fassbar.

Viele der SOMs akzeptieren die Ordnungs- und Deutungsmuster der Mehrheitsgesellschaft nicht, werden aber durch die stillschweigende Ausgrenzung von einer Stellungnahme ausgeschlossen, wodurch eine Aushandlung im Rahmen eines Interessenskonflikts unmöglich gemacht wird. Diese Ausgrenzung wird auch stillschweigend gebilligt, da ja jene SOMs ausgeschlossen werden, die einerseits für die Legitimierung von politischer bzw. antirassistischer Arbeit benötigt werden, andererseits aber wegen vermeintlich nicht-politischer Haltungen und Einstellungen als nicht akzeptabel eingestuft werden.

Wie kommen SOMs dazu, ihre Lebens- und Kulturpraxen im Rahmen eines vorgegebenen Konzepts zu leben? Ist eine gute Portion Aufklärung nötig, damit sie erkennen, dass die Art und Weise, wie sie ihre Beziehung zu den (rassistischen) Verhältnissen leben, gar nicht in ihrem Interesse liegt? Was könnte die Anziehungskraft der dominanten Interpretationsangebote für die SOMs sein?

### **(Anti-)Heteronormative Diaspora**

Diaspora bezieht sich tendenziell auf eine Vielfalt nationaler und staatlicher Räume und kann, wie Puar annimmt, Dynamiken der Reterritorialisierung in Gang setzen, indem sie nationalistische Kategorien auf transnationalen Wegen wiederholt. Diese in der Diaspora reproduzierten Diskurse sind so gut wie immer auch heteronormativ. In der Mehrzahl der über 500 MigrantInnenvereine bzw. SOMs in Wien, in denen die Arbeit von den Mitgliedern *auch* als Kulturarbeit verstanden wird, wird von national, kulturell und stillschweigend auch von heteronormativ bestimmten Räumen ausgegangen. Nicht-heteronormative migrantische Subjekte sind nicht repräsentiert in den patriarchalen und heterosexuellen Konfigurationen der Diaspora. Und doch müssen *die* MigrantInnen undifferenziert als „das revolutionäre migrantische Subjekt“ herhalten, wobei doch bekannt ist, dass sich

revolutionäre Subjekte in der Geschichte immer schon ihrer Rolle entzogen bzw. diese nicht erfüllt haben.

Die Vielfalt der stattfindenden kulturellen Produktion in migrantischen Selbstorganisationen bedingt die Vielfalt der sich mit ihnen befassenden Zugänge. Eine Reduzierung auf wenige Zusammenhänge ermöglicht auch eine Beherrschung, eine Monopolisierung der eigenen Positionen, Haltungen und Einstellungen.

Abschließend möchte ich zwei Beispiele politischer Kulturarbeit von Migrantinnen abseits national festgelegter Räume herausgreifen, die antirassistisch, anti-diskriminatorisch, anti-heteronormativ und ermächtigend wirksam geworden sind und in ihrer Prozesshaftigkeit immer noch Aktualität besitzen. Die Feministischen Migrantinnen Wien und die Lesbischen Migrantinnen haben durch eine u.a. queere Lesart von Migrationsprozessen versucht, Verbindungen zwischen verschiedenen Repräsentationen queeren Begehrens und politischer kultureller Praktiken herzustellen. Das Besondere an diesen beiden Selbstorganisationen ist, dass es keine ausschließliche Community-Bindung gab. So gut wie alle waren bzw. sind in verschiedenen Communities verortet, was einen grundlegenden Unterschied zu SOMs ausmacht, die in der Regel auf gemeinsamer Sprache, nationaler bzw. regionaler Herkunft basieren.

Das Manifesto von FeMigra Wien wurde 2003 von mehreren politisch engagierten Migrantinnen in einem ersten Entwurf verfasst. Das Manifesto ist ein offenes und dynamisches Forderungskonzept, das sich je nach Bedürfnissen und politischen Umständen verändert bzw. unendlich erweiterbar ist. Das Manifesto wurde als Mittel für politische Performancarbeit verwendet (u.a. bei Soho in Ottakring 2004) und als Arbeitsmaterial bei verschiedenen Seminaren und Workshops. Forderungen sind u.a.: Honorierung und Anerkennung der unbezahlten Wissensvermittlung von MigrantInnen; Anerkennung von Asyl für Schwule, Lesben, Transgender. Der FeMigra-Film „Was ist eine feministische Migrantin?“ war ein Schritt in Richtung selbstermächtigender Repräsentation

abseits national und damit auch heteronormativ bestimmter Kulturproduktion von MigrantInnen. Die lesbischen Migrantinnen (LesMAus – Lesbische Migrantinnen in Austria) haben 2003 den Film „Stay – Geh“ über lesbische Migrantinnen gedreht. Die Visualisierung und Translation in diesem Filmprojekt wirkte hin zu einer Selbstermächtigung und war ein Versuch, queere Diaspora abseits national festgelegter Räume zu lesen.

*Überarbeitete Fassung des Textes, der erstmals erschienen ist in: Kulturrisse – Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik, 3/2006*

#### Verwendete Literatur:

- John Fiske, Lesarten des Populären. Wien: Turia + Kant 2000
- IG Kultur Österreich, Kulturarbeit und Politischer Antirassismus. Antirassistisches Positionspapier der IG Kultur Österreich ([www.igkultur.at](http://www.igkultur.at))
- Niklas Luhmann, Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1997
- Jasbir K. Puar, in: Matthias Haase, Marc Siegel, Michaela Wünsch, (Hg.): Outside. Die Politik Queerer Räume. Berlin: b\_books 2005
- Josef Berghold, Elisabeth Menasse, Klaus Ottomeyer (Hg.): Trennlinien. Imagination des Fremden und Konstruktion des Eigenen. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag 2000 (2005)
- Anna Aluffi-Pentini, Peter Gstettner, Walter Lorenz, Vladimir Vakounig (Hg.): Antirassistische Pädagogik in Europa. Theorie und Praxis. Slovenische Jahrbücher. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag 1999



### Angelo X

Konzept und Idee: Araba Evelyn Johnston-Arthur / Recherchegruppe zu  
Schwarzer österreichischer Geschichte und Gegenwart

Grafische Umsetzung: Robert Sturm

Wien 2006



# Raus aus dem Mainstream! Rein in den Mainstream!

Hegemonie erringen oder vermeiden? Von Nora Sternfeld

**Die Vokabel** „Mainstream“ gilt geradezu als Schimpfwort in einem avancierten Segment des Kunst- und Theoriefeldes. Was dabei auffällt ist, dass die Kritik am Mainstream sehr oft gerade von jenen Gruppen der Gesellschaft geführt wird, die sich nicht an ihren Rändern befinden. Wer will schon Mainstream sein? Nicht die Mehrheitsgesellschaft. Die mehrheitsgesellschaftliche Distinktion im Kunstfeld arbeitet daran, den Mainstream zu meiden. Würde sie es nicht tun, dann wäre sie ja auch nicht mehr distinktiv. Natürlich ist „out“ sein „in“, wenn man herausstechen will aus der breiten Masse, zu der man gehört.

Aus der Perspektive marginalisierter Positionen stellt sich die Sache deutlich anders dar. Hier ist die Kritik am kulturellen Mainstream kein vorrangiges Problem. Kein Wunder – aus einer marginalisierten Perspektive besteht ja auch ein reales Interesse daran, einen Anteil an der gesellschaftlichen Definitionsmacht einzufordern und sich eben daher in diese hineinzureklamieren. Hinausreklamieren müssen sich marginalisierte Positionen nicht erst, denn da sind sie ja schon... Wenn sie allerdings zum Mainstream drängen wollen, dann werden sie nicht selten lächerlich gemacht (wer will schon Mainstream sein?) und bestärken das gesellschaftliche Bild ihrer Marginalisierung. So funktioniert Distinktion und letztlich auch Ausschluss.

Nun ist das alles nicht ganz so einfach, gibt es doch tatsächlich unterschiedliche Tendenzen der

Vereinnahmung und der scheinbaren Einschlüsse, die eigentlich nichts anderes als Formen der Normierung und wiederum des Ausschlusses sind:

„Museum für alle!“ Das ist keine politische Forderung, sondern museale Selbstdefinition seit dem 19. Jahrhundert – seitdem Napoleon aus dem postrevolutionären Louvre, der die enteigneten Gegenstände des Adels und der Kirche als Gegenstände „von allen“ proklamierte, einen Ort der organisierten nationalen Repräsentation gemacht hatte, die der gerade entstehenden Vorstellung der „Bevölkerung“ zum Zweck einer freiwilligen Selbstregulierung ihres Geschmacks und ihrer Sitten präsentiert werden sollten. Napoleons Hochzeit fand im Louvre statt – dem Ort, in dem fortan Herrschaft legitimiert und Identität fabriziert werden sollte. Die Geschichte des Museums „von allen“ war damit beendet, proklamiert wird seither das Museum „für alle“.

Gegenwärtig sind längst neue Logiken und Techniken implementiert, die die Beziehung zwischen dem Museum und der Vorstellung von „allen“ diversifizieren. Zwei nur scheinbar emanzipatorische Tendenzen scheinen hier besonders interessant: Einerseits soll das Museum nicht mehr nur „für alle“ da sein, sondern unter dem Schlagwort der „Partizipation“ zum Museum „mit allen“ werden, und andererseits geht es unter dem Label „Herstellung von Sichtbarkeit“ immer wieder darum, das Feld der Repräsentation auf marginalisierte Gruppen der Gesellschaft zu erweitern. Aus der Perspektive von diesen „allen“ (gemeint

sind offenbar marginalisierte Positionen, die bisher nicht als Teil von „allen“ – oder besser als Zielgruppen – gewonnen werden konnten), an die sich die neuen institutionellen Diskurse richten, bedeutet das, dass sie einerseits eingeladen werden, mitzumachen und andererseits als Objekte der Repräsentation zur Verfügung stehen sollen.

Deutlich zeigt sich das am Beispiel des Themas „Migration“, das in einem bestimmten Segment des Kunstkontextes ohne Zweifel „in“ geworden ist: Beispiele dafür sind etwa das groß angelegte Projekt „Migration“ des kölnischen Kunstvereins 2005 oder die Ausstellung „Gastarbajteri – 40 Jahre Arbeitsmigration“ im Wien Museum Karlsplatz 2004 ebenso wie die unzähligen migrationspolitischen Perspektiven, die in zahlreichen zeitgenössischen Kunstkontexten eingenommen wurden. Mit dem Ausschluss migrantischer Repräsentation zu brechen, scheint mittlerweile schick zu sein und offenbar durchaus Besucherinnenzahlen zu bringen. Die scheinbaren Einschlüsse des Themas im Ausstellungsbetrieb gehen dabei mit realen Ausschlüssen in der Gesellschaft ebenso wie im Kunstfeld einher. Während marginalisierte Positionen in ihrer kulturalisierten und entpolitisierten Form Eingang in den Ausstellungskontext finden können, werden sie im gesellschaftlichen Zusammenhang und aus der Entscheidungsmacht darüber, was repräsentiert wird, weiterhin ausgeschlossen.

## Was sichtbar und sagbar ist

Wie kann unter diesen Bedingungen noch ein Plädoyer für die politische oder kritische Relevanz einer Arbeit in Museen, in Ausstellungen, im Mainstream aussehen? Wesentlich scheint hier eine Unterscheidung, die zahlreiche feministische Positionen seit den 70er Jahren vorgenommen haben: Nämlich die Differenz zwischen Repräsentation im Sinn von Sichtbarkeit und jener im Sinn von Definitionsmacht. Das Museum „für alle“ sieht ebenso wie das Museum der „Partizipation“ und jenes der „Repräsentation marginalisierter Positionen“ keinen Raum für eine Veränderung der Definitionsmachtverhältnisse vor.

Wenn Ausstellungen, Kunsträume und Museen als Orte der Kritik begriffen werden sollen, dann scheint genau deshalb eine Perspektivierung auf Definitionsmacht notwendig. Denn die Definitionsmacht darüber, was sichtbar und sagbar ist – oder mit den Worten Jacques Rancières die „Praktiken und Formen der Sichtbarkeit“ –, ist genau das, was an diesen Orten geschieht, vorgenommen wird und daher auf dem Spiel steht. Und diese steht einem Teil der Gesellschaft zu und ist einem anderen verwehrt. So gibt es einen ganz bestimmten vorbehaltenen Platz für marginalisierte Gruppen und Positionen im Mainstream: den Platz der mehr oder weniger anderen „Kultur“. Als solche bereichernde und zerstreue, wundersame und exotische Objekte sind marginalisierte Gruppen allerdings gefragt, dürfen bunte Bilder präsentieren, Mahlzeiten bereiten, Gesang und Tanz vorführen und die internalisierten Unterdrückungsverhältnisse zur Schau stellen. Der Kampf um Definitionsmacht besteht in der Strategie, diesen zugewiesenen Platz zu verlassen und das, was er nicht vorsieht, einzunehmen und einzufordern, nämlich Kritik und eine Subjektperspektive im Mainstream und gegen den Mainstream.

Genau in der Auseinandersetzung mit den Verhältnissen der Definitionsmacht scheint also die Möglichkeit von Kritik und von politischen Strategien im Mainstream zu bestehen. Worum es dabei geht, ist nicht einfach die bloße Herstellung von Sichtbarkeit, nicht einfach sichtbar zu sein, oder auch was sagen zu dürfen. „Rein in den Mainstream!“ zielt vielmehr auf das Ganze: auf die Definitionsmacht über das Sichtbare. Statt den Mainstream zu vermeiden, geht es dabei darum, in den Kampf darüber, was als sichtbar und sagbar gilt, einzutreten. Und das ist eben ein Kampf um Hegemonie, um Macht, um Umverteilung und auch um Enteignung der bestehenden Machtverhältnisse im Feld der Sichtbarkeit.

*Erstmals erschienen in: Bildpunkt. Zeitschrift der IG Bildende Kunst, Herbst 2006*

# Universalismus 2.0

Viva la revolution!

Chancengleichheit: Hoffnung oder Geschwätz?

Politiken der Differenz

Das Strategische am strategischen Universalismus

Politik in der ersten Person Plural

Identic XL

Mobile Identitäten

**Anonym**

Viva la revolution!  
fotografiert von SylK



# Chancengleichheit: Hoffnung oder Geschwätz?

Interview mit María do Mar Castro Varela  
und Nikita Dhawan

**Was beinhaltet der Begriff der Chancengleichheit aus der Sicht von Angehörigen diskriminierter/marginalisierter Gruppen? Oder anders gefragt: Was heißt Chancengleichheit, wenn aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen gesprochen/gehandelt wird?**

Auf der einen Seite ist die Frage nach Chancengleichheit für Minorisierte hoffnungsgeladen, transportiert sie doch nicht nur die Idee sozialer Gerechtigkeit, sondern auch die Hoffnung auf Anerkennung und Sichtbarmachung bestehender Ungleichheitsverhältnisse. Die Frage nach der Chancengleichheit ist damit gewissermaßen utopisch aufgeladen und hat ja tatsächlich auch eine Reihe von Emanzipationsbewegungen beflügelt. Auf der anderen Seite ist Chancengleichheit für viele Minorisierte nichts mehr

als wohl artikuliertes Geschwätz, das vor allem denen zum Vorteil gereicht, die damit nicht nur ihren Humanismus unter Beweis stellen können, sondern auch ihre Existenz sichern. Denn während die einen kontinuierlich über Gleichbehandlung sprechen, müssen die zu Anderen gemachten dabei zusehen, wie sich ihre soziale Lage immer weiter verschlechtert. Und jede Verschlechterung auf der einen Seite schafft konkret Arbeitsplätze auf der anderen Seite. Heute ist es etwa für Menschen aus der Arbeiterschicht in Deutschland schwieriger zu studieren als noch in den 70er Jahren. Die Bildungsrevolution Ende der 60er Jahre propagierte, dass Bildung ein Bürgerrecht sei. Und in der Tat stieg der Anteil proletarischer Kinder, die in die Mittelschicht aufsteigen konn-

ten, von drei auf sieben Prozent. Seit 1990 sinkt er in Deutschland allerdings wieder. Und obschon es immer mehr Migranten und Migrantinnen in den Hochschulen gibt, nimmt die Diskriminierung in den Institutionen und im Alltag eher zu als ab. Es scheint uns deswegen notwendig immer wieder darauf hinzuweisen, dass gleiche Chancen auch Privilegienumverteilung bedeutet. Insoweit geht es um soziale Kämpfe und weniger um evaluierte sozialarbeiterische Professionalität.

Die kapitalistische Logik verspricht fortwährend, dass wer Leistung bringt, entsprechend entlohnt wird, doch tatsächlich ist es so, dass Minorisierte nicht gleiche, sondern viel mehr Leistung bringen müssen, um die selbe Anerkennung (ökonomisch, sozial und symbolisch) zu erhalten. Gleichzeitig wird Minorisierten häufig nicht einmal die Möglichkeit gewährt, ihre Talente zu entfalten. Wer in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert wird, hat kaum Gelegenheit, die eigenen Potenziale unter Beweis zu stellen. Da helfen auch keine noch so spitzfindigen pädagogischen

Maßnahmen zur Erhöhung der interkulturellen Kompetenz und Sensibilisierung gegenüber Minderheiten.

Aus der Position Minorisierter kann unseres Erachtens das Versprechen von Chancengleichheit nur eine Kampfansage bedeuten, die etwa nach Selbstorganisationen ruft. Allerdings richten wir unser Augenmerk dabei insbesondere auf die globalen Interdependenzen. Eines der aktuellen Probleme politischer Auseinandersetzung im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit ist ein fataler methodologischer Nationalismus, der glaubt, die Effekte eines neoliberalen Turbokapitalismus innerhalb der nationalen Grenzen angreifen zu können, ohne zu bemerken, dass Ruhe im „Westen“ mit weiterer Ausbeutung des „Rests“ erkaufte wird, um ein Bild von Stuart Hall zu bemühen.

**Wie kann man sich der Idee der Chancengleichheit annähern, ohne die Heterogenität diskriminierter Gruppen und die Gleichzeitigkeit von Unterdrückungsverhältnissen (z.B. Migrantin, Schwarz, muslimisch, homosexuell) aus dem Blick zu verlieren?**

Dies ist eine Frage, die uns schon seit geraumer Zeit beschäftigt, weil wir denken, dass die dominante Identitätspolitik der 80er und 90er Jahre politisch bedenkliche Effekte mit sich gebracht hat. Dazu zählt etwa die kontinuierliche Viktimisierung sozialer

Gruppen, die erst über Diskriminierungspraxen produziert wurden. Weswegen die postkoloniale Feministin Gayatri Spivak sich für eine dekonstruktive Wachsamkeit ausspricht, die das eigene politische Tun immer selbstkritisch betrachtet. Das bedeutet, nicht die selbst erlebten Ausgrenzungserfahrungen zu fokussieren, ohne das eigene Verwobensein im hegemonialen Netz zu reflektieren. So schreibt Spivak durchaus provokant, dass sich MigrantInnenbewegungen im Westen zuweilen parasitär zu Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ verhalten. Das Private ist zwar politisch, aber wie Spivak bemerkt, ist es fatal, das Politische nur auf das Private zu reduzieren.

Wie können also die unterschiedlichen Verletzlichkeiten beachtet werden, ohne in eine problematische „Gleichmacherei“ zu verfallen? Die zurzeit sehr beliebten Diversity-Ansätze sehen wir beispielsweise sehr kritisch, weil sie dazu verführen, die Heterogenität von Verletzlichkeitspositionen zu verwischen. Darüber hinaus stehen sie auch im Zeichen der „Verwertbarkeit“ oder Kapitalisierung von so genannten „Humanressourcen“. So heißt es auf der Website der EU pointiert: „Diversity makes business sense.“ Diversity zahlt sich aus, d.h. macht innerhalb einer postfordistischen Logik Sinn. Die Unternehmen bauen hier auf eine höhere Identifikation der ArbeitnehmerInnen mit dem Betrieb, was schließlich eine

höhere Produktivität verspricht. Eine Strategie, die selbstredend Ungleichheiten stabilisiert, anstatt sie anzugreifen. Gemeinsam ist Strategien wie „Diversity Management“ und „Gender Mainstreaming“, dass sie im Grunde depolitisiert wirken. Denn der politische Kampf wird als angebliches Antidiskriminierungsinstrument an offizielle Institutionen weitergegeben, die sich nur wenig für die makropolitischen Rahmenbedingungen interessieren. So stellen sich diese selten gegen die rigider werdenden Grenz- und Kontrollregimes (Einführung biometrischer Ausweise, Videoüberwachungen, die unhinterfragte Kontrolle von Computern und Telefonen etc.).

Das alles machte eine offensive „Multi Issues“-Politik vonnöten, die eine intersektionelle Perspektive und Analyse ernst nimmt. Intersektionalität kann dabei als der Versuch gewertet werden, die Dynamiken und Verflechtungen unterschiedlicher Diskriminierungen wie z.B. Rassismus, Sexismus, Heterosexismus, Bodyismus usw. zu betrachten und politisch anzugreifen.

**Geht es um Gleichbehandlung oder Förderung („positive Diskriminierung“)? Stehen diese Strategien überhaupt in einem notwendigen Gegensatz? Welche Strategien haben sich aus eurer Sicht unter welchen Verhältnissen bewährt?**

Spannenderweise denken die meisten bei der Frage der staatlich

verordneten Strategien gegen Diskriminierung immer gleich an die USA und die so genannte „Affirmative Action“. Dagegen ist den wenigsten bekannt, dass postkoloniale Länder wie Indien und Südafrika wesentlich weitergehende Instrumente entwickelt haben. Südafrika setzte z.B. auf Verfassungsebene konsequent auf das Prinzip der Gleichstellung aller BürgerInnen. Es ist dies ein Ergebnis jahrelanger Kämpfe von NGOs, Bündnissen und Einzelpersonen, die sich aktiv mit der Konsequenz kolonialer Unterdrückung auseinandergesetzt haben. In Indien dagegen wurden nach der Unabhängigkeit von Großbritannien 1947 so genannte „Reservations“ eingeführt. Zielgruppe sind hier die „scheduled castes“ und „scheduled tribes“, die über eine jahrhundertelange – bereits vorkoloniale – Diskriminierungsgeschichte verfügen. Die so genannten „Unberührbaren“ (heute Dalits) und die indigene Bevölkerung Indiens wurden vor, während und auch nach der Kolonialzeit massiven Ausgrenzungen und Stigmatisierungen ausgesetzt. In der Verfassung Indiens, die von einem Dalit, Ambedkar nämlich, erarbeitet wurde, wird der Versuch unternommen, diese historischen Ungerechtigkeiten zu „korrigieren“, wie es heißt. Für Mitglieder von „scheduled castes“ und „scheduled tribes“ werden u.a. Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, an den Hochschulen etc. „reserviert“. Was bedeutet, dass

diese Stellen nur von Mitgliedern dieser Gruppen besetzt werden dürfen. Das „Reservation-System“ hat im Laufe seiner Geschichte viele und harte soziale Kämpfe ausgelöst. Aktuell versucht etwa die indische Regierung reservierte Studienplätze an den berühmten IT- und Management-Hochschulen durchzusetzen und stößt dabei auf erbitterten Widerstand der erstarkten indischen Mittelschichten und Angehörigen der höheren Kasten.

Deutschland dagegen propagiert das lahmste Antidiskriminierungsinstrument überhaupt, die Quotierung, und beschränkt dieses nur auf die Kriterien „Geschlecht“ und „Behinderung“. Zumeist heißt der dazugehörige Satz: „Bei gleicher Qualifizierung wird eine Frau bevorzugt ...“ An den Universitäten hat das nach mehr als zehn Jahren zu nur unerheblichen Veränderungen im Geschlechterverhältnis gesorgt. Aber zumindest ist eine Diskriminierung auf Grund des Geschlechts thematisierbar, dasselbe gilt weder für die Diskriminierung auf Grund der Herkunft, der Hautfarbe noch der sexuellen Orientierung.

Problematisch scheint zudem bei all diesen Instrumenten, dass sie recht spät einsetzen – also etwa bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst. Doch ob Affirmative Action, Quotierung oder Reservations, die Mehrheit der Minorisierten kommt gar nicht erst so weit, sich auf Stellen im öffentlichen Dienst zu bewer-

ben. Wie sieht es beispielsweise mit undokumentierten Flüchtlingen aus, denen nicht einmal das Recht auf das bloße Hiersein gewährt wird? Was nützen diesen „new subalterns“, wie Spivak sie bezeichnet, all diese Strategien? Was ist mit denen, die nicht arbeiten wollen? Mit denen, die bestimmte „Anforderungen“ nicht erbringen können?

**Ist die Förderung einer aktiven Partizipation eine mögliche Maßnahme gegen Diskriminierung? Kann man Partizipation überhaupt „fördern“ oder läuft das nicht ihrer eigentlichen Bedeutung entgegen?**

Es ist paradox, Partizipation zu „fördern“. Hier verhält es sich ähnlich wie mit dem Empowerment-Ansatz, der eigentlich davon ausgeht, dass sich von sozialer Ausgrenzung Betroffene organisieren und gegen Diskriminierung selber aktiv vorgehen. Das impliziert auch, das parasitäre Verhältnis von Sozialarbeit aufzudecken und kritisch zu hinterfragen. Dagegen ist das Mainstream-Verständnis mittlerweile so, dass professionalisierte sozialarbeiterisch Tätige den „Opfern“ von Diskriminierung wieder einmal „Hilfe“ anbieten. Letztere werden dadurch in der Position der „Opfer“ festgeschrieben, sodass das Empowerment im Grunde nur die sozialarbeiterisch Tätigen in ihrem Tun bestärkt.

Interessant ist auch, dass politische und soziale Aktivitäten von Minorisierten nicht als Par-

tizipation, sondern, wenn überhaupt, als Bedrohung wahrgenommen werden. Das gilt für politische wie auch soziale Organisationen und auch etwa Sport- und Kulturvereine. Nur wer sich in den Mehrheitsorganisationen bewegt, wird als respektabel und integriert wahrgenommen. Die hegemoniale Wahrnehmung ist lediglich in der Lage, das wahrzunehmen, was sie will, und beurteilt diese nur so, wie sie will. Weswegen in der Perspektive der Mehrheit eine Migrantin ein 20-köpfiges Arbeitsteam schon als interkulturelles Team erscheinen lässt, während ein türkischer Fußballverein die gesamte Nation in Schrecken versetzen kann.

Wahrscheinlich wäre es besser dazu aufzurufen, sich gegen die Verhältnisse aufzulehnen und weniger Partizipation zu fördern. Ein erster Schritt wäre, sich den hegemonialen Wortspielen zu verweigern. Wenn wir nicht mehr über Management, Qualität, Evaluation sprechen müssen, werden womöglich ganz andere politische Kräfte freigesetzt, die besser dazu in die Lage versetzen, die internationale Arbeitsteilung, die Flexibilisierung und Prekarisierung zu irritieren.

**E-Mail-Interview:**

**Radostina Patulova und Vina Yun**

*In gekürzter Form erstmals erschienen in:  
STIMME von und für Minderheiten, Zeitschrift  
der Initiative Minderheiten, 62/April 2007*



# Politiken der Differenz

Affirmative Action und die Fallen des Diversitätsmanagements. Von Radostin Kaloianov

**Eine erste Idee** darüber, was Diversitätspolitik ist, können wir von ihrer Abgrenzung zu anderen Politiken gewinnen, die „diskriminierungsträchtigen“ Differenzmerkmalen von Personen eine besondere Aufmerksamkeit schenken und um die soziale Inklusion ausgegrenzter gesellschaftlicher Gruppen bemüht sind. Erwartungsgemäß liegen die Unterschiede zwischen den verschiedenen Politiken der Differenz – die Politiken der Antidiskriminierung, des Multikulturalismus, der Diversität und der Affirmative Action – in den verschiedenen Arten ihrer Behandlung von ausgrenzungsträchtigen sozialen Differenzen.

Die Politiken der Antidiskriminierung sind um die rechtliche Gleichstellung von Personen bemüht. Antidiskriminierungsmaßnahmen berücksichtigen jedoch nicht den positiven Gehalt von Differenzmerkmalen, sondern versuchen ausschließlich die Behandlung von Personen – unabhängig von deren sozialen Differenzmerkmalen – durch fallbezogene und punktuelle Sanktionen zu egalisieren.

Die Politiken des Multikulturalismus konstruieren einen „Eigenwert“ von bedrohten, verdrängten und diskriminierungsträchtigen Differenzen und bemühen sich diese zu bewahren, ungeachtet dessen wie interaktionsoffen sich die in den gegenwärtigen Güter- und Werteökonomien zeigen. Die Politiken der Diversität wiederum beziehen ihre normativen Aufgaben und gestalten ihre politische Praxis in Hinsicht auf den „Mehrwert“ „ungenutzter“ Differenzen. Im Kontext des liberal-demokratischen Pluralismus findet die diversitätspolitische Fokussierung auf diesen Mehrwert einen minimalen und konsensfähigen Nenner integrationspolitischer Arbeit. Gleichzeitig haben utilitaristisch begründete und verwertungsorientierte

Politiken der Diversität den Nachteil, die Diskriminierung von Personen als Quelle differenzpolitischer Sensibilität und Normativität aus der Sicht zu verlieren, was weiter unten detaillierter aufgezeigt wird.

Schließlich sind die Politiken der Affirmative Action nicht um die Konservierung des Eigenwerts oder um die Nutzung des Mehrwerts von sozialen Differenzmerkmalen ausgegrenzter Gruppen bemüht, sondern setzen sich zum Ziel, die Vollwertigkeit abgewerteter Eigenschaften von systematisch diskriminierten und benachteiligten sozialer Gruppen wieder herzustellen

## Affirmative Action und Diversitätsmanagement

Diversitätspolitiken gehen aus den Politiken der Affirmative Action hervor, die seit den 1960er Jahren in den USA sukzessiv ihre Zielgruppenreichweite, ihr Begründungsrepertoire, ihr Maßnahmenspektrum und ihre Anwendungsbereiche erweitert und sich auch über kontinentale und nationale Grenzen hinweg weltweit ausgebreitet haben. Diversitätspolitiken sind zugleich die jüngste Generation der Politiken von Affirmative Action

Die soziale Diversität als normativer und empirischer Bezugspunkt von Diversitätspolitiken gewährt diesen drei wichtige Vorteile gegenüber Affirmative-Action-Vorläufern, die durch Forderungen auf Chancengleichheit oder kompensatorische Gerechtigkeit legitimiert wurden. Zum ersten stattet die Bezugnahme auf die soziale Diversität als Ideal bzw. Faktum kapitalistischer, liberal-demokratischer Gesellschaften die verschiedenen Spielarten von Diversi-

tätspolitiken mit konsensfähigeren Argumentationen aus. Zu diesem eher theoretisch fundierten Vorteil kommt zweitens die Erweiterung der Zielgruppen und des Spektrums der Differenzmerkmale, die diversitätspolitisch berücksichtigt werden sollen, hinzu. Der dritte Vorteil von Diversitätspolitik, der gleichzeitig eine Falle in sich birgt, ist, dass mit der diversitätspolitischen Umorientierung auf den Mehrwert von sozialen Differenzen der gemeinsame Nenner für konsensfähige Affirmative-Action-Maßnahmen gefunden zu sein scheint.

Genau an diesem Aspekt von Diversitätspolitik scheiden sich die Entwicklungslinien von Diversitätspolitik qua Affirmative Action und qua Diversitätsmanagement. Im Großen und Ganzen geht es bei der Verzweigung der zwei Entwicklungslinien darum, ob in den Zielen und Maßnahmen von Affirmative Action die Aufwertung und Verwertung von Differenzmerkmalen in einem Verhältnis von Zweck zu Mittel stehen, ob sie überhaupt in einem Verhältnis zueinander vorkommen oder ob die Verwertung zu Selbstzweck wird. Die Verselbstständigung von Verwertungsabsichten und -maßnahmen, die den Kern von Diversitätsmanagement ausmacht, geht auf den Umstand zurück, dass die auf Aufwertung ausgerichteten Umbrüche der öffentlichen Werteverhältnisse über verteilungs- und verwertungspolitische Strukturumbrüche erfolgen. Darüber hinaus fallen Aufwertung und Verwertung weder praktisch noch zeitlich zusammen. Einerseits können Aufwertungsziele nur über den Weg von Verwertungsmaßnahmen realisiert werden, andererseits kommen oft kurzlebige Aufwertungseffekte den Distributionseffekten von Verwertungsmaßnahmen zuvor. Was schwierig macht die Verwertung im Dienste der Aufwertung zu halten.

Mit der Verdichtung von Verwertungsabsichten und -maßnahmen zum Diversitätsmanagement ist die Verbindung zu Affirmative Action als aufwertungsorientiertes Gesellschaftsprogramm gerissen. Die Festlegung von diversitätspolitischen Zielen, Maßnahmen und Zielgruppen erfolgt von nun an nicht ausschließlich in Hinblick auf die Aufhebung herrschender Diskriminierungsverhältnisse. Dieser inne-

ren Spaltung von Affirmative Action zufolge breiten sich, ursprünglich ausgehend von marktwirtschaftlichen, profitorientierten Großorganisationen und in letzter Zeit zunehmend im Bereich der Öffentlichen Verwaltung anzutreffen, seit drei Jahrzehnten Maßnahmen unter dem Label „Diversitätsmanagement“ aus. Diese identifizieren sowohl soziale Differenzmerkmale mit Verwertungsabsichten als Mehrwert, spannen Zielgruppen als ungenutzte Ressourcen in Verwertungsmaßnahmen ein und weichen der Konfrontation mit den herrschenden Diskriminierungsverhältnissen aus.

Die verschiedenen Ansätze des Diversitätsmanagements haben mit der Verknennung der Problemlagen und dem Umstieg von Zielgruppen zur Zielinstitutionen zwei generelle Schwachstellen, die im direkten Zusammenhang mit der Kulturalisierung von Problemlagen und Zielgruppen als eine spezifische Schwachstelle des Diversitätsmanagements für MigrantInnen stehen.

Bei der Identifikation der Problemlagen liegt die Schwäche von Diversitätsmanagement eben darin, dass das Faktum der sozialen Diversität magischerweise als Bereicherung der Gesellschaft vorausgesetzt wird. Diversität kommt ins Visier von Integrationspolitiken, einschließlich von Diversitätsmanagement, gerade weil und wenn diese gefährdet wird: Bleiben die Diskriminierungsverhältnisse aufrecht und intakt, können die betreffenden Differenzmerkmale und Personen gar nicht als Bereicherung zur Geltung kommen. Die integrationspolitische Sensibilisierung, der gerechtigkeitspolitische Handlungsbedarf sowie die Verwertung von diskriminierungsträchtigen Eigenschaften als ungenutzte Ressourcen sind unmöglich, gegenstandslos und aussichtslos ohne eine auf Aufwertung ausgerichtete Kampfansage an die Diskriminierungsträchtigkeit solcher Differenzmerkmale und ohne einen entschlossenen Konfrontationskurs mit den jeweiligen Diskriminierungsverhältnissen.

Auf diese Weise verfehlt Diversitätsmanagement nicht nur die Aufwertung wie die Verwertung von diskriminierungsträchtigen Eigenschaften von sozialen Gruppen, sondern kann, wie George Sher kritisch

anmerkt, durch die utilitaristisch verkürzte Aufnahme von Problemlagen, diese sogar vertiefen und verschlechtern. Die Verwertung besonderer Eigenschaften von Personen kann reibungslos mit den Diskriminierungsverhältnissen, in die Personen aufgrund eben den selben Eigenschaften Leid tragend hineingetragen sind, koexistieren und diese auch intensivieren. Schließlich produzieren Diskriminierungsnarrative Differenzmerkmale der Abwertung, die in sozialen Diskriminierungspraktiken nutzbringend verwertet werden können.

### Von Zielgruppen zu Zielinstitutionen

Die Zielgruppen des Diversitätsmanagements werden nicht als von Diskriminierung belastet, sondern als unterverwertet („underutilized“) wahrgenommen und daher nicht in Hinblick auf die Abwertung ihrer Differenzmerkmale, sondern auf den (noch nicht) genutzten Mehrwert dieser Merkmale behandelt. Soziale Differenzmerkmale sind aber mehrdeutig und transportieren zugleich Selbst- und Fremdzuschreibungen, Zugehörigkeiten und Nicht-Zugehörigkeiten. So sind auch die Eigenschaften, die das Diversitätsmanagement als ungenutztes soziales Kapital verwerten will, zumindest zweideutig und können vom Standpunkt der diskriminierten Gruppen als diskriminierungsträchtig angesehen werden, während dieselben Eigenschaften vom Standpunkt wohlmeinender DiversitätsmanagerInnen ausschließlich eine Bereicherung für die Gesellschaft darstellen.

Die Identifikation der Zielgruppen des Diversitätsmanagements fußt auf dem problematischen Schritt der Ausblendung der Mehr- oder Zweideutigkeit und der Durchsetzung der Eindeutigkeit von Differenzmerkmalen als brachliegende Reichtümer der Gesellschaft. Diesem zweckoptimistischen Machtakt ist vor allem die Stummschaltung der Perspektive der Betroffenen bei gleichzeitiger Verfestigung der Perspektive der Mehrheits- oder Aufnahmegesellschaft anzulasten. Somit setzen Diversitätsmanagement-Ansätze nur das weiter fort, wogegen diese eigentlich kämpfen sollten: Sie verfestigen die Allein-

herrschaft genau jene dominanten gesellschaftlichen Perspektiven, welche Diskriminierungsnarrative und -praktiken (re)produzieren und schalten weiterhin die Stimme derjenigen aus, die von Diskriminierung betroffen sind. Diversitätsmanagement identifiziert seine Zielgruppen nicht unter Einbindung des Standpunkts dieser Zielgruppen, sondern ausschließlich in Hinblick auf jene Zielinstitutionen, die durch Diversitätsmanagement unterverwertete Zielgruppen verwerten wollen. Genau genommen sind Diversitätsmanagement-Ansätze nicht an Zielgruppen, sondern an Zielinstitutionen gerichtet.

### Die Kulturalisierung des Diversitätsmanagements für MigrantInnen

Die Kulturalisierung von Differenzen folgt direkt aus der Fokussierung auf den Mehrwert von Differenzen unter Ausblendung der Diskriminierungsverhältnisse, in denen dieser Mehrwert eingelöst wird sowie aus der Vorrangstellung von Institutionen als Adressaten der Verwertung. Um Personeneigenschaften überhaupt als eine Bereicherung ansprechen zu können, müssen Diversitätsmanagement-Ansätze ja einen Mehrwert erfinden und finden ihn in den diversen Merkmalen kultureller Zugehörigkeit von MigrantInnen. Dabei wird über die Diskriminierungsverhältnisse der Dominanzgesellschaft weggesehen, in welchen solche kulturelle Eigenschaften ihre Zweideutigkeit als Signaturen der Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit beziehen, der Aufnahmegesellschaft Bereicherung versprechen und gleichzeitig die MigrantInnen der Diskriminierung aussetzen. Das Diversitätsmanagement für MigrantInnen will diese als kulturelle Ressourcen verwerten ohne sich darum zu kümmern, wie es ihnen sonst als Mitglieder dieser Gesellschaft geht, die nachweislich von Ausgrenzung und Benachteiligung betroffen sind. Umso paradoxer erscheint die Kulturalisierung des Diversitätsmanagements für MigrantInnen in Bereichen wie der Öffentlichen Verwaltung angesichts der Tatsache, dass die kulturalisierende Identifikation von Problemlagen und Zielgruppen in einem politischen Inklusions-

angebot vorkommt, welches in gesellschaftlichen Strukturen realisiert werden soll und von Institutionen ausgeht, die ihre Inklusionsleistungen für alle Gesellschaftsmitglieder gerade auf das Ausblenden von kultureller Zugehörigkeit stützen.

Als Maßnahmen-Mix zur Verwertung des kulturellen Mehrwerts der Migration entfernt sich das Diversitätsmanagement für MigrantInnen radikal von ihren Affirmative-Action-Ursprüngen und nimmt allmählich die Züge eines utilitaristischen Schlichtungsansatzes im „Kampf der Kulturen“ ein. Das Diversitätsmanagement als Kulturverwertung kann die Probleme der strukturellen, also der sozioökonomischen, der rechtlichen oder politischen Integration von MigrantInnen weder richtig erfassen noch nachhaltig lösen. Solange die Kulturalisierungstendenzen im Diversitätsmanagement für MigrantInnen den Handlungsbedarf zur Aufhebung der bestehenden Diskriminierungsverhältnisse und Berichtigung der bestehenden Benachteiligungslandschaften verkennen, Probleme und Zielgruppen nicht beim Namen nennen, die aufnahmegesellschaftlichen Mechanismen symbolischer Gewalt mit anderen Mitteln fortsetzen, wird auch die kulturelle Inklusion von MigrantInnen erfolglos bleiben und die Mehrheitskultur der Aufnahmegesellschaft kann ihren Siegeszug unverändert und unbereichert fortsetzen. Und die kulturelle Vielfalt wird weiterhin hauptsächlich dem Veranstaltungskalender zu entnehmen, nicht aber im Leben der Einwanderungsgesellschaft zu erfahren sein.

Diversitätspolitik, die um mehr als um die Veranstaltung und Inszenierung von sozialer Diversität bemüht sind, und Inklusionsangebote, die mehr als die Veranstaltungsabfolgen kultureller Vielfalt umfassen, können sich der Konfrontation mit den mehrheits-, aufnahme- oder dominanzgesellschaftlichen Diskriminierungsverhältnissen nicht entziehen, und die Stimmen der Betroffenen nicht unerhört und wirkungslos lassen.

*Langfassung des Textes beim Autor erhältlich*  
 Kontakt: r.kaloianov@gmx.at

Weiterführende Literatur:

Terry H. Anderson, *The Pursuit of Fairness. A History of Affirmative Action*. New York: Oxford University Press 2004

Eugen Antalovsky, Alexander Wolffhardt, *Migration und Integration*. Wien: Europaforum Wien 2002

Erna Appelt, Monika Jarosch (eds.), *Combating Racial Discrimination*. Oxford: Berg 2000

Radostin Kaloianov, *Affirmative Action für MigrantInnen? Am Beispiel Österreich*. Endbericht zum GSK-Postdoc-Fellowship des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Wien: Institut für Konfliktforschung 2006

Erin Kelly, Frank Dobbin, „How Affirmative Action Became Diversity Management“, in: *American Behavioural Scientist*, Vol. 47, No.7, April 1998

Daniel Sabbagh, „Affirmative Action Policies: An International Perspective“, Vortrag am Joint Session of Workshops des European Consortium for Political Research, Granada, Spanien, April 2005

Axel Schulte, „Multikulturelle Einwanderungsgesellschaften, Demokratie und Integrationspolitiken in Westeuropa“, in: Hartmut Behr, Siegmund Schmidt (Hg.), *Multikulturelle Demokratien in Vergleich*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001

George Sher, „Diversity“, in: Steven M. Cahn (ed.), *The Affirmative Action Debate*. New York: Routledge 2002

Thomas Sowell, *Affirmative Action Around the World. An Empirical Study*. New Haven: Yale University Press 2004

Birgit Weyss, „Österreichische Rechtslage im Bereich Antidiskriminierung“, in: *Handbuch zur rechtlichen Bekämpfung von Diskriminierung*. Vammala: Vammalan Kirjapaino Oy 2003

# Das Strategische am strategischen Universalismus

Gleiche Rechte für Alle! Aber wer sind alle? Von Therese Kaufmann und Nora Sternfeld

**Ein Begriff**, der lange Zeit kaum mehr ausgesprochen werden konnte, scheint plötzlich in verschiedensten Zusammenhängen zwischen Aktivismus und Theorie ein Revival zu erleben. Woher taucht dieser Begriff des Universalismus nun wieder auf, wo und warum spielt er wieder eine Rolle und was ist mit ihm anzufangen? Den Kontext dieser Überlegungen stellen die in den letzten Jahren gerade in aktivistischen Debatten und Praxen zunehmend an Bedeutung gewinnenden Auseinandersetzungen über Allianzenbildungen und Vernetzungen dar. Diese haben sich dabei etwa in queeren Kontexten auch Fragen zugewandt, die nicht nur über reine „Single Issue“-Politik, sondern auch über Mechanismen bloßer Vernetzung hinausgehen: Was ist der Hintergrund, der gemeinsame Horizont, vor dem es sich zusammenarbeiten lässt bzw. wo und mit welchen Argumenten geht es eher darum, nicht mitzumachen?

Wir stehen dem Begriff unterschiedlich gegenüber, etwas skeptisch, aber auch mit einem kämpferischen Anspruch auf sein „politisches Fortleben“, wie Boris Buden es in Anlehnung an Walter Benjamin genannt hat. Einerseits geht es um eine Kritik an identitären, essenzialistischen Positionen, an einer partikularistischen Fixiertheit in politischen Bewegungen, die erst recht wieder neue Ausschließungsmechanismen produziert. Selbst wenn versucht wurde, die Idee des Universalismus durch neue Begrifflichkeiten zu ersetzen, wie z.B. durch jenen der Übersetzung, um transnationale Subjektivitäten einer postdialektischen Ära jenseits der Konstruiertheit fester Identitäten und Grenzen zu beschreiben, kommt der „alte“ Begriff doch immer wieder zurück.

Andererseits stellt sich gerade mit Blick auf aktivistische Zusammenhänge die Frage, wieso hier ein Konzept helfen soll, das längst für tot erklärt worden war. Warum mit einem Begriff operieren, der in unterschiedlichen feministischen und postkolonialen Diskursen zu Recht massiv kritisiert wurde? Was ist die politische Potenzialität eines Konzepts, das als weiße, westliche, männliche partikuläre Konstruktion und Herrschaftstechnik, als hegemonialer Eurozentrismus demaskiert wurde?

## Gleiche Rechte für Alle!

Mit den Revolutionen im ausgehenden 18. Jahrhundert entwickelt sich das Konzept der (politischen) „Gleichheit“. Bis heute wird auf die Forderungen dieser Revolutionen Bezug genommen, wenn „Gleiche Rechte für Alle!“ reklamiert werden. Aber wer waren bzw. wer sind „alle“? Und wer war/bleibt von „allen“ ausgeschlossen? Gerade diese historische Perspektive zeigt, wie sich gleichzeitig mit dem Ideal der Gleichheit eine neue Realität der Ungleichheit manifestierte. Eine Realität, mit der wir nach wie vor konfrontiert sind, wenn zwar von „universellen Rechten“ die Rede ist, diese aber tatsächlich ausschließlich eine westliche und männliche Perspektive reflektieren, die „selbstverständlich“ als universell vorausgesetzt wurde. Neben dem „Universalismus“ als hegemonialer Partikularismus (nur manche sind alle und andere nicht) musste der Universalismus auch als missionarische und koloniale Gewaltherrschaft (alle müssen sich anpassen) kritisiert werden.

Gleichsam eine Umkehrung dieser produ-

zierten Ausschließungen ereignet sich, wenn die universalistische Rhetorik zur Verdeckung realer Ungleichheiten (alle haben die gleichen Chancen) dient – wie etwa in einer neoliberalen Ideologie – oder zur Verwischung und Ausblendung von Differenzen. Wenn Ungleiches gleich behandelt wird, entsteht Ungerechtigkeit. Ebenso problematisch zeigen sich universalistischer Paternalismus und StellvertreterInnenpolitik (ich kann für alle sprechen), die eben diese Ungleichheit durch die Verweigerung des Rechts, selbst Anspruch auf gleiche Rechte zu erheben, noch weiter perpetuieren und verschärfen.

## Universalismus von den Rändern her

Aus all diesen Gründen und wegen der berechtigten Kritikpunkte schien das Konzept des Universalismus weitgehend diskreditiert. Gerade gegen die Herrschaftstechniken eines verkürzten, vereinnahmenden und ausschließenden Universalismus schien es notwendig, sich aus marginalisierten Perspektiven der Techniken der Identitätspolitik zu bedienen, sich durch partikuläre Positionen und Politiken gleichsam ins Universale hineinzureklamieren. Doch trotz seiner realen Unmöglichkeit bleibt der Horizont, vor dem marginalisierte Positionen immer wieder ihre Rechte einfordern, die „Gleichheit“ und eben „gleiche Rechte für Alle!“.

Während Universalismus immer nur in eine Richtung – von der Mehrheit zu den Rändern – vorgestellt und kritisiert wurde, wurde seine Produktivität in umgekehrter Richtung weitgehend außer Acht gelassen. Dabei wurden nicht nur die Forderung nach Gleichheit, sondern auch Fragen nach Vernetzung und gemeinsamen Kämpfen, nach theoretischen Positionen und politischen Strategien zwischen Solidarität, kosmopolitischem Transnationalismus, Allianzenbildungen, gemeinsamen politischen Kampffeldern und multitudinesken Zusammenschlüssen gerade in sehr spezifischen politischen Debatten und Organisationszusammenhängen aufgeworfen: Mit dem Slogan „Alles für alle. Für uns nichts“ machen die Zapatistas in Mexiko auf ihre nicht-identitäre Perspektive

aufmerksam. „Was wir verteidigen, verteidigen wir für alle“, proklamieren die Intermittents du spectacle in Frankreich. Queere AktivistInnen haben wiederum Kritik an klassischen Identitätspolitiken im Feminismus geübt und diesen anhand von radikalen anti-essenzialistischen Konzeptionen redefiniert.

Der Universalismus wird gemeinhin der Mehrheitsgesellschaft zugeschrieben – sowohl in ihren eigenen paternalistischen Diskursen als auch in weiten Teilen der Kritik. Dem steht eine andere Perspektive gegenüber: Die Aneignung einer strategisch universalen Perspektive von marginalisierter Seite, die aus der Opfer- und Objektposition heraustritt und sich herausnimmt, solidarisch zu handeln, sich in allgemeine Belange einzuklinken. „Euer Kampf ist auch unser Kampf“ ist die Parole, die den universalistischen Akt der Solidarisierung der Zapatistas in Mexiko mit anderen politischen und sozialen Kämpfen in der Welt ausdrückt. Die Zapatistas nehmen sich das – gerade den Indígenas aus rassistischen Motiven abgesprochene – Recht, nicht bloß lokal und nicht bloß sie selbst betreffend Position zu beziehen: „Diese schlechte Regierung glaubt, dass wir indigene Völker nicht international denken. Aber wir indigene Völker denken international, und wir indigene Völker haben das Recht uns Meinungen zu bilden und zu entscheiden, wie wir handeln wollen.“

Als queere Theoretikerin über Antisemitismus schreibend, macht auch Bini Adamczak klar, dass „für sich selbst zu sprechen“ und sich in die Normalität hinein zu reklamieren noch lange nicht die Maximalforderung radikaler Politik darstellt. Sie tritt dafür ein, dass in queeren Debatten und Theoriezusammenhängen nicht nur Heterosexismen und die Normierungslogiken der Zweigeschlechtlichkeit bekämpft werden, sondern auch Ausbeutungsverhältnisse, Antisemitismen – der Vorwurf des „Universalismus“ zählte im 19. Jahrhundert zum klassischen Rhetorikrepertoire des modernen Antisemitismus – und Rassismen: „Es geht nicht um ein ‚we are here, we are queer, get used to it‘, indem ihr euch an unseren Anblick gewöhnt, sondern um eine Aneignung der Norm, des phallischen Blicks, selbst. Wir sind hier – wir

sehen euch. We are here – we are watching you.”

## Das Strategische als Handlungsraum

Mitte der 80er Jahre entwickelte die postkoloniale Theoretikerin Gayatri Spivak das Konzept eines „strategischen Essentialismus“. Der Essentialismus (die Idee, dass es ein feststehendes, durch Blut/Boden/Kultur/Religion/Geschlecht etc. verbundenes Wesen von Menschen im Kollektiv gibt) war zurecht so stark unter Kritik der poststrukturalistischen Theorie geraten, dass es kaum mehr möglich schien, sich als irgendeine Gruppe oder im Namen von Irgendetwas zu organisieren. Mit der Einführung des „strategischen Essentialismus“ wollte Spivak den Essentialismus nicht rehabilitieren. Ihr ging es dabei darum, trotz und in Anbetracht der Kritik, Möglichkeiten für eine aktuelle und konkrete politische Praxis offen zu halten. Der Begriff „strategisch“ wurde bei Spivak sozusagen zu einem Handlungsraum. Diesen Begriff des Strategischen als Handlungsoption wollen wir nun auch im Hinblick auf eine Redefinition des Universalismus vorschlagen.

Aktivistische Praxen haben die mittlerweile eher „unproduktive Diskussion“ Universalismus ja oder nein längst hin verschoben zur Frage: Unter welchen Bedingungen? Wofür? Und mit welchen Zielsetzungen? Diese Idee des „Strategischen“ als operatives Konzept denkt die Kritik am Universalismus in seiner klassischen Ausformung ebenso mit wie auch das Strategische des „strategischen Essentialismus“ und muss gerade deshalb aufmerksam sein für die Kämpfe, die jenseits der eigenen gefochten werden. Wenn sich das auch sehr einfach schreibt, so haben wir es bei diesem Konzept mit einem sehr konfliktuellen Anspruch zu tun: „Wenn ein Haus wie die Rosa Lila Villa sich mittels Transparenten mit einem Schwarzen Opfer von Polizeigewalt solidarisch erklärt und dann sich anhören muss, wir würden das Opfer jetzt auch noch als schwul denunzieren, stellt das leider sehr gut die Mängel verschiedener Bewegungen dar.“ (Marty Huber)

Die Verschiedenheit aktivistischer Bewegungen,

ihrer Hintergründe und Notwendigkeiten können deshalb auch nicht durch die Herstellung von – immer problematischen – Analogien adressiert werden, sondern es gilt, vor dem Hintergrund des gemeinsamen Kampfes auch immer die unterschiedlichen Unterdrückungsverhältnisse zu benennen und zu analysieren. Deshalb ist der Handlungsraum des „Strategischen“ am Universalismus auch nicht als ein „Dazwischen“ oder eine Brücke zwischen Differenzen vorzustellen – ebenso wenig wie eine gemeinsame Schnittmenge.

Das Strategische liegt vielleicht gerade darin, den Raum als einen des Handelns zu verstehen, diese Differenzen nicht nur auszuhalten, ohne sie zu nivellieren, sondern sie auch zu verhandeln – nicht im Sinne eines sozialpartnerschaftlichen Tauschgeschäfts, sondern in einer konkreten Auseinandersetzung sowohl theoretisch-analytisch wie auch für eine konkrete politische Praxis. Die Stichworte, die uns im Hinblick auf jenen „unvollständigen Horizont“ des Universalen noch einfallen, sind: selbstbestimmt und eigensinnig, doch ebenso fragil und unabgeschlossen – mit der Einladung an alle, diesen Versuch einer positiven Beschreibung in Frage zu stellen oder zu erweitern ...

*Mit Dank an Marty Huber*

Verwendete Literatur:

Bini Adamczak, in: A.G. Genderkiller, Antisemitismus und Geschlecht, Münster: Unrast 2005

Etienne Balibar, „On Universalism“, in: transversal 05/07, <http://eipcp.net/transversal/0507>

Boris Buden, „Dead Concept Walking“, auf: [www.igbildendekunst.at/allesfueralle/symposium.html](http://www.igbildendekunst.at/allesfueralle/symposium.html)

Ernesto Laclau, Emanzipation und Differenz, Wien: Turia + Kant 2002

Oliver Marchart, in: Ernesto Laclau, Emanzipation und Differenz, op. cit.

Comandante Mister, Ansprachen der Kommandantur zum 9. Jahrestag des zapatistischen Aufstandes, auf: [www.chiapas98.de/news.php?id=466](http://www.chiapas98.de/news.php?id=466)

# Politik in der ersten Person Plural

Identität, Differenz und Selbst-Repräsentation. Von Kien Nghi Ha

**Es besteht** eine grundsätzliche Inkongruenz oder Instabilität im Verhältnis zwischen Identität und Repräsentation. Diese Kluft kann durch Selbst-Repräsentation zwar verringert, aber nicht aufgehoben werden. Identität lässt sich kulturell und politisch niemals vollständig abbilden, da Repräsentation als ein Prozess der Übersetzung in eine kulturelle bzw. politische Sprache unweigerlich mit dem Phänomen des „lost in translation“ konfrontiert ist. Zum einen funktioniert Repräsentation faktisch meist nur selektiv und retrospektiv. Zum anderen stellt jeder repräsentative Akt eine Momentaufnahme dar und kann keine universelle Gültigkeit beanspruchen. In jüngerer Zeit haben Studien aus dem Bereich der Cultural Studies und der postkolonialen Kritik darauf aufmerksam gemacht, dass eine uneingeschränkte Repräsentation und kollektive Identifikation niemals möglich sind.

Was bedeutet diese prinzipielle Erkenntnis nun für die Politik der Selbst-Repräsentation? Müssen wir uns angesichts der Dekonstruktion jeglicher Kollektividentität vom Ansatz der Selbst-Repräsentation verabschieden oder lohnt es sich angesichts des Fehlens überzeugender Alternativen für eine selbstkritische Identitätspolitik zu plädieren? Im Folgenden argumentiere ich dafür, die Beschränktheit von (kollektiven) Selbst-Repräsentationsstrategien weniger als Gefahr oder Schwäche zu begreifen. Vielmehr erwächst daraus die Chance für eine selbst-reflexive Identitätspolitik. In ihr werden die gemeinsamen Erfahrungen und geteilten Verbindungen nicht umstandslos vorausgesetzt, sondern erlangen erst durch

die Anerkennung von Differenzen und Brüchen ihre Bedeutung. Das Wissen um die Unvollkommenheit und Konstruiertheit identifikativer Selbst-Repräsentationen ist meiner Ansicht nach kein schlagendes Argument gegen eine Selbstermächtigung subalternen Minoritäten durch selbst-repräsentative Praktiken. Ein solches Wissen befähigt uns vielmehr, das Selbst permanent nach internen Ausschlüssen und Hierarchien zu befragen. Ich argumentiere für eine Politik, die zunächst die historische Konstruktion und strukturelle Durchsetzung unterschiedlich privilegierter Subjektpositionalitäten anerkennt, ohne sie zu verobjektivieren oder festzusetzen. Es geht also nicht darum, die durch Kolonialismus und Rassismus geschichtlich eingeschriebenen kulturellen Identitäten und Differenzen als starr und unaufhebbar zu begreifen, sondern als Ausgangspositionen für politische Handlungsmächtigkeit zu erkennen und produktiv zu machen. Da sowohl essenzialistische Ansätze von Identitätspolitik wie auch ihre undifferenzierte, weil prinzipielle Verurteilung repressive Momente aufweisen, ist es im Sinne von Homi Bhabha wichtig, nach einem postkolonialen „third space“ zu suchen, in dem grenzüberschreitende Visionen und selbst-reflexive Politikansätze für People of Color<sup>1</sup> möglich werden.

## Kulturelle Verobjektivierung

Die politische Forderung von People of Color nach Selbst-Repräsentationen erwächst aus der Unmöglichkeit, unter den vorherrschenden Bedingungen uneingeschränkt als gleichberechtigte und gleich-



wertige Mitglieder der Gesellschaft zu partizipieren. Sie weist auf einen strukturellen Ausschluss hin, der durch das Erleiden gesellschaftlicher Unter- und kultureller Missrepräsentationen geschaffen und aufrechterhalten wird. Diese Problematik ist in praktisch allen westlichen Einwanderungsgesellschaften rassistisch kodiert. Besonders postkoloniale MigrantInnen und Schwarze Menschen werden aufgrund ihrer außereuropäischen Herkunft durch dominante Zuschreibungen stigmatisiert. Neben politisch-rechtlichen und sozialen Ungleichheiten sind People of Color vor allem mit dem Problem der kulturellen Verobjektivierung konfrontiert. Diese unterschiedlichen Diskriminierungsfelder bilden einen miteinander verbundenen gesellschaftlichen Komplex, dessen unterschiedliche Teilbereiche sich gegenseitig konstituieren und dynamisieren. Solche politischen und sozialen Sanktionen schreiben sich negativ in die kulturelle Grammatik der Mehrheitsgesellschaft ein, die nur die Weiße Dominanzperspektive widerspiegeln können.

Neben dem offenen Rassismus werden People of Color auch durch die subtileren, aber sehr geläufigen Formen der Fremd- und Unterrepräsentation wirksam benachteiligt. Solche Praktiken laufen darauf hinaus, MigrantInnen und Schwarze nicht als politische Subjekte mit einer eigenen Stimme und einem eigenständigen Willen anerkennen zu müssen. Innerhalb des dominanten Repräsentationsregimes können wir uns daher nur als entfremdetes Selbst, das heißt als Andere unserer selbst wiederfinden. Solche epistemologischen Gewaltverhältnisse sind für rassistische Verwerfungen charakteristisch, die mittels Praktiken der Dominanz und Unsichtbarmachung durchgesetzt werden sowie durch verschiedene Formen des diskriminatorischen Wissens geprägt sind.

### **Repräsentationsmonopol aufbrechen**

Die Situation in vielen post/kolonialen Einwanderungsländern wie den USA, Kanada und Australien verdeutlicht, dass Repräsentationsfragen gerade durch Immigration immer gewichtiger werden. Um

das soziale Miteinander zu ermöglichen und interkulturelle Prozesse zu kommunizieren, muss der Modus gesellschaftlicher Repräsentation und Teilhabe grundlegend neu verhandelt werden. Neben diesen funktionalen Aspekten ist es auch elementar, Selbst-Repräsentation im Rahmen einer weiter gehenden Diskussion normativ zu betrachten, da sie die soziale, kulturelle und politische Teilhabe deklassierter Communities ermöglicht. In einer historischen Situation, in der sich Schwarze und migrantische Minderheiten durch kulturelle Praxen der dominanten Narration nationaler Identität widersetzen können, hat Selbst-Repräsentation eine wachsende politische Bedeutung. Daher hat die Notwendigkeit, sich selbst zu repräsentieren und die eigenen Interessen zu artikulieren, auch heute nichts von ihrer Aktualität verloren. Repräsentiert-Sein bedeutet, sich eine politische und kulturelle Basis zu verschaffen, um von dort aus für gesellschaftliche Geltung und Gleichberechtigung zu streiten. Die öffentliche Repräsentation des eigenen Selbstverständnisses läuft darauf hinaus, in einen politischen Kampf um gesellschaftliche Legitimität, Zugehörigkeit und Förderung bisher unterwerfener und verleugneter Existenzweisen einzutreten.

Seit langem fordern migrantische Minderheiten und People of Color neben politischer Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungen und sozialer Gleichstellung insbesondere eigene Räume zur Kreierung positiver Selbstbilder und Ressourcen zur öffentlichen Vermittlung der eigenen Geschichte. Die Erzählungen der bisher aus der Nation ausgeschlossenen Subjekte sind in ihrer Vielfalt uneinheitlich und lassen ganz unterschiedliche Perspektiven zu. Während migrantische Praktiken den nationalen Rahmen in Frage stellen, brechen People of Color auch das Weiße Artikulations- und Repräsentationsmonopol auf. Eine Selbst-Repräsentation unterdrückter Communities ist nur möglich, wenn auch die Gesellschaft und ihre Strukturen politisch, institutionell und personell nachhaltig transformiert wird. Ansonsten laufen wir Gefahr, einer Kulturalisierung des Sozialen bzw. Politischen Vorschub zu leisten.

Die kulturelle Repräsentation von Minder-

heiten ist eine notwendige, aber nicht ausreichende Selbstverständlichkeit. Zweifellos ist die Sichtbarkeit von kulturellen Minoritäten und das künstlerische, wissenschaftliche und mediale Wirken von kritikfähigen AkteurInnen mit Community-Bezug wichtig. Aber diese Interventionen im Kulturbetrieb und den ideologischen Apparaten können nicht die genuin politischen Kämpfe um republikanische Mindeststandards wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität ersetzen, sondern nur unterstützen und ergänzen. Daher ist der Kampf um kulturelle Repräsentation auch immer politisch aufgeladen. Grundsätzlich bieten sich hier zwei Strategien, oder präziser ausgedrückt, zwei Zielsetzungen migrantischer und Schwarzer Kulturarbeit an. Der erste eher reformerisch oder integrativ orientierte Ansatz ist bestrebt, die nationale Identität und den dominanten Kanon der Mehrheitsgesellschaft zu erweitern, um den Minoritäten einen eigenen Platz innerhalb der Nation zu sichern. Die zweite wesentlich unbequemere und radikalere Alternative besteht darin, die Produktion nationaler Identität, die auch immer mit der Konstruktion eines abgrenzbaren kulturellen Korpus verbunden ist, selbst in Frage zu stellen.

Jedes emanzipatorische Konzept verlangt eine ständige Überprüfung des unhinterfragten „Wir“, da die Anrufung des kollektiven bzw. kommunalen Selbst fragil und nur temporär möglich ist.

## Post-identitäre Politik

Wenn marginalisierte Minderheitengruppen heutzutage versuchen, sich durch Selbst-Repräsentation und strategische Identitätspolitik zu ermächtigen, sind sie oft mit dem (externen) Vorwurf des Essentialismus und der Furcht vor der Missachtung interner Differenzen konfrontiert. Mit dem Aufkommen poststrukturalistischer Konzepte wie Dekonstruktion, Differenz und Fragmentarisierung wird zuweilen undifferenziert und a-historisch behauptet, Identitätspolitik sei per se unzeitgemäß, weil homogenisierend und rückwärtsgewandt. Absurd wird die Debatte spätestens dann, wenn in der Weißen Perspektive Schwar-

ze Identitätspolitik als ausgrenzend und spalterisch erscheint. Manchmal wird sogar der explizite Vorwurf des „umgekehrten Rassismus“ geäußert, wenn Weiße mit der Autonomie von People of Color konfrontiert sind und ihnen der Zugang verweigert wird.

Dass ausgerechnet das Bestreben unterdrückter Minderheitengruppen, eine eigene Artikulations- und Organisationsstrategie zu finden und für die eigenen Belange selbst einzutreten, von linken Weißen oftmals mit Argwohn betrachtet wird, ist das Ergebnis einer bitteren postmodernen Ironie.

Sich von jeglicher Form von Identitätspolitik zu verabschieden, hieße auch, die politischen Stimmen von Frauen, sozial Unterprivilegierten und sexuellen Minderheiten zum Verstummen zu bringen. Im dekonstruktiven Eifer aus einer privilegierten Position heraus unterschiedslos jede kollektive Politik in der ersten Person Plural für kontraproduktiv zu erklären, verfestigt jedoch nur die bestehenden Hierarchien und intersubjektiven Machtverhältnisse. Das Beharren auf eine post-identitäre Politik birgt zudem die Aporie, dass jede Politikform, die von der eigenen abweicht, als falsch stigmatisiert wird und man sich in die Position des Besserwissenden imaginiert. Diese Problematik zeigt, dass nicht nur Identitätspolitik repressiv sein kann, sondern auch ihre Kritik Effekte hervorbringt, die Differenzen negiert und unterdrückt.

## Selbst-reflexive Identitätspolitik

Um die Auswirkungen von Identitätspolitik kritisch einzuschätzen, ist es zentral, zwei Unterscheidungen zu beachten. Zum einen ist es entscheidend, ob dominante oder gefährdete Identitäten sich zusammenschließen. Während Weiße, männliche, bürgerliche und heterosexuelle Identitäten den geltenden gesellschaftlichen Normen entsprechen, werden Identitätsformen, die nicht mit diesen Vorgaben übereinstimmen, als negative Abweichung sanktioniert. Nur bei gefährdeten Subjekten kann die Politisierung ihrer kollektiven Identität zum Aufbau einer progressiven Community und Solidarität

führen, die einem Ausbrechen aus der verordneten oder anerzogenen Isolierung gleichkommt. Zum anderen ist es hilfreich, Identitätspolitik danach zu unterscheiden, ob sie selbst-reflexiv ist oder nicht. So blieb der Gegen-Nationalismus unterdrückter Gruppen in den USA wie in den ehemals kolonial besetzten Ländern in der binären Logik gefangen und konnte nur die Vorzeichen umkehren. Demgegenüber stehen identitätspolitische Ansätze, die auf der Anerkennung und Aushandlung interner Differenzen beruhen und sie zum Ausgangspunkt des politischen Handelns nehmen. Solche nicht-essenzielistischen Ansätze verstehen sich als temporäre Projekte, die ihre Kraft aus der Verschiedenheit ihrer Mitglieder bezieht. Statt eine alles umfassende ethnisch-kulturelle Identität herzustellen, zielen selbst-reflexive Politikformen auf partielle Bündnisse. Ohne sich endgültig auf eine Identität festzulegen, wird die eigene Subjektposition nur soweit mit den von anderen verbunden, wie das Wissen um innere Unterschiede nicht durch einen Kollektivmythos ersetzt wird und die Sensibilität für interne Hierarchien nicht verloren geht. Vor allem kann aber das, was verbindet und die politisch-kulturelle Basis kollektiven Handelns bildet, immer wieder zur Disposition gestellt werden und an den aktuellen politischen Erfordernissen anpasst werden. Solche dynamischen Unternehmungen sind sich ihres fragmentarischen Charakters bewusst und überwinden die engen Grenzen konventioneller Identitätspolitik, die auf ein bestimmtes ethnisches oder geschlechtliches Diskriminierungsmerkmal rekurren.

Das Buchprojekt „re/visionen: Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland“, das von Nicola Lauré al-Samarai, Sheila Mysorekar und mir herausgegeben wird und im Mai 2007 im Unrast Verlag (Münster) erscheint, versucht exemplarisch selbst-reflexive Identitätspolitik grenzüberschreitend anzulegen und in eine politisch-kulturelle Praxis zu übersetzen. Hauptziel dieser Anthologie, die erstmalig im deutschen Kontext ausschließlich Perspektiven von Schwarzen AutorInnen versammelt, ist es einen gemeinsamen Diskussionsraum – eine Form des „third

space“ – für People of Color zu eröffnen, solidarische Visionen quer zu den bestehenden Machtverhältnissen zu entwickeln und neue Konstellationen für politische Allianzen zu denken. Die Konzentration auf Perspektiven von People of Color ermöglicht es zudem, den Zusammenhang zwischen Rassifizierung und subalternen Wissensproduktion zu untersuchen und sich auf ihre machtkritischen Blickwinkel, Erfahrungshintergründe und Zugänge zu fokussieren. Uns ist es dabei wichtig einen Rahmen zu schaffen, in dem die mannigfaltigen Erfahrungen rassifizierter Minderheiten nicht isoliert erscheinen, sondern als miteinander verbundene Geschichten wahrgenommen werden können. Der People of Color-Ansatz basiert auf der Anerkennung von Differenz innerhalb identitätspolitischer Empowerment-Strategien. Bedauerlich ist, dass dieser Ansatz im deutschsprachigen Raum bislang gänzlich unbekannt ist, sodass diese Leerstelle einer dringenden Auseinandersetzung wie Übersetzung bedarf.

#### Verwendete Literatur:

Homi Bhabha, Die Verortung der Kultur. Tübingen: Stauffenburg 2000

María do Mar Castro Varela & Nikita Dhawan, Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Bielefeld: transcript 2005

Kien Nghi Ha, Ethnizität und Migration Reloaded. Kulturelle Identität, Differenz und Hybridität im postkolonialen Diskurs. Berlin: WVB 1999/2004

Stuart Hall, Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg: Argument 1994

<sup>1</sup> Der Begriff „People of Color“ bezeichnet Menschen, die zumindest teilweise außereuropäische Herkünfte haben oder aufgrund zugeschriebener Merkmale von Weißen als nicht-Weiß bzw. als nicht-europäisch angesehen werden. Da Weiß und Schwarz hier nicht im Sinne natürlicher Farben, sondern als gesellschaftliche Konstruktionen bzw. als politische Ordnungskategorien begriffen werden, signalisiert die Großschreibung diesen Bedeutungsunterschied.

Langfassung mit Literaturangaben auf [www.igkultur.at/transfer](http://www.igkultur.at/transfer)



**Sylk**  
Identic XL, 2007

# Mobile Identitäten

Gülmihri Aytaç, Kamile Batur, Vlatka Frketic und Belinda Kazeem im Gespräch mit Radostina Patulova und Vina Yun über feministische Sozialisation, die Politisierung des Alltags und ihr Verhältnis zur österreichischen Frauenbewegung

**Vina Yun:** Ihr alle seid in u.a. feministischen Projekten aktiv. Wie hat eure persönliche feministische Sozialisation ausgesehen, welche Ideen haben euch beeinflusst? Mit welchen Fragestellungen beschäftigt ihr euch derzeit? Und was bedeutet das Label „Feministin“ für euch?

*Belinda Kazeem:* Die Beschäftigung mit Feminismus hat bei mir schon in der Schule begonnen mit Klassikern wie Simone de Beauvoir, aber ich habe mich damit nie wirklich wohl gefühlt. Das Problem ist, dass da sehr viele Sachen ausgelassen werden und meine Realität einfach eine andere ist. Innerhalb der Recherchegruppe zu Schwarzer österreichischer Geschichte und Gegenwart habe ich erkannt, wie die Stereotypisierungen von Schwarzen Frauen funktionieren, wie sie schon auf der Theaterbühne im 18. Jahrhundert funktioniert haben und sich bis heute

weiter ziehen – in den Medien, im Fernsehen, in Filmen usw. Zurzeit beschäftige ich mich sehr viel mit Schwarzem Feminismus und damit, was mir an der Gender-Theorie nicht passt und mir im „weißen“ Feminismus fehlt. Gleichzeitig komme ich immer mehr drauf, dass ich mich nicht bloß als Feministin bezeichnen will – der Mainstream-Feminismus mit seiner Hauptansage „Kampf gegen das Patriarchat“, das ist mir zu wenig. Denn wenn es um Unterdrückung aufgrund von Herkunft oder Hautfarbe geht, gibt es schon eine Verbundenheit mit z.B. Schwarzen Männern.

*Gülmihri Aytaç:* Mit Feminismus habe ich mich zunächst nicht bewusst auseinandergesetzt, aber in meinem Umfeld war es immer wieder notwendig, zu erfahren und zu erforschen, wie Unterdrü-

ckungsmechanismen funktionieren, wie Machtstrukturen eingeschaltet und etabliert werden und wie ich mich mit unterdrückten Menschen – und das waren eben hauptsächlich Frauen – solidarisieren kann. Das war ein Lebensumstand, eine Notwendigkeit, ein inneres Bedürfnis. Das Etikett Feministin kann ich mir für mich deshalb nicht wirklich vorstellen, weil es mir zu eng ist. Es ist viel komplexer, aber ich möchte mich auch nicht distanzieren, weil Feminismus ein wichtiger Teil meiner Ideologie ist, nur ist er eingebettet in vieles andere. Für mich sind meine Migrationsgeschichte, meine Religion wichtig, aus der ich versuche, viel an Frauenrechten herauszuarbeiten. Unterdrückung ist, egal ob es Männer oder Frauen angeht, für mich ein Thema.

*Kamile Batur:* Ich habe großes Interesse an Feminismus, aber die Frage, ob ich mich als Feministin bezeichnen würde, finde ich nicht ganz richtig. Dieser Gedanke, dass man entweder dafür oder dagegen sein muss, gilt für mich nicht. Außerdem gibt es derart viele verschiedene Feminismen und auch Kritiken aneinander, besonders der poststrukturalistische Feminismus hat so wichtige Kritiken an der Moderne hervorgebracht, deswegen ist dieser Teil der femi-

nistischen Theorie für mich von Bedeutung.

*Vlatka Frketic:* Meine feministische Sozialisation hat angefangen, ohne dass ich mir dessen bewusst war. Das war in Jugoslawien, als ich Slavenka Drakulić gesehen habe, die sich öffentlich als Feministin bezeichnet hat, was schon fast ausreichte für einen „Hexenstatus“, den sie ja auch später zugesprochen bekam. Sie hat sich einmal in einer Fernsehsendung ziemlich kritisch geäußert, und als ihr der Moderator eine Rose geben wollte, hat sie Nein gesagt – das war für mich *das* Erlebnis. Als ich vor etwa 18 Jahren nach Österreich gekommen bin, war da plötzlich ein ganz anderes Bild von Gesellschaft und von Frau. Dass es dort Frauengruppen gab, war gesellschaftlich akzeptiert, es gab – noch aus dem 2. Weltkrieg – die antifaschistischen Frauen. Hier, in Österreich, waren es andere Themen, mit denen sich Frauen beschäftigt haben, z.B. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ oder „Beschäftigung für alle“ – aber in Jugoslawien war die Beschäftigung von Frauen nicht das Thema.

Ich war in Österreich immer in verschiedenen Communities verortet, in queer-lesbischen, in schwul-lesbischen, in feministischen – in migrantischen eher weniger bzw. immer weniger. Irgendwann hat mich interessiert, warum Feministinnen, die Ausschlüsse kritisieren, genau solche Ausschlüsse an anderen prakti-

zieren. Aber ich kann mich gut als Feministin bezeichnen, es hängt vom Kontext ab: Ich bezeichne mich nicht überall als Migrantin, nicht überall als Feministin, nicht überall als Lesbe, nicht überall als Gastarbeiterkind, also ich mache es oft ganz strategisch: Was kann ich womit erreichen? Welche Selbstrepräsentation passt gerade? Was es an feministischen Theorien gibt, da bin ich einverstanden mit Sachen im deutschsprachigen Raum, die Migrantinnen und Schwarze Frauen produziert haben, aber auch Frauen wie Dagmar Schulz. Es geht um eine Kritik an der kritischen Perspektive des Feminismus.

*K. Batur:* Ich würde dich gern fragen, ob die österreichisch-migrantischen lesbischen Gruppen mehr Gemeinsamkeiten haben oder ob migrantische Frauen, ob lesbisch oder nicht, mehr miteinander verbindet?

*V. Frketic:* Ich trenne das nicht nach sexueller Orientierung, Geschlechteridentität oder Herkunft. Es geht um die politischen Haltungen und Einstellungen. In meinem jetzigen Kontext sind Menschen aller möglichen Geschlechter und Herkünfte dabei und es gibt eine politische Bereitschaft und Neugier. Es muss nicht erst hinterfragt werden, wie unterschiedlich wir sind und welche Differenzen es gibt, es wird nicht jahrelang herausdiskutiert, dass wir unterschiedliche Perspektiven haben ...

*G. Aytaç:* Nur Migrantin sein ist nicht genug, nur Feministin sein, ist nicht genug. Ich möchte mich zwischen den verschiedenen Ideologien und Zugehörigkeitsgruppen frei bewegen, mich überall für ein paar Stunden, ein paar Tage, ein paar Jahre – für ein paar Gedanken – aufhalten können und dann wieder von woanders meine Nahrung holen. Diese Mobilität macht auch meine Identität aus, denn ich will nicht auf einem Punkt stehen bleiben, z.B. als „migrantische Feministin“ – und da bleibe ich jetzt wie angewurzelt stehen.

*K. Batur:* Aber um Politik zu machen, braucht man ein Subjekt, und das muss man definieren. Was ist eine Frau, was ist eine lesbische Frau, was ist eine Migrantin? Muss man das beantworten? Muss man das Subjekt definieren? Oder gibt es andere Möglichkeiten?

*G. Aytaç:* Durch diese Definitionen schafft man ja auch Grenzen und Einschränkungen. Du bist so, also bleibst du auch so.

*K. Batur:* Damit wird auch definiert, wer Politik machen kann und wer nicht.

*B. Kazeem:* Deshalb finde ich auch gut, was Vlatka gesagt hat: Dass ich mich je nach Kontext und je nachdem, was ich will, positioniere.

*G. Aytaç:* Wenn ich mich z.B. in islamischen Arbeitskreisen bewege,

wo auch Männer sind, sage ich nicht: Ich bin Migrantin und Muslimin, sondern ich sage: Ich bin Feministin und wir machen jetzt feministische Projekte.

**V. Yun: Belinda, du hast vorhin von der Verbundenheit zwischen Schwarzen Frauen und Schwarzen Männern aufgrund der geteilten Erfahrung von Rassismus und Ausgrenzung gesprochen...**

*B. Kazeem:* Ich wollte damit nicht sagen, dass alles wunderbar läuft und es keinen Sexismus gibt. Die Verbundenheit hat sich darauf bezogen, dass es überhaupt Schwarze Räume braucht, als Schutz vor der Mehrheitsgesellschaft. In der Schwarzen Recherchegruppe gab es viele Diskussionen über unser Selbstverständnis, feministische Politik machen zu wollen. Das reichte von der Kritik, dass wir damit ein westliches System übernehmen, bis hin zur Kritik, dass wir dadurch die Community zersplittern und es dann noch leichter ist, uns fertig zu machen. SFC, die Schwarze Frauen Community, ist ja beispielsweise eine Organisation für Schwarze Frauen, wo Männer keine Vereinsfunktionen übernehmen können, aber es gibt Kooperationen für bestimmte Projekte, wo dann sehr wohl auch Männer beteiligt sein können.

*V. Frketic:* Mir fällt in diesem Zusammenhang eine frühere Veranstaltung ein, die sich mit „Fremdenrecht und Frauen“ beschäftigte. Ich vertrat dort die

Ansicht, dass es wichtig ist, ein besonderes Augenmerk auf Frauen bezüglich Fremdenrecht usw. zu legen, aber wenn es um die Bekämpfung dieser rassistischen Strukturen geht, kann ich mich nicht nur um Frauen kümmern. Egal wie sexistisch manche Migrantinnen oder Schwarze Männer sind, sie sind trotzdem von diesen rassistischen Strukturen betroffen. Das ist ja keine Sympathiebekundung gegenüber betroffenen Einzelpersonen. Und das wurde dort dann ganz stark kritisiert.

*K. Batur:* Das Thema der Frauenunterdrückung und des Sexismus im muslimischen migrantischen Kontext kann auch instrumentalisiert werden vom System. Da geht es nicht darum, die Situation der Frauen tatsächlich zu verbessern, sondern ist ein Argument, mit dem der Staat rassistische Politik machen kann.

**Radostina Patulova: Vlatka, zuvor hast du ein Erlebnis in deiner eigenen Biografie herausgegriffen, das du im Nachhinein als wesentlichen Anstoß für dein heutiges feministisches Selbstverständnis auslegst. Gibt es bei den anderen auch derartige Schlüsselerlebnisse?**

*G. Aytaç:* Ich komme aus einer türkischen Familie, da hat man oft Besuch von Bekannten oder Verwandten. Meistens sitzen Frauen und Männer getrennt voneinander, es gibt Frauen- und Männerthemen. Männer reden über die Arbeit, über Politik,

Autos usw., Frauen über das, was in ihrem Alltag für sie wichtig ist, und seien es die neuesten Häkeldeckchen-Modelle – und das finde ich auch gut. Nur war ich immer bei den Männern, am Schoß vom Papa, bis ich etwa 14 Jahre alt war. Daran haben viele Anstoß genommen, dass ich immer noch in der Männergruppe sitze. Aber mich haben eben die Themen angezogen, die die Männer besprechen, weil ich mich selbst damit beschäftigt habe. Ich habe gemerkt, dass ich nicht so bin, wie es klassischerweise von einem jungen Mädchen erwartet wird. Ich habe aber gewusst, dass ich unglücklich wäre, wenn ich diese Erwartungen erfüllen müsste. Und mir wurde klar, dass ich Argumente finden muss, um zu begründen, warum ich so bin. Ich habe dann auch feministische Vorbilder gefunden, z.B. in den Medien und in Filmen, an denen ich mich orientiert und von denen ich Argumentationen für mein eigenes Leben, meinen Alltag übernommen habe. Ich habe mich keiner Gruppe angeschlossen, habe mich nicht in Theorien eingelesen und sie mir angeeignet, sondern ich habe diese feministischen Handlungsmuster modifiziert und für mich benutzt.

*B. Kazeem:* Das ist es, was mich an Schwarzer feministischer Theorie anzieht, weil dort eben auch über Dinge gesprochen wird, die in der eurozentristischen feministischen Theorie als unerheblich erachtet

werden – z.B. fragt Audre Lorde, ob dein Haar nicht auch ein Politikum ist. Diese Theorien kann ich mit meinem Leben verbinden. Für mich waren diese Texte wichtig, um aus dieser Isolation, die in meinem Kopf und sicher auch real da war, herauszukommen. Ich habe entdeckt, dass es noch andere Frauen gibt, die meinen, dass es wichtig ist, welche Hautfarbe du hast und die deshalb auch die richtigen Fragen stellen können. Es sind Texte von z.B. bell hooks oder Patricia Hill-Collins, die mich weiterbringen. Ich habe mich aber auch immer mehr auf die Suche nach deutschsprachigen Texten gemacht, etwa von May Ayim oder Nikola Lauré al-Samarai, denn ich möchte nicht nur Theorien aus den USA übernehmen. Das geht noch einen Schritt weiter, weil es auch in der Sprache geschrieben ist, in der ich denke.

*G. Aytac:* Wenn einfache Dinge politisiert werden, gibt's aber auch Probleme, z.B. das Kopftuch! Das war nie politisch, ist nie politisch gemeint gewesen, ist aber politisiert worden und jetzt müssen wir uns damit herumschlagen und versuchen, es wieder zu entpolitisieren.

*V. Frketic:* Und stattdessen die Frisur zu politisieren! Das wird noch viel Arbeit ... (*Gelächter*)

**V. Yun: Wie nehmt ihr denn die Diskussionen zum Kopftuch in mehrheitsösterreichischen feministischen Zusammenhän-**

**gen wahr? Laufen da die Diskussionen anders ab als beispielsweise in den Mainstream-Medien?**

*G. Aytac:* Also ehrlich gesagt, sehe ich keine Unterschiede. Ich sehe dort auch erschreckende Berührungspunkte. Ich verstehe nicht, wie Frauen, die sich gegen Unterdrückung engagieren, hier auf einmal so eine Wand aufstellen, als wären das Frauen aus dem Weltall. Es heißt zwar, wir solidarisieren uns, alle Frauen der Welt sind Schwestern – das kann man aber nicht erzwingen, wenn es nicht geht, geht es halt nicht. Meiner Meinung nach genügt es schon, wenn man sich nicht gegenseitig ein Haxl stellt.

**V. Yun: Gibt es Kontexte, in denen das anders oder besser funktioniert?**

*G. Aytac:* Soweit ich weiß, funktioniert es im Iran mittlerweile besser, weil dort säkulare und islamische Feministinnen im Lauf der Jahre besser zusammenarbeiten, z.B. schreiben sie gegenseitig in den jeweiligen Zeitschriften usw. Aber in der Türkei stehen sie sich noch eher feindlich gegenüber.

*K. Batur:* In der Türkei ist es problematischer. Es gibt zwei feministische Hauptrichtungen, die kemalistische und die linke. Beide haben den staatlichen Modernisierungsprozess mitgemacht und für beide Gruppen ist die muslimische Frau unmodern oder nicht modernisiert, unterprivilegiert

oder einfach „die Andere“. Die linken Frauen haben immer schon mehr Kritik geübt, während die kemalistischen Frauen ja ein Teil des Systems waren, und die kann ich deshalb gar nicht als Feministinnen bezeichnen. Wie eben z.B. das Kopftuchverbot, weswegen ich eigentlich hierher gekommen bin, weil ich mit Kopftuch nicht an der Uni studieren durfte. Da gab es den Versuch, sich mit den linken Feministinnen zu verbünden und in Dialog zu treten, das war aber nicht möglich. Somit hat meine negative Erfahrung mit Feminismus etwas Regionspezifisches. Bei diesen Dialogversuchen habe ich immer diesen Objektzustand der muslimischen Frau gespürt und insgesamt habe ich noch keinen erfolgreichen Dialog mit linken Feministinnen erlebt.

*G. Aytac:* Wenn sich jemand als Feministin tituliert, erwarte ich, dass sie gewisse Barrieren im Kopf abgebaut hat und ich mit ihr offen reden kann. Aber wenn ich, um nicht in gewisse Fettnäpfchen zu treten, den Islam, der Teil meiner Identität und meines Alltags ist, ausblenden muss, kann ich auch nur einen Teil von mir einbringen und mit ihr auch nur ein Teilprojekt machen. Aber dann ist es nicht offen und solidarisch – und vielleicht muss das ja auch nicht immer sein.

*V. Frketic:* Ich tue mir sehr schwer mit der Gegenüberstellung Mehrheit – Minderheit. Es gab



von „weißen“ Feministinnen heftige Ansagen in Richtung „aber die ist doch keine feministische Migrantin!“. Auf so was hab ich nie reagiert, aber es ist spannend zu sehen, wer welche Zugehörigkeit in Frage stellt. Ich habe dann irgendwann begriffen, dass das ziemlich rigide Räume sind, wo ganz klar festgelegt ist, diese Person gehört dazu oder diese erfüllt die Kriterien nicht. Aber dann sind auf einmal in den letzten Jahren Selbstorganisationen aufgetaucht, die nicht diese rigiden Regeln aufgestellt haben, Räume, die offen sind für Menschen unabhängig von ihrem Namen, ihrem Aussehen, ihrer Geschlechteridentität, ihrer sexuellen Orientierung, wo Widersprüche möglich sind und das nicht gleich einen Ausschlussmechanismus in Gang setzt. Wo ich z.B. erlebe, dass jemand sagt, hm, das ist zwar eine Transgender-Person und ich kann damit nicht gut umgehen, aber ich finde es super, dass sie da ist. Das erlebe ich in einem kleinen Teil der politischen Kulturszene, jedoch nicht in feministischen oder migrantischen Gruppen. Da werden Räume geöffnet, in denen es möglich ist, das eigene Tun und Sagen auch zu verändern.

**V. Yun: Uns ist aufgefallen, dass es in vielen migrantischen Selbstorganisationen eine bestimmte Arbeitsteilung gibt: Das „Politische“ übernehmen die Männer, Kulturarbeit machen die Frauen. Männer machen erst dann Kulturarbeit, wenn es um Geld oder große, wichtige**

**Projekte geht. Habt ihr auch solche Erfahrungen gemacht?**

*G. Aytaç:* Ich möchte gar nicht diesen großen Unterschied zwischen Kultur und Politik machen, weil alle Kulturprojekte, die ich machen will, politische Motivationen und Hintergründe haben. In islamischen Organisationen habe ich bemerkt, dass Bildungsarbeit immer den Frauen zugespielt wird, um alles andere kümmern sich die Männer. Ich glaube, das ist in traditionellen oder konservativen Organisationen eine Art Stufenleiter, um sich emporzuarbeiten: Wenn man mal Expertin im Bildungsbereich ist, kann man auch in anderen Bereichen mitreden. Aber gerade Bildung ist ein wichtiger Bereich, und wenn die Männer irgendwann begreifen, wie wichtig Bildungsarbeit ist, werden sie es sich wieder zurückholen wollen.

**V. Yun: Wie zugänglich sind denn mehrheitsösterreichische feministische Gruppen für euch, wie offen sind sie und ihre Medien – z.B. feministische Zeitschriften – für eure Anliegen und Positionen? Und wie interessant ist es überhaupt für euch, in diese Organisationen reinzugehen?**

*B. Kazeem:* Es ist eine Sache, z.B. Schwarze Frauen einzuladen und darüber zu diskutieren, was uns im „weißen“ Feminismus fehlt, aber wenn man sich mit Whiteness auseinandersetzt und sich wieder nur mit US-amerikanischen Texten, aber nicht mit den Texten

von migrantischen und Schwarzen Frauen, die jetzt und hier da sind, beschäftigt, reicht das nicht. Da werden migrantische und Schwarze Frauen und Theoretikerinnen einfach unsichtbar gemacht, und an der eigenen Herangehensweise und Arbeit ändert sich nichts. Das interessiert mich nicht und ich kann auch nicht verstehen, wie ein ganzer Berg von Literatur einfach ignoriert wird.

Wichtig ist, dass wir MigrantInnen uns selbst organisieren und dann sehen, ob wir in bestimmten Bereichen mit solchen Gruppen kooperieren können, was sehr fein wäre. Ich möchte dort nicht eine kleine Insel darstellen, sondern fände es gut, wenn man sich austauscht, aber zu Bedingungen, die wir uns aushandeln. Da würde ich schon schauen, dass meine Perspektive darin enthalten ist und ich nicht Zulieferer für neue Ideen bin, so ein kleiner Refresher, ein kleines Lifting, und nachher bin ich ausgesaugt.

*G. Aytaç:* Ich finde das sehr bezeichnend, was du sagst, denn das zeigt auch die strukturelle Unterdrückung und diese koloniale Sichtweise – dass man die meisten WissenschaftlerInnen aus den migrantischen Bewegungen, die dazu forschen, nicht kennt, nicht rezipiert, nicht als Literatur anführt, dafür aber irgendwelche österreichischen oder europäischen Wissenschaftler, die darauf aufbauend Karriere machen.

*B. Kazeem:* Oder noch schlimmer, sie nicht zu nennen, aber die Inputs, die du aus ihren Texten herauslesen kannst, einfach in deine Texte einzubauen.

*V. Frketic:* Migrantinnen und Schwarze Frauen werden in feministischen Medien immer präsenter. Aber das ist nur der Trend: Man ist politisch nicht mehr tragbar, wenn man nur weiß und österreichisch ist. Also braucht man diejenigen, die man aber gleichzeitig unsichtbar macht, auch als Legitimierung für die eigene Arbeit. Trotzdem finde ich es gut, dass Migrantinnen und Schwarze Frauen in den feministischen Medien immer wieder veröffentlicht, denn es verhilft auch zu Öffentlichkeit. Mir liegt noch etwas am Herzen, das ich sagen möchte: Das Konzept Feminismus war und ist seit den letzten hundert Jahren immer wieder ein ganz wichtiges politisches Konzept, wo auch nach der Kritik daran ein wichtiges Gerüst übrig bleibt, er hatte in der Geschichte auch wichtige Funktionen. Nur, die Welt verändert sich, die Strukturen verändern sich, und mir scheint, dass vieles von dem, was ich an feministischen Strukturen erlebe, so vor 20, 30 Jahren hängen geblieben ist.

*K. Batur:* Ja, der Feminismus hat eine sehr große Rolle gespielt, aber es ist eine politische Idee, die nicht frei ist vom Zeitgeist bzw. von der Zeit, in der sie existiert.

*V. Frketic:* Es gibt solche Aussagen wie „Wir Feministinnen müssen an der Uni diese Lehrveranstaltung machen“, und ich höre da noch „weil es sonst niemand anderer machen würde“. Und ich sage, nein, heute muss es heißen: „Ich darf das machen, denn es gibt heutzutage andere, die keinen Zugang haben.“ Da hat sich etwas verändert, das wahrgenommen werden muss.

*G. Aytaç:* Feminismus ist für mich nach wie vor sehr wichtig, aber feministische Politik müsste mehr sein, es bedeutet nicht, Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung zu stellen, sondern ganz einfach, dass Frauen mitentscheiden können, denn noch immer sind Frauen, egal welcher Herkunft, von vielem ausgeschlossen. Die Quotenregelungen bringen da nichts, denn da herrschen intern ganz andere Strukturen.

**V. Yun: Wenn es um bloße Repräsentation geht, das ist sicherlich zu wenig. Eine gewisse Anzahl an Ministerinnen zu ernennen, wie es konservative Regierungen gerne machen, bedeutet noch nicht Gleichstellung oder Veränderung.**

*V. Frketic:* Ich höre, wir sollen überall vertreten sein, d.h. eine Kopftuch tragende Bildungsministerin, ein schwarzer Innenminister usw. Da denke ich, nein, das ist nicht mein Ziel. Weil alle, die da hineinkommen, vom System verschluckt werden.

*K. Batur:* Das stimmt, denn wenn sich eine Bewegung einer bestimmten Struktur anschließt, verliert sie vieles. Das sieht man in der Geschichte der Studentenbewegungen, der feministischen Bewegung, dass man ein Teil des Systems wird – zu einer domestizierten Bewegung.

*G. Aytaç:* In der derzeitigen Form schreibe ich dem Feminismus keine Kraft zu, er muss wieder stärker werden und sich den neuen Herausforderungen offen stellen. Im Moment ruht er sich auf den Lorbeeren von vor 30 Jahren aus. Deshalb ist er für viele junge Frauen auch nicht mehr interessant und aktuell.

*In gekürzter Form erstmals erschienen in: der.wisch - zeitschrift für viel.seitige, 05/April 2007*

# antirassistische Arbeitsteilung

Die Arbeit

Ein Spiegel der Gesellschaft?

Die Ära der Bemutterung ist vorbei



**Michail Michailov und Ekaterina Radeva**

Die Arbeit

Fotoserie und Video, 2007



Die Arbeit als Putzfrau und  
Putzmann wird zu Kunst im Projekt  
„Die Arbeit“.

**Michail Michailov und Ekaterina Radeva**

Die Arbeit

Fotoserie und Video, 2007

# Ein Spiegel der Gesellschaft?

Ein-, Aus- und Zusammenschlüsse bei ORANGE 94.0. Von Frank Hagen

**ORANGE 94.0** – das Freie Radio in Wien – wurde durch studentisch geprägte RadiopiratInnen Ende der 1980er Jahre initiiert. Deren Ziel war es, in den vom ORF monopolistisch besetzten Äther in Wien durch mittels Flugblätter angekündigte Sendungen einzubrechen. Der Beginn war also in erster Linie medienpolitischer Aktionismus, dessen Inhalt nicht selten (universitäts-)politisch war. Ein Teil der Radiopiratinnen gründete 1993 den „Verein Freies Radio Wien“, dessen erster großer Erfolg der Fall des ORF-Monopols durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes war; ein nächster die Zuteilung einer Wiener Lokalradiofrequenz im Jahre 1997 und 1998 der Sendestart von ORANGE 94.0 – dem Freien Radio in Wien.

## Pluralität nach außen oder: ein Spiegel der Gesellschaft

Eine Aufgabe für die von RadiopiratInnen zu MedienherausgeberInnen mutierten Vereinsmitglieder bestand darin, das als vielfältig-komplementär, partizipativ und nicht-kommerziell konzipierte Radioprogramm zu füllen und die große Anzahl interessierter Menschen und Gruppen in die Programmschöpfung einzubinden. Die Frage war: Wie passen die BewohnerInnen dieser Stadt und deren Themen in all ihrer Verschiedenheit in ein Radioprogramm? Dabei spielte der Begriff des „Gesellschaftsspiegels“ letztlich eine wesentliche Rolle. Demnach sollte, in Anbetracht der großen gesellschaftlichen Diversität und deren vergleichsweise geringen Repräsentation in den Mainstream-Medien, das Programm von ORANGE 94.0 zu einem Ausgleich beitragen.

Neben denjenigen, die von alleine kamen, um on air zu gehen, wurden jene angesprochen, die für diesen Ausgleich sorgen könnten – Kinder und Jugendliche, SeniorInnen, Fraueninitiativen und MigrantInnen. Gemäß dem Vorbild seit langem bestehender Freier Radios im deutschsprachigen Raum wurde im Programm großer Wert auf die Aufnahme von Sendungen in verschiedenen Sprachen gelegt – neben den politischen Sendungen und spezialisierten Musikprogrammen die Aushängeschilder Freier Medien, ja in der Szene selbst wohl der Hauptreferenzfaktor schlechthin: „Wir haben elf, und in wie vielen Sprachen sendet ihr?“ Allerdings gab es keine geeigneten Vorbilder in der gewollten Konstruktion des Senders als breite Plattform sehr unterschiedlicher Inhalte. Sendungen wurden teilweise recht unglücklich auf Grund ihres thematischen Interesses (Musik, Politik, Kultur) oder aber auf Grund anderer Kriterien (jung sein, Frau sein, „Nicht-Deutsch“ senden ...) in den Programmplan eingeteilt.

## Pluralität nach innen oder: aus 15 werden 500

Die GründerInnen waren beinahe identisch mit HerausgeberInnen, ehrenamtlichem Vorstand und bezahltem Team, ein Kern von ca. 15, teils multifunktionell tätigen Personen. Um sie herum wuchs die unglaublich heterogen zusammengesetzte Gruppe der ehrenamtlichen Sendungsmachenden rasch auf bis zu 500. Für diese wurden ein zweiter Verein, „MitarbeiterInnengemeinschaft für ein Freies Radio in Wien“ (MAV), der sich um die inhaltliche Ebene des Radios

und die Kommunikation unter den ehrenamtlichen ProgrammacherInnen kümmern sollte, sowie ein Programmbeirat und eine externe ExpertInnenkommission gegründet. Alle diese Gremien sollten ehrenamtlich arbeiten und waren (kurz sogar der MAV) unter anderem mit bezahlten Team-MitarbeiterInnen besetzt, die in ihrer Freizeit in diesen Gremien aktiv waren. Darüber hinaus sollten die Gremien (wie das Radioprogramm) gemäß dem Gesellschaftsspiegel besetzt sein. Diesbezügliche Quoten oder Freiräume, wie sie in anderen Freien Medien existieren, wurden bei ORANGE 94.0 jedoch nie herangezogen und führten zu einem „Weiße-Männer-Überhang“, vor allem im MAV. Im Gegensatz zu anderen Freien Radios wurden keine spezifischen Arbeitsplätze zur Veränderung dieser Verhältnisse geschaffen, wie z.B. eine MigrantInnen- oder Frauenbeauftragte.

Nach einem riesigen Krach (der übrigens das Radioprogramm und das Gros der Sendungsmachenden wenig berührte) innerhalb des Dreiecks – bezahltes Team, MAV und Vorstand –, ausgelöst durch extreme finanzielle Sorgen, konstanter Überbelastung und endloser Strukturdiskussionen im Jahr 2003, begann ein großteils neues Team und ein teils neuer Vorstand einen Neuaufbau. Eine Basisförderung wurde hartnäckig ausgehandelt, eine Programmreform gestartet, der Standort gewechselt und die interne Struktur reformiert: Der Programmbeirat wurde in ein ausschließlich von den RadiomacherInnen gewähltes Gremium – mit den Programmschienen als Abziehbild des Gesellschaftsspiegels – verwandelt. Damit ging die alleinige Entscheidungsgewalt über das Programm an die RadiomacherInnen über. Ein Ergebnis ist dabei auch die Verankerung der zwingenden Beteiligung migrantischer SendungsmacherInnen in diesem Gremium.

### **Alle unter einem Dach – funktional getrennt**

Der Plattformgedanke des gemeinsamen Nebeneinanders unterstützt ein (wenngleich sehr legitimes) Kästchendenken und eine Einteilung der Sendungen in voneinander klar abgetrennte Einheiten, die sich

jeweils an ein klar definiertes Zielpublikum wenden. Bei ORANGE 94.0 herrscht eine auch strukturell geschaffene Pluralität des Nebeneinanders.

2004 wurde mit der Programmreform begonnen, kuratorisch auf die schwersten strukturellen Mängel zu reagieren. Sendungen werden seither rein nach inhaltlichen Kriterien kategorisiert und inhaltlich verwandte Sendungen in Schienen zusammengefasst – somit findet sich die kurdische Sendung „Die Stimme der kurdischen Frau“ in der Frauenschiene und die spanisch-deutsche Sendung „Radio Jardin“ in der Musikschiene. So finden alle, sowohl RadiomacherInnen (ob an sendungsübergreifender Zusammenarbeit interessiert oder nicht) als auch Publikum, die Sendungen in ein Konzept eingebettet wieder.

Weiters wird versucht, das bestehende Spannungsfeld – bezahlte Organisation, ehrenamtliche Programmgestaltung – etwas aufzulockern. Die Multifunktionen aus der Anfangszeit gibt es schon lange nicht mehr. Außerdem wird versucht, Sendungsmachende, die ihr Tun mehr als Profession denn als Hobby begreifen, mittels Projekten als KooperationspartnerInnen oder als Freie MitarbeiterInnen in die Organisation und Gestaltung des Radios – neben ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit – mit einzubinden, wie im Fall von Radio BiG oder der Sendung Globale Dialoge.

Ein nächster Versuch liegt darin, medienpädagogisch weniger zielgruppenspezifisch zu arbeiten. In den Radioworkshops versuchen interkulturelle TrainerInnenteams, die in den letzten beiden Jahren auch im Radio ausgebildet wurden, mit interkulturellen und mehrsprachigen Elementen für alle am Radiomachen Interessierten zu arbeiten, egal woher sie kommen und wohin sie wollen.

Eine der positivsten Entwicklungen ist bei all dem der Versuch der Einhaltung der Augenhöhe: ORANGE 94.0 hat aus den diffusen Konstruktionen der Vergangenheit gelernt und bemüht sich um das Eingehen von Kooperationen auf eben dieser.

# Die Ära der Bemutterung ist vorbei

Migrantische Selbstorganisationen (SOMs) zwischen institutionalisierter Machtteilung und Antirassismus-Arbeit. Von Beatrice Achaleke

„Equality Standards“ scheint das Modewort in der antirassistischen Szene zu sein. Demnach sollen Organisationen dafür Sorge tragen, dass ein gewisser Prozentsatz ihrer MitarbeiterInnen Migrationshintergrund hat. Ein Blick in die Organisationslandschaft jedoch zeigt genau das Gegenteil, oder noch schlimmer, hier gibt es nicht einmal die Bereitschaft, sich konkret mit diesem „Equality Standard“-Prinzip auseinander zu setzen. „Equality Standards“ – ein bloßes Lippenbekenntnis und reines Ablenkungsmanöver seitens „etablierter“ NGOs gegenüber SOMs?

An dieser Stelle drängen sich Fragen auf wie: Wer hat welche Macht? Wer hat Zugang zu Ressourcen? Wer trifft Entscheidungen und über wen? Wer arbeitet für wen? Dient Antirassismus-Arbeit nur mehr der Sicherung und dem Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes? Wer hat welchen Einfluss? Auf wessen Pressemeldungen und -konferenzen achten die Medien am ehesten? Wer kommt bei Subventionsgebern besser an? Wie bereit sind so genannte „etablierte“ NGOs, ihre Macht abzugeben bzw. zu teilen? Sind sie bereit, die (oft zu gut gemeinte) Stellvertretungsrolle aufzugeben bzw. Platz für die heranwachsenden SOMs zu machen? Wer hat Angst vor wem? Wie lange werden sich MigrantInnen bzw. SOMs noch in die Opferrolle drängen lassen? Wäre hier eine Revolution denkbar? Angenommen, die Revolution findet statt und die SOMs übernehmen die Kontrolle über ihr Schicksal, würden die Subventionsgeber insbesondere

der Stadt und der EU weiterhin bereit sein, Mittel zur Bekämpfung von Rassismus zur Verfügung zu stellen? Wären die SOMs in der Lage, ihre Arbeit effizient zu erledigen?

## Migrantische Selbstorganisation

Vor einigen Jahrzehnten begannen sich Feministinnen zu organisieren. Dieser Kampf wurde in der bis dahin männlich dominierten Gesellschaft nicht ohne weiteres akzeptiert. Inzwischen gehören feministische Bewegungen und deren politische und gesellschaftliche Realitäten zur politischen Landschaft. Nach den Feministinnen kamen homosexuelle Bewegungen. Bis heute werden diese nur von einem Teil der Gesellschaft „toleriert“, selbst in so genannten westlichen, demokratischen Ländern, in denen jede Form der Freiheit eigentlich selbstverständlich sein sollte. Trotz allen Widerstands und aller Abneigung haben sich aber homosexuelle Bewegungen noch am ehesten in den westlichen Gesellschaften etabliert. Nun beginnen sich MigrantInnen bzw. BürgerInnen mit migrantischem Hintergrund in so genannten SOMs, den migrantischen Selbstorganisationen, zu organisieren. Wie ich im Zuge der Suche nach transnationalen Partnerschaften (im Rahmen der jüngsten EQUAL-Antragsrunde) mit Verwunderung feststellte, sind SOMs eine österreichische Erscheinung. Während in traditionellen Kolonial- und Migrationsländern,



wie etwa Frankreich und Portugal, behauptet wird, dass es Selbstorganisationen in dieser Form nicht gibt, ist in Schweden von „Ethnic Associations“ die Rede. Als sich der Verein Schwarze Frauen Community vor zwei Jahren als Selbstorganisation von schwarzen Frauen unterschiedlicher Herkunft der Öffentlichkeit vorstellte, gab es unterschiedliche Reaktionen – sowohl positive als auch negative. Von manchen Leuten aus der antirassistischen bzw. kulturpolitischen Szene kamen Vorwürfe und Bemerkungen wie „Wieso ghettoisiert ihr euch? Wir sind doch auch für euch da“, „Es ist doch rassistisch und ausgrenzend, keine weißen Frauen als ordentliche Mitglieder bei euch aufzunehmen“ etc.

Wir sind hart geblieben, denn um uns Schwarze Frauen zu organisieren, brauchen wir wirklich keine Erlaubnis und auch keine Bevormundung. Wir brauchen lediglich Raum, Ressourcen, Allianzen und Netzwerke. Wir brauchen gute Kontakte, aber keineswegs solche, die meinen, uns sagen zu müssen, wie es geht, und schon gar keine, die uns aufhalten wollen.

## Divide and rule

Apropos Ressourcen und Raum. Die Debatte beginnt spannend zu werden, wenn es um die immer geringer werdenden Ressourcen geht. Da kommen Seilschaften und Machtspielereien hinzu. Die Frage der Kompetenzen wird in den Mittelpunkt gestellt. Sowohl von der Seite der NGOs als auch vom Geldgeber aus. Es beginnt schon bei den Vergaberichtlinien. Meistens fließen Subventionsgelder an große „etablierte“ Organisationen. Das bedeutet, dass kleine Organisationen, meist Selbstorganisationen, so gut wie keine Chancen haben. Und wenn, dann bekommen sie in der Regel nicht einmal genug, um sich über Wasser zu halten. Das wiederum bedeutet Selbstfinanzierung und Ausbeutung der eigenen Ressourcen, wenn man weiterhin bestehen will. Die Frage ist: Wie lange und nachhaltig können Arbeiten, die so produziert werden, bestehen? Zudem wird die Arbeit so zu „Sozialarbeit“ reduziert.

Oft kommt es zu Kooperationen zwischen

Selbstorganisationen und „etablierten“ NGOs. Diese Kooperationen folgen in der Regel einem bestimmten Muster: SOMs werden nur selten bei der Entstehung von Projektideen eingebunden. Meistens werden sie erst in der Durchführung und noch öfter als Teilnehmerinnen eingeladen. So bleiben sie Objekte und werden keinesfalls Subjekte, was die Zusammenarbeit betrifft. Sie können weder mitentscheiden noch sich als gleichberechtigte Partnerinnen einbringen. Es wird erwartet, dass sie fleißig und mit Begeisterung teilnehmen. Und wenn sie dann beispielsweise nicht zu einer Podiumsdiskussion über migrationsrelevante Hintergründe kommen, wundern und beklagen sich die „etablierten“ NGOs über die Passivität bzw. das fehlende Engagement der „MigrantInnen“, besonders der Schwarzen.

Dieser subtile und raffinierte Rassismus spielt sich folgendermaßen ab: MehrheitsösterreicherInnen geben vor, an der Verbesserung der Lage von MigrantInnen afrikanischer Herkunft zu arbeiten. Als Alibi dürfen AfrikanerInnen ab und zu auf Werkvertragsbasis und kurzfristig mitarbeiten. Für ihre Anstellung fehlen in der Regel leider die nötigen Arbeitsgenehmigungen und die NGOs sind meistens „leider“ nicht in der Lage, diese Genehmigungen zu organisieren. Für (langfristige) Anstellungen bleiben dann nur die „Inländerinnen“ bzw. Mehrheitsangehörigen übrig. Da wird z.B. behauptet: „Eine Senegalesin würde sich mit einer Äthiopierin schwer tun, ein Problem, das eine Österreicherin nicht hätte.“ Eine sehr gefährliche, eurozentristische Ausrede. Es wird absichtlich ein/e Schwarze/r gegen die/den andere/n ausgespielt – nach dem Motto: „Divide and rule“, wie wir es aus dem kolonialen Denken kennen. Zur Erlangung und Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes scheint jedes Mittel recht zu sein: Ausnützung, Ausbeutung, Manipulation, Mobbing, Unterdrückung aufgrund der Hautfarbe und/oder der Herkunft sind in Österreich Normalität, sie gehören zu den Spielregeln. ▶▶

## Ungleiche Machtverhältnisse – partnerschaftliche Kooperationen?

Früher hat diese Vorgangsweise recht gut funktioniert. Nun sind aber auch MigrantInnen, ebenso wie Feministinnen und Homosexuelle dabei, sich in Bewegungen zu setzen. So entstehen die SOMs. Sie wollen mitmischen, mitreden und vor allem sich selbst vertreten, weg von der Stellvertretung. Die Ära der Bemutterung ist endgültig vorbei. Emanzipation, Selbstempowerment und Selbstverwirklichung sind angesagt. Die Zeit ist gekommen, um Privilegien, Ressourcen und Macht zu teilen. Die spannenden Fragen aber sind: Wie bereit sind „etablierte“ NGOs, ihre Macht abzugeben? Sind sie bereit, die Ressourcen neu umzuverteilen? Sind sie bereit, zurückzutreten und den Selbstorganisationen Platz zu lassen? Kann es hier, angesichts der ungleichen Machtverhältnisse, partnerschaftliche Kooperationen geben? Wie bereit sind KollegInnen mit migrantischem Hintergrund, die Macht zu übernehmen bzw. teilzuhaben? Welche „etablierten“ NGOs in der antirassistischen Szene reden meist von „Equality Standards“? Inwiefern spiegelt diese Forderung die interne Politik der NGOs wider? Besteht überhaupt die Bereitschaft bzw. Versuche, die „Equality Standards“ umzusetzen? Wie viele Menschen mit migrantischem Hintergrund, insbesondere Menschen mit schwarzer Hautfarbe, genießen ein Angestelltenverhältnis innerhalb einer „etablierten“ NGO?

Es muss Chancengleichheit für alle geben. Wichtig wäre die Implementierung von „Affirmative Action“-Programmen für Schwarze Frauen bei Stellenvergaben in allen Bereichen. Schwarze Migrantinnen müssen einerseits offensiver werden und sich einfach den Raum und die Ressourcen (vor allem die öffentlichen Mittel) nehmen, die ihnen zustehen. Andererseits sollte ein „Equality Standard“ eingeführt werden, der festlegt, dass in jedem Verein im antirassistischen Bereich ein gewisser Anteil der Angestellten Schwarze MigrantInnen sein müssen.

Außerdem soll Öffentlichkeitsarbeit gezielt Gleichberechtigung, Chancengleichheit und Grundrechte für alle Menschen beharrlich einfordern und

realisieren. Immerhin gibt es seit Mai 2005 eine Gleichbehandlungsanwaltschaft, die eben auch für Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit zuständig ist. Gesellschaftlich können wir auf Dauer nur dann etwas verändern, wenn viele Menschen beginnen, das kleine und große Geflecht des Rassismus zu erkennen und bereit sind, sich zu fragen: „Welchen Status habe ich als Mehrheitsangehörige/r, die/der zahlreiche Privilegien genießt?“ Wir neue SOMs brauchen kein Mitleid, keine Almosen, keine Bemutterung und auch keine BeschützerInnen. Wir brauchen Raum, Ressourcen und den nötigen Respekt, um uns zu entfalten. Wir müssen dringend lernen, uns diesen Raum und diese Ressourcen zu nehmen.

[www.schwarzefrauen.net](http://www.schwarzefrauen.net)

[www.work-in-process.at](http://www.work-in-process.at)

*Erstmals erschienen in: „Migrantische Selbstorganisation als politische Handlung“, Reader 1 der EQUAL-Projektpartnerschaft „work in process“ (wip), Februar 2006*

# strategische Allianzen

Klo-Grüße

Liebeserklärungen an die Einwanderungsgesellschaft

Allianzen bilden

Realutopische Allianzströme

zuMUTungen

Über die Nutzung des Kapitals!

Anonym  
Klo-Grüße  
fotografiert von SylK



## SylK

Liebeserklärungen an die Einwanderungsgesellschaft, Diaserie, 2001-2006

Dank an Erdem+Elisabeth, Thomas+Tuba, Akyt+Fatma, Tamam+Belgin sowie an alle,  
die in Hülya, Marija, Yasemin und Hakan verliebt sind & Dank an no\*signal



LIEBESERKLÄRUNGEN ~~in der~~ <sup>an die</sup> EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

# Allianzen bilden

Strategische Überlegungen zum Nutzen von Bündnisarbeit. Von Juliane Alton

**Die Frage**, was eine Allianz ist, findet durch den Vergleich mit zwei anderen Begriffen – Interessenvertretungen und Netzwerke – eine erste Antwort. Der Begriff Netzwerk kommt ursprünglich aus der Kybernetik und wurde später auch in die Ethnologie, die Soziologie und die Betriebswirtschaftlehre (soziales Netzwerk, Netzwerkorganisation) übernommen. In der Systemtheorie bezeichnet der Begriff „Netzwerk“ eine Menge von autonomen Objekten, die miteinander auf definierte Weise verbunden sind und so ein gesamtes System bilden. Auch in der Politikwissenschaft wird der Netzwerkbegriff verwendet, und zwar im Sinn vom Zusammenwirken privater Akteure (Unternehmen, Interessensgruppen) und öffentlicher Akteure (Regierung, Ministerien etc.) in bestimmten Politikbereichen. Das Ergebnis sind nicht-hierarchische, dezentrale politische Netzwerke. Ein wichtiges Element solcher Netzwerke ist der Austausch von Ressourcen (z.B. MitarbeiterInnen, Information und Arbeit) zwischen den beteiligten Akteuren.

Grundgedanke der Interessenvertretung ist immer die Mitbestimmung, das heißt, Menschen und Unternehmen, die von gesellschaftlichen oder anderen Entscheidungen und Entwicklungen betroffen sind, soll Mitsprache und Beteiligung an Entscheidungen ermöglicht werden. So werden wir von Betroffenen zu Beteiligten. Da aber nicht alle mit allen zugleich beraten und verhandeln können, ist es in der Regel erforderlich, dass die vertretenen Personen innerhalb der Interessenvertretung die Möglichkeit haben, gemeinschaftlich und demokratisch eine einheitliche Position zu entwickeln, die dann von den

Mitgliedern getragen und von den VertreterInnen nach außen artikuliert wird. Eine Interessenvertretung ist also eine Körperschaft mit eigener Satzung, die Neuzugänge nur zulässt, sofern von diesen die Satzung und die bestehenden Strukturen akzeptiert werden (etwa in Form einer Mitgliedschaft). Die Allianz ist hingegen ein relativ offener Begriff. Es ist schlicht ein Bund oder ein Bündnis. Der Begriff lässt offen, wer sich zu welchem Zweck für welche Zeitspanne in welcher Weise verbindet. Klar ist, dass eine Allianz keine Hierarchie zwischen den BündnispartnerInnen beinhaltet, ihre Autonomie bleibt gewahrt. Das Verbindende ist somit ein gemeinsames Ziel (oder mehrere), doch können Allianzen keinerlei Rechtspersönlichkeit haben.

## Allianzen: Wozu sind sie gut?

Allianzen sollen natürlich der Stärkung dienen, damit ein Vorhaben realisiert werden kann. Die Art des Vorhabens und die eigene politische Position bestimmen die Wahl der BündnispartnerInnen. Bei der Aufzählung der Punkte geht es mir weniger um den offensichtlichen Nutzen, sondern um das, was „nebenbei“ mitgenommen werden kann, denn häufig sind solche Nebeneffekte Bedingung für die Erreichung des offensichtlichen Nutzens:

1. Aufteilung der Arbeit: Wenn Ziele und Arbeitsschritte definiert und geplant sind, können je nach Ressourcen der BündnispartnerInnen Arbeitsschritte und Arbeitsfelder verteilt werden. Dass dies in einer losen Partnerschaft nur im Rahmen eines demokratischen Diskussionsprozesses erfolgen kann,

versteht sich von selbst. Es muss Konsens darüber erzielt werden, Mehrheiten reichen nicht aus. Dieses Kriterium der Übereinstimmung erfordert auch, dass bei der Planung der strategischen Ziele und deren Umsetzung Köpfe zählen und nicht das „Gewicht“ einzelner BündnispartnerInnen mit größeren Ressourcen.

2. Stärkere öffentliche Präsenz: Teil der Kommunikationsstrategie muss es sein, sowohl das Vorhaben zu vermitteln als auch die Tatsache, dass eine Allianz gebildet wurde. Da ist zunächst die Basisarbeit in den jeweils eigenen Medien notwendig, wo das Anliegen ausführlich für den Mitglieder- und SympathisantInnenkreis aufbereitet wird. Spezifische Medien eignen sich hierfür viel besser als die allgemeinen, „großen“ Medien. Wenn die Inhalte in den öffentlichen Medien ankommen, müssen sie in den eigenen Kreisen so stark durchgedrungen sein, dass jede/r sie dort erklären oder zumindest kommentieren kann. Wichtig ist, das Thema im eigenen Feld bekannt zu machen, zu diskutieren, Widersprüche und Probleme aufzuarbeiten. Auf dieser Basis wirken Medienberichte nicht als Eintagsfliegen, sondern vermitteln Anerkennungs-wert für die BündnispartnerInnen.

3. Themenspezifische Vernetzung auf breiterer Basis: Allianzen zu bilden bedeutet auch, die eigenen Kerngruppen um neue Gesellschaftsgruppen zu erweitern bzw. außerhalb der eigenen Kerngruppen bewusstseinsbildend wirken zu können. Die Nutzung von bestehenden Netzwerken erleichtert es zudem, Gegnerschaften und Marginalisierung zu entkommen.

## Gefahren und Fallstricke

Eine wichtige Aufgabe besteht darin, eigene Kerninteressen zu definieren, die im Rahmen der Allianzenbildung nicht aufgegeben und nicht verwässert werden dürfen, sowie das Ziel der angestrebten Allianz zu formulieren, das im Lauf der Partnersuche eventuell abgewandelt werden kann. Ebenso müssen MitkämpferInnen und PartnerInnen gefunden und strategische PartnerInnen gesucht werden (die, um die man nicht herumkommt bzw. die man nicht als Gegner haben will). Erforderlich ist auch, die zu

bearbeitenden Themen zu begrenzen und sie nach Wichtigkeit oder Chronologie zu ordnen, Arbeitsmarktinstrumente zu nutzen, Öffentlichkeitsarbeit zu organisieren und vor allem Hierarchien zu klären – gibt es eine/n SprecherIn der Allianz oder vielleicht mehrere oder Gremien? Welche Befugnisse haben sie?

Doch wichtiger als Anleitungen zu geben, wie Allianzen gebildet werden können, scheint es mir, mögliche Fallstricke aufzuzeigen, die den Keim des Scheiterns schon in sich tragen. Die inhaltliche Verzettelung ist dabei sicher vorrangig. Eine Allianz hat derart verschiedene PartnerInnen, dass es unbedingt notwendig ist, einen kleinen Kern an gemeinsamen Anliegen zu definieren. Sie müssen in Übereinstimmung formuliert sein und allen so wichtig sein, dass die PartnerInnen bereit sind, ihnen wirkliche Arbeit zu widmen. GefälligkeitspartnerInnen können höchstens als Groupie-Rand mitgedacht werden. Als Teil der Allianz wirken sie eher als Bremsklötze. Nur eine stete Aufmerksamkeit bezüglich unterschiedlichen Formen der Bildung von Hierarchien, das Bewusstsein um ihre leichte, zunächst oft unbemerkte Herausbildung, die erst dann zum Problem wird, wenn es einen Nutzen in konventioneller Form zu verteilen gibt (Geld, Projekte, Auftrittsmöglichkeiten etc.) kann Alpha-Männchen-Strukturen im Voraus erfolgreich bekämpfen. Das macht es auch möglich, die PartnerInnen entlang einer inhaltlichen Kompetenz und der manifesten Verantwortung für die einzelnen Themen zu organisieren. In diesem Zusammenhang ist die Selbstrepräsentanz der einzelnen BündnispartnerInnen absolut notwendig und muss in allen Teilbereichen realisiert sein.

# Realutopische Allianzströme

Zur Arbeit der IG Kultur Österreich im Feld des Antirassismus. Von Marty Huber

## 1. Grundlagen

### 1.1 Mathematik

Trotz eines schwerwiegenden Verhältnisses zur Mathematik seit meiner jüngsten Kindheit kann ich folgende Wahrscheinlichkeitsrechnung anstellen: Wer in Österreich aufgewachsen und sozialisiert ist, hat mit hohem strukturellem Rassismus zu rechnen. Die Wahrscheinlichkeit Rassistin/Rassist zu sein, ob strukturell oder internalisiert, ist also verhältnismäßig groß.

### 1.2 Geschichte

Außer der habsburgischen scheint es in Österreich nicht viel zu geben, da der Geschichtsunterricht meist mit dem Tod des Kaisers aufhört. Die Beteiligung der österreichischen Bevölkerung an der Ermordung der jüdischen, Roma und Sinti, schwulen, lesbischen, politisch anders denkenden Bevölkerung wird vergessen, heruntergespielt und mit der Festlegung, das „erste Opfer“ Hitlers gewesen zu sein, getauscht. Nur zur Erinnerung: Österreich ist ein Nazi-Nachfolgestaat.

### 1.1 + 1.2 => Korrelationen

Verhältnissetzung von real existierendem Rassismus und dem Faktum des Nazi-Nachfolgestaates sind möglich, simplifizierende Analogien sind zu vermeiden und reichen auch nicht aus.

### 1.3 Physik

Trägheitsprinzip: Ein Körper verharrt im Zustand der Ruhe oder der gleichförmigen Translation, solange die Summe aller auf ihn einwirkenden Kräfte null ist. Je größer die träge Masse eines Körpers ist, umso weniger beeinflusst eine gegebene Kraft seine Bewegung.

Reaktionsprinzip: Kräfte treten immer paarweise auf. Übt ein Körper A auf einen anderen Körper B eine Kraft aus (actio), so wirkt eine gleich große, aber entgegengerichtete Kraft von Körper B auf Körper A (reactio).

### 1.4 Kochen

Das antropophagische Prinzip:  
Der Löwe wird aus assimiliertem Schaf gemacht.

### 1.5 Sprachen

Es gibt eine Zeit des Sprechens, eine des Zuhörens, eine des Brüllens, eine des Maulhaltens, eine anhaltende des Übersetzens ...

### 1.6 Biologie

Andauernd stirbt etwas aus, anderes mutiert, nichts bleibt, wie es ist, es passierte uns soviel Neues, außer „standhafte Natürlichkeit“, das haben wir erfunden.

### 1.4 + 1.6 => Korrelationen

Wenn es auch manchen Orten üblich erscheint, dass das Große das Kleine verschlingt, so bleibt in der Logik der Antropophagie das Makrosystem vom verschluckten Mikrosystem nicht verschont. Es handelt sich jedoch nicht um Verdauungsstörungen, sondern um langfristige zelluläre Veränderungen.

### 1.7 Leibes-Seele-Körperübungen

Ein schwieriges Fach in einem Land, das die Idee des Volkskörpers lange Zeit hochhielt, auch wenn es im Fußball seit der Auflösung des SC Hakoah (Hopp auf, Hakoah! Willkommen zurück!) nicht mehr klappt, aber beim Schifahren und beim mann-männlichen Klang-



körper der Philharmoniker, da funktioniert etwas – meistens. Trotzdem: Der Körper als imaginierte Demarkationslinie verspricht durch seine Löchrigkeit gewisses widerständiges Potenzial.

## 2. Transdisziplinäres Hauptfach: Verlernen und sich erinnern, warum.

### 3. Crashkurs in Schizo-Politik

Um nun endlich ins kalte Wasser politisch-antirassistischer Arbeit springen zu wollen, widmen wir uns dem ersten Dilemma: Dem Verhältnis zwischen einer gut gemeinten und nicht nur von Mehrheitsangehörigen vorgetragenen „Wir sind alle gleich!“-Politik und eines identitär orientierten Ansatzes. In einer Welt, in der gilt „Either you are on our side, or you are against us“ (Georg W. Bush), muss man mit Schwierigkeiten rechnen, wenn man sagt, dass beide Recht haben. Manchmal haben sie gleichzeitig Recht und manchmal zeitlich zueinander verschoben. Es macht Sinn, vorrangig identitär orientierte Selbstorganisation von MigrantInnen zu unterstützen. Denn bald erkennt die IG Kultur-Arbeiterin das universalistische Fundament in der identitär-orientierten Unterstützungsarbeit. „Wie gründe ich einen Verein?“, „Wo gibt es Geld?“, aber auch SpezialistInnen-Wissen ist gefragt: „Gibt es Geld für interkulturelle Arbeit?“, „Welcher türkische Schriftsatz eignet sich für Websites?“

Das zweite Dilemma befindet sich im Spannungsfeld von StellvertreterInnenpolitik, das heißt, die IG Kultur bleibt weiterhin, wie sie ist (Achtung: Korrelation mit 1.1) und macht nach Gutdünken antirassistische Arbeit. Der andere Pol wäre die unausgesprochene Zuweisung und Festschreibung von antirassistischen Politiken ausschließlich auf MigrantInnen. Ein drittes Moment verunmöglicht ein wenig diese Beschreibung von zwei Polen, weil erstens verändert sich die IG Kultur selbst (Korrelation 1.6) sowie die Welt, die sie umgibt. So werden zum Beispiel MigrantInnen aus EU-(Erweiterungs-)Ländern eines Tages gesetzlich gleichgestellt sein – wie lange dies auf gesellschaftlicher Ebene dauern kann, sehen wir bei der Gleichstellung

von Männern und Frauen im Allgemeinen.

4. Gang durch die Institution und einmal retour: Seit dem antirassistischen Positionspapier ([www.igkultur.at/kulturpolitik/1071568914](http://www.igkultur.at/kulturpolitik/1071568914)) ist nun der wohl wichtigste Schritt die Fortsetzung des Antira-Schwerpunktes in einem EQUAL-Projekt gewesen ([www.igkultur.at/transfer/projekt](http://www.igkultur.at/transfer/projekt)).

### 4.1 K.O. oder Kohle

Die Finanzkoordination eines EQUAL-Projektes wie „work in process“ (wip) ist für so eine kleine NPO einmalig in der EU und braucht auch ein gewisses Gefallen am Risiko.

### 4.2 K.I. oder Kulturinitiativen

Die traditionell autonomen Kulturinitiativen, die bei der IG Kultur Österreich Mitglied sind, verbindet so manches (Korrelation 1.1 oder 1.3), nichtsdestotrotz war und ist die Aufgabe der IG Kultur, antirassistische Politiken in die verschiedenen Winkel zu propagieren, vor Punkt 3. zu warnen und die eigenen toten Winkel zu beleuchten. Autonomen Kulturinitiativen von MigrantInnen reicht es oftmals genauso wie anderen K.I.s, Zugang zu Information, Möglichkeiten der Fortbildung (spezifischer Art wie allgemeiner), Zugang zu Geld, Ressourcen, Infrastrukturen und informellen Wissensdämpeln zu bekommen. An dieser Verteilung von Partizipationsmöglichkeit ist zu arbeiten.

### 4.3 Verteilungsfragen – Verteilungskämpfe

Der Kuchen ist zu klein und außerdem der falsche, bis die Sonne aber überall scheint, müssen die Verteilungsfragen immer wieder neu aufgerollt werden. Was es gibt, ist wenig Geld und ein bisschen soziales Kapital. Zu fordern und zu fördern ist eigenständige antirassistische Kulturarbeit, abseits von sozialarbeiterischen Feldern. Die Zukunft dieser Arbeit der IG Kultur Österreich liegt meines Erachtens im Ausbau der Netzwerke, im Ausbau der Angebote für MigrantInnen und im strukturellen Verändern ihrer selbst und der Welt, die sie umgibt.

# zuMUTungen

Auszug aus dem kulturpolitischen Maßnahmen-Katalog der KUPF – Kulturplattform OÖ

**Mit den** zuMUTungen, die als „work in progress“ verstanden und einer ständigen Erweiterung und Überprüfung unterzogen werden wollen, tritt die KUPF an die politischen VerantwortungsträgerInnen von Bund, Land und Gemeinden heran, um die Arbeit der Kulturinitiativen in Oberösterreich abzusichern und zu verbessern. In der Neuauflage von 2002 wird „Kulturarbeit von Migrantinnen“ nicht nur als Querschnittsthema aufgegriffen (z.B. in den Bereichen Medienpolitik, Kinderkultur, Verteilungsgerechtigkeit oder Transparenz der Kulturförderung), sondern bildet zudem ein eigenes Kapitel:

## „Migrantinnen im Kulturbereich

Die KUPF stellt sich als Ziel und Aufgabe – insbesondere durch die aktuellen politischen Entwicklungen nach dem September 2001 – Impulse zu setzen, um eine breite Diskussion um das Thema Kulturarbeit von Migrantinnen sowohl unter den Angehörigen der Dominanzkultur als auch unter den Migrantinnen selbst zu ermöglichen. Die Situation von Migrantinnen in Österreich wird sehr oft von Überlebensstrategien, wie z.B. Existenzsicherung, überschattet. Wenn Migrantinnen in Österreich (Europa) ‚Kultur‘ oder gar ‚Kunst‘ produzieren wollen, gibt es eine Reihe von Schranken, die hinderlich oder sogar lähmend für sie ist. Daher fordert die KUPF:

- Eine Kulturpolitik, die sich zu ethnischen Unterschiedlichkeiten bekennt.
- Nicht nur gleichberechtigte Förderung, sondern auch eine kulturpolitische und förderpolitische Bevorzugung von kultureller Betätigung von Migrantinnen.
- Förderung von kulturellen Aktivitäten, die sich nicht ausschließlich an die Angehörigen der „Communities“ richten und/oder als Folkloredarstellungen konzipiert werden.
- Entwicklung von Kultur- und Kunstvermittlungskonzepten unter der Mitwirkung von Migrantinnen, die verschiedenen Volksgruppen den Zugang zu kulturellen Angeboten ermöglicht.
- Anerkennung und Förderung der kulturellen Beiträge von sozial benachteiligten Gruppen als Kulturarbeit und kritische Stellungnahme gegen die Einschränkung dieser Betätigungen auf den Sozialbereich.
- Förderung und Unterstützung der Vernetzung zwischen Kulturvereinen von Migrantinnen.
- Anteilsmäßige Besetzung des Landeskulturbeirates und der Fachbeiräte mit Migrantinnen (dzt. ca. 14% in OÖ).
- Verstärkte Medienzugänglichkeit für Migrantinnen sowohl als Kulturproduzentinnen als auch als Konsumentinnen.
- Einbeziehung von Migrantinnen bei Programmstellung (z.B. bei öffentlich-rechtlichen Medien).
- Ausschreibung aller Landespreise, Stipendien und Förderungen ohne Bedingung der österreichischen Staatsbürgerschaft.
- Errichtung eines Wissenschaftspreises für Interkulturelle Studien, der jährlich in Zusammenarbeit mit der Johannes Kepler Uni ausgeschrieben werden soll.
- Errichtung eines Landespreises für Kulturarbeit von Migrantinnen.
- Schaffung spezieller Aus- und Fortbildungsprogramme für Migrantinnen im Kulturbereich.
- Die Einbindung von Migrantinnen in das politische und kulturelle Leben und in Entscheidungsfunktionen dieser Gesellschaft.
- Förderung der Entfaltung kultureller und künstlerischer Initiativen von Migrantinnen.“

# Über die Nutzung des Kapitals!

Reflexion der Allianz zwischen maiz und KUPF. Von Rubia Salgado und Stefan Haslinger

**Als maiz**, das Autonome Zentrum von & für Migrantinnen, 1999 als erster MigrantInnenverein Mitglied der KUPF – Kulturplattform OÖ wurde, geschah gleichzeitig das Unvermeidliche und Erwünschte. Unvermeidlich, weil MigrantInnen hier leben, weil sie sich politisch organisieren, weil sie sich in Folge der Organisation auch im Kulturbereich betätigen, weil sie um gleiche Rechte zu erkämpfen, Verbündete brauchen. Unvermeidlich, weil maiz überzeugt war und ist, dass, um eine hegemoniale Position zu etablieren, auch das Regieren im Feld des Symbolischen angestrebt und erreicht werden muss. Erwünscht, weil somit die KUPF die Legitimation erhielt, laut und schärfer für eine antirassistische (Kultur-)Politik aufzutreten, ohne den Vorwurf des Paternalismus oder der Stellvertretung zu riskieren.

Für die KUPF war diese erlangte Legitimation aber gleichbedeutend mit der Übernahme von Verantwortung und Aufträgen. Der bis dahin im Moralischen manifestierte antirassistische Aspekt kulturarbeitersicher Praxis musste in eine Sphäre des Politischen gehoben werden. Das „neue“ Selbstverständnis musste an mehrheitsösterreichische Kulturinitiativen kommuniziert werden.

## Keine falsche Harmonie

Zwischen KUPF und maiz ging es nicht um das Herstellen und Aufrechterhalten einer harmonischen Beziehung. Maiz wollte die Ressourcen und das

politische und symbolische Kapital der KUPF für den Kampf um eine hegemoniale Stellung nutzen. Für die KUPF bedeutete (und bedeutet) das eine weitere Reflexion ihrer Rolle als ein Dachverband, in dem ausschließlich MehrheitsösterreicherInnen wirkten. Denn es ging darum, Privilegien abzugeben. Ein Ausdruck dieses Verlustes an Privilegien bzw. der Übertragung derselben auf migrantische Organisationen war die Überarbeitung der zuMUTungen. Die zuMUTungen – ein Forderungskatalog mit dem Untertitel „Maßnahmen für eine zukunftsweisende Kulturpolitik“ – erfuhr 2002 nach seiner Erstauflage 1997 eine radikale Erweiterung, für die die Neu-Definition des Kulturbegriffs und des antirassistischen Selbstverständnisses der KUPF maßgeblich verantwortlich waren. Der Bereich Kulturarbeit von MigrantInnen – in der Erstauflage quasi unberücksichtigt – erfuhr besondere Bedachtnahme und wurde auch im Zuge der medialen Rezeption in den Vordergrund gestellt. Maiz und KUPF bildeten von Anfang an eine strategische Allianz. Diese existiert nach wie vor entlang von Konfliktlinien (wie z.B. die Achsen minoritär/majoritär; eurozentristisches Wissen/„peripherisches“ Wissen; Kunstfeld/politisches Feld). Im Vordergrund steht aber die gemeinsame Durchsetzung und Vertretung dissidenter Positionen. Es geht um eine optimale Nutzung der aus der Gemeinsamkeit entstandenen Potenziale, darum, gemeinsame Machtpositionen stärker zu fördern, und letztlich um die Stärkung

der Position der AllianzpartnerInnen in Konfrontationsmomenten, um Asymmetrien in den Machtbeziehungen neu zu verteilen. Dieser Prozess bedarf für beide Seiten einer ständigen Reflexion und Überprüfung der formulierten Ziele.

## Umdenkprozesse laufen ...

Eingedenk der in den zuMUTungen formulierten Forderungen muss die KUPF sich eingestehen, dass die radikal demokratische Änderung der Gesellschaft noch nicht vonstatten gegangen ist. Nach wie vor ist die Kulturarbeit von MigrantInnen im Mainstream der Kulturpolitik nicht ohne die soziale Komponente denkbar. Die Eigenständigkeit migrantischer Kulturarbeit wird in Abrede gestellt oder euphemistisch mit Termini wie „Migrationshintergrund“ relativiert.

Im Bereich der freien Kulturarbeit kann hingegen ein gewisser Umdenk- bzw. Einlenkprozess festgemacht werden. Dieses Umdenken ist aber auch nur partiell zu verorten. Die Partizipation von MigrantInnen an der Verteilungsfrage und der kulturarbeiterischen Praxis ist selbstverständlich, die Zugangsbedingungen für MigrantInnen zu mehrheitsösterreichischen Kulturvereinen in der Praxis hingegen nur vereinzelt gegeben. Die KUPF sitzt hier der Problematik auf, eine öffentliche Profilierung als Befürworterin der Partizipation und als antirassistische „Instanz“ erlangt zu haben, ohne aber aktiv an der Schaffung struktureller Rahmenbedingungen für die Ermöglichung gearbeitet zu haben.

Daher bezieht sich maiz im Dialog mit der KUPF auf die Notwendigkeit eines Prozesses der Vertiefung und der Ausbreitung in Richtung Kulturinitiativen, im Rahmen dessen die spezifischen (SprecherInnen-)Positionen und politischen Praxen historisch und lokal verortet werden könnten. Weiters wird die Durchführung einer Bilanzziehung vorgeschlagen: Was wurde bis jetzt erreicht? Inwieweit geschah eine Stärkung der Position der MigrantInnen? Stehen die „Profite“ beider beteiligten Parteien in einem Gleichgewicht? Was wollen wir kurzfristig und langfristig erreichen? Wie? Wer sind die AkteurInnen? Die Strategien? Die

Perspektiven?

Schritte, die vor uns stehen, die uns in Richtung konkreter Handlungen zur Erkämpfung und Etablierung von Rahmenbedingungen für eine gleichberechtigte Partizipation von MigrantInnen im Bereich der freien Kulturarbeit ein Stück weiterbringen sollen.

[www.maiz.at](http://www.maiz.at)

[www.kupf.at](http://www.kupf.at)

*Erstmals erschienen in: Kulturrisse – Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik, 3/2006*

# keep it un/real

Illegal border crossing

Mapping Schengen

Sprache als Werkzeug der Unterdrückten

Nicht nur die Rückseite der Realität

Allianzt euch!

Das Missverständnis als Prinzip



**Mladen Penev**

illegal border crossing 02, 2005

[www.mladenpenev.net](http://www.mladenpenev.net)



**Mladen Penev**

illegal border crossing 06, 2005

[www.mladenpenev.net](http://www.mladenpenev.net)

# Mapping Schengen

... und die „verlassenen“ Bilder der Migration. Von Vassilis Tsianos

**Man könnte sagen**, dass das Hauptbild der gegenwärtigen Grenze Europas die reinste Form der Repression visualisiert: es ist jenes der Festung – eine Art Synthetisierung aus hochtechnologischer Grenzkontrolle, europäischen Integrationsbestrebungen sowie hilflosen kleinen Booten oder Menschen vor hohen Zäunen. Diese Vorstellung weckt Assoziationen, die an einen Kriegsschauplatz denken lassen, und steht für einen Mythos der Undurchdringlichkeit, der gleichzeitig einen humanisierenden Blick auf die Opfer-Subjekte der Migration impliziert. Vielleicht stellt dieser Blick und der dazu gehörige Menschenrechtsdiskurs sogar den wichtigen Assoziationsraum für die ideologische und politische Auseinandersetzung mit dem europäischen Migrationsregime dar, auf den sowohl MigrantInnen in Lagern als auch KritikerInnen in den Metropolen sehr oft als das gegenwärtig einzige Vehikel referieren, mit dem die Interessen der MigratInnen überhaupt artikuliert werden können. Wenn man in Zeitungen blättert oder kritische Studiodokufilme schaut, fällt auf, dass viele der dortigen Erzählungen die LeserInnen und ZuschauerInnen möglichst nah an den Routen und Passagen der MigrantInnen in die Festung hinein „auf Augenhöhe“ teilhaben lassen wollen. Die Geschichten und Bewegungen der MigrantInnen, ihre Passagen und Tricks werden begehrt und emphatisch nachgezeichnet von Subjekten, die die Medialität ihrer Teilhabe dabei nicht selten als mehr oder weniger „neutral“ fantasieren. Oft wird mit Authentifizierungs- und Aktualisierungsstrategien gearbeitet, die Nähe eher als eine Art Technoimagination denn als ein soziales

Verhältnis anbietet: Aufnahmen just-in-time vor Ort wechseln sich ab mit wagemutigem Technikeinsatz von Infrarot- und/oder versteckter Kamera, ohne dass die Zusammenhänge dieser Visualisierungstechniken als Mittel der Kontrolle, Überwachung und Normalisierung der Körper in Erscheinung träten. Wir möchten hier behaupten, dass dieses Blickregime Teil des Grenzregimes ist und nicht sein Gegenüber. Stattdessen schlagen wir vor, das Auge den migrantischen Praxen auf den Fluchtlinien der Politik von Identifizierung und Entrechtung folgen zu lassen, die – wie ich meine – den Kern gegenwärtiger Regulationszugriffe darstellen. Zu einer solchen Perspektive gehört es, die Narrationen, Bilder und Metaphern, in denen die individuellen Bewegungen der Subjekte als ein Subjekt der Migration gefasst werden, vom Standpunkt einer Praxis aus zu denken versuchen, die zwangsläufig die Regime der Grenze und der Migration als Arrangements herausfordert.

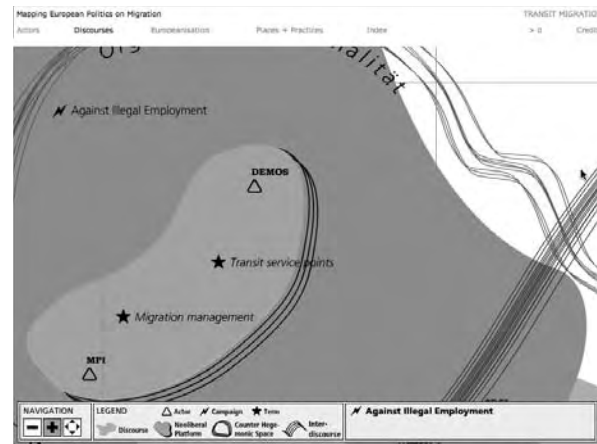
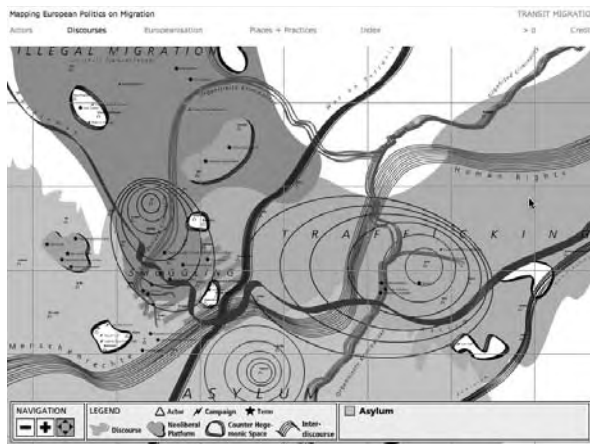
Der Einsatz eines solchen Blickes macht sich zum Komplizen der Potenzialität einer „Autonomie der Migration“, die sich trotzdem immer einen Weg bahnt. Er verweigert sich per Postulat etwa einer Kamerafahrt oder einem Bild, das sich einem Begriff anzunähern versuchte, weil die Setzung der Autonomie gerade den Überschuss avisiert, der in, durch und trotz repräsentativer Einschließungen in ein Bild, einen Begriff oder eine soziale Kategorie der Migration entsteht. Ich behaupte, dass die Ströme der Subjektivitäten der Migration nicht die Sprache des Wahren sprechen – sie verlassen die Bilder der Migration –, sondern sich im plötzlichen Auftauchen ereignen, um

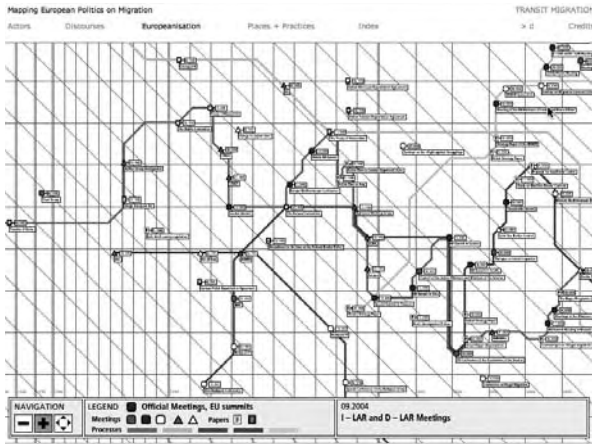


wieder unterzutauchen. Was also, so müssen wir uns fragen, wären Bildstrategien und Erzählformen, die sich zielstrebig an die Ränder ihrer eigenen Begriffe bewegen? Wie im Verhältnis zur Annahme solcher Praktiken auf dem Feld des Sichtbaren agieren?

Die häufigste Erscheinungsform der Grenze in Europa ist nicht an den geografischen Grenzlinien des Schengener Raumes, sondern in den Dateisätzen auf dem Laptop der Grenzschützerin, in den Visa-Dateisätzen der europäischen Botschaften in Moskau, Istanbul, Accra oder Tripolis, in den Checkpoints von Heathrow, Tegel, Charles de Gaulle oder Odysseas Elytis, im deutschen zentralen Ausländerregister (ZAST) in den Online-Eintragungen des Schengener Informationssystems (SIS), in dem die Daten von Personen, die ein Einreiseverbot für den Schengen-Raum haben, verwaltet werden, im Eurodac, das von der Europäischen Kommission geführte Datensystem, in dem die Fingerabdrücke von AsylbewerberInnen und festgenommenen illegalen MigrantInnen gespeichert sind, anzutreffen. Der Eintritt in die Mobilität geht oft über den Bildschirm. In diesem Sinne spricht Danna Diminescou von „virtueller Gefangenschaft“. Der Begriff der Flows ist der Terminus Technicus der Grenzregimier und verweist auf die „Wahlverwandschaft“ der schnellen, flexiblen Multidirektionalität der mobilen Subjektivitäten der Migration mit den wissens- und netzwerkbasierten Technologien ihrer Überwachung.

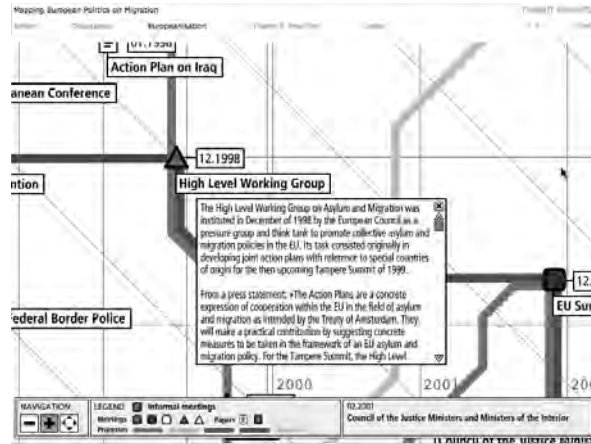
Das Projekt MigMap<sup>1</sup>: „Governing Migration – eine virtuelle Kartografie der Europäischen Migrationspolitik“ startete mit dem künstlerisch-aktivistisch motivierten Anspruch, eine situierte und nicht die Territorialität der Grenze (re-)produzierende Kartierung der Migrationspolitik in Europa seit 1989 zu kreieren. Unter [www.transitmigration.org/migmap](http://www.transitmigration.org/migmap) kann man durch die bislang vier realisierten Karten navigieren. Ziel war die buchstäbliche Visualisierung des Konzeptes der „Autonomie der Migration“ und das Zugänglichmachen von entsprechenden Informationen über das Internet. Besonders die Karte 3 zur Europäisierung der Migrationspolitiken mit ihrer an einen U-Bahn-Plan erinnernden Darstellung der dezentralen und kontinuierlichen Variationen des „observing“ und „action“ auf dem transnationalen „multi-level system of governance“ bringt den spezifischen Produktivitätsmodus der Grenzregime, ihre kontextflexible Fluidität zum Ausdruck. Die laufende, nicht lineare Entwicklung lässt sich durch eine einfache Chronologie der Ereignisse nicht mehr erfassen. Dazu gehören formelle und informelle Beratungsgespräche, Treffen und Konferenzen und eine Vielzahl von Strategie- und Konzeptpapieren, die laufend präsentiert und wieder schubladiert werden. In der Karte 3 können wir verfolgen, wie bestimmte operative Konzepte auftauchen, eine zeitlang weiterverfolgt werden, sich mit anderen parallel verlaufenden





Projekten konjunkturell überkreuzen, bis die Debatte aufgrund neuer Ideen oder aus tagespolitischem Anlass eine jähe Wendung nimmt. Die MigMap-Karte 2, die Karte der Diskurse, zeigt das Migrationsregime als das Wissensregime solcher Rekodierungen, mit denen die Integrierung, Koordination und provisorische Finalisierung zwischen der Multiplizität der Kräfte der jeweiligen Akteure konjunkturell verdichtet werden. Hier laufen die wichtigsten Diskurse, anhand derer die Axiomatik der Migrationspolitik rekodiert wird bzw. mit denen zum Zweck der Durchsetzung bestimmter Politiken argumentiert wird – Menschenrechte, Sicherheit, Asylrecht, Trafficking, War on Terror – wie meteorologische Turbulenzen ineinander, verdrängen sich oder schließen sich gegenseitig ein.

Ich denke, dass diese Form des Arbeitens mit kartografischen Elementen einen interessanten Umgang mit den Verbindungen der MigrantInnen untereinander vorschlägt, die nicht über die Repräsentation oder Kommunikation individueller Identitäten verläuft und auch nicht mittels einer Übersetzung für Dritte. Die Migrantinnen und Migranten, die an den nördlichen Küsten Afrikas auf ihre Passage warten, verbrennen ihre Papiere und treten in ein Leben ein, das sie de facto außerhalb jeder Politik der Sichtbarkeit versetzt. Sichtbarkeit gehört hier, im Kontext illegaler Migration, zum Inventar der polizeilichen Technologien der Kontrolle von Migrationsströmen.



Natürlich gewinnen MigrantInnen Stärke, wenn sie sichtbar werden, indem sie Rechte bekommen. Die Forderungen von MigrantInnen und die Dynamiken der Migration lassen sich jedoch nicht mit der Suche nach Sichtbarkeit und Rechten erschöpfen, weil beide als Differenzmarkierungen funktionieren, die eine sichtbare und eindeutige Verbindung zwischen der Person und ihrer Herkunft, dem Körper und einer Identität herstellen. Genau das, was MigrantInnen nicht wollen, wenn sie klandestin sind, on the road. In Wirklichkeit wollen sie jedermann, unwahrnehmbar werden. So jedermann/jedefrau werden wie die weiße T-Shirts tragende Menge der mehr als eine Million demonstrierenden „Klandestinos“ in Los Angeles.

[www.transitmigration.org/migmap](http://www.transitmigration.org/migmap)

<sup>1</sup> MigMap wurde entwickelt und realisiert von Labor k3000 (Peter Spillmann, Susanne Perin, Marion von Osten, Michael Vögeli) und den ForscherInnen von TRANSIT MIGRATION (Sabine Hess, Serhat Karakayali, Efthimia Panagiotidis, Vassilis Tsianos).

# Die Sprache als Werkzeug der Unterdrückten

Politische Bildungsarbeit statt Sprachkurse. Von Kim Carrington

**Es wurde uns** (MigrantInnen) so oft gesagt, dass wir zur erfolgreichen Integration in den österreichischen Arbeitsmarkt nur die Sprache beherrschen müssen, bis wir sogar selbst daran glaubten. Wie an den Besitz eines österreichischen Passes (oder einer guten Ausbildung) knüpfen viele Migrantinnen und Migranten auch an den Besitz der Sprache die Hoffnung, dass damit „alles“ besser und einfacher wird. Das ist meiner Meinung nach eine Illusion. Ein Täuschungsmanöver. Ich hingegen behaupte, dass die Sprache als Werkzeug der Unterdrückung benützt wird.

Mit diesem Statement will ich nicht den Wert der Sprache für die Arbeitswelt und andere Lebensbereiche in Frage stellen, sondern ich hinterfrage die Tatsache, dass die Sprache – und somit ihre Sprecher – immer wieder als Sündenböcke instrumentalisiert werden. Sprachdefizite werden als individuelle Defizite interpretiert, ohne nach den Ursachen innerhalb der gesellschaftlichen Strukturen zu suchen. Es beginnt bereits im Bildungssystem, gerade weil Bildungspolitik in Österreich die bestehenden Machtgefälle in der Gesellschaft reproduziert und somit negative Auswirkungen insbesondere auf Migrantinnen und Migranten und deren Kinder hat.

Meine zentrale These ist, dass der Sprache zu viel Aufmerksamkeit geschenkt und ihr im Prozess der so genannten „Integration“ ein zu hoher Stellenwert beigemessen wird. Ich vermute, dass es sich dabei um eine Strategie von Politikern und Entschei-

dungsträgern handelt, die dazu dient, die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Themen und Barrieren in Bezug auf den Zugang zum Arbeitsmarkt abzulenken – wie bereits erwähnt: ein Täuschungsmanöver.

Anstatt ernsthafter Auseinandersetzungen mit komplexen Fragen wie Diskriminierung und Rassismus sowie Rechten und Freiheiten ist es für die politischen Entscheidungsträger einfacher, Sprachkurse zu organisieren, durch die sie gleichzeitig ihre Dominanz ausüben können. Die Vorteile einer Bildungspolitik in diesem Sinne sind in Frage zu stellen, denn hier zeigt sich das, was Paulo Freire mit „Bildung als Praxis der Freiheit, im Gegensatz zu Bildung als Praxis der Herrschaft“ bezeichnete.

In Anlehnung an Freires Methoden bietet der Verein maiz Deutschkurse für Migrantinnen und Jugendliche an, die nicht ausschließlich auf Spracherwerb konzentriert sind. Im Einklang mit den Prinzipien unserer Arbeit wie Empowerment und Partizipation wird beabsichtigt, einen Bewusstseinsprozess in Gang zu bringen, der es den KursteilnehmerInnen ermöglicht, Formen und Perspektiven der Handlung als Subjekte in der Gesellschaft zu erforschen und zu verwirklichen.

## Do you speak Integration?

Bei meinen Aussagen in Bezug auf das Thema „Sprache“ habe ich oft Gegenargumente gehört wie: „Aber die Sprache zu erlernen ist doch wichtig! Es kann

nicht gut sein, wenn vor allem Frauen, die schon über 20 Jahre hier leben, noch immer kaum Deutsch sprechen können.“ Das bestreite ich nicht. Was ich jedoch kritisiere, ist, dass alle Maßnahmen für die so genannte „Integration“ auf Sprache reduziert sind. Dies bedeutet, dass die Verantwortung für eine gleichberechtigte Teilnahme am Arbeitsmarkt zu 100% an die Migrantinnen und Migranten geschoben wird. Mehrheitsösterreicher, Arbeitgeber und Gesetze müssen nichts dazu beitragen und sind daher von ihrer Verantwortung für den Abbau gesellschaftlicher Ausgrenzung entbunden.

Ein Individuum kann die Sprache beherrschen; das ändert jedoch nichts an der kollektiven Situation der MigrantInnen am österreichischen Arbeitsmarkt. Das ändert nicht die Tatsache der Diskriminierung auf allen Ebenen der arbeitsmarktpolitischen Einrichtungen und Sozialpartner. So wird zum Beispiel – unabhängig von Ausbildung oder Sprachkenntnissen – ein Migrant oder eine Migrantin, der/die Anspruch auf Weiterbildung hat, allzu oft nur in Sprachkurse geschickt, ohne jegliche Berücksichtigung auf vorher erworbene Fähigkeiten, Arbeitserfahrungen oder Berufswünsche. Diese strukturelle Diskriminierung vor dem Eintritt in den Arbeitsmarkt fördert die Illusion, dass die Sprache der Schlüssel zu Arbeit und Erfolg ist; sie fördert viele Deutschkurse, die in jeder Hinsicht (Qualität, Quantität, Inhalt etc.) unzureichend sind, und sie fördert ein rassistisches Einordnen in die Arbeitsbereiche. Also muss ich mich fragen: „Was nützt mir die Sprache, wenn sie mich nicht gegen Diskriminierung und Rassismus verteidigen kann?“

Die Behauptung von Entscheidungsträgern, dass Leistung und Erfolg nur jene erzielen, die sich den dominanten Gruppen (Mehrheitsösterreichern) am stärksten annähern, ist zentraler Ansatz der Politik der Assimilation. Oberstes Ziel dabei ist es, das Bild von Österreich so wenig wie möglich zu stören. Die Bewahrung von Gerechtigkeit in der Gesellschaft rangiert hingegen an hinterster Stelle. Es gibt bestimmt Migrantinnen und Migranten, die entweder nicht fähig oder nicht willig sind, an diesem Prozess der Assimilation teilzunehmen. Auch ich wehre mich

gegen diese Ideologie, weil sich dadurch – egal wie nahe oder wie fern ich von der „Norm“ bin – nicht die Tatsache verändert, dass ich als Migrantin unzureichenden Zugang zum Arbeitsmarkt habe sowie unzureichende Rechte gegen Diskriminierung und Rassismus am Arbeitsmarkt genieße.

Nicht ich bin minderwertig, sondern die Gesetze, die arbeitsmarktpolitischen Einrichtungen, der so genannte Integrationsvertrag und alle anderen Mechanismen, die meine Rechte und Freiheiten beschränken, sind diejenigen, die mangelhaft sind. Unsere Konzentration auf die Sprache als Barriere ist selbst eine Barriere, die eine Veränderung, das Beschreiten neuer Wege, behindert.

Meine Utopie – eine eher realistische oder greifbare Utopie – wäre es, diese Illusion der Sprache zu überwinden und verstärkt politische Bildungsarbeit in den Diskurs einzubringen. Die Frage, die bleibt, ist: Wie? Was können wir (MigrantInnen und MehrheitsösterreicherInnen) aktiv tun, um eine Perspektive jenseits dieser Illusion zu schaffen?

Für mich persönlich ist diese Einstellung eine Form des Widerstands geworden. Ich verwende das Wort Widerstand ganz bewusst, weil ich es ablehne, weiter zu glauben, dass erst die deutsche Sprache all meine anderen Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen legitimiert.

**www.maiz.at**

*Der Beitrag basiert auf einem Statement im Rahmen der Antirassismuskonferenz 2004, erstmals veröffentlicht in: AEP-Informationen. Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, 3/2005*

Verwendete Literatur:

Paulo Freire, Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt 1984/1970

# Nicht nur die Rückseite der Realität

Film als umkämpfter Ort der Selbstrepräsentation. Von Rubia Salgado

**Als Mitarbeiterin** einer Selbstorganisation von Migrantinnen (maiz - Autonomes Zentrum von & für Migrantinnen) bin ich oft in Kooperationsprojekten mit KünstlerInnen involviert. Die Kooperation mit KünstlerInnen bildet für uns als politisch organisierte Migrantinnen Teil eines strategischen Vorgehens, und in diesem Zusammenhang sind Überlegungen hinsichtlich egalitärer Formen der Zusammenarbeit ein konstituierender Teil des Prozesses. Im Bewusstsein, dass alle gesellschaftlichen Beziehungen von Ungleichheiten bestimmt sind und dass das Anstreben von Symmetrie als ein politischer Prozess nicht an Bedeutung verliert – trotz des Wissens über ihre Unmöglichkeit –, beschäftigen wir uns u.a. mit Fragen nach den Konfliktlinien, die die Zusammenarbeit strukturieren (wie z.B. die Achsen minoritär/majoritär; eurozentristisches Wissen/„peripheres“ Wissen; Kunstfeld/politisches Feld), nach Strategien, Vereinbarungen oder Strukturen, um gegen Rassismus und Sexismus innerhalb der Kooperation vorgehen zu können. Diese Reflexion (so unsere Absicht) soll alle Phasen und Ebenen des Projekts, auch die der Repräsentation, durchdringen.

## Bildproduktion als Machtfrage

Das ist die Perspektive einer Organisation von Migrantinnen, die Kooperationen im Kunstfeld eingehen. Wir in maiz vertreten den partizipatorischen Ansatz, um als Subjekte in künstlerischen Prozessen im Dialog mit Künstlerinnen zu wirken. Einerseits, weil wir überzeugt sind, innerhalb solcher Prozesse

politische Bildungsarbeit realisieren zu können. Andererseits, weil wir uns als schaffende Subjekte im Feld des Symbolischen positionieren wollen. Das bedeutet u.a., dass wir bei der Herstellung und Verbreitung von antirassistischen und antisexistischen Bildern und Narrativen mitwirken wollen.

Wir postulieren diese Positionen und Forderungen jedoch nicht als allgemein und ausschließend geltende Regelungen. Unsere Absicht hier ist, diese Entscheidung nachvollziehbar zu machen. Bildet die Partizipation von Migrantinnen auf allen Ebenen eine Voraussetzung zur „Anerkennung“ eines Kunstprojekts als ein antirassistisches und antisexistisches Projekt? Impliziert die Behauptung bzgl. Legitimität der Forderung bestimmter Gruppen von Migrantinnen nach Partizipation auf allen Ebenen eines in Kooperation durchgeführten Kunstprojekts die Unmöglichkeit einer antirassistischen Handlung innerhalb von Kunstprojekten, die diese Forderung nicht berücksichtigen?

Ich neige dazu, diese Fragen mit Nein zu beantworten. Die Frage nach dem Erfüllen von Voraussetzungen jedoch, die dazu beitragen würden, dass z.B. im Bereich der Filmproduktion keine Reproduktion der hegemonialen Machtverhältnisse stattfindet, bleibt hier teilweise offen.

Ich könnte hier betonen, dass Reflexion und Auseinandersetzung über die Machtbeziehungen, über die jeweiligen gesellschaftlichen Positionen und die daraus resultierenden unterschiedlichen Perspektiven konstituierende Teile des Produktionsprozesses bilden sollten, wenn es darum geht, Bilder

der Anderen herzustellen. Diese Schritte könnten als Voraussetzung genannt werden. Aber die Frage nach dem Erfüllen der Voraussetzungen bleibt weiterhin nicht beantwortet, denn wo liegt der Anfang? Bei der Ethik, würde ich schnell antworten. Und wo bleibt die Ethik, wenn es darum geht, die eigene Machtposition (bewusst oder nicht) zu erhalten? Welche Rolle spielen Privilegien in diesem Zusammenhang? Welche Auswirkungen hätte ein ethisches Handeln, das dementsprechend die privilegierte Situation einer Mehrheit in Frage stellen würde, auf die Möglichkeit der finanziellen und symbolischen Verwertung der Produktion?

Und somit komme ich zum Anfang zurück. Somit erkläre ich, warum wir uns in Bezug auf den Ansatz der Partizipation und für die Forderung nach Symmetrie positionieren. Weil wir uns auf das Handeln der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft nicht verlassen.

Aber ich möchte nochmals betonen, dass es sich um die Position einer Migrantinnenorganisation innerhalb ihrer politischen Arbeit handelt. Wir behaupten nicht, dass Menschen, die nicht einer bestimmten Gruppe angehören, nicht „befugt“ sein können, Bilder und Narrative dieser bestimmten Gruppe herzustellen. Wenn es so wäre, würde es nicht möglich sein, als männlicher Schriftsteller eine weibliche Figur in einem Roman zu kreieren, oder als heterosexuelle Filmemacherin homosexuelle Charaktere darzustellen. Problematisch sehen wir die Tatsache, dass manche Gruppen keinen oder nur sehr beschränkten Zugang als ProtagonistInnen zum Bereich der Produktion von Bildern und Narrativen, zur Herstellung von Repräsentationen haben.

## Kampf um Selbstrepräsentation

Um das Thema des Kampfes um Selbstrepräsentation weiter zu denken, erscheint mir die Differenzierung zwischen dokumentarischen und fiktionalen Arbeiten und zwischen Realität und künstlerischer Wirklichkeit als ein hilfreicher Zwischenschritt.

Wenn wir künstlerische Arbeiten betrachten,

die sich in Österreich mit dem Thema Rassismus (und auch Antirassismus) beschäftigen, können wir eine Tendenz zur Bevorzugung eines dokumentarischen Charakters feststellen. Ich stelle mir wiederholt die Frage nach dem Grund für diese Tendenz. Ich frage mich, ob im Hintergrund der Glaube an das Dokument als ein neutrales Medium steht. Aber der Gebrauch von einem Dokument verändert und beeinflusst die Natur des Dokumentierten. Die Recherche, die Auswahl der Dokumente und die Art der Artikulation geschehen anhand eines bestimmten Interpretationsmodells und dienen einem Zweck. Und hier entsteht dann die Frage nach den Kriterien der Auswahl, nach dem Modell der Interpretation, nach der Struktur der Artikulation, danach, woraus eine „Erzählung“ entsteht, die sich als ein Abbild der Realität geltend machen will.

Eine weitere und sehr dringende Frage bezieht sich auf den „Gebrauch“ von Menschen als „Dokument“. Hier besteht oft die Gefahr der Instrumentalisierung, indem z.B. MigrantInnen dargestellt werden, ohne im Vorfeld ausreichende Informationen zum Projekt zu erhalten, indem MigrantInnen interviewt werden, ohne Mitspracherecht bei der Bearbeitung des aufgenommenen Materials zu haben, indem MigrantInnen allein die Funktion der Gewährung von Authentizität erfüllen (ein unabdingbares Element dokumentarischer Produktionen).

Weiters beschäftigt mich ein Satz, den ich in einem Text zur Präsentation einer Ausstellung gelesen habe: Die Realität hat die Kunst (zurück-) erobert. Und somit kommen wir zum Thema der Beziehung zwischen Kunst und Realität. Diese Beziehung gestaltet sich innerhalb von fiktionalen Werken anders als im Rahmen von künstlerischen Arbeiten mit dokumentarischem Charakter. Ohne Letzteren Attribute wie Objektivität und Neutralität zu verleihen, kann man hier von der Intention der Abbildung, des Feststellens realer Zustände und Zusammenhänge als ein wesentliches Merkmal im Produktionsprozess sprechen. Fiktionale Arbeiten hingegen schaffen eine künstlerische Wirklichkeit, die sich zwar von erlebten oder möglicherweise gelebten Erfahrungen ernährt,

aber sie dokumentiert die Erfahrungen nicht. Sie ernährt sich davon, nicht um sie zu bestätigen, sondern um einen anderen Raum zu konstituieren.

Zweifelsohne eignet sich die dokumentarische Arbeitsoption für einen Prozess, der gegenhegemoniale Diskurse und Formen der Repräsentation herstellen will. Aber der Glaube an eine Garantie für „mehr Objektivität“ oder für „mehr Wahrheitsgehalt“, die aus der Gattung „natürlich“ entspringen würde, soll im Vorfeld kritisch beleuchtet werden. Auch die Machtverhältnisse im Rahmen des Prozesses benötigen intensive Auseinandersetzungen, besonders im Fall von Kooperation mit Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft. In maiz bevorzugen wir die Arbeit im fiktionalen Feld und versuchen hier als Protagonistinnen das Entwerfen von anderen Wirklichkeiten zu üben. Hier versuchen wir, ausgehend von Reflexionen zu den Selbstbildern, die die am Prozess beteiligten Migrantinnen von sich haben, zur Konstruktion und Vermittlung von Formen der Selbstrepräsentation zu gelangen. Hier, ernährt von der Realität, übersättigt von der Realität, versuchen wir sie zu verdauen und etwas anderes zu erschaffen, etwas, das nicht die Rückseite der Realität ist, nicht ein „make believe“, nicht eine kompensatorische Fantasie. Aber eine Entfaltung, eine begehrte Entfaltung der Realität. Das, was hätte sein können. Eine begehrte Entfaltung.

**[www.maiz.at](http://www.maiz.at)**

*Diskussionsbeitrag im Rahmen der Podiumsdiskussion „Aufbrüche, Strategien und Stand-Punkte“ zu „Here to stay“ auf der Diagonale 2005*



**Petja Dimitrova**

aus der Arbeit „Allianzt euch!“, 2007





**Petja Dimitrova**

aus der Arbeit „Allianz! euch!“, 2007



**Petja Dimitrova**

aus der Arbeit „Allianzt euch!“, 2007

# Das Missverständnis als Prinzip

Realität, Migration, Fiktion. Von Hito Steyerl

**Gehen wir** von einem Missverständnis aus. Dieses Missverständnis entsteht auf verschiedene Weisen. Die für Migrierte wohlbekannte Frage: „Wo kommst du eigentlich her?“ ist eine davon. Es ist nicht genug, auf diese Frage eine wahrheitsgetreue Antwort zu geben. Denn es wird weiter gefragt, bis die Antwort mit dem übereinstimmt, was der Frager sowieso schon zu wissen meint; bis der oder die Befragte also wieder ins vorgefertigte Bild passt.

Dieses Bild hat jedoch einen tiefen Riss: Es passt von vornherein nicht mit sich selbst zusammen. Obgleich MigrantInnen durch ihre Mobilität definiert werden, sind sie diejenige gesellschaftliche Gruppe, die am meisten eingeschränkt wird. Diese Einschränkungen passieren auf vielen Ebenen. Während einige strengen Beschränkungen der Bewegungsfreiheit unterliegen (ein extremes Beispiel ist die Schubhaft) und tatsächlich festgenommen oder festgehalten werden, werden andere eher durch Stereotypen und Vorurteile festgeschrieben. Denn man weiß schon immer alles über sie und es existieren etliche gesellschaftliche Rituale, mit denen sich dieses „Wissen“ immer wieder seiner selbst versichert. In diesem Zwiespalt zwischen Mobilität und Festsetzung, zwischen dem eigenen Wissen und dem, was die Anderen zu wissen meinen, zwischen Realität und Fiktion, entstehen immer neue Missverständnisse. Das Stereotyp von MigrantInnen ist in sich so gebrochen, dass beim besten Willen niemand hineinpassen kann.

Die Nichtübereinstimmung der Realität mit ihrer Fiktion erzeugt gewöhnlich Nervosität, ja sogar Angst. Sie bedroht die gewohnten Kategorien. Allerdings unterscheidet sich das, was in diesem Fall Realität, und das, was Fiktion genannt wird, beträchtlich vom normalen Wortgebrauch. Denn im Falle von MigrantInnen werden Fiktionen für wahrer gehalten als Realität es jemals sein könnte. Geschichten, die mit den Fiktionen von (warmherzigen, Musik und Kinder liebenden, ungebildeten, unterwürfigen, fanatischen etc. etc.) Migrierenden nicht übereinstimmen, haben keine Chance als real akzeptiert zu werden. Sie sind nicht realistisch genug. Nur Fiktionen können diese Forderung erfüllen. Die Realität wird nur in so weit wahrgenommen, als sie mit ihrer Fiktion übereinstimmt. Trotzdem ist die Fiktion immer durch unvorhersehbare Ereignisse bedroht und muss verteidigt werden. Der Konflikt zwischen Fiktion und Realität ist das Missverständnis.

Das wäre im Prinzip kein Problem, wenn die fiktiven Erzählungen sich nicht so hartnäckig als Wissen ausgeben würden. Mark Terkessidis spricht in diesem Zusammenhang von rassistischem Wissen, das sich mit Institutionen verbündet. Die strukturelle Verwechslung von Wissen und Einbildung verankert jene Grauzone, die es verhindert, dass Migrierende jemals irgendwo ankommen können. Sie steckt den Bereich des Missverständnisses fest. Sie entwirft Drehbücher, in denen alle Rollen schon festgelegt sind; die ewi-

ge Wiederkehr in Form einer Seifenoper. Fast schon neurotisch besteht die Gesellschaft darauf, dass dieses Skript nahezu rituell befolgt wird und niemand aus der Rolle fällt. Was wir Realität nennen, ist nichts als diese unablässige Serie von Fiktionen.

## Die Passion des Realen

Woher kommt diese sonderbare Form der Erkenntnis? Das ist eine Frage, die sich weit ins Feld des Allgemeinen hineinbewegt. In einem Aufsatz über das 20. Jahrhundert spricht Alain Badiou von der Passion des Realen. Die Realität gewinnt am Beginn des 20. Jahrhunderts immer mehr an Bedeutung. Sie muss immer wirklicher werden, mit dem Leben übereinstimmen, auch wenn niemand so genau weiß, was das ist. Ein Spruch des frühen sowjetischen Dokumentaristen Dziga Vertov verdeutlicht die paradoxe Struktur dieses Verlangens: Es lebe das Leben, so wie es ist! Es ist nicht genug damit das Leben als solches zu feiern, es muss auch noch es selbst sein. Und das ist in der Tat nicht selbstverständlich: Gerade das „natürlichste“ Faktum, das Leben, entzieht beständig seine Bedeutung. Obwohl Menschen es besitzen, können sie es doch nicht vollständig erklären. In Vertovs Satz öffnet sich daher ein haarfeiner Riss zwischen dem Leben und seiner Echtheit. Falsches und wahres Leben fallen auseinander. Die Passion für das Reale geht notwendig mit dem Verdacht einher, schreibt Badiou. Daher die Frage: Wo kommst du eigentlich wirklich her? Neugier und Argwohn gehen Hand in Hand.

Diese doppelte Bewegung hat schwer wiegende politische Konsequenzen. Denn ab jetzt muss die Realität ständig vom bloßen Schein gesäubert werden. Das Reale muss rein gehalten werden, der Verdacht nimmt überhand: Überall sind Verräter, Agenten, Volksfeinde. Natürlich ist das begehrte Reale von vornherein imaginiert: Das menschliche Wesen, das Leben als solches, die Natur etc. sind Idealvorstellungen. Das „Leben, wie es ist“ ist eigentlich das „Leben, wie es sein soll“. Diese Passion des Realen ist zerstörerisch, da sie versucht, das Leben von allem zu befreien, das ihm nicht wesentlich angehört – letzt-

endlich also von sich selbst. Deshalb, so Badiou, ist das 20. Jahrhundert das Jahrhundert der ethnischen Säuberungen und Massenverbrechen.

Diese Figur des Generalverdachts, die Geste der Säuberung ist in Migrationsdebatten wohl bekannt. In diesen – in der Öffentlichkeit oder im Alltag – erlebten Auseinandersetzungen geht es immer wieder darum, Grenzen zu definieren, Territorien „rein“ zu halten, Kompetenzen abzustecken. Die Geste der Säuberung kann als Drohung mit der Massenabschiebung daherkommen oder als neurotisches Verlangen der unveränderten Wiederholung von Klischees. Das ständige Missverständnis, in dem Migrierte leben, ereignet sich in der Kluft zwischen dem „Leben, wie es ist“ und dem „Leben, wie es sein soll“. Sie agieren als Platzhalter dieser unüberbrückbaren Differenz, sie markieren den Abstand zum Ideal einer Welt, in der alles fein säuberlich in Kategorien geordnet ist.

Wie aber umgehen mit diesem Zwiespalt? Bedeutet das, dass neue Fiktionen die Situation verbessern können? Geht es um die Erfindung anderer Utopien? Macht es Sinn, sich über die existierenden Fiktionen lustig zu machen oder sie ins Absurde zu treiben? Vielleicht, aber ändert dies die Logik des Problems? Sind dies nicht aufklärerische Bewegungen, die versuchen, nur eine weitere Schicht des Scheins von der Realität abzulösen, und daher die Schraube der „Säuberung“ des Realen nur eine Drehung weiter-treiben?

Badiou schlägt eine andere Lösung vor: die Identifikation mit der Differenz, d.h. dem Missverständnis. Das Reale nimmt darin nicht mehr die Form der Identität an (wo kommst du eigentlich wirklich her?), sondern der Kluft selbst. Das Reale ist das Missverständnis selbst, die Tatsache, dass alle Fiktionen unzureichend sind und wir die Welt nicht vollständig mit ihnen erklären können. Vielleicht verläuft der Unterschied zwischen Menschen nicht entlang von Migrierten oder Nicht-Migrierten, Frauen oder Männern, Kindern oder Erwachsenen. Vielmehr ereignet er sich darin, an welchem Ort die Menschen das Reale verwirklicht sehen: in ihrer Identität oder im notwendigen Missverständnis darüber. Während die Identi-

tät immer bedroht ist und nach weiteren Schritten hysterischer Klärung oder gar Säuberung verlangt, ist das Missverständnis eine seelenruhige Konstante. Insofern kann das Missverständnis in der Tat eine Heimat sein: die einzige, die nie jemand zurückweisen wird.

Verwendete Literatur:

Alain Badiou, Das Jahrhundert. Zürich/Berlin: Diaphanes 2006

Andreas Disselnkötter, Siegfried Jäger, Helmut Kellersohn, Susanne Slobodzian (Hg.), Evidenzen im Fluss – Demokratieverluste in Deutschland. Duisburg: Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) 1997

Mark Terkessidis, Psychologie des Rassismus. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1998

# fields of TRANSFER

## English Project Description

**„fields of TRANSFER** – Cooperations through networking. Migrants in cultural work“ is a two-year project carried out by IG Kultur Österreich as part of the development partnership „work in progress – migrant self-organization and work“ (wip, for short) within the framework of EQUAL, an initiative of the European Union to combat discrimination on the labor market. The fulcrum of wip is to strengthen migrant self-organizations that constitute independent, open spaces built and shaped by the differences and commonalities of those who create them.

wip is a consortium mainly comprised of migrant self-organizations (SOM) that was formed in order to represent common interests via self-representation, develop common objectives and strengthen collective forms of self-determination by and for migrants. The diverse projects that constitute wip are active in different fields, such as education, counseling, networking and cultural work. fields of TRANSFER was conceptualized as an antiracist networking project located in the independent cultural work field. As the umbrella organization and network for autonomous and independent cultural work in Austria (with over 350 member organizations), IG Kultur Österreich has been working toward realizing the long-standing political demand for equal social conditions for marginalized and excluded groups and persons in Austria. In this sense, IG Kultur Österreich is an important strategic partner for migrant self-organizations that engage in cultural work.

Particularly the field of independent cultural work – the structures of which are largely self-organized – offers an exciting range of opportunities for migrants, many of which are intricately linked to cultural work’s potential for self-representation and participation-based self-empowerment strategies. Migrants’ active participation in cultural processes

entails playing a role in shaping the society migrants live in. Through implementing the fields of TRANSFER project, IG Kultur Österreich not only aims to advance the discussions on the conditions surrounding cultural production and various forms of cultural work by migrants, but also to develop strategies for increasing employment for migrants in the cultural field. Nevertheless, although job opportunities are steadily increasing in the cultural field, the working conditions in the cultural sphere remain gravely precarious.

For this reason, fields of TRANSFER’s networking activities between migrant and non-migrant self-organizations engaging in cultural work aims: (1) to render visible, i.e. break down, the barriers for migrants’ access to the cultural field; (2) to promote reflection of one’s own exclusionary mechanisms, particularly within cultural initiatives run by groups solely comprised of the Austrian majority; and (3) to work toward changing funding policies, as the present policies not only lack sufficient support for emancipatory cultural work by migrants but also mainly focus on exotifying, folkloristic cultural representations. A significant component of our work involved strengthening migrants’ presence in the independent cultural scene, as to facilitate common grounds for forging alliances for working together to achieve general improvements for doing critical and autonomous cultural work – which boils down to increasing subsidies and funding in order to be able to provide employment opportunities.

### Activities

The activities in this project are embedded within this context. fields of TRANSFER’s cooperations with diverse free media (primarily print media collectives) have been a decisive part of our module’s activities, as they allowed us to present issues concerning cultural

work – antiracism – migration to different audiences, thus initiating discussions on these topics.

We managed to include several representatives from different migrant-run and Austrian majority-run cultural and media initiatives as authors and interview partners in our articles. In networking and concretely working with each media cooperation partner – and in line with the project objectives and the concept of self-representation – it was particularly crucial for migrants to speak (write) in their own words, thus breaking with the common practice of publishing articles about migrants by authors of the Austrian majority.

In 2006, fields of TRANSFER conceptualized three workshops in Vienna, Upper Austria and Vorarlberg, each of which addressed and worked with current events and developments relating to the independent cultural work field. The issues discussed included „Linz: Cultural Capital 2009” independent media and current subsidy i.e. funding practices; all of which provided a basis for getting to know each other, forging networks (between migrant and Austrian majority cultural and media initiatives as well as those among migrant-run cultural initiatives) and as a space for discussion and debate. Each workshop was organized and planned in cooperation with local cultural initiatives run by migrant or Austrian majority groups.

In November 2006, fields of TRANSFER put on a conference entitled „Cultural Work in Immigration Societies”. The panel discussion „Perspectives From Current Antiracist Practices” brought together different approaches, which were presented by activists, social scientists and a lobbying organization and discussed in terms of the structural conditions for and current objectives of antiracist practices in the cultural field. The necessity for participative forms of self-representation was a particularly strong point of interest in the debate.

The conference stream „Antiracist Interventions and Strategies” addressed issues that the conference opened up for further examination. One of the conference’s main aims was to spotlight the current cultural production by migrants to strengthen migrant self-representation and cultural work through providing access to a broader audience.

## Publication

The publication concludes the project and is a collection of the individual text and image contributions produced at the interface to issues of migration – antiracism – working in the cultural field as they came up and were discussed throughout the project’s activities. Many of the articles presented here are based on lectures and discussion contributions of representatives from Austrian majority and migrant cultural initiatives at the workshops and conference. This compilation of the diverse discussion strands (which comprises debates surrounding the term „culture,” precarious working conditions, media work by migrants, debates on antiracist identity and representation politics or visual practices in antiracist art work) aims to clearly show the cross connections between perspectives in cultural policy and forms of antiracist activism.

The publication is particularly geared towards increasing the visibility of migrants who are active in the cultural sphere and to introducing different forms of and approaches to antiracist action by migrant-run cultural initiatives and those run by Austrian majority groups.

This project has generated, among other things, the awareness that participation (in the sense of having the opportunity and ability to contribute in creating and making decisions), access to knowledge and public recognition are central factors that perpetuate the exclusion of migrants from the cultural sphere. Moreover, migrants are rarely perceived as an audience, let alone as cultural producers. There is little knowledge in circulation about migrants’ diverse cultural practices, despite the fact that migrants are frequently portrayed as adverse and problematic figures in the public sphere. Still today, institutions and initiatives in the cultural sphere generally fail to perceive migrant cultural practices as socially relevant cultural contributions to the whole society, and, as a consequence, remain unfunded.

**German-English translation: Erika Doucette**

# AutorInnen-Verzeichnis

## **Beatrice Achaleke**

Mitbegründerin und Direktorin des International Center for Black Women's Perspectives – AFRA ([www.blackwomenscenter.org](http://www.blackwomenscenter.org)). Obfrau von Schwarze Frauen Community ([www.schwarze-frauen.net](http://www.schwarze-frauen.net)) und ENARA – European Network Against Racism. Projektleiterin der Kampagne „Black Austria“ ([www.blackaustria.at](http://www.blackaustria.at)). Langjährige (Trainings-) Erfahrung in den Bereichen Erwachsenen- und Schulbildung, Anti-Rassismus-Arbeit, Migration sowie Entwicklungspolitik.

## **Juliane Alton**

Kulturarbeiterin mit kulturpolitischen Schwerpunkten Künstlersozialversicherung und Urheberrecht. Ehemals Geschäftsführerin der IG Freie Theaterarbeit, derzeit Obfrau der IG Kultur Österreich und karezierte Geschäftsführerin der IG Kultur Vorarlberg. [www.alton.at](http://www.alton.at)

## **Iris Aue**

geb. 1983 in Wien, studiert seit 2004 Bildende Kunst/Schwerpunkt Malerei und Grafik an der Kunstuniversität Linz. Lebt, arbeitet und pendelt zwischen Linz und Wien. [iris.aue@ufg.ac.at](mailto:iris.aue@ufg.ac.at)

## **Fatih Aydogdu**

geb. 1963 in der Türkei, lebt und arbeitet in Wien. 1980-81 Studium an der Akademie der schönen Künste/Istanbul, 1982-83 Hochschule für angewandte Kunst/Wien, 1984-89 Akademie der bildenden Künste Wien, 1989 Graduation. Zahlreiche Ausstellungen und Projekte im In- und Ausland, tätig als Künstler,

Grafikdesigner, DJ und Musiker. [fazz@chello.at](mailto:fazz@chello.at)

## **Gülmihri Aytac**

Aktivistin im Kulturverein Kanafani, Vorstandsmitglied beim Forum Muslimische Frauen und Religionslehrerin. [www.kanafani.at](http://www.kanafani.at)

## **Kamile Batur**

Obfrau des Kulturvereins Kanafani, studiert Architektur. [www.kanafani.at](http://www.kanafani.at)

## **Songül Boyraz**

Künstlerin, Studium der Bildhauerei in Istanbul (University Faculty of Fine Arts) und Wien (Akademie der bildende Künste). Lebt und arbeitet in Wien. Einzelausstellungen im In- und Ausland.

## **Ljubomir Bratić**

Philosoph und freier Publizist; Herausgeber von „Landschaften der Tat. Vermessung, Transformationen und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa“ (2002, SozAktiv). Zuletzt beschäftigt im Rahmen der Initiative Minderheiten als Mitglied des KuratorInnenteams von „Verborgene Geschichte/n – remapping Mozart“ 2006 und als Koordinator eines Theaterprojekts über Roma-Diskriminierung.

## **Luzenir Caixeta**

Mitbegründerin von maiz. Studium der Philosophie und Befreiungstheologie in Brasilien. Promotion in Sozialethik in Österreich. Bei maiz arbeitet sie als Projektkoordinatorin und Beraterin v.a. für Migrantinnen in der Sexarbeit. Darüber hinaus Tätigkeit als Lehrbeauftragte und freie Autorin. Forschungs- und Interessenschwerpunkte:

feministische und antirassistische Zusammenhänge zu migrantischer Prekariät, sozialer Wandel und Migrationsforschung.

## **Kim Carrington**

wurde in 1964 in Kanada geboren, wo sie zweisprachig aufwuchs. 2006 hat sie ihr Sozialmanagement-Studium an der Fachhochschule in Linz absolviert. Seit August 2003 ist sie Mitarbeiterin beim Verein maiz und ist derzeit als Finanzkoordinatorin tätig.

## **Maria do Mar Castro Varela**

ist Politologin, Mitgründerin des Instituts für Migrations- und Ungleichheitsforschung (IMUF) und hat zurzeit eine Maria Goeppert-Mayer-Gastprofessur an der Universität Oldenburg inne. [castrovarela@web.de](mailto:castrovarela@web.de)

## **Tuba Danis (Ketanci)**

geb. 1980. In der Türkei aufgewachsen und dort die Schule besucht. Nach einem Jahr Studium der Internationalen Beziehungen in Zypern kam sie nach Wien. Seit 2003 studiert sie Politikwissenschaft an der Universität Wien. Seit der Gründung des Kulturvereins Kanafani ist sie dort Mitglied. Zurzeit beschäftigt mit dem Thema Afrikanische Union und europäische Politik über Afrika. [www.kanafani.at](http://www.kanafani.at)

## **Nikita Dhawan**

ist Philosophin und hat zurzeit eine Maria Goeppert-Mayer-Gastprofessur an der Universität Oldenburg inne. [nikitadhawan@web.de](mailto:nikitadhawan@web.de)

## **Petja Dimitrova**

Künstlerin. Künstlerische Praxis

zwischen bildender Kunst, politischer und partizipativer Kulturarbeit, auch mit KünstlerInnengruppen und NGOs (u.a. dezentrale medien, a room of one's own, Initiative Minderheiten, maiz, Romani dori). Aktuell: Assistentin an der Akademie der bildenden Künste Wien. [dpetja@hotmail.com](mailto:dpetja@hotmail.com)

## **Attila Dincer**

Selbständiger interkultureller Kommunikations- u. Kompetenztrainer, Mediator, Coach und Referent. Gründer und GF des Instituts für interkulturelle Angelegenheiten (INKA) in Dornbirn. Gen. Sekr. der türkischen Plattform Vorarlberg (46 Vereine, 19.000 Mitglieder). Initiator und Mitinitiator mehrerer Partizipationsprojekte im Sozial-, Kultur- und gesellschaftspolitischen Bereich. [www.dincer.at](http://www.dincer.at)

## **Erika Doucette**

Freie Übersetzerin, Kulturarbeiterin und Aktivistin.

## **Karim Duarte**

Gemeinsam mit Hirut Kiesel Gründer des Vereins World Media Insights und der Projekte Discover TV und Radio BiG. [www.discovertv.at](http://www.discovertv.at)

## **Andrea Elmeier**

Kulturwissenschaftlerin, Historikerin, Vorstandsmitglied der IG Externe LektorInnen und Freie WissenschaftlerInnen. Forschungsschwerpunkte: KonsumentInnengeschichte, Europäische Kultur- und Mediengeschichte, kultureller Arbeitsmarkt und Cultural Diversity. [andrea.ellmeier@univie.ac.at](mailto:andrea.ellmeier@univie.ac.at)



**Vlatka Frketic**

Texterin, arbeitet im Bereich Antirassismus, Antidiskriminierung und Migration aus Positionen der Queer Politics und der Kritischen Diskursanalyse.  
frketic@gmx.at

**Andreas Görg**

ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht sicher, wie und wohin es beruflich weitergeht. Auf Anfrage lässt er sich als Trainer im Antidiskriminierungsbe-  
reich, als Projekt-Jurist, Subventionskei-  
ler, Öffentlichkeitsarbeiter, Autor und  
Aktivist einsetzen.  
andreas@no-racism.net

**Claudie A. Goutré**

Mitarbeiterin der Lesbenberatung  
Lila Tipp, ihr Schwerpunkt liegt in  
der Coming-Out-Arbeit sowie in der  
Konzeption von antidiskriminatio-  
nischen Konzepten in der Bildungs-,  
Multiplikatorinnen- und Antigewaltar-  
beit. Gegenwärtig arbeitet sie an der  
Zusammenstellung und Publikation ihrer  
Konzepte.  
claudie@villa.at

**Nilbar Güreş**

ist bildende Künstlerin. Studium der  
Malerei in Istanbul und Wien. 2004  
erste Videoarbeit YABANCI (der/die  
Fremde), 2007 erster Kurzfilm. Arbeitet  
mit MigrantInnen beim Verein Interface.  
http://nilbargures.com

**Frank Hagen**

hat Kultur- und Sozialanthropologie  
und Film- und Fernsehwissenschaften in  
Wien und Utrecht studiert. Er arbeitet  
u.a. als Medienpädagoge für ORAN-  
GE 94.0 – das Freie Radio in Wien.

**Stefan Haslinger**

geb. 1971, Geschäftsführer der KUPF  
– Kulturplattform OÖ, im Vorstand der

IG Kultur Österreich, im Vorstand des  
Kulturvereins waschaecht wels.  
www.kupf.at

**Marty Huber**

Dramaturgin, Performativtheoretikerin,  
Radiomacherin und Aktivistin im Rosa  
Lila Tipp, Wien. Neben den prak-  
tischen Konsequenzen aus der Gender-  
und Queer-Theorie setzt sie sich gerne  
Interventionen von Seiten migrantischer  
Kontexte aus. Seit Oktober 2005  
Sprecherin der IG Kultur Österreich.

**Simon Inou**

leitete mehrere Jahre die Afrika-Bei-  
lage der „Wiener Zeitung“ und ist  
Chefredakteur von Afrikanet.info, dem  
ersten Informationsportal im deutsch-  
sprachigen Raum über Afrika und seine  
Diaspora. 2002, 2004, 2005 erhielt  
er mehrere Auszeichnungen für seine  
journalistische Arbeit. Im Jahre 2007  
ging er als österreichischer Gewinner  
des JournalistInnen-Wettbewerbs „Für  
Vielfalt. Gegen Diskriminierung“ der  
Europäischen Kommission hervor.

**Njideka Stephanie Iroh**

Mitglied der Recherchegruppe zur  
Schwarzen österreichischen Geschichte  
und Gegenwart. Aktivistin bei PAMOJA  
– Bewegung der jungen afrikanischen  
Diaspora in Österreich. Studentin der  
Kultur- und Sozialanthropologie und  
Pädagogik an der Uni Wien.

**Araba Evelyn Johnston-Arthur**

KuratorInnenteam „Verborgene Ge-  
schichte/n – remapping Mozart“, im  
Zuge dessen Initiatorin der Recherche-  
gruppe zu Schwarzer österreichischer  
Geschichte und Gegenwart.

**Radostin Kaloianov**

Mitarbeiter des Vereins Interface sowie  
des Instituts für Konfliktforschung,

Wien. Jüngste Studie, die demnächst  
veröffentlicht wird (Verlag noch offen)  
„Affirmative Action für MigrantInnen?  
Am Beispiel Österreich“ (2006).  
r.kaloianov@gmx.at

**Dejan Kaludjerović**

Bildender Künstler, 1972 in Belgrad  
geboren, Studium in New York,  
Belgrad und Wien. Zahlreiche Einzel-  
und Gruppenausstellungen z.B. in Lon-  
don, Barcelona, Belgrad, Amsterdam  
und Wien.  
www.dejankaludjerovic.net

**Franz Kapfer**

Künstler, Studium der Bildhauerei, lebt  
und arbeitet in Wien, Ausstellungen im  
In- und Ausland. Vertretung Galerie:  
www.galeriehohenlohe.at

**Therese Kaufmann**

Mitarbeiterin des eipcp – European  
Institut für Progressive Cultural Policies  
und Koordinatorin des transnatio-  
nalen Forschungs- und Kunstprojekts  
„translate. Beyond Culture: The Politics  
of Translation“. Redaktionsmitglied der  
Zeitschrift Kulturrisse.  
http://translate.eipcp.net  
http://eipcp.net

**Belinda Kazeem**

ist Projektmitarbeiterin von SFC  
– Schwarze Frauen Community, Mit-  
glied der Recherchegruppe zu Schwar-  
zer österreichischer Geschichte und  
Gegenwart und studiert Internationale  
Entwicklung und Theaterwissenschaft.  
www.schwarzefrauen.net

**Kien Nghi Ha**

arbeitet als Politik- und Kulturwissen-  
schaffler in Berlin. Arbeitsschwer-  
punkte: postkoloniale Kritik, Migration,  
Rassismus und Cultural Studies.  
Monographien: „Ethnizität und Migrati-

on“ (1999, Westfälisches Dampfboot),  
„Ethnizität und Migration Reloaded“  
(2004, WVB), „Hype um Hybridität“  
(2005, transcript) und „Vietnam Revisi-  
ted“ (2005, WVB).  
nghiha@web.de

**Sylvia Köchl (aka Sylk)**

Journalismus, Fotografie, Lektorat /  
Arbeiten zu Nationalsozialismus und  
seinen Folgen / Lagergemeinschaft  
Ravensbrück, www.wegenachravens-  
brueck.net / MALMOE /  
www.bildergegengewalt.net  
koechl@malmoe.org

**Patricia Latorre Pallares**

Dr. phil., stv. Leiterin des Interkultu-  
rellen Büros in Darmstadt, u.a. für  
den Schwerpunkt Vereinsförderung  
zuständig. Kulturwissenschaftlerin mit  
Schwerpunkt Migrationsforschung,  
Kulturtheorien sowie Romanistik.  
Durchführung mehrerer empirischer  
Forschungsprojekte u.a. zu migrations-  
spezifischen Themen. Lehrbeauftragte  
an JWG-Uni Frankfurt.  
patricia.latorre@darmstadt.de

**Lisa Max**

studiert an der Akademie der Bilden-  
den Künste Wien / lisa.max@reflex.at

**Andrea Mayer-Edoloeiy**

geb. 1971, Kulturarbeiterin, Erwachse-  
nenbildnerin. Zuletzt Lehrgangleiterin  
der ARTWORKS Gründerinnen-  
Werkstatt für Künstlerinnen. Vor-  
standsmitglied der KUPF und von  
FIFTITU%. Schwerpunkte: Kulturpolitik,  
Feminismus/Gender, Kultur und Arbeit.  
Studiert Theologie, Philosophie und  
Kunstwissenschaften in Linz.  
www.servus.at/ame

**Asuman Mert**

1979 geboren in Feldkirch. Pflicht-

schule in Rankweil, Vorarlberg und Gymnasium in der Türkei. Studiert Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien. Mitglied und Kassierin im Kulturverein Kanafani.  
www.kanafani.at

#### **Michail Michailov**

Studium der Malerei (Fakultät für bildende Kunst, Bulgarien), lebt und arbeitet seit 2001 in Wien. Einzelausstellungen und Performances im In- und Ausland, derzeit Studium der Kunstgeschichte an der Universität Wien, Mitbegründer des Österreichisch-Bulgarischen Künstlervereins.  
michail\_michailov@hotmail.com

#### **Branislav „Niki“ Nikolić**

Gründer und Leiter von Gipsy Info und Gipsy Radio in Wien. Unser rasender Reporter ist überall dort anzutreffen, wo etwas geschieht, das Roma oder auch Nicht-Roma interessiert, also Taufen, Hochzeiten, andere Feierlichkeiten, Informationsveranstaltungen, Theater- und Musikbühnen ... Zwischendurch hält er auf der Straße auch PassantInnen an, um Meinungsumfragen durchzuführen. Auch bei den Live-Diskussionen und Radio-Sendungen ist seine Person sehr gefragt. Motto: Ko ashjel st Rupuno, Ko kherel svato si Sumnakuno.  
niki@gipsy-info.com

#### **Sibel Öksüz**

engagierte sich zunächst im Verein Echo, wo sich Jugendliche der 2. Generation über ihren Platz in der österreichischen Gesellschaft auseinandersetzen. Danach entschloss sie sich, zwei parallele Wege zu gehen: einerseits die Gründung des Kulturvereins KULTimPORT, andererseits

ein politisches Mandat, um bestimmte Prozesse in der Kulturpolitik zu beschleunigen.  
sibel.oeksuez@chello.at

#### **Radostina Patulova**

Kulturarbeit / Erwachsenenbildung / Recherchen zu Nationalsozialismus / Redaktion Kulturrisse. Zurzeit Projektmitarbeiterin bei der IG Kultur Österreich für fields of TRANSFER.  
radostina@klingt.org

#### **Mladen Penev**

1980 geb. in Sofia, Bulgarien, 2005 Diplom an der Universität für Angewandte Kunst Wien, ab 2006 verschiedene Foto-, Bildkonzept- und Grafikdesign-Projekte. Ausstellungen (Auswahl): 2004 „Billboard Gallery Europe“, 12 Städte in Europa (Zusammenarbeit mit Borjana Ventzislavova und Miroslav Nivic). 2004 „kunst:relwand“, Kunsthalle, MQ, Wien. 2005 „the essence 2005“, MAK, Wien. 2005 „fake project“ – Critique of Pure Image – Between Fake and Quotation, Plovdiv, Bulgarien.  
www.mladenpenev.net

#### **Sedat Pero**

wurde 1973 im Osten der Türkei geboren; er studierte Anglistik in der Türkei, schreibt Kurzgeschichten und beschäftigt sich mit Konflikten zwischen den Kulturen; Autor der satirischen Fernsehserie „Die dritte Türkenbelagerung“ (bisher 8 Folgen) auf Okto TV.

#### **Ekaterina Radeva**

Übersetzerin und Dolmetscherin, lebt seit 2002 in Wien, Studium der Interkulturellen Kommunikationen, derzeit MA Genderstudies an der Universität Wien, Tanz-, Schauspielauftritte und Performances im In- und Ausland.

ekaterina.radeva@gmail.com

#### **Rosa Reitsamer**

Soziologin, DJ. Arbeitet an einem Forschungsprojekt zu Wiener Musikszenen und an ihrer Dissertation zu Karriereverläufen von DJs. Gemeinsam mit Rupert Weinzierl hat sie das Buch „Female Consequences. Feminismus, Antirassismus, Popmusik“ (2006, Löcker) herausgegeben.  
rosa@female-consequences.org

#### **Ariane Sadjed**

Beim Verein maiz in antirassistischer Bildungs- und Forschungsarbeit tätig. Derzeit Doktoratsstudium mit Schwerpunkt Kultur- und Islamwissenschaft in Berlin.

#### **Rubia Salgado**

geboren 1964 in Brasilien, Mitbegründerin und Mitarbeiterin von maiz, Aktivistin, Autorin, Vorstandsmitglied der IG Kultur Österreich; inhaltliche Gesamtkoordination der EQUAL-Partnerschaft „work in process“.  
www.maiz.at

#### **Karin Schönpflug**

Mitarbeiterin der Lesbenberatung Lila Tipp. Nebenher ist sie als feministische Ökonomin an der Universität Wien tätig, in ihrer gegenwärtigen Bildungskarenz versucht sie, ihre Gedanken zu feministischen Utopien in der Ökonomie zu Papier zu bringen.  
karin@villa.at

#### **Susi Schrott**

gestaltet Bücher, Magazine und Poster und wünscht sich ein Atelier außerhalb ihrer Wohnung.  
susi.schrott@cuntstunt.net

#### **Nora Sternfeld**

Kunstvermittlerin, Kuratorin und Redakteurin des Bildpunkt – Zeitschrift der IG Bildende Kunst. Mitbegründerin und Teilhaberin des Büros trafo.K. Im Kernteam des Netzwerks „Schnittpunkt. Ausstellungstheorie und Praxis“. Lehrbeauftragte an der Akademie der bildenden Künste Wien u.v.m.

#### **Hito Steyerl**

Dr. phil., Filmemacherin, Videokünstlerin, Autorin in Berlin. Schwerpunktthemen: kulturelle Globalisierung, globaler Feminismus, Kultur und Migration. Herausgeberin (mit Encarnación Gutiérrez Rodríguez) von „Spricht die Subalterne deutsch?“ (2003, Unrast); im Erscheinen: „Die Farbe der Wahrheit. Dokumentarismen im Kunstfeld“ (2006, Turia + Kant).  
hito.steyerl@gmx.net

#### **Cay Taylan**

DJ und Musiker. Seine Veröffentlichungen erscheinen auf dem Wiener Label Couch Records (www.couchrecords.com). Zuletzt: „Call Me Superbad“ (Cay Taylan Remix) auf „James Brown Dynamite X“ (CD/LP 2007). Siehe auch:  
www.myspace.com/lobp

#### **Mark Terkessidis**

Psychologe und freier Journalist in Köln. Zuletzt erschienen: „Fliehkraft. Gesellschaft in Bewegung – von Migranten und Touristen“, gemeinsam mit Tom Holert (2006, Kiepenheuer & Witsch).  
www.isvc.org

#### **Vassilis Tsianos**

Soziologe und Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg. Zuletzt erschienen: „Empire und die biopolitische

Wende“ (2007, Campus), zusammen herausgegeben mit Marianne Pieper, Thomas Atzert und Serhat Karakayali. [tsianos@niatu.net](mailto:tsianos@niatu.net)

#### **Claudia Unterweger**

Radiomoderatorin (FM4), Aktivistin bei PAMOJA – Bewegung der jungen afrikanischen Diaspora in Österreich. Mitarbeit in der Recherchegruppe zu Schwarzer österreichischer Geschichte und Gegenwart im Rahmen des „Wiener Mozartjahr 2006: Verborgene Geschichte/n – remapping Mozart“. [www.remappingmozart.mur.at](http://www.remappingmozart.mur.at)

#### **Gerd Valchars**

Institut für Europäische Integrationsforschung; DOC-team Stipendiat der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Aktuell erschienen „Defizitäre Demokratie. Staatsbürgerschaft und Wahlrecht im Einwanderungsland Österreich“. <http://homepage.univie.ac.at/gerd.valchars>

#### **Baruch Wolski**

Vielfältige Arbeitserfahrungen im Prekariat / Antira-Aktivist / Spezialist für aller Arten Katastrophen des Israel-Palästina-Konflikts / Kulturverein Kanafani / Redaktion der.wisch

[baruch\\_wolski@hotmail.com](mailto:baruch_wolski@hotmail.com)

#### **Ercan Yalçinkaya**

Lebt seit 1992 in Wien. Studium der Politikwissenschaft, tätig als Streetworker und Jugendarbeiter, Kammerrat bei der AK, fachkundiger Laienrichter, Mitarbeiter der Zeitschrift Öneri. [ercan.yal@gmx.at](mailto:ercan.yal@gmx.at)

#### **Vina Yun**

Jahrgang 1974, ist Mitglied des Redaktionskollektivs der Zeitung MALMOE ([www.malmoe.org](http://www.malmoe.org)). Freie Autorin für diverse deutschsprachige Print- und Netzmedien. Zurzeit

Projektmitarbeiterin bei der IG Kultur Österreich für fields of TRANSFER. [superwhiskas@gmx.at](mailto:superwhiskas@gmx.at)

#### **Olga Zitzelsberger**

Dr. phil, Erziehungswissenschaftlerin und Soziologin, Leiterin des Praxislabors am Institut für Allg. Pädagogik und Berufspädagogik der TU Darmstadt, Schwerpunkte: Geschlechter- und Migrationsforschung, Bildungstheorien, Theorie-Praxis-Reflexionen, qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung. [o.zitzelsberger@apaed.tu-darmstadt.de](mailto:o.zitzelsberger@apaed.tu-darmstadt.de)

## Organisationen und Medien

#### **AFRA**

International Center for Black Women's Perspectives. AFRA ist eine Non-Profit Selbstorganisation von schwarzen Frauen mit Sitz in Wien. Das Hauptbetätigungsfeld liegt bei den Herausforderungen und der Reflexion von Bedürfnissen in Österreich lebender schwarzer Frauen. [www.blackwomenscenter.org](http://www.blackwomenscenter.org)



#### **Afrikanet**

Das erste Informationsportal im Internet über Menschen afrikanischer Herkunft in Österreich, Deutschland und der Schweiz. Wird ein- bis dreimal pro Woche aktualisiert, entstand im Jahr 2000 als Mailingliste zur Information von Menschen afrikanischer Herkunft in Österreich. Gegründet wurde das Informationsportal von den engagierten Afrikanern Simon Inou aus Kamerun und Richard Gnaore Ossiri aus der Elfenbeinküste. Wegen seiner

hervorragenden Arbeit wurde Afrikanet mit dem Österreichischen Interkulturpreis 2005 ausgezeichnet. [www.afrikanet.info](http://www.afrikanet.info)



#### **Amara**

Kurdische Frauenvereinigung Oberösterreich. Eine politisch-kulturelle Einrichtung, die vor 5 Jahren gegründet wurde. Das Wort Amara bedeutet Stadt der Liebe, Friede und Brüderlichkeit. In der kurdischen Geschichte haben die Frauen in Amara immer zum Frieden für die Menschen in Kurdistan beigetragen.

#### **an.schläge**

Monatszeitung. Berichtet über das aktuelle politische, gesellschaftliche und kulturelle Geschehen aus feministischer Perspektive. Das Prinzip der kollektiven Redaktion ist dabei genauso von Bedeutung wie die Offenheit gegenüber vielfältigen feministischen Sichtweisen

und Lebensweisen von Frauen. [www.anschlaege.at](http://www.anschlaege.at)



#### **art in migration**

eine spektakuläre kunst-zeitschrift aus wien/berlin, is an extraordinary art magazine from vienna/berlin. herausgeber ist das festival SOHO IN OTTAKRING, editor is the festival SOHO IN OTTAKRING. die nächste aim erscheint ende april 07. look out for it! [www.sohoinottakring.at](http://www.sohoinottakring.at) [artinmigration@yahoo.de](mailto:artinmigration@yahoo.de)



#### **AUF - Eine Frauenzeitschrift**

erscheint mindestens 4 x jährlich mit der AUF-Info als Beilage und versteht sich als Plattform der autonomen Frauenbewegung ohne parteipolitische Bindung. Sinn feministischen Schreibens und Handelns ist, das im hegemonialen patriarchalen Diskurs Verschwiegene zu benennen, sichtbar zu machen und für eine

feministische gerechte Welt zu kämpfen. <http://auf-einefrauenzeitschrift.at>



#### **Bewegungsmelder Kultur**

Radiosendung der IG Kultur Österreich, die sich mit kulturpolitischen Themen beschäftigt, Interviews mit Kulturarbeitenden führt und mit dem etwas anderem Kommentar vergnügt. Jeden letzten Mittwoch im Monat von 16.30-17.00 auf Radio Orange 94.0, nachzuhören auf: <http://cba.fro.at>, <http://sendungsarchiv.o94.at>

#### **Bildpunkt**

Zeitschrift der IG Bildende Kunst. 4 Ausgaben im Jahr, jede mit einem Themenschwerpunkt. Zentral sind dabei ästhetische, aktivistische und theoretische Strategien samt ihren gegenseitigen Verschränkungen und Überschneidungen. Drei künstlerische Positionen brechen

jeweils das Textmonopol. Weiters Kulturpolitik, Serviceteil für KünstlerInnen und Infos über Aktivitäten der IG.  
[www.igbildendekunst.at](http://www.igbildendekunst.at)

### Black Austria

Plattform, die sich durch gezielte Kommunikationskampagnen für die Abbau von Vorurteilen gegenüber schwarzen Menschen in Österreich einsetzt. Black Austria vertritt die Meinung, dass Menschen nicht aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert oder gar kriminalisiert werden dürfen.  
[www.blackaustria.at](http://www.blackaustria.at)

### Ceiberweiber

Frauen-Online-Magazin der ungewöhnlichen Art, seit 1996 und nun in ganz neuem schickem Design. Themen: Politik, Kultur, Frauengeschichte, Frauennews, Initiativen, Veranstaltungen – aber keine Kosmetik, keine Magersuchtmodels und keine kosmetischen Operationen oder Kochrezepte :-)  
[www.ceiberweiber.at](http://www.ceiberweiber.at)



### Crossing Borders/Frassanito

Ziel von Crossing Borders ist die Konsolidierung und Ausweitung der migrationsbezogenen Vernetzung in, um und über Europa hinaus. CB ist eine Initiative des Frassanito-Netzwerks.  
[www.noborder.org/crossing\\_borders](http://www.noborder.org/crossing_borders)

### Dangie jni Kurd la Vienna – Die Stimme der kurdischen Frau

Stimme der Kurdischen und Power-Frauen in Wien, die vorbestimmte Lebens- und Verhaltensweisen in der Gesellschaft ändern wollen. Sendung: Jeden zweiten Montag und letzten Montag im Monat auf Radio ORANGE 94.0.

Infos und Kontakt: Dr. Attari Parvin, über die Website von ORANGE 94.0:  
<http://o94.at>

### Der neue Heimatfilm

Das Festival „Der neue Heimatfilm“ in Freistadt versucht seit 1988 jährlich den Begriff Heimatfilm neu zu belegen und einen Kontrapunkt zum hauptsächlich urban geprägten Medium Film zu setzen.  
[www.local-buehne.at](http://www.local-buehne.at)



### der.wisch

Die bisher fünf mal erschienene Zeitschrift des Kulturvereins Kanafani widmet sich auf 108-120 Seiten vielfältigen Themen aus Kunst, Kultur, Wissenschaft und Politik. Ein Ziel ist es, Antithesen zum „Kampf der Kulturen“ zu entwickeln ... Im gut sortierten Buchhandel erhältlich.



### Dschanuub

Verein von und für (nicht nur) muslimische Frauen verschiedener Nationalitäten. Ein wichtiges Anliegen ist, den rassistischen und islamfeindlichen Tendenzen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken.  
[www.dschanuub.at](http://www.dschanuub.at)



### fiber

werkstoff für feminismus und popkultur ist Kommunikationsmittel für feministisch/popkulturelle Themen, Plattform für engagierte AutorInnen und ermöglicht eine Öffentlichkeit für das Schaffen von Frauen, Lesben und Transgender in allen popkulturellen Bereichen.  
[www.fibrig.net](http://www.fibrig.net)



### FIFITU%

Vernetzungsstelle für Frauen in Kunst und Kultur in Oberösterreich, Netzwerk und Pressure Group für die Gleichberechtigung von Frauen. Arbeitsschwerpunkte: Service und Information, kulturpolitische Tätigkeit, Projekte.  
[www.fifitu.at](http://www.fifitu.at)



### Frauenhetz

Feministische Bildung, Kultur und Politik. Unsere Selbstorganisation hat das kollektive Ziel, Theorien und Reflexionen mit weiblichen Alltagspraxen zu verbinden. Dazu wird ein breit gefächertes und Widersprüche nicht scheuendes Veranstaltungsprogramm mit einem jeweiligen Jahresschwerpunkt angeboten.  
[www.frauenhetz.at](http://www.frauenhetz.at)

### Gipsy-Info

Gesellschaft zur Erhaltung und Förderung der Roma-Kultur und Sprache. Gegründet 2000 in Wien. Betreibt ein Internet-Radio und -Fernsehen, wodurch Menschen in über 80 Ländern vernetzt sind. Organisiert Veranstaltungen und Diskussionen.  
[www.gipsy-info.com](http://www.gipsy-info.com)



### IG Kultur Vorarlberg

Interessenvertretung der Kulturinitiativen in Vorarlberg. Sie hat ungefähr 30 Mitglieder und arbeitet derzeit daran, den Diskurs um ein neu zu schaffendes Kulturfördergesetz in Gang zu bringen. Einer breiteren Öffentlichkeit sind vor allem die Vorträge und Podiumsdiskussionen zu kulturpolitischen Themen bekannt.  
[www.igkultur-vbg.at](http://www.igkultur-vbg.at)

### Initiative Minderheiten

Österreichweite Organisation, die für eine minderheitengerechte Gesellschaft eintritt, in der individuelle Lebenswürfe unabhängig von Merkmalen wie ethnischer, sozialer oder religiöser Zugehörigkeit, sexueller Orientierung, Behinderung als gleichberechtigt und gleichwertig anerkannt sind.  
[www.initiative.minderheiten.at](http://www.initiative.minderheiten.at)



### INKA

Institut für interkulturelle Angelegenheiten. Gemeinnütziger Verein seit 1999 mit Schwerpunkt Migration, Integration, Interkulturalität und tätig in den Bereichen Bildung, Kommunikation und Management. [www.institut-inka.at](http://www.institut-inka.at). Eigene Integrationszeitschrift [www.evet-online.com](http://www.evet-online.com)

### Institut für Erziehungswissenschaft, Karl-Franzens-Universität Graz

Die Aufgaben des Instituts liegen in der systematischen, historischen und vergleichenden erziehungs- und bildungswissenschaftlichen Forschung und Lehre.  
[www.uni-graz.at](http://www.uni-graz.at)



### Jüdisches Museum Hohenems

Das Jüdische Museum Hohenems zeigt in seiner neuen Dauerausstellung jüdisches Alltagsleben, Kultur und Geschichte zwischen christlich geprägter Umwelt, Migration in Europa und sozialer Veränderung. Das Museum bietet jährlich Wechselausstellungen und ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm.  
[www.jm-hohenems.at](http://www.jm-hohenems.at)



## Kanafani

Kanafani ist ein antirassistisches Kultur- und Kommunikationsprojekt in Wien. Die „Kanafanis“ sprechen Türkisch, Kurdisch, Arabisch, Persisch, Bosnisch, Spanisch, Deutsch ...  
[www.kanafani.at](http://www.kanafani.at)



## KULTimPORT

wurde 2005 von Sibel und Hasan Öksüz initiiert und ist eine Plattform autonomer interkultureller Initiativen. Aufgaben: Unterstützung bei der Planung, Durchführung und Koordination von Projekten; Stellungnahmen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen; Musikurse, Veranstaltungen, und die Beratung und Vermittlung von jungen Künstlerinnen, vor allem für Frauen mit Kindern inkl. einer „Kindertagesstätte“, wodurch die Kinder einen Eindruck von der kreativen Arbeit ihrer Mütter bekommen und die Mütter selbstbestimmt ihrer Arbeit nachgehen können. Ziel: einen Dialog in Gleichberechtigung und Vielfalt aller Verschiedenheit der Kulturen zu ermöglichen. Die dialogische, kooperative, netzwerkorientierte und professionelle Arbeitsweise von KULTimPORT ist seine Stärke als transkulturelle Begegnungsstätte. KULTimPORT erhält (noch) keine Subventionen und muss seine Tätigkeit derzeit stark reduziert anbieten.  
[www.kultimport.com](http://www.kultimport.com)

## Kulturrat Österreich

Zusammenschluss der Interessenvertretungen von Kunst-, Kultur- und Medien-schaffenden. Plattform für gemeinsame kulturpolitische Anliegen und Ziele. Er eröffnet und fördert kultur-, bildungs-, medien- und gesellschaftspolitische Debatten. [www.kulturrat.at](http://www.kulturrat.at)

## Kulturrisse

Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik. 1996 als kleines Service- und Diskursorgan der IG Kultur Österreich gegründet, heute eine der prägnantesten kulturpolitisch-kulturwissenschaftlichen Vierteljahrszeitschriften im deutschsprachigen Raum. Offene Plattform für kritische und progressive Beiträge zu kultur- und gesellschaftspolitischen Themen.  
[www.kulturrisse.at](http://www.kulturrisse.at)

## KUPF – Kulturplattform OÖ

Dachverband und Interessenvertretung der Kulturinitiativen in Oberösterreich und in dieser Funktion an der Etablierung und Vorantreibung kulturpolitischer Prozesse und der Verbesserung der Rahmenbedingungen für freie Kulturarbeit in OÖ maßgeblich beteiligt.  
[www.kupf.at](http://www.kupf.at)

## LILA TIPP

Feministische, anti-hierarchische Beratungsstelle für Lesben und Lesben. Anonyme und kostenlose Beratung zu: Identitätsfindung, Coming Out, Beziehungen, Sexualität, rechtliche Fragen, Homophobie und Diskriminierung. Angebote: Coming Out-Gruppen, Vorträge, Diskussionsveranstaltungen & Freizeitgruppen, Leihbibliothek & Archiv, Performances etc.  
[www.villa.at/lilatip](http://www.villa.at/lilatip)



## maiz

Das autonome Zentrum von und für MigrantInnen ist eine Organisation von und für MigrantInnen und entstand aus der Notwendigkeit von Veränderungen hinsichtlich der Lebens- und Arbeitssituation von MigrantInnen in Österreich und im Sinne einer Stärkung von politischer

und kultureller Partizipation.

[www.maiz.at](http://www.maiz.at)

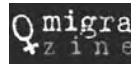


## MALMOE

Gegründet 2000 in Wien, linke Gratiszeitschrift, erscheint ca. sechsmal im Jahr. Neue journalistische Sichtweisen der „Internetgeneration“ (© W. Schlüssel). Leitlinien: Antirassismus, Feminismus, Emanzipation.  
[www.malmoe.org](http://www.malmoe.org)

## MigraZine

Das Online-Magazin von und für MigrantInnen / The online magazine by and for migrant women / A Revista on-line de e para mulheres migrantes / A Revista on-line de y para las mujeres inmigrantes / Le magazine électronique de et pour les immigrées / Casopis o di za migrantica.  
[www.migrazine.at](http://www.migrazine.at)



## Moment (aka Noment)

Gazette für Menschenrechte, hrsg. von SOS Mitmensch (aus rechtlichen Gründen muss gerade ein neuer Name gesucht werden ...). Moment versteht sich als Medium gegen Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Migration.  
<http://noment.sosmitmensch.at>

## Motif

Interkultureller Kulturverein Bregenz, 2005 gegründet, ist u.a. im Theaterbereich aktiv und möchte durch seine Angebote MigrantInnen in der Bodensee-Region und Vorarlberg ansprechen. Der Verein möchte eine Alternative zu bestehenden religiösen und politischen Gruppen sein, der den MigrantInnen

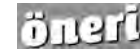
den Zugang zu Kulturarbeit ermöglicht bzw. vereinfacht und sie animiert, selbst zu aktiv werden.

[www.motif.at](http://www.motif.at) (in Vorbereitung)

[yenerpolat@gmx.at](mailto:yenerpolat@gmx.at)

## Öneri

Öneri (Vorschlag) ist eine Monatszeitschrift in türkischer und deutscher Sprache. Sie ist zugänglich für alle in Österreich lebenden Menschen und informiert über kulturelle, soziale und politische Entwicklungen in Österreich.  
[www.oeneri.at](http://www.oeneri.at)



## Peregrina

Bildungs-, Beratungs- und Therapiezentrum für ImmigrantInnen. Peregrina ist ein feministisch-antirassistisches Beratungs- und Therapiezentrum für zugewanderte Frauen und Mädchen. Peregrina versteht Integration als Gleichberechtigung und Möglichkeit des sozialen Aufstiegs und fordert eine Integrationspolitik, die Rechts- und Status-sicherheit schafft.  
[www.peregrina.at](http://www.peregrina.at)



## Proton – das Freie Radio

Freies, nicht kommerzielles Lokalradio in Vorarlberg. Bei Proton arbeiten Menschen aus verschiedenen Generationen und Kulturen – Integration wird bei uns gelebt. On air: UKW 104,6 MHz Bludenz/Walgau/Montafon 18.00h-06.00h.  
[www.radioproton.at](http://www.radioproton.at)



## Radio FRO

Freie, nichtkommerzielle Radiostation, in der über den „offenen Zugang“ mehr als 400 Programm-machende ehrenamtlich über 100 verschiedene Sendungen in

mehr als 15 Sprachen produzieren. Radio FRO initiiert und realisiert auch innovative Projekte auf lokaler und internationaler Ebene.  
[www.fro.at](http://www.fro.at)



### Radio ORANGE 94.0

Wiens erstes und einziges Freies Radio. Werbefrei, engagiert und vielfältig bildet es seit 1998 eine Plattform für rund 500 RadiomacherInnen, um via Radio oder Internet live zu senden.  
<http://o94.at>



### Recherchegruppe zu Schwarzer österreichischer Geschichte und Gegenwart

Im Rahmen des Ausstellungsprojekts „Verborgene Geschichte/n – remapping Mozart“, dessen Ziel es war, im Wiener Mozartjahr 2006 zu Geschichten und Perspektiven zu arbeiten, die in nationalen Jubiläen systematisch verborgen werden, wurde eine eigenständige Recherchegruppe zu Schwarzer österreichischer Geschichte und Gegenwart ins Leben gerufen. Die Etablierung der Recherchegruppe stellte eine strukturelle Grundlage für das gegenwärtige „Einschreiben“ von widerständigen Schwarze/n Gegengeschichte/n dar, dessen Arbeit über das Mozartjahr hinausgeht. Die Recherchegruppe entwirft u.a. bildkritische Interventionen und verbindet und erarbeitet dabei künstlerische und wissenschaftliche Schwarze emanzipatorische Subjektpositionen. Sie versteht sich als Arbeitsgruppe von Pamoja – Bewegung der jungen afrikanischen Diaspora in Österreich.  
[www.remappingmozart.mur.at](http://www.remappingmozart.mur.at)

### Romani Dori Wien

Verein für Kultur und Bildung von und für

Roma. Romani Dori tritt dafür ein, dass alle Menschen dieser Welt die Möglichkeit haben, sich dort niederlassen zu können, wo sie möchten und für eine gleichberechtigte Partizipation an gesellschaftlichen Ressourcen.  
[www.romanidori.at](http://www.romanidori.at)



### Schwarze Frauen Community – SFC

Eine Initiative von Schwarzen Frauen (1. und 2. Generation) unterschiedlichster Herkunft und Nationalität. Gemeinsam wollen wir Selbstbewusstsein, Selbstbestimmung und die Selbstorganisation Schwarzer Frauen fördern und unterstützen und damit die Integration in die österreichische Gesellschaft vorantreiben.

[www.schwarzefrauen.net](http://www.schwarzefrauen.net)



### STIMME von und für Minderheiten

erscheint seit 1991 als Zeitschrift der Initiative Minderheiten, derzeit in einer Auflage von 4.500. Sie versteht sich in erster Linie als eine mediale Plattform für Minderheiten. In jedem Heft wird ein thematischer Schwerpunkt behandelt, in dessen Rahmen die Minderheitenangehörigen ihre Anliegen und Forderungen formulieren, ihre politisch-theoretischen Überlegungen austauschen und nach gemeinsamen Strategien suchen können.  
[www.initiative.minderheiten.at](http://www.initiative.minderheiten.at)



### subnet

operiert an der Schnittstelle zwischen Kunst, Kultur, Gesellschaft und Medientechnologien. Wir bieten KünstlerInnen, Kulturorganisationen und all jenen, die sich kritisch/produktiv mit dem Internet auseinandersetzen wollen, eine

Plattform, auf der Ideen und Projekte realisiert werden können.

### Tanzufer

1996 in Bregenz gegründet als Zentrum für Eigenproduktionen und spartenübergreifende Kunstprojekte. Tanzufer arbeitet mit KünstlerInnen aus den Sparten Tanz, Musik, Schriftkunst, Film, Bildende Kunst aus der Region und in internationalen Produktionen.  
[www.tanzufer.at](http://www.tanzufer.at)



### Theater am Saumarkt/Feldkirch

versteht sich als wichtiger regionaler Kulturvermittler, der aktuelle kulturelle Strömungen aufgreift, sie vor Ort präsentiert und zur Diskussion stellt. Durch die Kooperation mit den Kulturschaffenden im Land können Premieren und Eigenproduktionen realisiert und für kulturinteressierte Menschen ein Forum für ihr Engagement geboten werden.  
[www.saumarkt.at](http://www.saumarkt.at)



### Tierra Madura & Casa Latina

Latinamerikanische Sozial- und Kulturgruppe in Vorarlberg.  
[www.tierramadura.com](http://www.tierramadura.com) und Casa Latina, z.Hd. Tierra Madura, Montfortstraße 5, 6840 Götzis



### TOOL

Nichtstaatliche, gemeinnützige Organisation mit dem Ziel, Linux-Kultur und Open Source-Projekte in Österreich für Menschen, die von der Gesellschaft diskriminiert und benachteiligt werden, zugänglich zu machen.



### World Media Insights – wmi

wmi (Karim Duarte und Hirut Kiesel) macht seit über einem Jahr Discover-TV auf Okto ([www.discovertv.at](http://www.discovertv.at)): Mit den Formaten Every 1 News / Talks und Every 1 Means präsentiert ein internationales Team wöchentlich aktuelles, esch dabei die Hintergründe zu vergessen. wmi macht seit über fünf Jahren Radio BiG – Best in Globe auf Orange 94.0 [http://o94.at/programs/radio\\_big](http://o94.at/programs/radio_big) Weitere Projekte: Advanced Films und Focus Adverts.



fields of TRANSFER ist ein Modul der IG Kultur Österreich im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft „work in process (wip) – Migrantische Selbstorganisation und Arbeit“. Finanzkoordination: IG Kultur Österreich. Inhaltliche Koordination: maiz – Autonomes Zentrum von & für Migrantinnen. Gefördert aus Mitteln des ESF und des BMWA im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL.



Als die axt in den wald kam  
Sagten die bäume  
Wenigstens der stiel  
Ist einer von uns



DRUCKEREI  
**Fiona**

...unterm Hund.

[www.fiona.or.at](http://www.fiona.or.at) \* [fiona.druck@reflex.at](mailto:fiona.druck@reflex.at)

Die vorliegende Publikation der IG Kultur Österreich versammelt verschiedene Text- und Bildbeiträge an der Schnittstelle der Themen Migration – Antirassismus – Arbeit im kulturellen Feld. Durch die Zusammenführung unterschiedlicher Diskussionsstränge – u.a. Auseinandersetzung mit dem Kulturbegriff, Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, Medienarbeit von MigrantInnen, antirassistische Identitäts- und Repräsentationspolitiken und visuelle Praxen antirassistischer künstlerischer Arbeiten – sollen Querverbindungen zwischen kulturpolitischen Perspektiven und antirassistischen Aktivismen aufgezeigt werden.

ISBN 978-3-200-01604-0  
 IG Infoblätter Nr. 88a, IG Kultur Österreich  
 Sponsoring Post, GZ 0220320185,  
 Verlagspostamt 1060, P.b.b.